Die Literärisch-praktische Bürgerverbindung in Riga

1802—1927

Baltisches Familien-Archiv Berlin



FESTSCHRIFT

zum 125-jährigen Jubiläum

Geschichte
der
Literärisch-praktischen Bürgerverbindung
in Riga
1802—1927

✶

Im Auftrage der
literärisch-praktischen Bürgerverbindung verfasst
von
Bernhard Hollander

Algemeiner Teil



Riga, 1927
Druck von Ernst Plates



BSTA
Tartu Ülikooli
Raamatukogu
35450

„Ehrwürdige, liebe Stadt! bleibe bei deinem seitherigen Sinne: Gutes zu tun und nicht müde zu werden! Und ob auch die Zeiten jetzt nicht mehr sind, wie sie waren; vielleicht, ach! niemals so wiederkehren werden; ob unverschuldetes Schweres dich getroffen hat, und Wohlverdientes dir versagt bliebe, und dein Gutes selbst verkannt, wohl gar verlästert würde dennoch, dennoch: Gutes tun und nicht müde werden!“

Gen.-Sup. K. G. Sonntag,
in den Rigaschen Stadtblättern 1826, S. 149.

Inhaltsverzeichnis.

		Seite
Vorwort		
I.	Die Gründung der Gesellschaft	1
II.	Die Stifter und ersten Mitglieder der Gesellschaft	9
III.	Die Tätigkeit der Bürgerverbindung in den Jahren 1802—1827	29
	Anhang: Biographische Notizen und Hinweise	55
IV.	Die Tätigkeit der Bürgerverbindung in den Jahren 1828—1852	58
	Anhang: Biographische Notizen und Hinweise	103
V.	Die Tätigkeit der Bürgerverbindung in den Jahren 1853—1877	114
	Anhang: Biographische Notizen und Hinweise	176
VI.	Die Tätigkeit der Bürgerverbindung in den Jahren 1878—1902	186
	Anhang: Biographische Notizen und Hinweise	230
VII.	Die Tätigkeit der Bürgerverbindung in den Jahren 1903—1927	235
	Anhang: Biographische Notizen und Hinweise	272
Verzeichnis der Ehrenmitglieder		275
Verzeichnis der Mitglieder des Direktoriums 1802—1927		276
Verzeichnis der Mitglieder des engeren Kreises 1802—1927		277
Personenregister		279
Sachregister		284

Vorwort.

Vor dem hundertjährigen Jubiläum der Liter.-praktischen Bürgerverbindung (L. P. B. V.) wurde der Beschluss gefasst, eine Geschichte der Gesellschaft herauszugeben. Das Programm, nach dem der Verfasser sich richten sollte, war sehr ausführlich und ist nicht ohne Interesse. Das Werk sollte einen Umfang von ca. 20 Bogen (= 320 SS.) haben; es sollte nicht nur die äussere Geschichte der B. V. in grossen Zügen in stetem Zusammenhange mit der allgemeinen Stadtgeschichte dargestellt, sondern auch die Geschichte der einzelnen zu ihr gehörigen Anstalten in getrennten Darstellungen sowie der aus ihr hervorgegangenen Institutionen geschildert werden. Daran sollten sich Lebensbilder der hervorragendsten Mitglieder und zahlreiche statistische Daten in betreff der Entwickelung der B. V. schliessen.

Zum Verfasser wurde im Jahre 1900 Herr cand. hist. Nikolaus Busch erwählt. Er hat bis zum Jubiläum (1902) in mühsamer, fleissiger Arbeit vom speziellen Teil die Geschichte der Schulen der B. V.*) beendet und mit der Sammlung des Materials für den allgemeinen Teil begonnen. Er hat uns ein Werk dargeboten, das für die Geschichte des gesamten Schulwesens unserer Vaterstadt von grossem, bleibendem Werte ist. Leider war er aus Rücksicht auf sein neues Amt als Stadtbibliothekar und auf seine Gesundheit an der weiteren Fortführung der Arbeit verhindert. Beim Herannahen des 125-jährigen Jubiläums ist dem Unterzeichneten der Auftrag

*) N. Busch. Geschichte der lit.-prakt. Bürgerverbindung 1802—1902. Spezieller Teil: Die Anstalten der Bürgerverbindung I. Die Schulen. Riga 1902. 204 S. S.

erteilt worden, die Arbeit nach einem veränderten Programm wieder aufzunehmen. Der Verfasser sollte die Geschichte der B.V. und der einzelnen Anstalten in zusammenfassender Weise darstellen, deshalb ist dem Titel des nachstehenden Werkes hinzugefügt: Allgemeiner Teil. Nach Vollendung seiner Arbeit ist es dem Verfasser ein Bedürfnis allen den Herren, die ihm während derselben freundlich mancherlei Auskunft erteilt haben, einen herzlichen Dank auszusprechen.

Bernhard Hollander,
Gymnasialdirektor a. D.

Riga, im November 1927.

I. Die Gründung der Gesellschaft.

Die literarisch-praktische Bürgerverbindung (L. P. B. V.) ist eine Schöpfung des beginnenden 19. Jahrhunderts, aber die Ideen, die in ihr verwirklicht werden sollten, stammen noch ganz aus dem 18. Jahrhundert. David Strauss sagt einmal: »Das 19. Jahrhundert hat eine reiche Erbschaft angetreten, denn nächst dem Reformationsjahrhundert hat keines der Jahrhunderte seit der Völkerwanderung für den Fortschritt der Menschheit mehr getan, als das 18.«[1]). Die Wahrheit dieser Behauptung offenbart sich im Grossen und Kleinen und lässt sich wohl auch in unserm Lande erkennen. Auch unsere L. P. B. V. ist ein Teil dieser Erbschaft.

Es ist oft nachgewiesen worden, wie die geistigen Strömungen des deutschen Mutterlandes ihre Wellen auch immer zu uns hinübergeschlagen haben.[2]) Was dort die Gemüter bewegte, hat auch seinen Weg nach Livland gefunden und ist hier, wenn auch oft eine geraume Weile später, zur Geltung gekommen. Abgesehen von einzelnen Persönlichkeiten, die aus Deutschland nach Livland kamen und hier fruchtbringend wirkten, haben ja auch immer wieder Livländer von dort Anregung für die Wirksamkeit in der Heimat empfangen. Von grosser Bedeutung ist auch die alte Handelsverbindung mit den Hansastädten, besonders mit Hamburg und Lübeck, gewesen. Mit dem Handel sind auch Kulturgüter zu uns gelangt, und durch hanseatische Kaufleute haben wir mancherlei Anregungen erhalten. Das bewährte sich auch um die Wende des 18. Jahrhunderts.

In Livland hatte man in diesem Jahrhundert noch lange unter den Folgen des schrecklichen Nordischen Krieges zu leiden, aber das alte Geschlecht suchte sich »dem eisernen

[1]) Zitiert nach Gustav Kowalewski, Geschichte der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe (Patriotische Gesellschaft). Hamburg 1897, S. 8.

[2]) (Julius Eckardt), Beiträge zur livl. Sittengeschichte des 18. Jahrhunderts. Rig. Almanach f. 1873. August Seraphim, Deutsch-baltische Beziehungen im Wandel der Jahrhunderte. Riga 1918.

Griff der Not zu entwinden und sich eine neue Welt des Rechts und Lichts zu schaffen« (Nik. Busch). Man rang nach sittlicher und geistiger Vervollkommnung. Unter der Landbevölkerung — dem Adel sowohl als den Bauern — haben der Pietismus und die herrnhutische Bewegung auf eine innerliche Erneuerung hinwirken wollen. Sie haben eine grosse religöse Erregung hervorgerufen, aber eigentlich wenig »Frucht« getragen, wenig getan, um das Leben der Mitmenschen schöner und besser zu gestalten. In Riga hat Herrnhut keine bedeutende Rolle gespielt. Hier gewann nach der Zeit des orthodoxen Luthertums der Rationalismus die Herrschaft, die er längere Zeit ausgeübt hat. Wie man auch sonst über ihn urteilen mag, so muss man doch voller Dankbarkeit anerkennen, dass in jener Periode der Aufklärung viel geleistet wurde und namentlich die Nächstenliebe sich auch werktätig bewährte. Auf diesem Gebiete gerade offenbarten sich damals die nahen Beziehungen zu Hamburg und Lübeck.

In Hamburg war schon im J. 1724 eine Wochenschrift »Der Patriot« herausgegeben worden, die den Zweck verfolgte, »die Mitmenschen in angenehm erzählender Unterhaltung geistig zu beschäftigen, ihren Sinn, ohne dass sie es selbst merkten, auf vernünftige Ideen zu bringen und sie nach rationellen Nützlichkeitsprinzipien ganz unvermerkt zu erziehen«. Diese Zeitschrift scheint nur einige Jahre existiert zu haben, wurde aber 1765 erneuert. In dasselbe Jahr fiel die Gründung der »Patriotischen Gesellschaft« oder, wie ihr eigentlicher Name ist, der »Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe«. »Man hat«, sagt Kowalewski, der Geschichtschreiber der Gesellschaft[1]), »kaum eine Vorstellung davon, welche ungeahnten Wirkungen diese überall eingerichteten patriotischen Gesellschaften hatten. Es war, als wenn die Menschen aus einem langen starren Schlafe mit einem Mal erwacht wären. Wir sehen bei uns Senatoren, berühmte Gelehrte, Künstler, Kaufleute, alles beschäftigt sich mit einem Eifer um Dinge, die dem Lebensberufe der einzelnen völlig fremd waren . . . Die, denen man helfen will, kommen den guten Absichten mit gleichem Eifer entgegen. Es wird alles mögliche erfunden und neue Versuche werden angestellt . . . Es ging damals ein eigenartiger Zug durch die ganze europäische Welt. Die grossartigen Theorien eines Baco, Newton, Leibnitz, Euler und

[1]) Kowalewski a. a. O. S. 9 u. 12.

der Reimare, die den erkannten und in Formeln gebrachten Gesetzen der Natur entnommen waren, wollte man praktisch für die Menschheit verwerten, die Wissenschaften, die Künste, die Manufakturen, der Ackerbau und der Handel, sie alle sollten davon profitieren. Dem Handarbeiter sollte gezeigt werden, wie er durch Benutzung mechanischer Hilfsmittel sein Brot leichter verdienen könne«.

Ganz ähnliche Zwecke verfolgte die im J. 1789 gegründete »Lübeckische Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit«, die, aus einem kleinen literarischen Verein hervorgegangen, nach dem Vorbilde der Hamburgischen Patriotischen Gesellschaft eine gemeinnützige Tätigkeit entfaltete und »durch Beförderung des Glückes der Individuen den Nutzen des Staates überhaupt nach allen Seiten hin und mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften zu befördern strebte«.[1])

Wie in Hamburg, so erschienen auch in Riga sogen. moralische Wochenschriften. »Die vernünftige Einsamkeit« (Ernst Otto Grützner) und »Der ruhige Bemerker« (Erich Joh. v. Meck) wollten »die Sitten der livländischen Jugend bessern, gegen Standeshochmut ankämpfen, die Folgen des Lasters schildern und zur Nachfolge der Tugend aufmuntern«. Auch in Riga wurde, wie in den andern Hansastädten, wohl die Frage erötert: »Wie kann man den Menschen am nützlichsten sein?« Dieses Verlangen, die moralischen Ideen auch durch die Tat im Leben zu verwirklichen, kam hier zunächst zum Ausdruck in den Freimaurerlogen. Die erste wurde in Riga im J. 1750 begründet. Es war die »Loge zum Schwert«, die 1782 ein Erziehungsinstitut zu St. Johannis ins Leben rief. »Die Freimaurerei trug«, wie Joh. v. Eckardt sagt[2]), »zu der Verbreitung der Aufklärung, der Humanität, wie zu der allmäligen Milderung der bis dahin streng eingehaltenen Standesunterschiede bei und gab die erste Anregung zu der Begründung geselliger, wohltätiger und menschenfreundlicher Verbindungen, die segensreich wirkten, dann andere Formen annahmen und in diesen Ausläufern der Freimaurerei noch [1900] bestehen«. Nachdem im J. 1794 alle Freimaurerlogen auf kaiserlichen Befehl geschlossen worden waren, wurde 1797

[1]) Ludwig Heller, Geschichte der Lübeckischen Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit während der ersten 50 Jahre ihres Bestehens. Lübeck 1839.

[2]) Johannes v. Eckardt, Die Freimaurerei in Riga. Rig. Almanach f. 1900. S. 5.

von den Mitgliedern der Loge »Die kleine Welt« die Gesellschaft »Euphonie« begründet, die neben geselligen Zwecken auch humanitäre verfolgte[1]). Auch die L. P. B. V. ist aus dem Kreise ehemaliger Freimaurer hervorgegangen, wenn sie auch nicht die Nachfolgerin einer bestimmten Loge war. Von den Stiftern und ersten Mitgliedern gehörten K. G. Sonntag, Lib. Bergmann und G. Collins nachweisbar rigaschen Logen an, von manchen andern lässt sich dasselbe vermuten. Sonntag hatte sich allerdings schon vor dem Verbot der Freimaurerei von ihr zurückgezogen. Er meint, dass sie sich »als ein wirksames Institut für die höhere Ausbildung der Menschheit entbehrlich gemacht und so denn überlebt hatte«, deutet auch auf Missbräuche hin, doch will er ihr mannigfaltige Verdienste nicht absprechen, so seien ihr Werke der Wohltätigkeit in Riga zu verdanken und die Verbreitung »einer gewissen freieren sittlichen Kultur«.[2])

In den Freimaurerlogen hatten sich gleichgesinnte Persönlichkeiten zusammengefunden, um edle Ziele zu verfolgen. Die Liebestätigkeit war in Riga in früheren Zeiten hauptsächlich durch die Kirche, die Gemeinde ausgeübt worden; erst mit dem 19. Jahrhundert betätigt sich, wie O. Schabert darlegt[3]), auf diesem Gebiete auch die einzelne Persönlichkeit. Mit der Aufklärungszeit war auch in Riga die Bedeutung der Persönlichkeit zur Erkenntnis gebracht worden.

Die Menschenrechte legten auch die Besinnung auf die Pflichten nahe, die man als Mensch anderen gegenüber hatte. »Man erkannte, dass man nicht mehr wie bisher nur den offiziellen Institutionen des Rats und der Gemeinde alles überlassen dürfe, sondern dass jeder selbst Hand anlegen müsse, der Not des Nächsten zu steuern und so das Wohlergehen des Ganzen zu fördern. »Waren die Logen, in denen nach dieser Richtung hin schon einiges geschehen war, aufgelöst worden, so wollte man die unterbrochenen Bestrebungen in besserer Weise in Vereinen von Gleichgesinnten erneuern. Das führte zur Begründung auch unserer literarisch-praktischen Bürgerverbindung. So war diese ein rechtes Kind ihrer Zeit.

---

[1]) F. Kolberg, Geschichte der Gesellschaft Euphonie. Riga 1897.

[2]) Nachschrift von K. G. Sonntag zu »Dr. Liborius von Bergmann, weiland Ober-Pastor der Stadt Riga, dargestellt von einigen seiner Amtsgenossen. Riga 1823, S. 31.«

[3]) O. Schabert, Die Innere Mission u. die ihr verwandten Bestrebungen in Riga. Riga 1898, S. 14.

Noch auf einen anderen Zusammenhang mit Zeitereignissen muss hingewiesen werden. In jenen Jahren wurde durch die Begründung des Armendirektoriums das Armenwesen der Stadt einheitlich organisiert.[1]) Es ist das Zusammenfallen dieser Vorgänge wohl kein Zufall, sondern auch ein Zeichen des damals herrschenden lebhaften Interesses für soziale Angelegenheiten. Es besteht aber vielleicht noch ein engerer Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen. Kaiser Alexander I. hatte in einem namentlichen an den Kammerherrn Witowtow gerichteten Ukas v. 16. Mai 1802 die Notwendigkeit einer Organisation der Armenpflege hervorgehoben und dabei auf das Beispiel Hamburgs hingewiesen, »wo eine Gesellschaft tugendhafter und ruhiger Bürger seit beinahe 15 Jahren ohne irgend ein persönliches Interesse, ohne irgend eine Belohnung zum Troste der leidenden Menschheit die heilige Pflicht ausübt, ihren Nächsten auf die wirksamste und nützlichste Weise zu helfen«. Der Kaiser wünscht, einem solchen Beispiel zu folgen, und ernennt 3 Mitglieder, die ein viertes ernennen sollen, diese 4 ein fünftes u. s. w., bis 17 Mitglieder zusammen sind, die näheres beraten sollen. Was in der Hansastadt aus der Mitte der Bürgerschaft hervorgegangen war, wird hier von oben her dekretiert.

Dieser Ukas und der Besuch des Kaisers in Riga im Jahr 1802 waren die Veranlassung zur Umgestaltung unseres Armenwesens, an der sich Oberpastor Liborius Bergmann durch Schrift und Tat lebhaft beteiligte.[2]) Die vom Rat gemachten Vorschläge wurden genehmigt und durch Kaiserlichen Befehl v. 14. Nov. 1802 das Armendirektorium ins Leben gerufen. Die in dem Ukas vom 16. Mai 1802 ausgeführten Gedanken des Kaisers scheinen auf Lib. Bergmann tieferen Eindruck gemacht zu haben. Wir finden Anklänge an den Ukas in seiner Schrift über das Rigasche Armenwesen, und auch die Wahl der ersten Mitglieder der B. V. erinnert etwas an den vom Kaiser vorgeschriebenen Modus. Es scheint mir nicht unmöglich, dass Bergmann durch jenen Ukas auf die Hamburger Patriotische Gesellschaft, die das Vorbild unserer L. P. B. V. geworden ist und von der er schon früher wusste, von neuem besonders aufmerksam gemacht worden ist. Wenn

---

[1]) Alex. Tobien, Das Armenwesen der Stadt Riga. Riga 1895, S. 29. ff, B. Hollander, Kaiser Alexander I. und die Begründung des Rigaschen Armendirektoriums. Rig. Rundschau 1902, Nr. 260.

[2]) Liborius Bergmann, Über Armen-Versorgung und Unterstützungs-Anstalten in Riga. Eine historische Skizze. Riga 1803.

bisher mehr von der Wohltätigkeit gesprochen ist, so muss doch auch hervorgehoben werden, dass in Riga ebenso das Bedürfnis nach einer literarischen Gesellschaft vorhanden war. Das war ein schon ein halbes Jahrhundert früher (1754) geäusserter Wunsch des Konrektors Joh. Gottfriedt Arndt, der auf die Notwendigkeit der Vereinigung von Gelehrten und Vertretern anderer Berufe zu gemeinsamer wissenschaftlicher Arbeit im Dienste der Mitmenschen hingewiesen hatte.[1]) Freilich hat die L. P. B. V. späterhin nicht für die Wissenschaft als solche wirken, sondern mehr die Resultate derselben auf das praktische Leben anwenden wollen, aber sie hat doch das geistige Leben in Riga zu fördern gesucht.

Über den äusseren Verlauf der Gründung wird in der »kurzen Geschichte der Entstehung dieser Gesellschaft«, die in dem ersten Protokollbande der L. P. B. V. enthalten ist, folgendes berichtet:

»Im Oktober des Jahres 1802 äusserte der Herr Oberpastor von Bergmann gegen Herrn Pastor Albanus den Wunsch, den er schon lange gehegt, und worüber er bereits vor mehreren Jahren einen kurzen schriftlichen Aufsatz entworfen hatte, dass sich einige hiesige Gelehrten, Künstler u. s. w. unter einander zur Stiftung einer der Hamburgischen patriotischen Gesellschaft ähnlichen Societät vereinigen möchten, worauf Herr P. Albanus erwiderte, er sowohl als der Herr Gen. Sup. Sonntag hätten vor einiger Zeit denselben Wunsch geäussert, der unter der jetzigen vortrefflichen Regierung Alexanders um so leichter auszuführen sei. Diese 3 Männer vereinigten sich hierauf, die gute Sache zustande zu bringen. Der Herr Oberpastor Bergmann entwarf die Gesetze der Gesellschaft, die in mehreren auf einander folgenden Zusammenkünften sorgfältig geprüft und verbessert wurden. Sie schritten hierauf zur Wahl der ersten Mitglieder. Einstimmig wurden von ihnen erwählt[2]): Herr Baron Pierce von Campenhausen, Herr Dr. Dyrsen[3]), Herr Secretaire [Rudolph Joh. Heinrich] von Neuendahl,

---

[1]) Joh. Gottfriedt Arndt, Gedanken über den Anfang der schönen Wissenschaften in Liefland. Programm des Lyceums in Riga 1754.

[2]) Über einzelne besonders hervortretende Mitglieder werden später kurze biographische Nachrichten gegeben werden, über einige andere habe ich keine gefunden.

[3]) Dr. Joh. Heinrich Dyrsen. J. Brennsohn, Die Aerzte Livlands. Mitau 1905, S. 144.

Herr Hofrat von Ramm[1]), Herr Hofrat Stoffregen[2]), Herr Pastor [Paul] Tiedemann und Pastor [Mathias] Thiel. Alle diese wurden zu einer Versammlung eingeladen, ihnen der Zweck der Gesellschaft eröffnet und die Gesetze derselben vorgelesen, die dann auch bald darauf in einer abermaligen Versammlung am 26. November von ihnen einmütig angenommen wurden. In derselben erwählte man noch folgende neue Mitglieder: die Herren Dr. [Karl Benjamin] Sommer, Rat Schuderoff[3]), Secr. J. G. Schwartz[4]), [Benjamin Gottlieb] Praetorius, Dr. [David Hieronymus] Grindel, Schulkollegen Sandt, der sich aber nachmals wegen anderweitiger Geschäfte die Wahl verbat, Hofrat [Otto] v. Huhn, Wichmann[5]), Beggerow[6]), Müller[7]), Stelling[8]), Notar Groot[9]), [Joh. Hermann] Zigra, Schulz[10]) und Haverland[11]).

In den ersten Tagen des Dezembers wandte sich die Sozietät mit einer Bittschrift an den Minister der Aufklärung, Grafen Zawadowsky, und ersuchte denselben, ihr die allergnädigste Approbation Sr. Kaiserl. Maj. zu verschaffen, indem ihm zugleich eine französische Übersetzung der Statuten übersandt wurde. Die Genehmigung ihrer Bitte erfolgte gegen Ende des Jahres 1802 [23 Janr. 1803]. Der Brief des Ministers ward vorläufig den Mitgliedern mitgeteilt, allein mancherlei Umstände machten, dass nicht eher als am 15. April 1803 eine allgemeine Versammlung der Sozietät zustande kam.« Das Schreiben des Grafen Zawadowsky lautete:

[1]) Edler Joachim v. Ramm. Brennsohn a. a. O., S. 325.

[2]) Dr. Konrad Stoffregen. Brennsohn a. a. O., S. 384.

[3]) Ernst August Schuderoff. Rig. Biographien, I. S. 49.

[4]) Johann Georg Schwartz, später Bürgermeister. Rig. Ratslinie Nr. 766.

[5]) Goldschmidt und Mechaniker Johann Karl Wichmann. Buchholtz'sche Sammlung W. II. 536.

[6]) Uhrmachermeister Peter Benjamin Begrow (?). Familiensammlung d. Ges. f. Gesch.

[7]) Töpfer Andreas Christoph Müller. Buchholtz M. I, 134. Brunstermann, Gesch. d. St. Joh. Gilde. Riga 1902, S. 457.

[8]) Klempnermeister Jens Diederich Stelling. Brunstermann, S. 350.

[9]) Ältester Gr. Gilde u. Kassa-Notar Immanuel Friedrich Groot. Rig. Biogr. I, S. 135.

[10]) Maurermeister Theodor Gottfried Schulz. Brunstermann, S. 362.

[11]) Es ist wohl der bekannte Baumeister Christoph Haberland, der 1750 in Riga geboren und am 7. April 1803 gestorben ist. W. Neumann in der Illustr. Beilage d. Rig. Rundschau 1902 Heft 11 und H. Pirang im Jahrbuch f. bildende Kunst. 4. Jahrg. Riga 1910.

Monsieur,

Conformément aux volontés de notre très gracieux Souverrain j'ai l'honneur de Vous communiquer que Sa Majesté Imperiale témoigne Sa satisfaction et Sa bienveillance particulière à la Société littéraire et pratique qui cherche à se former, ainsi qu'à Vous pour les vues patriotiques de cette entreprise utile; ajoutant qu'Elle Se fera un vrai plaisir d'accorder Sa protection à des personnes qui par leur zele méritent d'avoir des imitateurs.

C'est avec la plus grande satisfaction que je Vous annonce la réponse dont Sa Majesté Imperiale a bien voula honorer la Societé, et que je Vous donne les assurances de la considération distinguée avec laquelle j'ai l'honneur d'être

Votre très-humble serviteur

C. Pierre de Zawadowsky.

№ 20
St. Petersbourg
Ce 23. de Janvier
1803
à Mr. Bergmann.

Auf dieser ersten Versammlung wurden noch zu Mitgliedern aufgenommen die Herren Pastor [Georg] Collins, der Drechslermeister [Peter] Schwedberg und der Stadt-Kunstmeister [Heinrich] Strauss —, zum Direktor wurde Oberpastor v. Bergmann »als erster Stifter der Societät,« zum Kassaführer Notar Groot, zum Sekretär Pastor Thiel erwählt. Zu Mitgliedern des inneren Ausschusses wurden bestimmt: Dr. Dyrsen, Baron v. Campenhausen, Dr. Grindel, Wichmann. Damit hatte die L. P. B. V. ihre Tätigkeit eröffnet, die ganz den bei der Begründung des Armendirektoriums verlautbarten Absichten des Kaisers entsprach. Deshalb konnte der Graf Zawadowsky in seinem Schreiben dem Oberpastor Bergmann nicht nur die Bestätigung der Gesellschaft mitteilen, sondern ihm auch das besondere Wohlwollen und den Allerhöchsten Schutz des Kaisers zusichern.

Das Siegel der Gesellschaft enthält nach dem § 21 der Statuten »in einem ovalen Schilde zwei in einander geschlossene Hände, und darüber die Worte: nos aliis. Im untersten Raume liest man: Sigillum societ. literario-practicae rig. 1803.«

II. Die Stifter und ersten Mitglieder der Gesellschaft.

Im J. 1856 schrieb Oberpastor Christian August Berkholz:[1]) »Es waren in den neunziger Jahren (des 18. Jahrhdts.) in Riga vorzugsweise drei junge Männer, von denen zwei mit dem Anfange des Dezenniums noch lange nicht das 30. Lebensjahr überschritten hatten. Karl Gottlob Sonntag, August Albanus und Liborius Bergmann, an die sich später der reformierte Prediger Collins anschloss, die den Rationalismus ihrer Zeit, man muss es einräumen, in der edelsten und würdigsten Weise, an sich gleichsam personifiziert, darstellten und damit den Einfluss erklären, den ihre Denkart auf die nach dem Taumelkelch der Aufklärung Verlangenden, — die sich durch die Autorität solcher Führer moralisch gerechtfertigt sahen, üben musste. Klassisch gebildet, mehr oder weniger bis zur immer seltener werdenden Meisterschaft in der Behandlung des Latein, mit ausgezeichneten Gaben der Beredsamkeit, wenn auch bei jedem eigentümlich, sei es von der Kanzel oder vom Katheder; umgänglich und gern gesehen in den Kreisen feinerer Bildungsformen; praktisch tüchtig für tätiges Eingreifen in die Interessen einer Bürgerwelt, wo Not und Armut neben Reichtum und oft schnell erlangtem Wohlstande das Mitleid zu helfender Teilnahme leicht anregen; klaren Verstandes, was der solide Geschäftsmann immer zu schätzen weiss; ihre Temperamente im Verhältnis zu einander so glücklich gemischt, dass sie sich gegenseitig zu ergänzen scheinen; dabei, wenn auch äusserlich verschieden sich gebend und darstellend, doch in der Grundrichtung ihrer religiösen Auffassung vollkommen übereinstimmend; — in der Tat, es hätte Wunder nehmen müssen, wenn sie nicht die gefeierten Koryphäen ihrer Zeit in unserem Riga geworden wären. Noch heute, nachdem bereits ein Mannesalter über ihrem Wirken hingegangen ist, flössen ihre traditionell gewordenen respektabeln Namen Achtung ein. Wie mancher ist vergessen, und niemand gedenkt mehr seiner, aber jene 3 Namen leben noch, und wenn auch der Mensch heutigen Tages nur den Eindruck von ihnen sollte erfahren haben, den

[1]) Berkholz, Erinnerungen an G. R. v. Klot in den Mitteilungen und Nachrichten etc. Bd. XII 1856, S. 536.

ihm die Vermittlung einer dazwischenliegenden Zeit gebracht hat.« — Seitdem diese Worte geschrieben, sind wiederum 70 Jahre mit manigfaltigen Schicksalen dahingegangen, aber jene 3 Namen sind auch heute noch nicht vergessen, hat doch ihr Wirken auch bleibende Spuren hinterlassen.[1])

Liborius v. Bergmann ist am 3. Sept. 1754 als 13. Kind des Pastors Balthasar Bergmann zu Neuermühlen geboren. Er hat seine Neigung zu wissenschaftlichen Studien, ebenso wie seine Liebe zum Heimatlande, als ein Erbteil seiner Vorfahren bereits überkommen. Sein Vater war literarischen Liebhabereien und historischen Studien ergeben, seine Mutter Anna Elisabeth Depkin gehörte einer angesehenen rigaschen Pastorenfamilie an, die sich auch um die Geschichte Rigas verdient gemacht hat. Seine Gymnasialbildung erhielt er in Riga in der Domschule, wo er auch Herder zum Lehrer hatte, und am Lyceum, wo Joh. Chr. Brotze gewiss das Interesse des Jünglings für die Geschichtswissenschaft erweckt haben wird, aber auch die Lust zum Zeichnen anregte. Als Brotze, der wenige Wochen nach seinem einstigen Schüler starb, zu dessen Beerdigung eingeladen wurde, sagte er: »Sein Andenken werde ich stets in meinem Herzen ehren.« »Und die Träne« — fügt ein Zeitgenosse hinzu, »die dieser Lehrer diesem Schüler weihete, enthielt mehr als die ruhmvollste Lobrede.« Von 1774—78 studierte Bergmann an der Universität Leipzig Theologie.[2]) Er hat hier in guter Freundschaft mit zahlreichen baltischen Landsleuten gelebt. »Sein Aufenthalt wurde ihm«, wie Sonntag berichtet,[3]) »insbesondere durch den mit ihm zugleich dort studierenden Joh. Samuel Hollander für seine gesellschaftliche Ausbildung ebenso nützlich, als für den feineren Lebensgenuss angenehm gemacht, da dieser, als Sohn eines der angesehensten hiesigen Handelshäuser, und selbst auch eigentlich Kaufmann, obwohl dabei von dem regsten wissenschaftlichen Sinn und vielseitiger Bildung, in den besten Häusern dort Zutritt hatte und seinen

---

[1]) Bernhard Hollander, Die Stifter der lit.-prakt. Bürgerverbindung. Illustr. Beilage der Rigaschen Rundschau 1902 Nr. 12. (Derselbe) im Rig. Almanach f. 1903.

[2]) Th. v. Riekhoff, Liborius Bergmann 1774—1778. Jahresbericht der Felliner litterarischen Gesellschaft. 1885—87, Fellin 1888.

[3]) Dr. Liborius v. Bergmann, weiland Oberpastor der Stadt Riga, dargestellt von einigen seiner Amtsgenossen. Riga 1823, S. 31.

Freund in dieselben mit einführte.« Indem Bergmann frühere Beziehungen seiner Brüder erneuerte, nahm er seine Wohnung im Breitkopfschen Hause und trat in ein freundschaftliches Verhältnis zu der Familie und den Hausgenossen. Ebenso war er ein häufiger Gast in der Familie des bereits 1773 verstorbenen Kupferstechers Joh. Mich. Stock. Auch sonst gewann er, dank seinen Studien, die sich über sein Fach hinaus auf das Gebiet der Kunst und Naturwissenschaft ausdehnten, vielen anregenden Verkehr in sehr verschiedenartigen Kreisen. Der Verkehr mit dem Direktor der Leipziger Malerakademie Adam Friedrich Oeser und dem Kupferstecher Joh. Friedr. Bause hat in Verbindung mit dem Besuch der Leipziger Kunstsammlungen dauernden Einfluss auf Bergmann ausgeübt. Er hat nicht nur stets das lebhafteste Interesse für die Kunst gezeigt und sich selbst eine stattliche Sammlung von Kunstsachen erworben, sondern auch in Riga später die Begründung eines Kunstmuseums angeregt. Sein Urteil wurde auch von Fachleuten geschätzt und 1810 hat er im Verein mit Brotze die Zeichnung und die Inschrift der Jubiläumsmedaille angefertigt. Mit wieder andern Menschen wurde Bergmann zusammengeführt durch sein Interesse für die Freimaurerei. Er wurde Bruder in der Loge »Minerva zu den 3 Palmen« und wurde 1777 zum Redner in derselben erwählt. Im nächsten Jahr hat er auch den Grossmeister der deutschen Logen, den Herzog Ferdinand von Braunschweig, aufgesucht und von diesem eine Eintragung in sein Stammbuch erhalten. Die Freimaurerei hat ihm überhaupt auf der damaligen Reise, die er nach Beendigung seines Studiums antrat, zu mancher interessanten Bekanntschaft verholfen. Die Reise führte ihn durch Deutschland, die Schweiz, Frankreich, England und Holland. Er kam mit vielen hervorragenden Männern in Berührung, ja mit manchen in dauernde Verbindung. So lernte er Lessing, Gellert, Klopstock, Kant, Herschel, Lavater, Bodmer u. a. kennen. Besonders nahe ist ihm in Zürich Lavater getreten. Dieser hat das Bild Bergmanns in seinen Essai sur la physiognomie aufgenommen und es mit folgenden Worten charakterisiert: »Das nenn' ich mir ein grundehrliches Gesicht, dessen Temperament aber anzugeben schwer ist. Ein sehr gesunder Verstand, aber, offen gestanden, ohne Genialität; Zartheit frei von jeder übertriebenen Empfindsamkeit; Geradheit auf Charakterstärke gegründet; Klug-

heit, die aus jeder Erfahrung lernt und vorteilt; Klarheit in den Gedanken, edle Ausdrucksweise, kaltblütig und kraftvoll, wenn es zu handeln gilt, bescheiden, aber nicht kleinmütig«.[1])

Sein Aufenthalt in Deutschland und diese Reise sind für Bergmanns ganzes weiteres Leben von ausschlaggebender Bedeutung geworden. Durch sein Studium, seine vielseitigen wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeiten und den geistig anregenden Verkehr, den er gehabt hatte, hatte er sich eine ungewöhnlich reiche allgemeine Bildung angeeignet.

Nach seiner Heimkehr wurde der »würdige und vorzüglich geschickte Candidatus theologiae« zunächst Erzieher im Hause des ihm von Leipzig her bekannten, auch als Dichter und Maler geschätzten Barons Woldemar v. Budberg in Strasdenhof, der einst ein Schüler Hamanns gewesen war und regen Verkehr mit Riga unterhielt. Jedoch schon im Jahr 1780 wurde Bergmann zum Diakonus an der Domkirche ordiniert und stieg nun allmählich empor bis zum Amt des Oberpastors am St. Peter, welches er von 1801 bis zu seinem Tode (1823) bekleidet hat.

Im J. 1781 verheiratete er sich mit Pauline le Grain, mit der er bis 1810 in glücklichster Ehe lebte. Doch wurde sein Familienleben durch viele Todesfälle sehr getrübt, und nur schwer hat er es verwinden hönnen, dass ihm seine 3 Söhne in frühem Alter entrissen wurden. Als Prediger wurde Bergmann sehr geschätzt. So heisst es in einem Nekrologe von ihm[2]): »Er war einer der ersten, welcher hier in den Predigten das von den Schlacken des Scholastizismus und Pietismus geläuterte, moralische Bibelchristentum in gebildeter und doch gemeinfasslicher Sprache und immer fortschreitend mit den Bedürfnissen und an den Hilfsmitteln des Zeitalters vortrug; er sorgte auch für dessen Verbreitung im Jugendunterrichte durch sein Lehrbuch der Religion, sowie er an dessen angemessener Einführung in die Gebete und Gesänge des öffentlichen Gottesdienstes durch seinen Anteil an dem liturgischen Handbuche von 1801 und an den Gesangbüchern von 1782 und 1810 tätig mitwirkte. Und er hatte bei diesem allem nicht sowohl das Glück, als er sich vielmehr auch das Verdienst erwarb: dem Lichte zugleich mit dem Rechte in einer Art zu huldigen, dass er weder den Verehrern des Alten anstössig oder verdächtig, noch den Freunden des Neuen hinderlich oder missfällig wurde.«

[1]) Arend Buchholtz, Ernst von Bergmann. Leipzig. 1911, S. 22.

[2]) Rig. Stadtblätter 1823, Nr. 43.

Albanus rühmt von ihm, dass »seine Predigten und Reden voll Klarheit, die Anordnung der Gedanken natürlich, seine Sprache einfach« gewesen sei. Man habe wohl von ihm gesagt, dass er zwar »ein Redner von Geist für den Geist« gewesen wäre, aber zu wenig das Gemüt angesprochen habe. Dieses will Albanus durchaus nicht gelten lassen. »Wer ernste, heilige Wahrheit in ernster, kräftiger Sprache, mit einfacher Würde verkündigt, liebte, der hörte ihn gern, oft und mit Segen, mochte er hoch oder niedrig, reich oder arm, Mann oder Weib, am Geiste hochgebildet oder nicht sein: suchte er sie nur, er fand bei ihm Erbauung, das ist: Lehre, Ermahnung, Warnung, Trost.« Ein Gegner aller Schwärmerei und Frömmelei war er tief »überzeugt von der Wahrheit dessen, was er lehrte, doch suchte er mit allen Andersgesinnten im Frieden zu leben. Es war das um so anerkennenswerter, als er ein wohl vom Vater ererbtes, leicht erregbares Temperament besass und nur mit unendlicher Mühe seine Heftigkeit bezwungen und sich an Mässigung gewöhnt hatte.

Seine in Leipzig begonnenen vielseitigen Studien hat Bergmann in Riga neben seinem geistlichen Amte emsig weiter fortgesetzt, so dass er als »ein Mann von echter Gelehrsamkeit, von geistlicher und weltlicher, alter und neuer« bezeichnet werden konnte. Bedeutsam für die Zukunft war seine Tätigkeit als Sammler. Er erwarb nicht nur mancherlei Kunstschätze für sein Haus, sondern auch Handschriften, Bücher, Münzen und Medaillen. Seine numismatische Sammlung ist in den Besitz der Stadt Riga gelangt, seine Büchersammlung ist nach seinem Tode in den Besitz des Oberpastors Trey übergegangen und hat später den Grund zur Bibliothek der Livl. Ritterschaft gelegt. Als ein rechter Vertreter des Zeitalters der Aufklärung suchte er aber nicht nur sich selbst zu vervollkommnen, sondern war auch unermüdlich bereit, das Licht der Aufklärung in alle Schichten der Bevölkerung zu verbreiten. Er tat das durch mündliche Vorträge und durch seine Schriften; auch suchte er jüngeren Männern mit Rat und Tat ihre wissenschaftliche Laufbahn zu erleichtern, ihnen den Weg zum weiteren Fortkommen zu ebnen und auch älteren Personen bei ihren gelehrten Forschungen freundlich zur Seite zu stehen. — Im Winter 1789/90 hielt Bergmann auf Veranlassung des Gouverneurs Bekleschew öffentliche Vorlesungen über Magnetismus, Elektrizität u. dgl. m., zu denen im Namen des Kollegiums der Allg. Fürsorge eingeladen

wurde. Sie sind auch von gewissem kulturhistorischen Interesse, denn sie waren, wie Sonntag erwähnt, »die ersten in unserer Stadt, denen Personen beiderlei Geschlechts beiwohnten«. Seine schriftstellerische Tätigkeit hat Bergmann sehr früh begonnen. Schon eine Rede, die er als Primaner bei Gelegenheit der Vermählung des Grossfürsten Paul »über den Einfluss der Erziehung der Prinzen auf die Glückseligkeit eines Reiches« gehalten hatte, ist dem Druck übergeben worden. Aus seiner Studentenzeit werden 8 Druckwerke aufgezählt, meist kleine Gelegenheitsschriften oder die in der Freimaurerloge gehaltenen Reden, daneben aber auch eine mineralogische Arbeit und eine Studie über die »Abhandlungen Sinesischer Jesuiten über die Geschichte, Sitten und Gebräuche dieses Landes«. In Riga hat Bergmann zuerst auch seine Feder in den Dienst des Freimaurerordens gestellt, aber sehr bald hören die Arbeiten für diesen auf, und er wird ganz von der Kirche und der Geschichte in Anspruch genommen, namentlich gaben ihm Gedenkfeste Veranlassung zu geschichtlicher Rückschau. So berichtete er im J. 1817 über die Einführung der Reformation in Riga. Das Amtsjubiläum Sonntags veranlasste ihn, kurze Notizen über die livl. Generalsuperintendenten zusammenzustellen. Bei Gelegenheit des Jubiläums der Eroberung Livlands durch Peter den Grossen verfasste er die »Erinnerungen an das unter dem Scepter des Russischen Kaiserthums verlebte Jahrhundert«. Bergmann hat sich aber auch durch die erste Herausgabe der Livländischen Reimchronik (1817), deren aus dem 14. Jahrhundert stammende Handschrift er angekauft hatte, ein Verdienst um die livl. Geschichtsforschung erworben. In einigen anderen Publikationen, in denen er das Armenwesen Rigas behandelt, bewies er, wie sehr er an dem Schicksal seiner Mitbürger Anteil nahm. Freude und Leid wollte er mit ihnen teilen. In einer im J. 1812 gehaltenen Predigt »Über die Mittel zur Besiegung ängstlicher Sorgen und trauriger Gefühle« sagte er: »Ich teilte mit euch die frohen, glücklichen Zeiten, die uns Gott schenkte; auch die trüben, die wir erlebt haben, will ich im heranrückenden Alter und unter dem Schmerz eines häuslichen Verlustes, der mich drückt, mit euch teilen. Mut und Gottvertrauen sind mir geblieben; mögen sie auch euch bleiben und euch durch kein noch so widriges Schicksal entrissen werden.«

Es ist in jenen Jahren kaum ein gemeinnütziges Unternehmen ins Leben getreten, an dem Bergmann nicht in irgend

einer Weise beteiligt gewesen ist. Wie er an der Gründung des Nikolai-Armenhauses und des Armendirektoriums teilgenommen, so verehrten das Fischersche und das Holstsche Institut, die Jungfrauenstiftung, die Bibelgesellschaft und die Witwenstiftung der Krämerkompagnie in ihm teils ihren Mitbegründer, teils ihren Förderer. Er war es denn auch, der den Gedanken zur Gründung der LPBV. fasste und zur Ausführung brachte. Als Bergmann am 14. Juli 1823 sein an Mühen, aber auch an Erfolgen reiches Leben vollendet hatte, rief ihm sein Freund Sonntag die Abschiedsworte ins Grab nach: »Dank Dir, dass Du nicht bloss Mann des Amtes warst, sondern vielseitig gemeinnütziger Mitbürger auch, in Rat und Schrift und Tat; dass Du, als warmer Patriot dieser Stadt Deiner Väter, an den Särgen so vieler Hunderter, in deren Mitte Du nun hier schlummerst, Haus- und Bürgersinn genähret und veredelt hast, indem Du ihn priesest und schildertest.«

In Anerkennung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit hatte die Universität Leipzig ihm bereits 1805 bei Gelegenheit seines Amtsjubiläums das Diplom eines Doktors der Philosophie und eines Magisters der freien Künste verliehen. Die LPBV. hatte ihren Stifter zum Ehrenmitgliede erwählt.

Karl Gottlob Sonntag wurde am 11./22. August 1765 in dem sächsischen Städtchen Radeberg bei Dresden als Sohn des Posamentiers und Inhabers einer kleinen Bandfabrik, späteren Ratsherrn Johann Gottfried Sonntag geboren. In treuer Liebe hat er stets seiner Eltern gedacht und für sie gesorgt. Nachdem er den ersten Unterricht in seiner Vaterstadt genossen, wurde er mit 13 Jahren in die berühmte Fürstenschule zu Schulpforta gesandt. »Hier legte er den Grund zu seiner gediegenen Kenntnis der altklassischen Literatur; hier gewöhnte er sich an die stetige Ausdauer in Verfolgung seiner Zwecke, die ihn in seiner späteren geschäftlichen Wirksamkeit so sehr auszeichnete. Darum war ihm auch die Erinnerung an seinen Aufenthalt auf Schulpforta bis in die spätesten Jahre eine der wertesten[1]).« Mit sehr ehrenvollen Entlassungszeugnissen der Schule bezog Sonntag im J. 1784 die Universität Leipzig, um daselbst Theologie zu studieren. Nach vierjährigem erfolgreichem Studium, während dessen er auch schriftstellerisch und im Hause des Superintendenten Dr. Rosenmüller pädagogisch

[1]) N. Asmuss, Dr. Karl Gottlob Sonntag und die Rigaschen Stadtblätter während seiner Redaktion. Riga 1860. Mit einem Bildnis Sonntags.

tätig gewesen war, wollte sich der junge Doktor der Philosophie als Privatdozent in Leipzig niederlassen. Da erhielt er von Riga die ehrenvolle Aufforderung, das Rektorat der Domschule zu übernehmen. Von Herder, mit dem er durch seine Bearbeitung der »Dichtungen v. J. V. Andreä (Leipzig 1786)« in Beziehung getreten war, und von dem Domherrn Dr. Morus war er dorthin aufs beste empfohlen worden. »Noch schwankend, ob er sich zur Auswanderung in den fernen Nordosten entschliessen sollte, machte der junge Schulmann die Bekanntschaft eines Studenten der Theologie, der in Riga die Handlung erlernt hatte und durch wohltätige Freunde in den Stand gesetzt worden war, seiner Neigung gemäss die gelehrte Laufbahn einzuschlagen[1])«. Es war der spätere Prediger an der reformierten Kirche zu Riga, George Collins, dessen begeisterte Schilderungen von dem strebsamen Sinn und den echten Bürgertugenden der Rigenser für Sonntag entscheidend gewesen sein sollen, so dass er dem Rufe Folge leistete.

Am 13. September 1788 trat Sonntag sein neues Amt als Rektor der Domschule an, doch schon ein Jahr darauf (1789) wurde ihm, nachdem er, wie Albanus sagt, bewiesen hatte, »wie vieler Jahre Wirksamkeit ein kräftiger Mann in ein einziges zu konzentrieren vermag[2])«, das Rektorat des kaiserlichen Lyceums, mit dem damals zugleich das Diakonat an der St. Jakobikirche verbunden war, anvertraut. Gerade dieser letztere Umstand, der ihm eine theologische Wirksamkeit in Aussicht stellte, war wohl für Sonntag von besonderer Bedeutung gewesen. Während seines Rektorats wurde mit dem Lyceum eine vierklassige »Hauptvolksschule« verbunden. Im selben Jahr 1789, in dem Sonntag dieses neue Amt antrat, vermählte er sich mit Gertrud Hedwig Grave, der Tochter eines rigaschen Kaufmanns und Mitgliedes des damaligen Gouvernements-Magistrates, mit der er in glücklicher, aber kinderloser Ehe lebte. Im Jahre 1791 wurde er Oberpastor an der Jakobikirche und gab infolgedessen 1792 seine pädagogische Tätigkeit bis auf wenige Religionsstunden auf. Im Jahre 1799 erhielt er die Stelle eines Assessors im livl. Oberkonsistorium. In diesem ersten Jahrzehnt seines Aufenthalts in Riga hatte sich

[1]) (Julius Eckardt), Beiträge zur livländischen Sittengeschichte des 18. Jahrhunderts. Rig. Almanach f. 1873, S. 28 ff.

[2]) A. Albanus, Rede zur Säcular-Feier und zur Eröffnung des Dimissions-Actes im Gouv.-Gymnasium zu Riga. 1810. S. 24.

Sonntag durch seine pädagogische und schriftstellerische Tätigkeit, als Kanzelredner und als Administrator eine angesehene Stellung erworben. Daher war es verständlich, dass man im Jahre 1803 den erst 38jährigen, vor nicht langer Zeit eingewanderten Mann erst zum Gehilfen des livl. Generalsuperintendenten Dankwart machte und ihn dann noch im selben Jahr nach dessen Tod selbst an die Spitze der Landeskirche stellte. Trotz der neuen grossen Arbeitslast und seiner sonstigen ausgebreiteten Tätigkeit behielt er doch noch bis zum Jahre 1811 seine seelsorgerische Wirksamkeit als Oberpastor bei. Es ist hier nicht der Ort, auf die über ein Vierteljahrhundert sich erstreckende Tätigkeit Sonntags als livl. Gen.-Superintendent näher einzugehen. Chr. Aug. Berkholz unterscheidet »auf seiner amtlichen Bahn zwei Perioden: die erste bis zum Ausgange des Befreiungskrieges; da hielt er das Panier voran, und alles folgte; und die andere, wo bekanntlich ein Umschlag in der religösen und kirchlichen Richtung eintrat; freilich keineswegs unvorbereitet, aber doch überraschend für die, die das Wetterleuchten nicht wahrgenommen hatten.[1]) Doch wie Sonntag bei Lebzeiten bis zuletzt in vielen Kreisen als Orakel galt, so kam seine Autorität auch lange Zeit nachher noch zur Geltung. Als das Gesangbuch von 1810 um die Mitte des Jahrhunderts beseitigt werden sollte, wollten viele davon nichts wissen, weil »Sonntag es doch ausgearbeitet hatte.«

Wenn man von Sonntag gesagt hat, er sei ein Mann aus einem Guss gewesen, so wird die Wahrheit dieses Ausspruchs auch durch die Tatsache bestätigt, dass er sich allem, was er unternahm, mit voller Hingabe widmete. Nachdem er sich zu dem folgenschweren Schritt entschlossen und sein Vaterland verlassen hatte, hat er sich verpflichtet gefühlt, seine ganze Kraft in den Dienst seiner neuen Heimat zu stellen.[2]) Er tat das, indem er sich vor allem mit der Geschichte des Landes und der Stadt Riga, mit dem Recht und der Verfassung, mit den Sitten und Gewohnheiten der Bewohner vertraut zu machen suchte. Bald war er ein Kenner auf diesem Gebiete und vermochte, obgleich als Fremder ins Land gekommen, doch andere darüber zu belehren. Als ein besonderes Verdienst wird ihm von offenbar sachverständiger Seite »die Ermöglichung und Beför-

[1]) Chr. Aug. Berkholz, Erinnerung an Gustav Reinhold v. Klot. Mitteilungen u. Nachrichten etc. XV. Bd. 1859. S. 539.

[2]) [Bernhard Hollander], Rig. Almanach f. 1903, S. 106 ff.

derung der genaueren Kenntnis unserer Verfassungs- und Rechtszustände« nachgerühmt. »Die oft sprachlich unzugänglichen Quellen unserer einheimischen Gesetzgebung« — so heisst es weiter[1]) — »die in hiesigen und auswärtigen Bibliotheken und Archiven zerstreut liegenden Rechtsdenkmäler, die ganz verschiedenartigen Erlasse unserer Provinzial-Autoritäten, die autonomischen Ausflüsse unserer korporativen Gewalten, die ins öffentliche und Privatrecht einschlagenden Entscheidungen der Justizbehörden waren ihm gleich verständlich und geläufig; ja man kann behaupten, dass Sonntag als Mitglied der Provinzial-Gesetz-Kommission ganz eigentlich die Seele der Beratungen war«.[2])

Vom ersten Jahre seiner Anwesenheit in Riga hat Sonntag eine ausserordentlich umfangreiche und vielseitige schriftstellerische Tätigkeit entfaltet. Im Recke-Napierskyschen Schriftsteller- und Gelehrten-Lexikon umfasst das Verzeichnis seiner Schriften ganze 17 Druckseiten. Da er als Schulmann ins Land gekommen war, beschäftigen sich seine ersten Veröffentlichungen auch mit pädagogischen Fragen. Schon im J. 1788 enthält das Schulprogramm einen Aufsatz von Sonntag: »Ueber die Vorteile der deutschen schönen Literatur für die Bildung der Jugend«, dem in den nächsten Jahren andere folgten. Auch mit der Geschichte der livländischen u. kurländischen Schulen hat er sich eingehend bis in seine letzten Lebensjahre beschäftigt. Ebenso setzte er, nachdem er seine pädagogische Tätigkeit aufgegeben hatte, doch seine schriftstellerische Arbeit für die Jugend weiter fort. Er verfasste Lehrbücher für den Unterricht der Konfirmanden und in den Schulen und verschmähte es nicht, sich auch an die ganz kleinen Kinder zu wenden. Die heranwachsende Jugend in allen Lebensaltern für das Christentum zu gewinnen, war sein heisses Bemühen gerade auch bei seiner schriftstellerischen Tätigkeit.

Auf reife Menschen suchte er einzuwirken durch die Veröffentlichung seiner Predigten und Vorträge, die in zahlreichen Bänden noch vorhanden sind. Die Titel einiger Predigt-

---

[1]) Zur Erinnerung an den 10. August [den 100. Geburtstag Sonntags] Rig. Stadtbl. 1865 Nr. 34.

[2]) Eine grosse mühselige Arbeit war das von Sonntag herausgegebene »Chronologische Verzeichniss der livländischen Gouvernements-Regierungspatente v. 1710 an bis 1822. Riga 1823«, das er für die nächsten Jahre fortgesetzt hat.

sammlungen sind für jene Zeit vielleicht charakteristisch: »Rigas Umgebungen, Dünastrom und Jubiläum (1810) in 3 Predigten« oder »Über das junge Grün des Frühlings (1813)« oder »Über Menschenleben, Christentum und Umgang. Eine Sammlung Predigten auf das ganze Jahr f. gebildete Leser«. 4 Bde. Andere Sammlungen sollten wohl mehr den Amtsbrüdern als Musterbeispiele dienen[1]). Von besonderem Interesse werden aber stets seine Landtagspredigten sein, die er in der Zeit der Bauernbefreiung gehalten hat und die er veröffentlichte, um sich gegen Vorwürfe, die man ihm gegenüber erhoben hatte, zu rechtfertigen[2]). — Sein lebhaftes historisches Interesse zeigt sich auch auf theologischem Gebiete. Er verfasste den »Versuch einer Geschichte der lettischen und estnischen Bibelübersetzungen« (1817) und »Geschichte und Gesichtspunkt der allg. liturgischen Verordnung für die Lutheraner im Russ. Reiche.« (1805.) — Seine sonstigen zahlreichen historischen Arbeiten sind wohl meist in den Zeitschriften veröffentlicht, die er selbst redigierte oder an deren Redaktion er wenigstens stark beteiligt war.

Sonntag war erst ganz kurze Zeit in Riga, als er bereits eine »Monatsschrift zur Kenntnis der Geschichte und Geographie des Russischen Reiches« herausgab. Wie manche andere Zeitschriften jener Jahre, hat sie nur eine kurze Zeit (1790—91) existiert. Ebenso vorübergehende Erscheinungen waren die »Aufsätze und Nachrichten für protestantische Prediger im Russischen Reiche« (1811), die erste Vorläuferin der späteren »Mitteilungen und Nachrichten« etc., und die »Inländischen Blätter« (1813—14, 1817). Eine längere Dauer ist nur den »Rigaschen Stadtblättern« und dem »Ostseeprovinzen-Blatt« beschieden gewesen. Die Begründung der ersteren, über die später noch eingehender berichtet werden muss, durch die liter.-prakt. B.-V. ist recht eigentlich ein Werk Sonntags. Vom J. 1810 an sind sie unter seiner steten

[1]) Formulare, Reden und Ansichten bei Amtshandlungen. 3 Teile. Riga 1802—1807. Neue Ausgabe 1818.

[2]) Landrichter u. Kreisdeputierter Heinrich August v. Bock hatte in einer Schrift Sonntag den Vorwurf gemacht, dass er in seinen Landtagspredigten immer wieder den Adel rücksichtslos und heftig angegriffen habe, ohne zu beachten, dass derselbe trotz seines guten Willens aus Gründen, die ausserhalb seiner Gewalt standen, in der Bauernsache nicht so schnell alles zur Reife bringen konnte. Vergl. die Einleitung zu Sonntags Landtagspredigten. Riga 1821.

Mitarbeit und Jahre lang unter seiner direkten Redaktion herausgegeben worden. Wiederholt trug er sich mit Plänen zu ihrer Umgestaltung und noch am Tage vor seinem Tode war er mit einer Arbeit für dieses Blatt beschäftigt. Da der Umfang und der Zweck der Stadtblätter es nicht gestatteten, auch grössere Artikel zu bringen, die das ganze Land betrafen, Sonntag aber schon in Folge seiner Stellung als Generalsuperintendent das Bedürfnis fühlte, auch durch die Presse Einfluss auszuüben, gründete er das »Ostseeprovinzen-Blatt nebst öconomisch-gemeinnützigen Beilagen« (1823). Sonntag hat die Redaktion bis zu seinem Tode geleitet; dann wurde es von Dr. G. Merkel als »Provinzialblatt für Kur-, Liv- und Ehstland« bis 1838 fortgesetzt. Auch an dem von Merkel herausgegebenen »Zuschauer« (1807—31, fortgesetzt bis 1856) hat Sonntag mitgearbeitet, ja ihn zeitweilig selbst redigiert.

Der livländischen Geschichtsforschung hat Sonntag nicht nur durch seine eigene schriftstellerische Tätigkeit zu nützen gesucht, sondern auch durch Unterstützung der Bestrebungen anderer und besonders auch durch Förderung der Interessen unserer Archive. Gerade aus seinen letzten Lebensjahren haben wir dafür nicht uninteressante Belege. So sind in den »Rig. Stadtblättern« (1884) die an Sonntag gerichteten Briefe des damals noch jungen Privatdozenten Friedrich Georg v. Bunge aus den Jahren 1822—26 veröffentlicht, in denen es sich um archivalische und sonstige Bunges Arbeiten betreffende Fragen handelte. In diesen selben Jahren hat sich Sonntag als Glied der Provinzial-Gesetzeskommission um die Rückführung von Archivalien, die 1710 in grossen Massen nach Schweden fortgebracht worden waren, verdient gemacht. Durch die kräftige Unterstützung des Marquis Paulucci gelang es, einen grossen Teil für Livland zu retten. Sonntag hat dann die Verteilung dieser Archivalien auf die einzelnen Archive geleitet. Diese Arbeit hatte er bis zu seinem Tode noch nicht ganz beendet. Glücklicherweise kam aber der ganze handschriftliche Nachlass Sonntags in die Hände von Dr. August Buchholtz, der ihn der Nachwelt erhalten hat[1]).

So war das ganze Leben Sonntags erfüllt von unermüdlicher Arbeit im Dienste des Landes, das ihm zur zweiten Heimat geworden war und dem er treu blieb, obgleich er ehrenvolle

[1]) Th. Beise in den Mitteilungen a. d. livl. Gesch. 8. Bd. S. 147. ff. Georg Berkholz in den SB. d. Ges. f. Ges. 1875. S. 77 ff.

Berufungen in sein altes Vaterland erhielt, erfüllt von treuer Arbeit für die Kirche, an deren Spitze er gestellt war, und für seine Mitmenschen, mit denen er Freude und Leid teilen wollte. Aber er hat auch redlich an sich selbst gearbeitet. Er gehörte nicht zu den selbstzufriedenen Menschen, die sich selbst immer genügen, sondern hat gekämpft und gerungen, um zu immer besserer Erkenntnis zu gelangen. Deshalb war er auch duldsam gegenüber ehrlichen Überzeugungen anderer, wenn ihm auch im Verkehr oft eine gewisse Derbheit und Schroffheit eigentümlich war, was auch Höhergestellten gegenüber zur Geltung kam. Sein starkes Selbstgefühl, sein tatkräftiges und auch herrisches Wesen bewirkten es, dass der persönliche Verkehr mit ihm nicht immer bequem war, aber doch wurde er allgemein verehrt und auch der gestrenge Gouverneur Beklescheff, dem er als dem »Stellvertreter des Kaisers« furchtlos mit dem Worte entgegentrat: »Und ich stehe hier im Namen Gottes,« hat ihn hoch geachtet[1]).

»Ich habe meine Laufbahn früh begonnen, das pflegt auch früh zu enden,« sagte Sonntag beim Antritt der Generalsuperintendentur. Im Alter von 62 Jahren, bis zuletzt rüstig schaffend, ist er nach kurzer Krankheit am 17. Juli 1827 am Nervenschlage gestorben. Sein Einfluss ist noch lange Jahre nach seinem Tode zur Geltung gekommen. Was Sonntag gesagt oder getan hatte, war für viele massgebend. Für die L. P. B. V. kommt Sonntag nicht nur als Mitstifter in Betracht, sondern als ein Mitarbeiter, der in den ersten schwierigen Jahrzehnten schöpferisch belebend und fruchtbringend gewirkt hat. Den Dank, den Riga Sonntag schuldet, brachte Dr. Albanus an seinem Grabe zum Ausdruck:[2]) »Dank Dir, Vollendeter, im Namen aller Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt! Dank für das, was Du unserer Gesamtheit und einem jeden von uns gewesen, für uns getan, für uns und unsere Nachkommen vorbereitet; Dank auch für die Nachsicht und Geduld, mit der Du Missverständnisse übersehen, Missdeutungen ertragen, Unbilden verziehen hast. Dank insbesondere für das Muster der menschenfurchtlosen Aufrichtigkeit, Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit, das Du uns, Deinen Amtsbrüdern, dargestellt, für das Beispiel der uneigennützigsten, kein Opfer scheuenden Anstrengung im Dienste der Amtspflicht

[1]) Rig. Almanach 1873, S. 10.

[2]) Zum Andenken Sonntags. Riga 1827, S. 37.

und der Menschenliebe, das Du uns gabst; Dank für Deines Eifers Vorbild, das uns zeigte, was ein Mann Deines Berufes vermag, der da weiss und will, was er soll, und uns, Deines Berufes Genossen, erweckte, uns zur Nacheiferung mutig zu entschliessen«. — Sonntag war ein echtes Kind seiner Zeit, erfüllt von ihren Ideen, aber ragte über seine Zeit hinaus, daher war er zum Führer geboren.

Der dritte Stifter der L. P. B. V., Dr. Johann August Leberecht Albanus[1]), war ein Zeitgenosse und Landsmann Sonntags. Er ist am 4. Dez. 1765 zu Beuche bei Leipzig als Sohn eines evangelischen Predigers geboren. Obgleich der Vater eine grosse Kinderschar zu erziehen hatte, erhielt August Albanus doch eine ausgezeichnete Ausbildung. Von 1779—84 besuchte er die Fürstenschule zu Grimma, die damals in besonderer Blüte stand und ihn vortrefflich zu seinem Studium in Leipzig vorbereitete. Von dem eigentümlichen, streng geordneten Leben an dieser Erziehungsanstalt hat er uns in den »Briefen eines Vaters über seine Schuljahre« in den »Livländischen Schulblättern v. J. 1813« ein anschauliches Bild entworfen. Nachdem Albanus in Leipzig 3 Jahre, zu gleicher Zeit mit Sonntag, Theologie, Philosophie und Philologie studiert hatte, erlangte er die Würde eines Doktors der Philosophie. Obgleich sich ihm in der Heimat günstige Aussichten zu einem guten Fortkommen eröffneten, zog er es doch vor, zunächst eine Hauslehrerstelle in Stubbensee bei Riga anzunehmen. Er hatte das Verlangen, fremde Länder kennen zu lernen, ehe er dauernd durch ein Amt gefesselt wurde. Dass er in Riga seine zweite Heimat finden und hier sein Leben beschliessen würde, ahnte er wohl nicht, als er im J. 1789 den Boden unserer Vaterstadt betrat. Sehr bald erkannte man den Wert des jungen Hauslehrers und erwählte ihn 1792 zum Rektor der Domschule, in welcher damals gerade recht schwierigen Stellung er bald eine hervorragende pädagogische Begabung entwickelte. »Seine kräftige Lehre, sein heitrer Sinn, seine Freude am Lehren, seine Freude am Lernenden, sein Ernst, sein Scherz: alles ermunterte, kräftigte und bändigte zugleich den Schüler. Auch der schwache tat sein Mögliches, der furchtsame ward nicht niedergedrückt, denn das Auge und die Liebe des Lehrers umfasste sein ganzes

[1]) J. G. Frobeen, Rigasche Biographien. Bd. II. Riga 1883; Th. Beise, Zur Erinnerung an Dr. J. A. L. Albanus in den Rig. Stadtblättern. 1865 Nr. 47 u. 50, woselbst auch weitere Literaturangaben über Albanus sind.

Streben, alle seine Kräfte; alles geschah wiederum aus Liebe und Achtung gegen die Person des Lehrers.« Diese Worte eines seiner Schüler[1]) werden vortrefflich ergänzt durch seine Schriften; man lese nur die »Vermischten Gedanken und Erfahrungen eines Schulmannes«, aus denen viel noch heute beachtenswerte pädagogische Weisheit hervorleuchtet. Nachdem Albanus sich durch seine Verheiratung mit Agnes Karoline Rauert aus Mitau (1793) einen Hausstand begründet hatte, war er dauernd für unser Land gewonnen. Er hat die 12 Jahre seines Rektorats als die glücklichste Zeit seines Lebens bezeichnet, so dass er im Rückblick auf dieselbe noch in seine selbst verfasste Grabschrift die Worte setzte:

»Von mehr denn 70 Jahren hat er 12 gelebt,
In allen übrigen zu leben nur gestrebt.«

Im J. 1798 wurde ihm auch das Inspektorat der Domschule übertragen, nachdem er schon vorher die Obliegenheiten eines solchen erfüllt hatte. Zugleich aber trat er in den geistlichen Dienst und hat die verschiedenen Kirchenämter am Dom und St. Peter in der früher üblichen Reihenfolge nach einander bekleidet, bis er im J. 1823 die erste Stellung als Stadt-Oberpastor an der St. Petrikirche erhielt und nach der Einführung des neuen Kirchengesetzes im J. 1833 zum Superintendenten der Stadt Riga und ihres Gebietes und Vizepräsidenten des Stadtkonsistoriums ernannt wurde. Inzwischen war in seiner pädagogischen Laufbahn eine wesentliche Veränderung eingetreten, die im Zusammenhang stand mit der Umgestaltung des Schulwesens im J. 1804. Man hat in jener Zeit Albanus den Vorwurf gemacht, er habe gegen das Interesse Rigas gehandelt, indem er an der Degradation der Domschule in eine Kreisschule Anteil nahm, doch scheint diese Angelegenheit noch der Klärung zu bedürfen. Albanus wurde damals zum Gouvernements-Schulen-Direktor ernannt, dem auch die Zensur der in Riga erscheinenden Schriften oblag. Ungefähr 30 Jahre lang hat er sich der Erziehung der Jugend gewidmet. Viele seiner früheren Schüler gehörten später zu seiner Gemeinde, an der er bis z. J. 1838 gewirkt hat. Das Amt des Superintendenten hat er bis zu seinem Tode am 2. Oktb. 1839 bekleidet. Die L. P. B. V. hatte ihn zu ihrem Ehrenmitgliede ernannt.

[1]) G. C. Girgensohn. Mitteilungen a. d. livl. Gesch. II. 1842, S. 169 Anm.

Albanus war wohl in erster Linie eine Gelehrtennatur. Von allen Zeitgenossen wird seine gründliche Kenntnis der Sprache Latiums, sein klarer Geist, sein tiefes Eindringen in die Wissenschaft und auch die Gabe der leichten und anziehenden Mitteilung gerühmt. C. E. Napiersky sagt von Albanus in einem Nekrologe[1]): »Seine gelehrte Bildung betätigte sich in zweien Berufen, die er mit Würde und Segen ausgefüllt hat, — in dem des Schulmannes und dem des Predigers. In beiden erscheint er gleich ehrwürdig durch Geschick und Tätigkeit, wie durch sein teilnehmendes und Zutrauen erweckendes Wesen, womit er jeden behandelte, der in seine Nähe kam. Seine Lehrertüchtigkeit, diese Gabe, mit Klarheit die Gegenstände dem geistigen Auge anderer vorzuführen, und anregend den Geist der Jugend zu wecken, Licht zu verbreiten über die dunklen Gegenstände der Forschung und Erkenntnis, und ein wärmend und belebend Feuer der Begeisterung für das Wahre und Gute in jugendlichen Gemütern zu entzünden — hat sich in den vielen Jahren seiner Berufstätigkeit als Lehrer glänzend gezeigt.[2])« Als Prediger zeichnete er sich durch seine eingehende Schriftkenntnis, durch seine natürliche Beredsamkeit und durch sein warmes teilnehmendes Gemüt, seinen offenen, freundlichen Charakter aus. In seinen beiden Berufszweigen war es ihm beschieden, an Epoche machenden Umgestaltungen mitzuarbeiten: an der Reorganisation des Schulwesens v. J. 1804 und an der Einführung des neuen Kirchengesetzes für die evangelisch-lutherischen Gemeinden v. J. 1832. Ebenso wie Sonntag fand auch Albanus neben seiner anstrengenden Berufstätigkeit noch Zeit zu gelehrten Arbeiten, zu gemeinnützigen Unternehmungen verschiedener Art und zu schriftstellerischer Tätigkeit meist allerdings auf pädagogischem oder pastoralem Gebiete. Er hat aber auch in Riga das erste russische Wochenblatt herausgegeben: Россійское Еженедѣльное изданіе въ Ригѣ (1816). In treuer Freundschaft haben die beiden Landes- und Zeitgenossen Sonntag und Albanus zum Wohl unserer Vaterstadt gewirkt, und rührend klingt es, wenn letzterer am Grabe Sonntags ausruft: »Gott helfe mir, das Entbehren meines ältesten, vertrautesten, auf Erden nicht mehr zu ersetzenden Freundes ertragen!« In der

---

[1]) Mitteilungen a. d. Livl. Gesch. II, S. 174.

[2]) Vrgl. auch Nekrolog v. W e n d t in d. Akte Nr. 56, (1839).

Geschichte Rigas werden die Namen der beiden Freunde stets in enger Verbindung mit einander genannt werden.

Unter den ersten erwählten Mitgliedern will ich nur einige erwähnen, die sich mit besonderem Eifer an den Bestrebungen der neuen Gesellschaft beteiligten. Pierce Balthasar Baron Campenhausen (geb. 1746 Januar 14., gest. 1807) wurde im väterlichen Hause erzogen, studierte kurze Zeit in Göttingen und machte dann grössere Reisen durch Europa. Zwei Jahre hielt er sich in Genf auf, wo er Voltaires Zuneigung gewann und in dessen Hause lebte. Vor seiner Heimkehr (1770) wurde er zum sächsischen Kammerherrn ernannt. Nachdem er 12 Jahre lang in Petersburg und Riga verbracht hatte, trat er in Militärdienste und kämpfte als Offizier gegen die Türken und im polnischen Kriege. Als Major nahm er (1797) seinen Abschied und liess sich in Riga als Privatmann nieder. Campenhausen hat auch im »Zuschauer« und in »Kaffkas Nord. Archiv« einige Artikel über seine Reisen in Russland und über das Theater veröffentlicht.[1])

Pastor Paul Tiedemann (geb. in Riga 1766 Aug. 8., gest. 1822 Novbr. 7,)[2]) war, nachdem er in Jena studiert hatte, längere Zeit Hofmeister und Privatlehrer, dann wurde er Prediger an der St. Johanniskirche und im J. 1817 Assessor des Stadtkonsistoriums. Er hat sich besonders um die Armenpflege verdient gemacht und wurde auch 1803 Mitglied des neubegründeten Armendirektoriums. Tiedemann war eine massvolle Persönlichkeit, ein Mann praktischen Sinnes und Wirkens, ausgerüstet mit einem reichen Schatze von Erfahrungen, deshalb erschien er auch besonders geeignet zum Direktor der L. P. B. V. (1810—1812).

Matthias Thiel (geb. in Riga 1775 Aug. 21., gest. 1843 Febr. 7.)[3]) hat nach Absolvierung der Domschule in Jena 1795—98 Theologie studiert und wurde dann Hauslehrer in Kurland. Doch schon 1801 begann er seine Laufbahn als Prediger in Riga, in der er in der üblichen Stufenreihe bis zum Oberpastor zu St. Petri und Superintendenten (1839) emporrückte. Zugleich wurde er Assessor und dann

---

[1]) Buchholtzsche Sammlung in d. Stadtbibl. C. 56 und Schriftsteller-Lexikon I, 329.

[2]) Frobeen, Rig. Biographien I, S. 88.

[3]) Frobeen, Rig. Biographien II, S. 114. Friedrich Beise in den Mitteilungen aus d. livl. Geschichte. Bd. III, S. 384 und Rig Stadtbl. 1875 Nr. 33.

Vizepräsident des Konsistoriums. Mit vielem Sinn für die praktischen Wissenschaften begabt, ein warmer Verehrer der Natur, Technik und Kunst fand er gerade in der L. P. B. V. ein Feld seiner rührigen Tätigkeit. Zehn Jahre lang (1803—1813) war er ihr Sekretär und von 1821—1825, 1827—1828 stand er als Direktor an ihrer Spitze. Über seine Arbeit in d. L. P. B. V. wird noch mehrfach zu berichten sein, aber auch ausserhalb derselben hat er im Armendirektorium und in der Gemeindepflege den Armen viele Wohltaten erwiesen. Sein wissenschaftliches Interesse betätigte er in der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde, zu deren Direktorium er gehörte und die er auch eine Zeit lang als stellv. Präsident leitete. Seine »Unterhaltungen aus der vaterländischen Geschichte für die Jugend« wurden seiner Zeit viel gelesen, ebenso wie die 1830 erschienene Volksschrift, »Dr. Martin Luthers Leben nebst einer kurzen Geschichte der Reformation in Riga und einem Facsimile zweier auf der hiesigen Stadtbibliothek befindlichen eigenhändigen Briefe Luthers«. Ein grosses Verdienst erwarb er sich auch dadurch, dass er wesentlich mitwirkte bei der Erwerbung der Brotzeschen Sammlungen für die Stadtbibliothek und bei der Herausgabe der Monumenta Livoniae antiquae. Thiel war ein lebensfreudiger Mensch, von ruhig heiterem Charakter und mit einem wohlwollenden Herzen, der im geselligen Verkehr und in seiner Vereinsarbeit die Menschen für sich zu gewinnen verstand.

Benjamin Gottlieb Prätorius (geb. in Riga 1760 Novbr. 4., gest. 1828 Jan. 12.)[1]) hatte sich in Riga, Moskau u. Petersburg, sowie in Deutschland eine vortreffliche Ausbildung als Apotheker erworben. Er hat sich aber nicht auf die Verwaltung seiner eigenen Apotheke beschränkt, sondern auch in verschiedenen öffentlichen Stellungen pharmazeutische Interessen vertreten. Im Verein mit D. H. Grindel gründete er 1803 die »Pharmazeutisch-chemische Sozietät«, in der er 19 Jahre als Sekretär für seine Berufsgenossen wirkte. Ausserdem hat er sich noch eifrig in der Armenpflege, der Bibelgesellschaft und in verschiedenen Vereinen betätigt, so dass man voller Staunen über seine Leistungen sein muss. Er war Stifter und Vorsteher der «Euphonie« und hat 8 Jahre lang die Kasse der L. P. B. V. verwaltet. Seine vielseitigen Lebenserfahrungen, seine absolute Zuverlässigkeit in jeder Beziehung

[1]) Frobeen, Rig. Biographien I. S. 180.

machten seine Mitarbeit überall besonders wertvoll. Er war Ehrenmitglied der »Euphonie« u. der L. P. B. V.

David Hieronymus Grindel (geb. in Riga 1776 Sept. 28, gest. 1836 Jan. 8)[1]) war zum Apotheker ausgebildet worden, aber hatte sich durch eifriges Selbststudium so viele Kenntnisse erworben, dass er in Jena Naturwissenschaften studieren konnte. Wenn er seinen Aufenthalt in Jena auch nach wenigen Jahren abbrechen musste, so erhielt er hier doch später (1802) die Würde eines Dr. phil. Im J. 1804 wurde er Professor der Chemie an der neubegründeten Universität Dorpat, zu deren Rektor er auch (1810—12) erwählt wurde. Nach zehnjähriger Wirksamkeit als Professor kehrte er nach Riga zurück, um hier wieder seine früher erworbene Apotheke zu übernehmen. Doch befriedigte ihn diese Tätigkeit nicht, und noch einmal zog er nach Dorpat, um dort Medizin zu studieren. Er hat darauf von 1823 an als prakt. Arzt und Kreisarzt in seiner Vaterstadt gewirkt. Er war von regem wissenschaftlichem Streben erfüllt und suchte durch seine Lehrtätigkeit, durch seine schriftstellerischen Arbeiten und in der von ihm begründeten »Pharmazeutischen Gesellschaft« auch auf andere anregend einzuwirken. Da er sich die besondere Aufgabe gestellt hatte, die Anwendung wissenschaftlicher Entdeckungen für das Leben zu fördern, war er gerade für die L. P. B. V. der geeignete Mann. Er hat auch 1818—22 die »Rigaschen Stadtblätter« herausgegeben.

Karl Benjamin Sommer (geb. zu Schmigel bei Posen 1769 Jan. 6, gest. 1815 Jan. 26)[2]) hatte unter manchen Schwierigkeiten das Studium der Medizin beendet und sich den Doktorgrad erworben. Nachdem er einige Jahre als russischer Marinearzt tätig gewesen war, liess er sich in Riga als prakt. Arzt nieder, hat aber auch vielfach für das Gemeinwohl gewirkt, so besonders durch sein energisches Eintreten tür die Schutzblattern-Impfung. Sein Tod im besten Mannesalter wurde allgemein in Riga betrauert.

Otto von Huhn (geb. in Mitau 1764 Juli 17, gest. 1832 März 19)[3]) hat in Halle u. Göttingen das Studium der Medizin absolviert und nach längeren Reisen sich in Riga als Arzt niedergelassen. Doch schon bald begab er sich nach Russ-

[1]) Daselbst II, S. 60. J. Brennsohn, Die Aerzte Livlands. Mitau 1905, S. 179.
[2]) Frobeen, Rig. Biographien I, S. 39. Brennsohn a. a. O. S. 376.
[3]) Frobeen, a. a. O. II, S. 30. Brennsohn a. a. O., S. 215.

land, wo er teils in Moskau praktiziert hat, teils als Hausarzt russischer Aristokraten tätig war. Von 1813 an hat er wieder in Riga als Arzt gewirkt und sich besondere Verdienste als erster Direktor der Wohltätigkeitsanstalten auf Alexandershöhe erworben. Bereits bei seinem ersten Aufenthalt in Riga trat er als erster energisch in Wort und Schrift für das Einimpfen der Schutzblattern ein. Er war Ehrenmitglied der L. P. B. V.

Johann Hermann Zigra (geb. in Lübeck 1775 Juli 19., gest. 1857 Januar 5.)[1]) war 1795 als Kunst- und Handelsgärtner nach Riga gekommen, wo er sich um die Anlage der ersten städtischen Gärten grosse Verdienste erwarb. Als Fachmann machte sich Zigra durch seine Schriften und Korrespondenzen weit nach Russland hinein und auch in andern Ländern bekannt. Ihm wurden mannigfache Ehrungen vom russischen Kaiserhause und von deutschen Fürstenhäusern sowie von zahlreichen wissenschaftlichen Vereinen zuteil. Er war, wie es heisst, »Inhaber einer Legion von Medaillen«.

In Riga hat er auch ausserhalb seines Faches an dem kommunalen Leben und den Arbeiten der L. P. B. V. so regen Anteil genommen, dass er von der letzteren zum Ehrenmitgliede ernannt wurde.

Georg Collins (geb. in Königsberg 1763 März 15., gest. 1814 Jan. 15.)[2]) kam als junger Kaufmann nach Riga, wo ihm von einem Verwandten die Mittel zu seiner weiteren Ausbildung gewährt wurden, so dass er in Königsberg und Leipzig Theologie studieren konnte. Er hat dann in Riga als hochgeschätzter Prediger der reformierten Gemeinde segensreich gewirkt, aber auch als Schriftsteller und Dichter ausserhalb derselben viele Anhänger und Freunde gefunden. Als eifriges Mitglied einer Freimaurerloge und dann als Mitglied der L. P. B. V. hat er sich erfolgreich kommunal betätigt.

Mit grosser Sorgfalt haben die Stifter offenbar ihre ersten Mitglieder aus der Zahl der rigaschen Mitbürger ausgesucht, aber auffallend ist, dass der Kaufmannsstand fast gar nicht berücksichtigt worden ist. Unter den 27 ersten Mitgliedern sind ausser den Literaten 7—8 Handwerker und nur ein Kaufmann vertreten: der Älteste gr. Gilde u. Stadtkassa-Notär J. Fr. Groot·

[1]) Frobeen, Rig. Biographien II, S. 124; Th. Beise im Inlande 1857 Nr. 11; Rig. Stadtbl. 1875 Nr. 35.

[2]) Frobeen I, S. 28 und Sonntag, Dem Andenken Georg Collins von einigen seiner Freunde. Riga 1814.

Im J. 1809 wurde ausdrücklich beschlossen: »Auch Personen aus dem Kaufmannsstande sollen aufgenommen werden, die durch ihre ausgebreiteten Kenntnisse, durch ihre richtigeren Ansichten und ihre grössere Gemeinnützigkeit sich vorzüglich auszeichnen. Auch Personen aus anderen Ständen, die Geist und Neigung für den Zweck der Societät haben«. Aber tatsächlich wurden erst seit dem J. 1815 mehrere Kaufleute zu Mitgliedern erwählt.

III. Die Tätigkeit der Bürgerverbindung in den Jahren 1802—1827[1]).

Die von dem Stifter der L. P. B. V. ausgearbeiteten Statuten entsprachen ganz den Bestrebungen jener Zeit, die ich früher schon geschildert habe. »Die Gesellschaft kennt« — so heisst es in denselben — »keinen anderen Zweck, als den, gemeinnützige Kenntnisse an dem Orte, an dem sie sich befindet, unter ihre Mitbürger, denen es an Zeit, Kraft, Mitteln und

[1]) Die Darstellung stützt sich in erster Linie auf die im Archiv vorhandenen Akten und Protokolle. Ausserdem sind noch besonders benutzt worden:

Übersicht aller Leistungen der L. P. B. V. in den Rig. Stadtblättern 1829 Nr. 2, 3 u. 5. [Nicht beendet].

August Bulmerincq, Geschichte der Allerhöchst bestätigten L. P. B. V. zu Riga. Bei Gelegenheit ihrer 50jährigen Jubelfeier a. 12. Dezbr. 1852 herausgegeben. Riga 1852.

Einladung zur Einweihungsfeier des Museums in Riga am 7. März 1858. Riga 1858 [Enthält eine Geschichte der dort vereinigten Gesellschaften] Die Geschichte der L. P. B. V. ist verfasst v. N. Asmuss.

Napoleon Asmuss, Rückblick auf die Wirksamkeit der L. P. B. V. in Riga während der letztverflossenen 7 Jahre 1858—1864. Riga 1865.

Derselbe, Überblick über die Geschichte der L. P. B. V. während ihres 75jährigen Bestehens zur Feier des 12. Dezbr. 1877 der Gesellschaft gewidmet. Riga 1877.

Robert Baum, Kurze Chronik der von der L. P. B. V. v. 12. Dezbr. 1802 bis 12. Dezbr. 1877 ins Leben gerufenen und angeregten Institute, Anstalten, Vereine und Unternehmungen. Riga 1878.

Robert Baum, Bericht über die 75jährige Tätigkeit der L. P. B. V. zu Riga, Rigaer Stadtblätter 1877, S. 457.

N. Busch, Geschichte d. L. P. B. V. 1802—1902. Spezieller Teil: Die Anstalten der Bürgerverbindung. I Die Schulen. Riga 1902.

Alex. Tobien, Das Armenwesen der Stadt Riga. Eine historisch-statistische Studie. Riga 1895.

Arend Berkholz, Die Anfänge der L. P. B. V. 1802—1817, im Jahresbericht für d. J. 1909.

Gelegenheit zur Erwerbung derselben fehlt, zu verbreiten. In dieser Absicht arbeitet sie nicht für eigentliche Gelehrte, auch liegt es nicht in ihrem Plane, für die Wissenschaften direkt zu wirken, sondern sie will nur jedes gemeinnützige Resultat des menschlichen Wissens, Denkens und Erfindens, auf das praktische und bürgerliche Leben anwenden . . . Ihr Grundsatz und der ganze Geist ihres Vorhabens ist nicht, zu glänzen und andere in Blüte befindliche ähnliche Societäten zu beeinträchtigen, sondern im Mittelstande und unter den niederen Volksklassen ohne Geräusch Nutzen zu stiften. Sie macht es sich daher zur Pflicht, das Neue und Wissenswürdige, für das praktische und bürgerliche Leben Brauchbare, neue und wichtige Beobachtungen und Erfindungen zum Besten des physischen Wohlstandes der Menschen, zur Erhaltung und Beförderung der Gesundheit und zur Abwendung körperlicher Übel, wichtige Entdeckungen im Fache der Meteorologie, der Naturgeschichte, der Naturlehre und Chemie, der Botanik, der Haushaltungskunst und des Gartenwesens, der bürgerlichen und der Wasser-Baukunst, neue, durch Erfahrung bewährte Vorteile, die zur Beförderung der Industrie, zum grösseren Flor des Handels und der Gewerbe, der Fabriken und des Manufakturwesens, zur Benutzung und Verarbeitung roher Materialien und Produkte dienen, verschiedene das Polizeiwesen im Allgemeinen betreffende Überlegungen und Vorschläge aufzusuchen, zu sammeln, zu prüfen, mitzuteilen und ihre Mitbürger darauf aufmerksam zu machen, oder auch ihre eigenen, in allen diesen Fächern gesammelten Beobachtungen, wohlgeprüften Erfahrungen und Entdeckungen ihnen öffentlich anzuzeigen. Sie wird sich bemühen, Künstler und Handwerker leichter, wohlfeiler und geschmackvoller arbeiten zu lehren, und praktisch-nützliche Erfindungen nicht nur zu verbreiten, sondern auch zu veranlassen. Sie wird nützliche Vorschläge theoretisch beleuchten und über die Anwendung derselben sorgfältige Untersuchungen anstellen. Sie wird richtige Grundsätze der physischen und moralischen Erziehung in den niedern Klassen in Umlauf zu bringen, bürgerliche Sittlichkeit zu befördern, schädliche Vorurteile, Missbräuche, abergläubische Meinungen und Gewohnheiten mit allem Ernste zu bestreiten und sie zu vertilgen suchen.«

Die Mitglieder, deren Zahl auf 26 beschränkt war, sollten sich ein Mal im Monat versammeln, nachdem eine Vorberatung

im engeren Ausschuss stattgefunden hatte. Zu diesem gehörten: der leitende Direktor der Gesellschaft, der Sekretär, Kassaführer und vier erwählte Mitglieder. Die Feier des Stiftungstages soll am 12. Dezember, dem Geburtstage Kaiser Alexanders I., durch eine Festversammlung begangen werden. Die L. P. B. V. hat sich in den ersten Jahren ihres Bestehens nur sehr langsam entwickelt, ja ist mitunter dem Erlöschen nahe gewesen. Die erwählten Mitglieder traten oft wieder zeitweilig oder ganz aus der Gesellschaft aus, es fehlte häufig an Arbeiten, die zur Beratung vorgelegt werden konnten, und die Versammlungen wurden unregelmässig besucht, ja ein angesehener Mitbürger musste bereits 1803 als ausgetreten betrachtet werden, weil er zu den Sitzungen nicht erschien. Es kam auch vor, dass die Versammlungen längere Zeit hindurch nicht zustandekamen oder nicht einberufen wurden, so im J. 1807 u. 1814. Das lag doch offenbar daran, dass die Gesellschaft ihren so ausführlich dargelegten Zweck nur sehr unvollkommen erfüllen konnte, dass die Möglichkeit der literärischen Einwirkung auf grössere Kreise der Bevölkerung damals sehr beschränkt war und dass die Gesellschaft noch keine wirklich praktische Tätigkeit entfaltete. Die Herren Literaten mögen für manche der behandelten Themata auch nur geringes Interesse gehabt haben z. B. die Bearbeitung des Stiefelleders, um es stärker zu machen, Bereitung des Gallerts aus Knochen oder eine leichte und bequeme Schiebkarre. Andere Fragen konnten wohl allgemeines Interesse bei allen beanspruchen z. B. die Kultivierung der Sandhügel bei Riga, die Verbesserung der Nahrungsmittel für die Tagelöhner in Riga, die giftigen Farben beim Spielzeug und bei Konditorwaren, die Lage der Dienstboten u. dgl. m. — Schon in der zweiten Sitzung der Gesellschaft wurde beschlossen, die vorgelegten Arbeiten unter dem Titel »Gemeinnützige Nachrichten« lieferungsweise zu veröffentlichen; auch wurde in Erwägung gezogen, sie den niederen Volksklassen durch Kalender oder Anschläge zugänglich zu machen. Wie unbeholfen man in solchen Dingen noch war, zeigt die Erörterung der Frage, ob die Drucksachen kostenlos oder gegen Zahlung verbreitet werden sollten. Sonntag wünschte eine Gratisverteilung, damit die Gesellschaft nicht des Eigennutzes beschuldigt werde, doch wurde das abgelehnt, weil gratis verteilte Schriften zu geringschätzig betrachtet würden. Zu der Herausgabe einer eigenen

selbständigen Publikation kam es nicht gleich, da Zensurschwierigkeiten entstanden. Die Bitte um eine Zensur in Riga statt in Dorpat wurde abgelehnt, daher entschloss man sich, die Arbeiten zunächst als »Gemeinnützige Beilage« der »Rigaschen Anzeigen« erscheinen zu lassen. Erst 1804 waren diese Schwierigkeiten beseitigt, und in den Jahren 1805—1807 konnten 4 Hefte der »Arbeiten der literarisch-praktischen Bürger-Verbindung in Riga« veröffentlicht werden. Eigentümlicherweise war Sonntag, der sonst immer für derartige Publikationen eingetreten ist, dieses Mal skeptisch, »weil das Publikum zu wenig Literatursinn besässe, um eine Zeitschrift der Art zu unterstützen«. Vier Jahre später (1808) machte Sonntag selbst den Vorschlag, eine Wochenschrift herauszugeben, was dann zur Gründung der »Rigaschen Stadtblätter« (1810) führte[1]). Die in den 4 kleinen Heften der »Arbeiten« enthaltenen Aufsätze mögen für ihre Zeit ganz nützliche Ratschläge in betreff des Verhaltens bei verschiedenen Krankheiten, bei Gewitter, im Winter etc. enthalten haben, aber als einziges positives Resultat der jahrelangen Bestrebungen einer Gesellschaft, erscheinen sie doch etwas dürftig. Daher ist es wohl begreiflich, dass manche Mitglieder sich nicht befriedigt fühlten. Als im J. 1807 längere Zeit keine Sitzungen zustande gekommen waren, trat die Gesellschaft, veranlasst durch ein von dem soeben verstorbenen Mitgliede Baron Campenhausen hinterlassenes Schreiben, in Beratung darüber, wie die Tätigkeit der Gesellschaft mehr belebt werden könnte, doch ohne grösseren Erfolg. Es wurde, wie es scheint, im wesentlichen nur beschlossen, die Bestrebungen auf ein noch weiteres Feld des Wissens auszudehnen, auch auf Gegenstände der Moral, Poesie, der Geschichte und Geographie u. s. w., so dass nur die Theologie, Jurisprudenz und Politik ausgeschlossen sein sollten. Auch wollte man »darauf bedacht sein, aus guten Journälen brauchbare Nachrichten anzuzeigen«. Im Dezember 1808 wurde Sonntag zum Direktor erwählt und eröffnete seine Tätigkeit gleich mit »Vorschlägen zur Wiederbelebung der Tätigkeit der Societät«, die er auch schriftlich in einem Memorial zusammen fasste. Leider ist es uns nicht erhalten geblieben. Man kam überein, auch Personen aus dem Kaufmannstande und anderen Ständen — nicht nur

[1]) Über die Geschichte der »Rig. Stadtblätter« wird noch besonders berichtet werden.

Literaten und Handwerker — zur Mitarbeit heranzuziehen. Es wurde ferner das Projekt der Begründung einer Freischule für elternlose Kinder vorgebracht, ohne dass es zu einer näheren Erörterung kam. Das einzige positive und bleibende Resultat der Bemühungen Sonntags war die Begründung der »Rigaschen Stadtblätter«, die mit dem Januar 1810 ins Leben traten und vom engeren Ausschuss redigiert werden sollten. Doch schon im Mai musste Sonntag mit der Niederlegung der Redaktion und dem Austritt aus der Gesellschaft drohen, weil er von seinen Kollegen »fast ganz und gar nicht« dabei unterstützt worden war. Eine Neuerung war es auch, dass am 6. Juli des Jubiläumsjahres 1810 zum ersten Mal eine öffentliche Sitzung stattfand, in der eine ganze Reihe von Vorträgen gehalten wurde. Dieser Sitzung wohnte auch Dr. Joh. Chr. Brotze bei, der damals zum ersten Ehrenmitgliede der L. P. B. V. ernannt worden war.

Nachdem das Kriegsjahr 1812 zum ersten Mal die L. P. B. V. veranlasst hatte, sich wirklich praktisch zu betätigen, indem sie sich eifrig an der Speisung der Verwundeten in den Lazaretten beteiligte und auch eine Kollekte für sie veranstaltete (1813)[1]), waren die nächsten Jahre ganz bedeutungslos, ja im Jahr 1814 fand bis zur Stiftungsfeier keine Sitzung statt. Da stellte Sonntag als derzeitiger Direktor die Versammlung am 12. Dez. vor die Alternative, »entweder eine ihren Zweck nicht erreichende Verbindung wieder aufzuheben oder aber derselben eine solche Einrichtung und Tendenz zu geben, welche grössere Nutzbarkeit fürs Gemeinwohl erwarten liessen.« Die Versammlung erklärte sich einstimmig für die Fortführung der Gesellschaft, worauf einige Zusätze zu den bisherigen Statuten beschlossen wurden. Da die Erfahrung gelehrt habe, dass der bis jetzt fast ausschliesslich betriebene eine Zweck der Gesellschaft, von der Literatur aus auf unsere Handwerker zu wirken, wahrhaft genugtuend weder erreicht worden ist, noch sich verschiedener Lokalhindernisse wegen erreichen lasse, so wolle die L. P. B. V. von jetzt an hauptsächlich diejenigen Stellen ihrer Statuten zur Richtschnur ihrer Tätigkeit dienen lassen, die auf literärische, pädagogische, moralische und staatsbürgerliche Gemeinnützigkeit

[1]) Der engere Ausschuss gab 1813 als Sonderabdruck aus den Stadtblättern einen Rechenschaftsbericht heraus »über die von ihm gestiftete Gesellschaft zur Verpflegung der Verwundeten.«

überhaupt abzwecken. Die Zahl der Mitglieder soll allmählich auf 50, eventuell auch noch mehr erhöht und der Mitgliedsbeitrag herabgesetzt werden. Zweimal im Jahr sollen öffentliche Versammlungen, in denen das Andenken hervorragender Bürger der Stadt geehrt und Vorträge über die Geschichte Rigas und andere Themata gehalten werden müssten, stattfinden.

Vom J. 1815 an scheinen die Verhandlungen der L. P. B. V. einen lebhafteren Charakter angenommen zu haben. Es wurden viele für das städtische Leben bedeutungsvolle Fragen erörtert und jetzt nicht mehr, um ihre Entwickelung durch schöne Aufsätze zu beeinflussen, sondern um sie durch praktische Arbeit zu fördern. Es wurde verhandelt über die Begründung von Sonntagsschulen für Handwerker, über die Filtrierung des Dünawassers und Herbeischaffung guten Trinkwassers, über die Begründung einer Unterstützungskasse für ausgediente Dienstboten, über das Einsammeln von Lumpen, Papier etc. (Brockensammlung), über Regulierung der Düna, über die Bereinigung und Beleuchtung der Strassen u. s. w. Bisher hatte, soviel zu ersehen, die Stadt sich nur im J. 1804 einmal an die L. P. B. V. mit der Bitte gewandt, ihr die zweckmässigsten Laternen zur helleren Erleuchtung der Stadt vorzuschlagen. Von jetzt an gestalten sich die Beziehungen der Gesellschaft zur Stadt- und Polizeiverwaltung lebhafter. Von besonderer Bedeutung in der Entwickelung der L. P. B. V. erscheint mir die nach längeren Verhandlungen am 1. Mai 1816 erfolgte Uebergabe der städtischen Rettungsanstalt für Verunglückte in die Verwaltung der Gesellschaft. Es war dieses, wenn man von der Begründung der »Rig. Stadtblätter« absieht, die erste praktische Betätigung der L. P. B. V. für das Gemeinwohl der Stadt. Im nächsten Jahr (1817) folgte die Eröffnung der Lutherschule für Handwerkslehrlinge[1]): Damit hatte die L. P. B. V. das richtige Feld ihrer Tätigkeit gefunden, auf dem sie bis auf den heutigen Tag rastlos fortgearbeitet hat.

Von den ersten Jahren ihres Bestehens an hat sich die B. V. eifrig mit dem Rettungswesen, mit der ersten Hilfe bei Unglücksfällen, beschäftigt. Zu einer solchen waren im alten Riga in erster Linie die zunftmässig organisierten Bader und Barbiere verpflichtet[2]). Ihre Lokale waren gewisser-

[1]) N. Busch, Geschichte der L. P. B. V. 1802—1902, Riga 1902, S. 1 ff.

[2]) N. Carlberg, Der Stadt Riga Verwaltung und Haushalt in den Jahren 1878—1900. Riga 1901, S. 129.

massen Rettungsanstalten. Da aber in Riga ganz besondere Hilfe erforderlich war für die im Wasser Verunglückten, so hatte der Rat im J. 1792 eine Rettungsanstalt in einem eigenen Gebäude an der Düna ausserhalb der Sünderpforte eingerichtet. Diese eine Anstalt konnte aber, abgesehen davon, dass es an Gerätschaften fehlte, nicht genügen, daher wurden 1812 auch in der Moskauer und Mitauer Vorstadt die Polizeihäuser (Siègen) mit Vorrichtungen für die erste Hilfeleistung versehen. Ausserdem musste gegen die Unvernunft der Menschen angekämpft werden, die immer zu spät sachgemässe Hilfe in Anspruch nahmen. In den ersten Jahren suchte die L. P. B. V. ihrer damaligen Richtung gemäss literärisch auch auf diesem Gebiete einzuwirken. Es wurden mehrere Arbeiten über Wiederbelebung Ertrunkener in der Gesellschaft verlesen, aber es wurden auch im J. 1810 praktische Vorschläge von dem Mitgliede Stadtphysikus Dr. Joachim v. Ramm[1]) gemacht. Er verlangte die Einrichtung von mehreren Rettungsanstalten an verschiedenen Stellen des Ufers, Aufstellung von Rettungsgerätschaften auch an den Kanälen und Belohnungen für Hilfeleistungen und Rettungen. Schiesslich schlug er vor, es solle eine besondere Gesellschaft die nötigen Einrichtungen und Anschaffungen besorgen, da »die zu sehr erschöpften Mittel der Stadt die Auslagen nicht hergeben können«[2]). Von dieser Zeit an ist die Angelegenheit von der L. P. B. V. mehrfach beraten worden, aber erst im J. 1815 nahmen die Verhandlungen, angeregt durch aus Hamburg angelangte Schriften, eine praktischere Gestalt an. Das Resultat war, dass die B. V. die Leitung der städtischen Rettungsanstalt unter der Oberaufsicht des Rates übernahm. Im April 1816 wurde sie einer Kommission der B. V., bestehend aus dem Direktor Keussler, Ratsherr Niemann und Dr. W. v. Zoeckell[3]), die zunächst die Verwaltung übernahm, übergeben. Schon im J. 1818 wurden Filialanstalten auf Klüversholm, dem Johannis- und Katharinendamm eingerichtet. Vom Febr. bis Oktbr. 1817 gelang es, von 11 Verunglückten 8 wieder ins Leben zurückzubringen, während bei den drei übrigen eine Rettung überhaupt ausgeschlossen gewesen war. In den Jahren 1817—20

[1]) J. Brennsohn, Die Ärzte Livlands. Mitau 1905. S. 325.

[2]) Rig. Stadtblätter 1810 Nr. 11 und »Anleitung für Nichtärzte zur Rettung Ertrunkener». Riga 1811.

[3]) Brennsohn, a. a. O. S. 441.

wurden von 27 Menschen 14 wiederhergestellt. Auch wurden mehrmals die von Dr. Karl v. Wilpert[1]), später von Dr. Friedrich Christian Strahsen[2]) ausgearbeiteten Anweisungen zur Rettung in grosser Anzahl in den verschiedenen Landessprachen zur Verbreitung gedruckt. Jahre lang wurden immer wieder neue Vorschläge zur Verbesserung der Rettungsanstalten gemacht, z. B. v. Dr. Christian Georg von Erzdorff-Kupffer[3]), aber es fehlte auch nicht an Klagen über ihre Mängel, so auch von Seiten des Marquis Paulucci. Seit den 30-er Jahren wird das Verhältnis der B. V. zur Rettungsanstalt unklar. Im April 1831 referierte der Kaufmann Joh. Peter Gottfried Ulmann, »dass die von der Gesellschaft ausgegangene, auf höhere Veranlassung der hiesigen Polizei übergebene Anstalt zur Rettung im Wasser verunglückter Personen ihren Zweck keineswegs zu erreichen scheine«. Eine protokollarische Mitteilung über die Rückgabe der Rettungsanstalt an die Stadt ist nicht vorhanden, aber der Beschluss der Gesellschaft (Mai 1831), die Angelegenheit durch eine Kommission energisch zu betreiben, scheint nicht sehr wirkungsvoll gewesen zu sein. Das unklare Verhältnis zur Polizeiverwaltung blieb bestehen, und das Interesse der B. V. scheint allmählich zu erlahmen. Am 4. Dezbr. 1836 erklärte Dr. Erzdorff-Kupffer, der von Seiten der Gesellschaft erwählte Inspektor der Rettungsanstalt für im Wasser Verunglückte vor der Sünderpforte, »dass man auf die Rechte, welche unsere Gesellschaft auf jene Anstalt habe, wenig mehr zu achten, vielmehr sie stillschweigend aus derselben verdrängen zu wollen scheine, und forderte die Gesellschaft auf, ihr gutes Recht zu sichern«. Die B. V. beauftragte den Sekretär, sich über die Rechte der Gesellschaft zu orientieren und dann eine Bitte an den Generalgouverneur zu richten, diese Rechte zu wahren. Im April 1837 wurde beschlossen, dem Generalgouverneur in einem Gesuch vorzuschlagen, es möge zur Förderung der Rettungsanstalten ein permanentes Komitée ernannt werden, in dem 4 Glieder der Gesellschaft, die so viel für diese Anstalten getan habe, Sitz hätten. Damit hören die Verhandlungen über diesen Gegenstand auf. Wahrscheinlich hatte es sich doch erwiesen, dass derartige Anstalten auf die Dauer von der Stadtverwaltung selbst geleitet werden müssen.

[1]) Ebendort S. 431. Rig. Biographien II. S. 84.
[2]) Brennsohn a. a. O. S. 385.
[3]) Ebendort S. 154.

In der Armenfürsorge und auch im weiteren Sinne in der Fürsorge für die weniger bemittelten Bevölkerungsklassen hat die B. V. von jeher ihre Hauptaufgabe gesehen. Das zeigt sich z. B. in den ersten Schulgründungen. Doch auch sonst haben ihre hervorragendsten Mitglieder (Bergmann, Sonntag, Broecker, Rennenkampff u. a.) in diesen ersten Jahrzehnten sich eingehend mit der Armenpflege innerhalb und ausserhalb der Gesellschaft beschäftigt und sind auch mit Vorschlägen an diese herangetreten. Am weitgehendsten war wohl der Antrag von Sonntag (1823), zur Bekämpfung der Strassenbettelei freiwillige Armenpfleger für die einzelnen Strassen einzusetzen, die für eine gerechte Verteilung der Almosen unter die ihnen bekannten Armen sorgen sollten. Man sollte auch für eine angemessene Beschäftigung der noch arbeitsfähigen alten Leute sorgen, man dachte schon damals an eine Art von Brockensammlung durch und für die Armen und dgl. m. Die meisten Verhandlungen kamen noch zu keinem Abschluss. Praktisch hat sich die L. P. B. V. auf dem Gebiet des Armenwesens in dieser Zeit dadurch betätigt, dass ihre Mitglieder sich an der Einsammlung von Beiträgen für das Armendirektorium durch Hauskollekten beteiligten, mit der bisher besoldete Personen beauftragt gewesen waren. Schon im J. 1818 hatte der überaus rührige Sekretär Broecker einen dahinzielenden Antrag gestellt und auch freiwillige Sammler bereits gefunden, aber erst 3 Jahre später (1821) kam der Vorschlag infolge einer Bitte des Armendirektoriums zur Ausführung. Die L. P. B. V. hat 9 Jahre lang bis 1830 diese mühsame Arbeit durchgeführt. Dann lehnte sie die weitere Beteiligung ab, weil sich »die Ausmittelung der 8 Collecteure und 2 Substituten nicht bewerkstelligen lasse«. Die Hauptsache aber war wohl, wie der Direktor in der Versammlung damals erklärte, dass es die erste Pflicht der B. V. sei, für die von ihr selbst begründeten Anstalten zu sorgen und zum Unterhalt der Lutherschule selbst Sammlungen vorzunehmen.

Ein grosses Verdienst erwarb sich die L. P. B. V. um die Anlage und Bepflanzung eines Weges zu den Kirchhöfen. Nachdem im J. 1772 durch kaiserlichen Befehl die bisher übliche Bestattung der Toten in den Kirchen verboten worden war, wurden im nächsten Jahr die Kirchhöfe ausserhalb der Stadt in den Sandbergen angelegt. Diese Massregel bedeutete in jener Zeit »eine völlige Umwälzung des Alther-

gebrachten«. »Die dadurch hervorgerufene Stimmung in den Gemütern vieler — schreibt Chr. Aug. Berkholz[1]) — »war allerdings eine solche, dass die traditionell vererbten Anschauungen und Gefühle mit den Forderungen der »Sanitätsrücksichten« in einen harten Widerspruch gerieten. Man fühlte, es stehe hier den Regungen der Gemütswelt ein Kampf bevor, der überwunden werden müsse. So lange die Gräber und Epitaphien den andächtigen Beter in der Kirche umgaben, fühlte er sich seinen »in Gott Ruhenden« gleichsam näher, die eben hier in diesen Totenkammern auf ihre Auferstehung warten konnten. Der kräftige Glaube der alten Zeit, der das Dogma noch nicht symbolisch zu deuten und zu verflüchtigen gelernt hatte, sah in diesen ringsum auf Stein und Erz eingegrabenen Namen, in den Grabmonumenten zur Rechten und Linken, unter denen die Toten schliefen, eine in stark anfassender Weise zu den Sinnen redende stete Mahnung, pietätvoll die Alten der Vorwelt sich ins Gedächtnis zu rufen. Das Vermauern und Abreissen der alten Familienkapellen, die Entfernung der Grabsteine, mit denen die Erinnerung an bedeutungsvolle Menschen der Vorzeit dem Gesichtskreise der Nachwelt sich entzog, hat, man kann es nicht in Abrede stellen, jenes feierliche Gefühl abgeschwächt, welches damals beim Eintritt in die Kirche unwillkürlich durchschauert: hier sei der Herr der Toten und der Lebendigen in besonderer Weise gegenwärtig; hier bereite Er etwas Geheimnisvolles vor zur einstigen Verklärung seiner vollendeten Gemeinde. Es bedurfte einer längeren Zeit, um diese und ähnliche Gefühle auf die neuen Ruhestätten allmählich zu verpflanzen und diese lieb zu gewinnen«. — Es wurde dieses wesentlich erschwert einerseits durch die in der ersten Zeit geltende Verfügung des Rates[2]), dass die Leichen in der Stille und ohne alle Begleitung, ohne Zeremonien, die vorher in der Kirche statt zu finden hatten, in die Erde gebracht werden sollten, anderseits durch die trostlose Lage der Kirchhöfe in den Sandbergen und die beschwerlichen, durch tiefen Sand führenden Wege dorthin. Es ist wohl merkwürdig, dass 5 Jahrzehnte lang von keiner Seite etwas geschah, um diese Übelstände zu beseitigen. Erst im J. 1823 machte der Direktor der L. P. B. V.

[1]) Chr. Aug. Berkholz, Beiträge zur Geschichte der Kirchen u. Prediger Rigas I. Riga 1867, S. 25.

[2]) Arend v. Berkholz, Der St. Jakobi-Kirchof in Riga (1773—1895). Riga 1895, S. 10.

Pastor Thiel »den Vorschlag zur Verbesserung und Verschönerung des Weges zu den luth. Kirchhöfen von der gepflasterten Hauptstrasse der Vorstädte an, wobei man zugleich dem kürzlich verstorbenen Ratsherr u. Ritter Johann Heinrich Niemann[1]), weiland Mitglied der Gesellschaft, ein Andenken stiften könne«. Dieser Vorschlag fand »ungeteilten Beifall«. Es wurde die obrigkeitliche Genehmigung erwirkt und eine Sammlung zur Deckung der Unkosten veranstaltet. Bereits am Ende des Jahres ist der Halbzirkel vor der Einfahrt geebnet und mit Bäumen bepflanzt. Im J. 1824 ist der Weg von der Alexanderstrasse bis zum »Kronsbegräbnisse« fortgeführt und soll mit Pappeln und Weiden bepflanzt werden. »Diese Anlage werde eine der schönsten Empfindungen, das Andenken und die Anhänglichkeit an die Entschlafenen, dadurch beleben, dass der Gang zu den Gräbern heiterer und minder beschwerlich gemacht ist« — so heisst es in einem Protokoll. Es hat aber viele Jahre gedauert, bis es dahin kam und bis es namentlich gelang, den sandigen Weg zu befestigen. Zur Bestreitung der Kosten wurden von den Kirchenadministrationen Abgaben bei den Beerdigungen erhoben[2]), aber die grössten Beträge musste die L. P. B. V. selbst aufbringen. Die zu diesem Zweck veranstalteten Sammlungen wurden noch bis in die letzten Jahre fortgesetzt. Die Erhaltung des Fahrweges hat die B. V. seit dem J. 1860 der Stadtverwaltung überlassen. Die Fusswege, die Alleen und Anpflanzungen sind von ihr noch bis 1915 unterhalten und gepflegt worden.

Ein weiteres gemeinnütziges Unternehmen der L. P. B. V. war die Begründung einer Sparkasse in Riga. Die erste Anregung hierzu geschah in den »Rig. Stadtblättern« v. J. 1810 Nr. 26 in einem Aufsatz »Vorschlag zur Gründung einer Ersparungs-Kasse zum Gedächtnis an das Jubiläum«. In einem gewissen Zusammenhang damit stand vielleicht der Vortrag, den der damalige Direktor Sonntag über eine Anleihe-Kasse in Kiel mit der Anwendung auf Riga hielt. Die im Dezbr. 1810 eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes

[1]) Er war Mitglied des engeren Ausschusses 1815—23, Rig. Biographien I S. 109. Seine Beerdigung veranlasste Thiel zu seinem Antrage, denn nach der Einleitung zu den Protokollen der Administration war infolge des schlechten Weges der Sarg des Ratsherren in Gefahr v. Leichenwagen zu fallen und konnte nur mit Mühe davor bewahrt werden.

[2]) Akte Nr. 61 im Archiv.

für eine solche Kasse scheint jedoch keinen Bericht abgestattet zu haben. Erst im J. 1819 gab ein Bericht der Lübecker gemeinnützigen Gesellschaft über ihre Sparkasse die Veranlassung, dass der Direktor Grave die von ihm entworfenen Grundzüge zur Errichtung einer Sparkasse in Riga vorlegte. Doch auch dieses Mal kam es noch nicht zu einem positiven Resultat. Im J. 1820 veröffentlichte Sekretär v. Broecker in den »Rig. Stadtblättern« Nr. 46 den »Plan zu einer Spar-Casse in Riga«, die eine Unterabteilung des Kreditvereins der Hausbesitzer bilden sollte[1]). Es kam nicht zur Ausführung. Erst nach weiteren 4 Jahren gelang es dem Direktor M. Thiel, unterstützt von O.-P. Grave und dem Ältesten der Schwarzenhäupter Gust. Dietr. Witte, den lange gehegten Wunsch zu verwirklichen. Die vom Polizeisekretär Christian v. Stahl vorgeschlagene Kombinierung mit einer Leihkasse wurde verworfen und nach Annahme der von Witte entworfenen Statuten die erste Administration, bestehend aus dem Direktor Thiel, Ältesten Witte und Dr. Friedrich Wilh. von Zoeckell, gewählt. Am 20. August 1824 wurden die Statuten vom Generalgouv. Marquis Paulucci bestätigt und im Oktober die Tätigkeit der Sparkasse eröffnet.

In der Einleitung zu den Statuten heisst es[2]): »Wir haben in unserer Stadt Einrichtungen, die dem Armen, welchen Krankheit oder Altersschwäche am Broderwerbe hindern, seinen Unterhalt erleichtern, die dem hülflosen Kranken Obdach, Pflege und ärztlichen Beistand gewähren, die für des älternlosen Kindes Erhaltung und Erziehung sorgen, doch eine Anstalt, die dem Armen hilft, das Wenige, was er besitzt, zu Rathe zu halten, die ihm den Rubel, den er entbehren kann, aufhebt, damit er ihn nicht unnöthiger Weise ausgebe oder von Andern um denselben gebracht werde, die ihm zur Freude verhilft, dass er ein Eigenthum habe, welches im Wachsen begriffen ist, und von Jahr zu Jahr grösser wird, die ihn reizet, durch vernünftige Lebensordnung und Verschmähung thörichter Eitelkeit jenes unter Aufsicht und Fürsorge bestehende Besitzthum zu vergrössern, die ihn lockt und es ihm leicht macht, in der Gegenwart auf eine rechtmässige, vom Gewissen gebilligte, Gott wohlgefällige Weise für die Zukunft zu sorgen — eine

[1]) Vergl. auch 2 weitere Artikel v. Broeker in den »Rig. Stadtbl.« 1821, Nr. 19 u. 20.

[2]) Archiv-Akte Nr. 104, Sparkasse.

solche Anstalt haben wir noch nicht. Es hat daher die Allerhöchst bestätigte literarisch-praktische Bürger-Verbindung eine Sparkasse für Dienstboten und andere mittellose Bewohner der Stadt errichtet, und, indem sie bey Einem Hochedlen und Hochweisen Rath dieser Stadt mit der Bitte eingekommen ist: die für dieses Institut entworfenen Statuten zu bestätigen und Sr. Erlaucht dem Herrn General-Gouverneur zu Hochdesselben Bestätigung zu unterlegen, hat sie auch ein Capital von 400 Rbl. S. M. in Pfandbriefen zur vorläufigen Sicherstellung der einzuliefernden und zu verrentenden Gelder daselbst niedergelegt und von der Ober-Direktion des liefländischen Credit-Systems die gütige Zusicherung erhalten, alle bey der Sparkasse einkommenden Gelder, wenn sie den Betrag von 100 Rbl. S. M. oder 100 Thaler Alberts erreicht haben, daselbst abgeben zu dürfen und Zinsen und Zinses-Zinsen dafür zu beziehen«.

Nach einer Notiz des Hofrats J. Balitzki[1]) hat die B. V. den Ruhm, die erste derartige Sparkasse in Russland begründet zu haben. Von ganz besonderem Werte war die Verbindung mit dem livl. Kreditsystem; auch wurde das Vertrauen zu der neuen Sparkasse wesentlich dadurch gestärkt, dass sie sich selbst unter die Inspektion des Rig. Rates stellte. Wie sehr sie einem vorhandenen Bedürfnisse entgegenkam, bewies der Umstand, dass gleich in der ersten Woche nach Eröffnung 892 Rbl. S. M. eingelegt wurden. Dieses Vertrauen hat auch nicht darunter gelitten, dass bereits im J. 1827 die Verzinsung von 5% auf 4% jährlich herabgesetzt wurde, wenn auch die eingezahlten Summen zunächst etwas zurückgingen. Nach einer Aufstellung aus dem Kontobuch der Einlagescheine[2]) sind im J. 1826 die meisten Einzahlungen geleistet worden: von 61 Einlegern 3730 Rbl. S. M. Im ganzen sind hiernach in den Jahren 1824—31 Einlagescheine im Betrage von 17183 Rbl. genommen worden.

Doch nicht allzu lange währte die Freude an dieser sich rasch entwickelnden Sparkasse, deren Überschüsse in der Zukunft auch als Einnahmequelle der Gesellschaft wohl in Betracht kommen konnten[3]). Der nach dem Tode eines Kassa-

[1]) Ein Brief in der Akte Nr. 104, Sparkasse.

[2]) Akte Nr. 104, Sparkasse.

[3]) In Lübeck wurden von den Erträgen einer solchen Sparkasse zahlreiche Wohltätigskeitanstalten unterhalten.

führers im J. 1828 bemerkte Kassendefekt von 1591 Rbl. veranlasste manche unerquickliche Verhandlungen und auch Rechtsstreitigkeiten, die wohl wesentlich dazu beitrugen, dass die B. V. im Januar 1829 den Beschluss fasste, die Administration der Sparkasse durch den Rat der Bürgerschaft der Stadt Riga anzutragen. In dem an den Rat gerichteten Schreiben sind die Motive dieses Beschlusses angegeben. Es heisst dort unter anderem: »Obzwar nun solche Administration [der Sparkasse] dem Wesen einer Gesellschaft nicht conform erscheint, deren Zweck literarisch-praktisch, nicht aber administrativ ist, die alles Gemeinnützige aufsuchen und verbreiten soll, praktisch anwenden, was das weite Feld theoretischer Berechnung und praktischer Vorschläge umfängt, einer Gesellschaft, welche sich keines Fonds als kräftigen Stützpunktes zu erfreuen hat, und eben ihres Zweckes wegen, aus allen Ständen gemischt, der eigentlichen Geschäftsleute gar wenige besitzen kann, deren Zeit zu Arbeiten, wie sie der Zweck der Verbindung erheischt, Raum gewährt, und die noch solches Opfer bringen können und mögen; so durfte sie sich der administrierenden Sorge doch so lange nicht entziehen, bis dass die von ihr ausgegangene Anstalt einen festen Stand gewonnen und die Erfahrung gelehrt hatte, was von den statutenmässigen Bestimmungen fortbestehen, was modificirt werden müsse und wie? — Nachdem diese Einsicht und der feste Stand gewonnen sind, hat die lit.-prakt. Gesellschaft zur Aufrechterhaltung dieser sich so wohlthätig ergebenden Anstalt beschlossen, Einen Hochedlen Rath zu ersuchen, einer löblichen Ältesten Bank und ehrliebenden Bürgerschaft grosser Gilde die Übernahme und Administration der Sparkasse anzutragen.«

Die Verhandlungen zogen sich sehr in die Länge. Während es der B. V. sehr daran lag, die Sparkasse recht bald zu übergeben, und sie auf Beschleunigung hinarbeitete, zögerte der Rat mit dem Abschluss eines Vertrages, da er wohl eine Beendigung der Rechtsstreitigkeiten abwarten wollte, zumal im J. 1832 noch eine Veruntreuung eines Kassenbeamten zu beklagen war. So zogen sich die Verhandlungen Jahre lang hin. Im Herbste 1832 wurde eine Publikation wegen Aufhebung der Sparkasse vom Rat erlassen, und im selben Jahre wurde die städtische Sparkasse begründet.[1]) Die Liquidationsverhandlungen dauerten

[1]) Eugen v. Stieda, Das livländische Bankwesen in Vergangenheit u. Gegenwart. Leipzig 1909, S. 475.

noch bis z. J. 1839. Aus den im Archiv der B. V. nur noch teilweise erhaltenen Akten lässt sich kein ganz klares Bild von der ganzen Angelegenheit gewinnen. So ist es überraschend, dass die B.V., die die Sparkasse begründete, ihre Administratoren wählte und gelegentlich einen Reingewinn beim Jahresabschluss zu ihrem Besten verwandte, späterhin erklärte, die Sparkasse sei »ein von ihr ganz unabhängiges Institut«, dessen Berichte für sie nur ein »historisches Interesse« hätten. Mit den besten Erwartungen hatte man die Begründung der Sparkasse begrüsst; die unerquicklichen Verhältnisse, die eingetreten waren, brachten es leider mit sich, dass die Nachricht von der Bewilligung der letzten Proklame über die Auflösung der Kasse auch »eine freudige Stimmung hervorriefen«. Der B. V. blieb wenigstens das Verdienst, auch auf diesem Gebiete eine wertvolle Anregung geboten zu haben, die von den Ständen der Stadt in besserer Weise verwirklicht werden konnte, als es ihr möglich gewesen war. Wir können aber doch ein gewisses Bedauern über diesen Misserfolg nicht unterdrücken, wenn wir im Jahresbericht der Lübecker Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit v. J. 1910 lesen, dass die von ihr begründete Spar- und Anleihekasse, die ja die Anregung zur Begründung der rigaschen gegeben hatte, »die finanzielle Hauptstütze der Gesellschaft« geworden ist, dass sie immer wieder neue Ausgaben ermöglicht und damit neue Aufgaben übernehmen lässt. Es war daher wohl berechtigt, wenn Pastor Wendt einmal äusserte: »Mit einem wehmütigen Gefühle — ich kann nicht anders — muss ich, wie schon oft, so jetzt auch sagen: Diese Hilfsquelle zur Ausführung wohltätiger Zwecke hätte die L.P.B.V. auch sich bewahren können«.[1])

Abgesehen von den bisher besprochenen Verhandlungen der Gesellschaft, die zu positiven Resultaten und zu einer praktischen Betätigung führten, kamen in den Sitzungen auch vielerlei andere Sachen zur Sprache. Es wurden allerlei Erfindungen, die in Riga gemacht worden waren, der Versammlung vorgelegt, geprüft und empfohlen oder abgelehnt, oder es wurde auf sonstige technische Neuerungen hingewiesen. Ein besonderer Wert wurde auf die Sammlung von Modellen gelegt, die im J. 1830 nach dem Katalog[2]) 156 Nummern umfasste und die verschiedensten Maschinen und

[1]) Rig. Stadtblätter 1839, S. 210.

[2]) Akte Nr. 77 im Archiv.

Gerätschaften enthielt. Natürlich fehlte auch nicht das als »Versuch« bezeichnete Modell zu einem Perpetuum mobile. Auch wurden mancherlei Anregungen geboten, die erst in einem späteren Abschnitt der Geschichte unserer B. V. zu weiterer Verhandlung gelangten oder von anderer Seite aufgenommen und zu Ende geführt wurden. Es ist unmöglich, hier auf alle diese Besprechungen ausführlicher einzugehen; nur einzelnes soll hervorgehoben werden, um zu zeigen, wie mannigfaltig die Interessen der Mitglieder waren.

Bei den ausgedehnten, aus Holzhäusern bestehenden Vorstädten der alten Festung Riga war es begreiflich, dass in der Gesellschaft stets ein besonderes Interesse für alle Massregeln zur Verhütung von Feuerschäden und für das Feuerlöschwesen vorhanden war. Vom Kunst- und Handelsgärtner Zigra wurde (1819) ein von ihm erfundener feuersicherer Anstrich für Häuser und Sachen der Gesellschaft vorgelegt, mit dem mehrfach und, wie es scheint, mit gutem Erfolge Versuche veranstaltet wurden. Über diese musste auch dem Marquis Paulucci ausführlich berichtet werden. Doch hören wir späterhin nichts mehr über die Zigrasche Erfindung. Um Schornsteinbrände zu verhüten, wurde auf Anregung der L. P. B. V. eine bessere Kontrolle über die Reinigung der Schornsteine im J. 1815 von der Polizei eingeführt. Ebenso wurde ein Vorschlag, die Strassenbrunnen bei Feuerschäden durch Anlegung von Schläuchen und Druckwerken zum Löschen zu verwenden, von der Polizei akzeptiert. Wiederholt wurden Modelle von Feuerspritzen vorgezeigt und demonstriert, oder es wurden nach Zeitschriften Angaben über Verbesserungen der Spritzen, der Schläuche und Wassereimer gemacht. Mit besonderem Interesse verfolgte man alle neuen Erfindungen auf dem Gebiete des Rettungswesens. So wurden Modelle von leicht beweglichen und verstellbaren »Feuertreppen«, Rettungsschläuchen, Rettungswinden etc. vorgelegt, um bei einem Brande Personen aus höheren Stockwerken zu retten. Zum Retten und Bergen der Sachen während eines Feuerschadens plante man die Begründung eines »Rettungscorps«. Bereits im J. 1818 wurde vom Sekretär Broecker ein dahingehender Antrag gestellt; er sollte »als gemeinnützig bei einer schicklichen Gelegenheit höheren Ortes zur Beachtung vorgestellt werden«. Erst 1824 wurde wieder ein gleicher Vorschlag vom Kaufmann Joh. Peter Gottfr. Ulmann gemacht

und von ihm Jahre lang betrieben. Es wurde ein Reglement ausgearbeitet, mit dem Generalgouverneur darüber verhandelt, auch wurden bereits Anmeldungen zur Mitgliedschaft entgegengenommen, aber seit dem J. 1830, in dem Ulmann die Sache wieder in Fluss zu bringen versuchte, verstummen alle Nachrichten darüber. Es hing das damit zusammen, dass im J. 1831 das Brandkommando eingeführt und von der Rig. Bürgerwache die Bildung eines Rettungscorps projektiert wurde.[1])

Auch mit mancherlei andern Fragen der öffentlichen Wohlfahrt hat sich die L. P. B. V. damals beschäftigt, aber nur mit teilweisem Erfolge. Wenn wir jetzt nach 100 Jahren die Lokalnotizen unserer Tagesblätter durchsehen, so ertönen aus denselben immer noch die gleichen Klagen, die man schon damals zu beseitigen strebte: Die Gefahren durch offene Kellerluken traten noch jüngst zutage, das schlechte Auseisen der Strassen im Frühling war noch vor kurzem (1926) besonders schlimm. Die Strassenbereinigung, das Strassenpflaster, die Strassenbeleuchtung, das Gewässer des Stadtkanals — alle diese Themata kommen uns recht vertraut vor, sie haben aber auch schon unsere Grossväter beschäftigt, die sich berufen fühlten, der Stadt- und Polizeiverwaltung mit guten Ratschlägen zu helfen. Auch die Gefahr der Bürger durch zu schnelles Fahren wird behandelt, nur waren es in jener Zeit nicht die schlimmen Autos, sondern die damals aufkommende russische Sitte der Pripraschpferde, durch die das Leben bedroht wurde. Recht fremdartig werden wir berührt, wenn wir hören, dass der Vorschlag gemacht wurde (1811), statt der noch vor wenigen Jahrzehnten üblichen »Butten« — ein auch im Sommer gebrauchtes, schlittenartiges Fahrzeug auf hölzernen Kufen — die in Westeuropa beliebten Porte-Chaisen in Riga einzuführen[2]), die als besonders bequemes und praktisches Transportmittel für Personen empfohlen wurden. Eine für uns nicht mehr bestehende Sorge hatten unsere Vorfahren infolge des Fehlens eines Brückengeländers auf der Flossbrücke, weswegen die B. V. von 1825 an Jahre lang beratschlagte und auch mit der Stadtverwaltung und dem Generalgouverneur verhandelte, bis die erstere die berechtigte Forderung erfüllte. Auch über das Trinkwasser brauchen wir uns nicht mehr zu beklagen, während

[1]) Bulmerincq, Geschichte d. L. P. B. V. S., 28.

[2]) Ein Aufsatz in den Rig. Stadtblättern 1811 Nr. 52 »Eine alte und eine fremde Sitte« wurde anfangs merkwürdiger Weise von der Polizei verboten.

damals noch auf Anregung der B. V. ein Privatmann die Herbeischaffung von gutem Quellwasser wenigstens für die besser situierten Bürger übernahm, da das Dünawasser mitunter ungeniessbar war. Die Düna bereitete auch sonst mancherlei Sorgen, besonders infolge der schweren Eisgänge und Versandungen, aber auch das ungeordnete Baden führte immer wieder Verluste an Menschenleben herbei. Es fehlte nicht an Vorschlägen zur Beseitigung dieser Übelstände. Im J. 1815 hielt der Ingenieurobrist J. B. Trousson einen eingehenden Vortrag, in dem er »ein einfaches und wohlfeiles Mittel, den Düna-Strom von seinen Sandbänken zu reinigen und die verderblichen bey den Eisgängen bisweilen stattfindenden Überschwemmungen abzuwenden« vorschlug[1]): Verengung und Regulierung des Strombettes durch in den Strom hineingehende Faschinendämme. Die B. V. konnte solche Vorschläge natürlich nur an die in Betracht kommenden höheren Instanzen weiter gelangen lassen. Die Verhandlungen wegen Anlegung von Flussbadeanstalten und Anstellung von Schwimmlehrern haben erst im nächsten Abschnitt unserer Geschichte zu einem Resultat geführt. Ebenso konnte die B. V. in der für Riga wichtigen Frage der Kultivierung der weiten Sandflächen in der Umgebung der Stadt und der Befestigung des Flugsandes nur anregend wirken, ohne bei dem Mangel an Geldmitteln selbst Versuche veranstalten zu können.

Ein grosses Verdienst hat sich die L. P. B. V. entschieden auf dem weiten Gebiete der Gesundheitspflege schon in dieser Periode erworben. Unermüdlich ist sie in Wort, Schrift und Tat bemüht gewesen, Übelständen entgegen zu treten. Schon in den ersten Veröffentlichungen wurde mit Erfolg gegen die bei Spielzeugen und Konditorwaren gebräuchlichen giftigen Farben angekämpft. Vielfach wurde über Massregeln zur Luftreinigung in Wohn- und Krankenhäusern, bessere Anlage von Abtritten, Regelung der Arbeiten der Abdecker u. dgl. m. verhandelt. Es wurden auch Verhaltungsmassregeln zur Verhütung von Krankheiten, namentlich aber die Kuhpockenimpfung empfohlen. Sogar auf das Landvolk erstreckte sich die Fürsorge. Dr. Wilhelm v. Zoeckell's Buch: »Anleitung zur Erkenntnis und Behandlung der gewöhnlichsten Krankheiten der Liefländischen Bauern, für Liefländische Gutsbesitzer. Riga 1821« wurde zuerst

[1]) Das Manuskript ist im Archiv vorhanden im Karton unter dem Buchstaben S.

der Gesellschaft vorgelegt und sollte auch auf ihre Kosten in geeigneter Bearbeitung in lettischer Sprache herausgegegeben werden. Die Anlage einer Apotheke jenseits der Düna (1803) wurde zuerst in der B. V. vorgeschlagen, ebenso die Anfertigung verschiedenfarbiger Signaturen für innerliche und äusserliche Arzneimittel (1820)[1]). Weitere Verhandlungen über die Einrichtung von Leichenhäusern und die Einführung einer Totenschau, um die Beerdigung von Scheintoten zu vermeiden, sind noch in der nächsten Periode unserer Geschichte fortgeführt worden.

Sehr lebhaft hat die Dienstbotenfrage die B. V. von ihrer Gründung an fortwährend beschäftigt[2]). Im ersten Jahrzehnt wurden Vorschläge von Collins und Albanus zur moralischen Verbesserung der Dienstboten diskutiert. Im 2. Jahrzehnt interessierte man sich mehr für die Verpflegung alter und kranker Dienstboten. Mit ganz besonderem Eifer verfocht Dr. v. Zoeckell den Plan der Begründung eines Instituts für kranke Dienstboten und wusste grössere Kreise dafür zu interessieren. Diesem Zweck sollte z. B. die im J. 1818 zuerst v. Broecker vorgeschlagene Ablösung der Neujahrsvisiten zugute kommen, während Bürgermeister Rolssen vorschlug, eine Zwangsverpflichtung der Herrschaften zur Verpflegung ihrer kranken Dienstboten zu beantragen. Der Mangel an Mitteln hat wohl eine Begründung der so wünschenswerten Anstalt verhindert. Als Dr. v. Zoeckell im J. 1826 seinen Vorschlag erneuerte, wurde er dem Armen-Direktorium überwiesen. Im 3. Jahrzehnt wurde namentlich über die Begründung eines Gesindeamtes und die Einführung einer Gesindeordnung lebhaft verhandelt. Die Anregung bot ein 1824 vom Ehrenmitglied v. Broecker aus Dorpat übersandter Aufsatz, der von Obristleutnant v. Rennenkampff und Sekretär Stahl für die rigaschen Verhältnisse umgestaltet wurde. Es wurde ein Komitée eingesetzt und mit der Obrigkeit verhandelt, aber in dieser Zeit noch kein Abschluss erzielt. In dieser Frage suchte man auch eine Mitarbeit der Frauen herbeizuführen. Der

---

[1]) Die Pharmazeutische Gesellschaft lehnte diesen Vorschlag zunächst ab, weil sie dazu eines ausdrücklichen Befehls der Medizinalbehörde bedürfe und weil »syphilitische Kranke dadurch zu bemerkbar werden können und Anlass zu muthwilligen Neckereien gegeben werden würde« (!).

[2]) Akte Nr. 139 im Archiv. R. Baum, Über die Dienstbotenfrage. Vortrag. Riga 1880.

Frauenverein erklärte sich dazu bereit, aber »nur auf dem Wege schriftlicher Mitteilung» (1825).

Neben der unermüdlichen Beschäftigung mit technischen Dingen wurde die Aufmerksamkeit der Mitglieder der B. V. doch auch immer wieder für wissenschaftliche Fragen, gelegentlich auch für künstlerische in Anspruch genommen. Die darstellende Kunst spielte im Leben der damaligen B. V. eine nur geringe Rolle. Die Kunstschule des J. Jacobi, die nach Nik. Busch[1]) mehr eine Realschule war, wurde von der B. V. unterstützt, aber der Vorschlag des Revisors Rink (1818), selbst eine Kunstschule zu begründen, wurde als unausführbar abgelehnt. Das Interesse für Kunstwerke wurde bisweilen durch Vorzeigen von Bildwerken angeregt und besonders im J. 1820, zum Teil durch persönliche Beziehungen, belebt. Im April des Jahres stellte Sekretär Broecker den Antrag[2]), eine Kunstausstellung von Gemälden zu veranstalten, »teils um das Publikum auf die verborgenen Kunstschätze in den verschiedenen Privatsammlungen Rigas aufmerksam zu machen und demselben einen Genuss edlerer Art zu gewähren, teils um durch ein etwaiges Entréegeld einem talentvollen jungen Manne, Herrn Spohr, seine Reise ins Ausland zur Ausbildung in der Malerei zu erleichtern«. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung, wobei man die Absicht hatte, mit der Ausstellung die erwartete Ankunft des Malers Ernst Bosse[3]) aus Rom zu feiern. Man war nicht wenig stolz auf diesen Sohn Rigas, der in Italien gerade damals sehr ausgezeichnet worden war und seine Anhänglichkeit an die Vaterstadt mehrfach erwiesen hatte. Eine Kunstausstellung kam 1820 allerdings zustande, aber nicht in der von Broecker vorgeschlagenen Form[4]). Bosse bereitete

[1]) N. Busch, Geschichte der L. P. B. V. I. Die Schulen. Riga 1902, S. 54 ff.

[2]) Vergl. das Schreiben Broeckers in der Akte Nr. 58, »Industrie Ausstellungen«.

[3]) E. Bosse geb. 1785 in Riga, gest. 1862 in Florenz vergl. W. Neumanns Lexikon balt. Künstler. Riga 1908, S. 20 u. derselbe, Balt. Maler u. Bildhauer des 19. Jahrhunderts. Riga 1902, S. 30.

[4]) Vergl. Nik. Röpenack, Beitrag zur Geschichte des Kunstvereins in Riga. Riga 1895, S. 2. Die hier erwähnte Angabe von N. Asmuss geht wohl zurück auf die in den Rig. Stadtblättern v. 1829 enthaltene »Übersicht aller Leistungen der L. P. B. V.« Dort wird S. 36 eine im Gymnasium veranstaltete Gemäldeausstellung erwähnt, während die Bosse-Ausstellung in einem Privatlokal war. Doch werden jener Übersicht später Fehler vorgeworfen. In den Rig. Stadtbl. v. 1842 Nr. 35 wird ausdrücklich gesagt, dass in Riga »bisher noch keine allgemeinere Ausstellung stattgefunden« habe.

selbst seinen Mitbürgern eine grosse Freude, indem er seine aus Rom mitgebrachten 12 Miniatur-Gemälde, Kopien nach berühmten italienischen Künstlern, und die für die Domkirche als Altarbild bestimmte Kopie nach Raphaels Verklärung Christi ihnen zugänglich machte. Die Ausstellung scheint viel besucht worden zu sein und sehr anregend gewirkt zu haben.[1])

Unter den Wissenschaften wurden die Geschichte und Naturkunde besonders bevorzugt; die geographischen Interesssen beschränkten sich auf die Heimat und Russland. Positive Leistungen waren von der Gesellschaft als solcher kaum zu verzeichnen, aber die Mitglieder wurden durch wissenschaftliche Vorträge angeregt und suchten diese Anregungen auch in weitere Kreise hineinzutragen. Gelegentlich wurden auch nicht unwichtige Anträge zur Förderung der Wissenschaft gestellt. Um mit den technischen und wissenschaftlichen Bestrebungen der Zeit vertraut zu bleiben, sollten gute Journäle verschrieben und eine Bibliothek gebildet werden. Es sollte für die Empfehlung guter Bücher Sorge getragen werden, um damit den Mitgliedern und auch weiteren Kreisen zu nützen. Begreiflicher Weise bezog sich das wissenschaftliche Interesse hauptsächlich auf die Heimat. Baron Campenhausen, der als Ergebnis seiner Reisen in Russland über das dortige Land berichtete, stellte auch den Antrag (1807), auf Livland bezügliche topographische und andere Nachrichten zu sammeln und dazu die Hilfe der Prediger zu beanspruchen. Solche Nachrichten wurden damals gerade von Joh. Christ. Brotze, der 1810 zum Ehrenmitgliede erwählt wurde, mit dem allergrössten Fleisse zusammengetragen. Jn den Jahren 1815 und 1816 hat er seine hervorragenden Sammlungen in den Jahressitzungen der Gesellschaft vorgezeigt und demonstriert, wofür ihm ein besonderer Dank votiert wurde. Man hatte die Sammlungen kennen gelernt, hegte nun aber auch den Wunsch, sie dauernd der Stadt zu erhalten. Bereits im J. 1811 hatte Ältester Fenger eine Subscription eingeleitet, um die Sammlungen anzukaufen. Die Zeitverhältnisse waren damals hindernd dazwischen getreten. Im J. 1820 stellte der Sekretär Pastor D. G. v. Bergmann den Antrag, die B. V. solle die Sorge für den Ankauf übernehmen, doch hatte der Rig. Rat die Absicht, die Sammlungen zu kaufen. Aus Mangel an Mitteln musste er aber darauf verzichten, und nun führte die Anregung der B. V. zu einer privaten Kollekte

[1]) Rig. Stadtblätter 1820 Nr. 49, vergl. auch Nr. 14, 25, 29, 51 und 1821 Nr. 5.

und zum Erwerb der Sammlungen für die Stadtbibliothek (1821), in der sie noch heutzutage fast täglich ausgenutzt werden und immer wieder neue Belehrung bieten und Freude bereiten[1]).

Pastor Bergmann beantragte auch im selben Jahre 1820, eine Sammlung von Biographien rigascher Patrioten zu veranstalten. Es wurde beschlossen, zunächst in den Rig. Stadtblättern solche Biographien zu veröffentlichen. Der Gedanke Bergmanns ist bekanntlich erst von J. G. Frobeen durch seine »Rigaschen Biographien«(3 Bde.1881—1884)verwirklicht worden. Recht weitgehende Anträge stellte im J. 1824 der Generalsuperintendent Sonntag, der in den Rig. Stadtblättern, dem Organ der B. V., immer wieder das historische Interesse auf die Vergangenheit der Vaterstadt hinzulenken suchte[2]). Sonntag verlangte vor allem[3]), die Gesellschaft solle eine Zurechtstellung der damals — auch heutzutage ist es nicht besser geworden — in Zeitschriften und geographisch-statistischen Werken weit verbreiteten falschen Nachrichten über unsere Heimat übernehmen und eventuell selbst für die Abfassung zuverlässiger Artikel Sorge tragen. Der engere Kreis der B. V. konnte natürlich nicht eine derartige Aufgabe übernehmen, sondern vermochte nur diese Anregung unter den Mitgliedern zu verbreiten. In einem zweiten Antrage ging Sonntag davon aus, dass die bisherigen Sammlungen zur rigaschen Geschichte, die Schwartzische, die Schievelbein-Vegesacksche und auch die Brotzesche, trotz allen Reichtums und grosser Mannigfaltigkeit doch nicht alles umfassen und nicht systematisch genug seien. »Dass man« — sagte er weiter, »die reichste und planmässigst angelegte aller livländischen und Rigaischen Sammlungen, die unseres verewigten Stifters, des Oberpastors Bergmann, nicht für die Stadtbibliothek zu acquirieren ernstlich sich bemüht hat, möge Gott uns allen verzeihen, die wir daran, sei es auch nur durch zu frühes Aufgeben der Hoffnung, mit Schuld haben.« Sonntag verlangte eine systematische Sammlung durch die B. V. 1) von allen Büchern und kleinen Schriften, die die Geschichte Rigas betreffen; 2) von allen gedruckten Urkunden und Aktenstücken über die Kirchen- und Schul-

---

[1]) Rig. Stadtblätter 1820, Nr. 42. Vergl, B. Hollander, Dr. Joh. Chr. Brotze als Pädagog u. Geschichtsforscher. Mitteilungen a. d livl. Gesch. Bd. 23.

[2]) Über Sonntags Bedeutung für die livl. Geschichtsforschung. Vergl. oben S. 20 die biographischen Angaben.

[3]) Das Manuskript v. Sonntag ist im Archiv im Karton unter Buchstabe R.

verfassung, die Gerichts- und Polizeiordnungen, von Reglements, Instruktionen und Taxen aller Art und von Vereinsstatuten; 3) von alten Spezialchroniken in verschiedenen Ausgaben, von Turmknopf-Notizen; 4) von Abschriften aller Privilegien, monarchischen, oberrichtlichen und gouvernementlichen Resolutionen, Ratsverordnungen, Handwerksschragen, von Handelsnachrichten über Export und Import, Schiffslisten, Handelsbüchern, von Theater- und Konzertzetteln, von Familiennotizen, Tagebüchern und Briefen u. dergl. m.

Die L. P. B. V. war nach der ganzen Zusammensetzung ihrer Mitglieder nicht in der Lage, eine so weitgehende Aufgabe wie sie ihr hier gestellt wurde, zu erfüllen. Wohl wurden einzelne Bücher herbeigetragen, aber erst die 7 Jahre nach Sonntags Tode begründete »Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde« konnte an die Erfüllung dessen, was er erzielte, herantreten. Er hat aber auch hier den Weg gewiesen, der beschritten werden musste.

Auf dem Gebiete der Naturwissenschaften war es vornehmlich der Handels- und Kunstgärtner Zigra, der ausserordentlich anregend wirkte. Unermüdlich berichtete er über die Ergebnisse seiner Gartenkunst, zeigte seltene oder hier akklimatisierte Pflanzen vor oder machte Vorschläge zur Hebung des Flachs- und Kartoffelbaues u. dergl. m. Ausser Zigra haben sich nur wenige Mitglieder auf diesem Gebiete aktiv betätigt. Praetorius und Dr. Grindel machten gelegentliche kleine Mitteilungen, Oberlehrer Keussler, der sich im J. 1818 auf dem Schlossturm eine Sternwarte hatte einrichten können, berichtete über Fortschritte der Astronomie und die Sonnenfinsternis v. J. 1816 und andere lieferten Geschenke für die Sammlung der Gesellschaft: so z. B. eine Kollektion von 44 inländischen zum Verarbeiten vorzüglich geeigneter Holzarten.

Wenn man von diesen Bestrebungen der L. P. B. V. hört, so muss man dabei in Betracht ziehen, dass damals eine derartige wissenschaftliche Vereinstätigkeit noch ganz ungewöhnlich in Riga war. Es gab in dieser Periode, abgesehen von den geselligen Vereinen, nur die Pharmazeutische Gesellschaft (1803 begründet), die Gesellschaft praktischer Ärzte (1822 begründet) und die Lettisch-literarische Gesellschaft (1824 begr.), die sich alle beruflich oder spezialwissenschaftliche Aufgaben gestellt hatten. So war die L. P. B. V. die einzige, die, ohne irgend welche Grenzen zu ziehen, Anregung nach

TÜ Raamatukogu

allen Richtungen bieten wollte. Diesen Zweck hat sie wohl auch, wenn auch in bescheidenem Umfang, erfüllt.

Die Verwirklichung vieler Ideen wurde wesentlich behindert durch die geringen Geldmittel, die zur Verfügung standen. Im wesentlichen war die Gesellschaft angewiesen auf die Mitgliedsbeiträge, die auch nicht ganz regelmässig einliefen, ja in manchen Jahren, z. B. in der Kriegszeit gar nicht erhoben wurden. Über die Einnahmen und Ausgaben dieser Jahre lässt sich nur schwer ein Bild gewinnen. In den Protokollen werden anfangs nur gelegentliche Notizen gegeben, und erst von 1814 an wird regelmässig am Ende des Jahres das Saldo der Kasse angegeben, oder es werden am 12. Dezbr. die Summen der Einnahmen und Ausgaben nebst Saldo verzeichnet. Die Einnahmen schwanken, soweit sie verzeichnet sind, zwischen 182 Rbl. und 394 Rbl., die Ausgaben zwischen 80 Rbl. und 354 Rbl. Im J. 1813 hören wir zum ersten Mal, dass 400 Rthlr. auf Renten gegeben werden sollen. Erst 1825 wurde vom Mitgliede Julius v. Erzdorff-Kupffer die Begründung eines Fonds in Vorschlag gebracht, ohne dass sie zur Ausführung kam. Ein solcher Fonds war auf Mathias Thiels Initiative im J. 1822 nur für die Lutherschule mit der Anschaffung von 3 Pfandbriefen im Betrage von 300 Rbl. S. ins Leben getreten. Die Mittel für die Unternehmungen wurden, soweit sie nicht durch die Mitgliedsbeiträge gedeckt werden konnten, durch Kollekten, Schenkungen oder Subventionen von Körperschaften herbeigeschafft. Als die Lutherschule begründet wurde, konnte die erste Einrichtung durch Darbringungen einigermassen bestritten werden. Die laufenden Ausgaben hoffte man aus der Gesellschaftskasse decken zu können, da man auf eine freiwillige Lehrtätigkeit der Mitglieder rechnete. Das erwies sich auf die Dauer als undurchführbar, aber die immerhin nicht grossen Ausgaben konnten mit Hilfe von Schenkungen und Beiträgen der Johannisgilde bestritten werden. Im Jahr 1827/28 betrugen allerdings die Einnahmen der Lutherschule 161 Rbl., die Ausgaben 173 Rbl. Die Hauptkasse hatte 75 Rbl. beigesteuert, und der Fonds betrug 550 Rbl.[1]).

Wie die L. P. B. V., so konnte auch die Stadtverwaltung in jenen Jahren manche im Interesse des Gemeinwohls dringend notwendige Ausgaben nicht bestreiten. Man suchte daher auch die Regierungsbehörden für die geplanten Unternehmungen

[1]) N. Busch, Geschichte etc. S. 17 und 48.

zu interessieren. Der Generalgouverneur Marquis Paulucci hat in der Tat mit reger Teilnahme alle Versuche und Pläne der B. V. verfolgt. Mündlich und schriftlich wurde ihm Bericht erstattet, worauf er Ausstellungen an den Projekten machte, seine Zustimmung erteilte, Ratschläge gab und seine Unterstützung in Aussicht stellte[1]). Von Gelduntersttützungen durch die Regierung ist allerdings niemals die Rede. Auch in Petersburg interessierte man sich für die gemeinnützige Gesellschaft und verlangte immer wieder Berichterstattung.

Mit auswärtigen Gesellschaften hatte man noch wenig Beziehungen. Natürlich wandten sich die Blicke immer wieder nach Hamburg und Lübeck, und die Veröffentlichungen der dortigen Vereine boten häufige Anregungen auch für Riga. Ich erinnere z. B. an die Begründung der Sparkasse. Man suchte auch einen Schriftenaustausch herbeizuführen und persönliche Beziehungen anzuknüpfen. Im J. 1818 wurde das hervorragende Mitglied der Hamburger Gesellschaft, Domherr Meyer, zum Ehrenmitglied ernannt »in Anerkennung dessen, was derselbe bereits für die wohlthätigen Zwecke unseres Vereins im Allgemeinen und in seinem Wirkungskreise gethan, sowie der Theilnahme, die er insbesondere der Gesellschaft bezeigt, indem er bereits mehrere Modelle und gemeinnützige Schriften zugesandt und sich zu ferneren Mittheilungen erboten habe«.

Recht schlimm war es in dieser Zeit mit dem Lokal der B. V. bestellt, zumal man eines solchen nicht nur für die Versammlungen, sondern auch für die Unterbringung der Bücher und Sammlungen, besonders der Modelle, bedurfte. Man kam meist in Privatwohnungen zusammen. Eine Zeit lang war der Gesellschaft auch ein Zimmer im Gouv.-Gymnasium eingeräumt worden, aber erst 1827 gelang es Sonntag, ein Lokal im Schlosse zu erwirken, das den Bedürfnissen genügte. Es war dieses der letzte Dienst, den er der Gesellschaft noch erweisen konnte.

Die Zahl der Mitglieder war anfangs auf 26 beschränkt und hat dieses Maximum nicht immer erreicht. Seit dem J. 1815 »vermehrt die Gesellschaft die Zahl ihrer Mitglieder für jetzt, nach und nach, auf fünfzig«. Im J. 1815 betrug die Zahl der Mitglieder 38, im J. 1827 war sie auf 62 gestiegen, dazu kamen

[1]) Vergl. z. B. ein Schreiben des Marquis vom 15. Febr. 1818 Nr. 489 in der Akte Nr. 94.

13 Ehrenmitglieder und 11 korrespondierende Mitglieder, die seit dem J. 1818 erwählt wurden. Von den ca. 136 Mitgliedern bis zum Jahr 1827 Dezbr. waren ungefähr die Hälfte Literaten, 20—30 Kaufleute, ebenso viele Handwerker und 14 Adlige und Militärs. Natürlich war der Anteil der einzelnen Mitglieder an den Arbeiten ein sehr verschiedenartiger. An den Sitzungen nahmen durchschnittlich vielleicht 15—20 Mitglieder teil. Die Verhandlungen scheinen mitunter recht lebhaft gewesen zu sein, wobei aber auch die Gefahr der Abschweifungen vom Thema bestand. Im J. 1824 wurde der Direktor Pastor Thiel ersucht, von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch zu machen und, wenn sich das Gespräch auf zu heterogene Gegenstände wenden sollte, etwa durch das Läuten mit einer kleinen Glocke zur Sache zurückzurufen.

Generalsuperintendent Sonntag, wohl das hervorragendste Mitglied der B. V., der an ihrer Wiege gestanden und später immer wieder anregend, fördernd, reformierend für sie gewirkt hatte, war noch im Januar 1827 mit einer Schrift »Abermals ein Vorschlag in betreff der Gesellschaft selbst«, hervorgetreten. Er wollte, was ihm ja immer besonders am Herzen lag, wiederum Sammlungen von Druckwerken, die für die Geschichte Rigas wertvoll sein könnten, anregen. »Wenn ich anders Sinn und Zweck der L. P. B. V.,« sagte er damals, »wie er allmählich sich entwickelt und ausgebildet hat, richtig auffasse, so soll und will sie als Repräsentantin des gesamten gemeinnützigen Publikums unserer Stadt wirken. Dem zu Folge muss sie den Grundsatz der Humanität: Homo sum, humani nihil a me alienum puto anwenden auf Bürgerthum und Gemeinwohl. Rigaer sind wir: nichts, was Riga angeht, darf uns gleichgiltig sein.« Diesem Grundsatz folgend, hatten die Mitglieder der B. V., alles Männer des öffentlichen Lebens, die die Schäden desselben genau kannten und wussten, wo sie mit ihrer Arbeit helfen konnten, zu wirken gesucht. Es ist im ersten Vierteljahrhundert manches Bleibende erreicht, manches andere vorbereitet worden, aber freilich hat es auch nicht an Misserfolgen gefehlt, und manche Anregungen haben zu keinem Resultat geführt. Es hat ihr auch nicht an Gegnern gefehlt. »Selbst das,« sagt Sonntag einmal[1]), »möchte wohl ein Beweis ihrer wahrhaften Gemeinnützigkeit sein, dass sie hier und da ein Dorn im Auge ist, weil sie sich mit Beratungen und Vor-

[1]) Rig. Stadtblätter 1826, S. 149.

schlägen zu Verbesserungen des Bestehenden beschäftigt.« — So hatte die L. P. B. V. ihre Lebensfähigkeit erwiesen und konnte mit frischem Mute in die Zukunft schauen.

Anhang:

Biographische Notizen und Hinweise.

Für die Arbeiten der L. P. B. V. war es entschieden von grosser Bedeutung, dass die angesehensten Männer der verschiedensten Berufskreise und Stände, aus dem Rate, der Geistlichkeit, der Ärzteschaft, der Lehrerschaft, der Kaufmannschaft und des Handwerks eifrige Mitarbeiter waren. Dadurch erwarb sich die Gesellschaft das Vertrauen der Bürgerschaft und auch der hohen Obrigkeit; auch fanden ihre Anträge infolgedessen eine grössere Berücksichtigung. Abgesehen von den Stiftern, von denen Sonntag während dieses ganzen Zeitabschnittes bis in die letzten Tage seines Lebens mitwirkte, und von den schon früher genannten ersten Mitgliedern[1]), traten auch noch andere besonders hervor. Eine ganz hervorragend anregende und vielseitige Tätigkeit entfaltete der Sekretär des Landvogteigerichts Erdmann Gustav v. Broecker, der in den Jahren 1815—19 das Sekretariat der B. V. verwaltete. »Er war selbst,« wie es in einem Nekrologe heisst[2]); »literarisch-praktisch. Er war Literat, aber was er sich geistig errang, sollte auch immer wieder bald im praktischen Leben verwertet werden . . . Die Lebhaftigkeit seines Geistes, der durch Lesen von Schriften oder Umgang mit anregenden Geistern bald diesen bald jenen Gedanken erfasste, und sein Bedürfnis, überallhin zu beleben, zu fördern und zu wirken, fesselten seine Bestrebungen nicht ausschliesslich an ein einzelnes Gebiet, sondern lenkten bald hierhin, bald dorthin.« Es ist in der Tat erstaunlich, wie Broecker immer wieder mit neuen Mitteilungen und Anträgen auf wirtschaftlichem, technischem, künstlerischem und geschichtlichem Gebiete in der Gesellschaft hervortrat. Ausserdem wirkte er für seine Ideen in verschiedenen Zeitschriften, namentlich in den Rig. Stadtblättern, so dass Sonntag ihn als »seinen eifrigsten

[1]) Vergl. oben S. 25.

[2]) Dr. Erdmann Gustav v. Broecker im Inland 1854, Nr. 13. Rig. Biographien II, S. 185.

Fürsorger und tätigsten Mitarbeiter der letzten Jahre« bezeichnen konnte. Sonntag sagte auch, die gesamte Vaterstadt müsse Broecker danken »für seine mannigfaltigen staatsbürgerlichen, wie gesellschaftlichen Verdienste und insbesondere für sein lehrreiches Beispiel, wie Geschäftsgeist mit Literatur- und Kunstsinn, Staats- und Landes- mit Reichs-Patriotismus würdig und freundlich sich vereinigen lässt[1]).« Dazu kam noch, dass Broecker durch seine freundlichen Charakteranlagen, durch seine stets heitere und glückliche Laune besonders geeignet erschien, mit den verschiedenartigsten Menschen zu verkehren und Gegensätze auszugleichen. Zum grossen Bedauern seiner Mitbürger siedelte Broecker im J. 1820 nach Dorpat über, wo er zuerst Obersekretär des Rates war, dann aber 1825 eine Professur der Universität erhielt. Die Beziehungen zur L. P. B. V., die ihn 1823 zu ihrem Ehrenmitgliede ernannte, erhielt er auch aus der Ferne aufrecht. Er starb im Alter von 74 Jahren am 4. März 1854.

Unter den noch nicht besonders genannten Direktoren der B. V. war Johann Georg Andreas v. Brückner (geb. 1744 in Hildburghausen[2]), nachdem er in Jena Jurisprudenz studiert hatte, als Hauslehrer nach Estland gekommen. Dann war er längere Zeit in Dorpat als Stadtnotar und Stadtsekretär tätig gewesen und hatte sich beim Wiederaufbau der damals (1775) von schweren Feuersbrünsten heimgesuchten Stadt Verdienste erworben. Als Sekretär der livl. Statthalterschaftsregierung hat er sich auch am Neubau der Stadt Werro beteiligt (1784). Im J. 1799 war er Rat des livl. Kameralhofes geworden. Brückner wird eine tüchtige Gelehrsamkeit, namentlich in der Mathematik und Astronomie, nachgerühmt; im J. 1808 wurde er auch zum korresp. Mitgliede der Petersburger Akademie der Wissenschaften ernannt. Unter seinen Schriften sind von Interesse ein Aufsatz über die »Wasserkommunikation von Pleskau über Dorpat nach Pernau« und der in den »Arbeiten der L. P. B. V.« veröffentlichte »Was ist ein Haken Landes in Liefland?« (1805) Brückner muss ein für die Bestrebungen der B. V. gerade geeigneter Mann gewesen sein: gelehrt und im praktischen Leben erfahren. — Der Gouv. Schuldirektor Wilhelm Christian Friedrich Keusler[3]) hat sich dadurch ein besonderes Ver-

[1]) Rig. Stadtblätter 1822, S. 59.

[2]) † 15. April 1814. Recke-Napiersky, Schriftsteller-Lexikon I, S. 284.

[3]) † 4. Juni 1828. Rig. Biographien I, S. 171.

dienst erworben, dass er die erste Anregung zur Begründung der Luther-Sonntagsschule gab, die in dieser Zeit die Lieblingsschöpfung der B. V. wurde. Er ist auch weiterhin für das Schulwesen unermüdlich tätig gewesen und bot durch seine astronomischen Vorträge manche Anregung. Der Oberpastor Karl Ludwig Grave[1]) setzt, wie so manche Männer jener Zeit, uns in Erstaunen durch die von ihm entfaltete Arbeitskraft. Er war nicht nur durch seinen Beruf als Seelsorger, Konsistorialassessor, Lehrer, zeitweilig auch als Direktor stark in Anspruch genommen, sondern war auch auf den verschiedensten Gebieten des kommunalen Lebens tätig, überall auch als geistreicher Redner und Dichter hervortretend. Neben seiner Arbeit in der L. P. B. V. wirkte er noch als Sekretär des von ihm mitbegründeten Frauenvereins und war später ein eifriges Mitglied der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde. Der Bürgermeister Johann Joachim Rolssen[2]) scheint, soweit sich das aus den Protokollen ersehen lässt, für strenge Einhaltung der Geschäftsordnung und energische Arbeit eingetreten zu sein. Wertvoll für die Gesellschaft und ihre Beziehungen zur Stadt war seine amtliche angesehene Stellung. Dr. med. Wilhelm Johann Engelbrecht von Zoeckell[3]) war ein angesehener prakt. Arzt und auch Direktor des ständischen Krankenhauses. Er trat wiederholt mit Anträgen in betreff der öffentlichen Gesundheitspflege in der Gesellschaft hervor.

Es würde zu weit führen, hier alle die Mitglieder zu nennen, die sich durch rege Anteilnahme an den Verhandlungen oder durch gewissenhafte Führung eines Amtes in der B. V. ein Verdienst um sie erworben haben. Es ist viele treue Arbeit geleistet worden von Männern, die sich auch meist im städtischen Leben einen geachteten Namen erworben haben. Ich nenne nur noch die gewissenhaften Sekretäre der B. V. Pastor D. G. v. Bergmann[4]) und Pastor Friedrich Beise,[5]) der als geschäftskundiger Mann manche schwierige Arbeit leisten musste und zum Dank beim Jubiläum 1852 zum Ehrenmitglied erwählt wurde, die häufig in Anspruch genommenen Ärzte

---

[1]) † 4. Jan. 1840. Rig. Biographien II, S, 87 und C. E. Napiersky, Nekrolog in den Mitteilungen a. d. livl. Gesch. II, S. 177.

[2]) † 14. März 1840. Rig. Ratslinie Nr. 743.

[3]) † 9. Aug. 1840. J. Brennsohn, Die Ärzte Livlands. Riga 1905. S. 441.

[4]) † 21. April 1848. Rig. Biographien II, S. 142.

[5]) † 19. Sept. 1865. Rig. Biographien III, S. 90.

Dr. Christian Georg von Erzdorff-Kupffer[1]) und Dr. Friedrich Christian Strahsen[2]), die Lehrer Ludwig Voigt[3]), Gotthard Samuel Schidun[4]) und Karl August Goetschel[5]), die in Schulfragen oft die Ratgeber waren, den um die Lutherschule wohlverdienten Ältermann der kl. Gilde Martin David Bambam[6]) und die auf technischem Gebiete besonders hervortretenden Goldarbeiter Johann Karl Wichmann[7]) und Buchbindermeister Johann Heinrich Klockow.[8]) Sie alle und manche andere haben die Grundlagen geschaffen, auf denen die L.P.B.V. sich zu immer grösserer Bedeutung emporarbeiten konnte.

Die Tätigkeit der Bürgerverbindung in den Jahren 1828—1852.

Die dreissiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts sind keine erfreuliche Periode in der Geschichte Rigas. Mit dem Tode des Generalsuperintendenten Sonntag (1827) und dem Abgang des Generalgouverneurs Paulucci (1829) war »das Zeitalter der ausgezeichneten Persönlichkeiten« abgeschlossen. Es folgte, wie Jul. Eckardt[9]) sagt, »ein ungleich schwächeres und kleineres Geschlecht, das wohl imstande war, die überkommene Ordnung der Dinge weiterzuführen, das aber der Eigenschaften entbehrte, welche notwendig waren, um Versäumtes nachzuholen und kommenden Schwierigkeiten die Spitze zu bieten«. Versäumt aber hatte man nach Eckardts Meinung, »die Gunst der äusseren Verhältnisse, das Wohlwollen und Vertrauen der Regierung und den weitreichenden Einfluss des General- und Kriegsgouverneurs zu benutzen und aus

[1]) † 27. Febr. 1851. Brennsohn a. a. O. S. 154.

[2]) † 22. Febr. 1859. Rig. Biogr. III, S. 29. Brennsohn a. a. O. S. 385.

[3]) † Jan. 1835. Rig. Biographien II, S. 54. N. Busch, Geschichte etc., S. 8.

[4]) † 20. Okt. 1829. Rig. Biogr. II, S. 86.

[5]) N. Busch, Geschichte etc., S. 55.

[6]) † 1832. Fr. Brunstermann, Geschichte d. St. Johannisgilde. Riga 1902, S. 231.

[7]) Buchholtzsche Sammlung W. II, 536.

[8]) † 6. Dez. 1823, Rig. Biographien I, S. 103.

[9]) Julius Eckardt, Bürgerthum und Bureaukratie. Vier Kapitel aus der neuesten livl. Geschichte. Leipzig 1870. S. 175—176. [Jul. Eckardt], Die Generation vor uns. Baltische Monatsschrift. 34. Bd., 1888, S. 377.

eigener Initiative die Reformen der städtischen Verfassung und Verwaltung in Angriff zu nehmen, deren Dringlichkeit sich bei mehr wie einer Gelegenheit und häufig genug in bedrohlicher Weise bekundet hatte. Man ging allen Gedanken an ungemütliche Neuerungen sorgfältig aus dem Wege und liess das öffentliche Leben in seinen gewohnten Kanälen versumpfen«. Wohl wurden die Geschicke der Stadt von meist tüchtigen und redlichen Männern gelenkt, aber doch machten sich auch Nepotismus, Willkür und Eigensucht geltend. Es schlichen sich mancherlei Missbräuche ein, »die um des lieben Friedens willen ignoriert und selbst von den Wissenden mit dem Mantel christlicher Liebe zugedeckt wurden. Weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiete wusste man den Ansprüchen und Forderungen der Zeit irgend Rechnung zu tragen«. Das war aber um so schlimmer, als gerade in jener Periode die Angriffe gegen unsere durch Friedensverträge und kaiserliche Zusicherungen gewährleisteten Provinzialrechte begannen. Es ist hier nur zu erinnern an die Publikation des Gesetzes für die ev.-luth. Kirche in Russland (1832), an die ersten Versuche des Ministers Grafen Uwarow, die baltischen Schulen zu russifizieren (1838), an die Konversionsbewegung der vierziger Jahre, an die Tätigkeit des Generalgouverneurs Golowin und der Stackelberg-Chanykowschen Revisionskommission. Erst gegen Ende dieses Zeitabschnittes, mit dem Jahr 1848, in dem der Generalgouverneur Fürst Suworow sein Amt in Riga antrat, begann eine lichtvollere Zeit, in der freilich noch manches Schwere überwunden werden musste — Cholera-Epidemie und Krimkrieg, in der aber wieder eine freudigere Stimmung aufkam.

Dr. Nikolaus Busch sagt in seiner Geschichte der L.P.B.V. (S. 181): »Die Verhandlungen der B. V. geben vielfach den Wetteranzeiger für die Zustände Rigas ab.« Das ist gewiss richtig. Schattenseiten und Mängel des damaligen gesellschaftlichen Lebens machen sich auch in der B. V. bemerkbar, aber die in ihr tätigen Männer streben doch danach, die in der Bürgerschaft vorhandenen Wünsche und Bedürfnisse zu befriedigen und suchen mancherlei Notstände zu beseitigen. Dabei stossen sie freilich auf nicht geringe Widerstände zum Teil in Riga selbst, zum Teil bei der russischen Regierung in Petersburg, und nicht immer gelingt es, diese Widerstände zu bewältigen, so dass manche jahrelang gehegte Pläne schliesslich nicht zur Ausführung gelangen können.

Im Allgemeinen ist diese Periode für die B. V. eine Zeit der Festigung, der Konsolidierung. Man geht zielbewusster vor, als bisher, besonderes Interesse widmet man dem Schulwesen und auf diesem Gebiete ist wohl auch am meisten erreicht worden.

Mit grossem Interesse werden die Berichte über neue gemeinnützige Unternehmungen ähnlicher Vereine in Deutschland entgegengenommen, und dankbar begrüsst man alle Anregungen auf technischem oder sozialem Gebiete. Keine wird zurückgewiesen oder unbeachtet gelassen, aber geklagt wird mehrfach über den Mangel an Geldmitteln, durch den die Realisierung mancher Pläne verhindert werde. Trotzdem gelang es doch, Dank den häufiger vorkommenden Schenkungen und Legaten zum Besten der Schulen, Zweckkapitalien für diese anzusammeln und sie für die Zukunft zu sichern.

Eine wesentliche Änderung in der ganzen Stellung, die die L. P. B. V. im kommunalen Leben Rigas einnahm, trat in dieser Periode durch die Gründung neuer Vereine ein. Als sie im Jahre 1802 ins Leben trat, war sie die einzige Gesellschaft, die derartige gemeinnützige Interessen vertrat. Bald darauf (1803) wurden allerdings die Pharmazeutische Gesellschaft und im Jahre 1822 die Gesellschaft praktischer Ärzte begründet. Letztere hatte nun in erster Linie die Fürsorge für das Sanitätswesen der Stadt übernommen, aber doch konnte die B. V. auf diesem Gebiete auch noch mancherlei zuwegebringen. In dem nun folgenden Zeitabschnitte wurden in Riga namentlich 2 wichtige Vereine begründet: Die Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen (1834) und der Naturforscherverein (1845). Wenn diese die Erforschung der Geschichte und Natur der Heimat zu ihrer Hauptaufgabe gemacht hatten, so bedeutete das eine starke Entlastung der B. V., denn diese hatte wohl auch derartige Ziele verfolgt, aber kam doch nicht, wie das ja naturgemäss war, über dilettantische Versuche und Ansätze zu kleinen Sammlungen hinaus. Nur noch die Bemühungen um eine Bibliothek, die gerade auch einheimische Werke umfassen sollte, wurden fortgesetzt. Wenn das Arbeitsgebiet der B. V. durch jene neuen Vereine in mancher Hinsicht eingeschränkt wurde, so wurden ihr andererseits aber auch Arbeitskräfte entzogen, die dort eine sie fesselnde Tätigkeit fanden.

Die Arbeiten der L. P. B. V. in der sozialen Fürsorge erstreckten sich auf die verschiedensten Gebiete derselben. Nicht immer sind sie in dieser Zeit mit Erfolg gekrönt worden. Manche Projekte fanden, wie gesagt, in Petersburg keine Bestätigung, andere wurden in den leitenden Kreisen Rigas nicht gefördert, mitunter waren aber die Ursachen auch in der Gesellschaft selbst zu suchen. Wenn z. B. die Sparkasse liquidiert werden musste (s. oben S. 41), obgleich sie einem wirklich vorhandenen Bedürfnisse entgegengekommen war, so lag es doch wohl daran, dass man nicht die geeigneten, geschäftskundigen Personen an die Spitze gestellt hatte, vielleicht auch, wie es mir wahrscheinlich erscheint, daran, dass die Verwaltung ehrenamtlich stattfinden sollte und dass die Leiter der Sparkasse daher nicht ihre volle Arbeitskraft zur Verfügung stellen konnten. Mitunter hat die B. V. wohl auch Unternehmungen begonnen, die nur als Versuche zu gelten hatten. Solche Versuche waren aber nicht ohne Wert. Aug. Bulmerincq sagt in seiner Geschichte der B. V.[1]): »Es ist die Aufgabe jedes gemeinnützigen Vereines nach aussen hin zu wirken. Er wirkt von innen hinaus. Soll die Besprechung gemeinnütziger Projekte einen Zweck haben, so muss sie zu deren Ausführung führen. Der Verein muss daher immerfort experimentieren, und das Publikum muss ihm ebenso sehr für ein unglückliches wie für ein glückliches Experiment danken, denn jeder Versuch des Vereins erspart denselben dem Publikum.«

Was in der sozialen Fürsorge für die heranwachsende Jugend auf dem Gebiete des Schulwesens in dieser Periode geschah, ist von Dr. Nik. Busch in seinem vortrefflichen Buche ausführlich geschildert worden. Nur weniges bleibt hier zu erwähnen. Die Lutherschule nahm eine immer mehr gesicherte Stellung ein. Dank den recht zahlreichen Spenden konnten nicht nur die laufenden Ausgaben bestritten werden, sondern es gelang auch, ein Kapital von über 2000 Rbl. anzusammeln. Die Zahl der Schüler erreicht im J. 1830/31 ihren Höhestand mit 188, um dann nach einigem Sinken im J. 1842/43 wieder auf 179 anzusteigen. Ein grosses Verdienst um die Schule erwarben sich zu Beginn dieses Abschnittes Pastor Beise, der eine eingehende Revision veranstaltete, und Pastor Wendt, unter dessen Inspektorat eine durchgreifende Reorganisation und Festigung der Schule vollzogen wurde. Als

[1]) Bulmerincq a. a. O. S. 6.

tüchtige Lehrer wirkten besonders Gimmerthal, Lickberg und Fromm an ihr, und von 1846—1855 war in kritischer Zeit Ferdinand Müller die eigentliche Seele der Anstalt.

Zu der Lutherschule gesellten sich in dieser Zeit die Waisenschulen der L. P. B. V., die aber schon lange vorher projektiert worden waren. »Jene Pläne,« sagt Nik. Busch[1]), »die erörtert, verworfen und miteinander verschmolzen wurden, gehören zum Teil noch einer an bleibenden Errungenschaften, wie dilettantischen Experimenten reichen pädagogischen Sturm- und Drangzeit an, mit der man sich in Livland erst geraume Zeit später als in Deutschland auseinandersetzte. Die Verhandlungen der B. V. bieten hier ein reiches Material, das für die Geschichte des selten behandelten Geisteslebens, für die Frage der kulturellen Beeinflussung unseres Landes nicht gleichgültig ist. Das Fazit des Suchens und Strebens ist schliesslich die Gründung der Waisenschulen gewesen, für deren Gestaltung reale Notstände entscheidend waren, die in ihrer ursprünglichen Anlage aber noch deutlich die Spuren der Tendenzen und Theorien früherer Jahre zeigen.«

Die Verhandlungen über die Begründung einer »Freischule für die Aufnahme elternloser Kinder« gehen bis in das Jahr 1809 zurück. Doch alle Vorschläge von Sonntag (1813), Keussler (1813), Broecker (1819), die verschiedenartige pädagogische Richtungen vertraten, scheiterten hauptsächlich am Mangel an Geldmitteln. Im J. 1823 glaubte die B. V. die Erörterung eines Antrags des Direktors Thiel »auf eine günstigere Zeit verschieben« zu müssen; einstweilen wollte sie sich damit begnügen, Obrigkeit und Publikum durch die Presse auf das Erfordernis hinzuweisen. Und als Pastor Bergmann (1828) einen Aufsatz über das Berliner Institut zur Erziehung sittlich verwahrloster Kinder verlas, wusste man ihn auch nicht anders zu verwerten, als indem man ihn dem Zivilgouverneur zur Berücksichtigung unterbreitete. Doch die Sache ruhte nicht mehr. Immer wieder wurde von Direktor Wendt und anderen auf ähnliche Unternehmungen in Deutschland hingewiesen, die in den Versammlungen und in den »Rig. Stadtblättern« besprochen wurden. Hier wurde (1830 Nr. 49) auch bemerkt, dass man der sittlichen Verwahrlosung der Kinder durch Schulen vorbeugen müsse, dann wären keine Besserungsanstalten erforderlich. Den ersten praktischen Vor-

[1]) N. Busch a. a. O. S. 51 ff.

schlag zur Gründung einer Freischule für vaterlose Kinder in der Moskauer Vorstadt machte (1829) der Reepschlägermeister Nikolai Neese. Pastor Wendt unterstützte den Antrag und schlug vor, die Einnahmen aus den Stadtblättern für eine solche Schule zu verwenden. Ferner sollten die seit 1831 für die Ablösung der Neujahrsvisiten einkommenden Gelder hierfür bestimmt werden. Hierzu kam noch eine Stiftung zum Andenken an den Konsul N. F. Fenger (1835) und ein von Pastor Thiel gesammeltes Kapital, so dass nun an die Verwirklichung des lange gehegten Planes herangetreten werden konnte. Im Oktober 1835 wurden die von Pastor P. Poelchau ausgearbeiteten Statuten der »Waisenschule der lit.-prakt. Bürgerverbindung« genehmigt und zum Reformationsfest 1836 konnte die feierliche Einweihung der Schule stattfinden. Doch man betrachtete diesen Erfolg nur als eine Station auf dem Wege zum noch zu erreichenden Ziele. »Wir gestehen es,« sagte Pastor Poelchau, »wir sind nur erst auf dem Wege und noch fern von dem Ziele einer christlichen Volksschule, wie sie, nach den Fortschritten der gegenwärtigen Zeit in dem Unterrichtswesen, mit Recht gefordert werden muss.« Aus der Waisenschule müsse mit der Zeit ein Waisenhaus werden.

Zunächst erfuhr die Waisenschule im J. 1839 eine Erweiterung durch die Begründung einer besonderen Mädchen-Nebenklasse für Töchter armer Eltern. Diese war der tatkräftigen Frau Katharine Paul, geb. Kählbrandt zu verdanken, die auch z. Teil die Mittel zusammenbrachte. Diese Nebenklasse hat auch, nachdem Frau Paul ein eigenes ähnliches Unternehmen ins Leben rief, weiter fortbestanden. Die Ausgestaltung der Schule in ein Waisenhaus wurde in den vierziger Jahren im Zusammenhang mit den damals geführten lebhaften Verhandlungen über das städtische Waisenhaus wieder auf die Tagesordnung gebracht. Dank einer Stiftung von Bürgern der gr. Gilde und dem Ertrage einer allgemeinen Sammlung in der Stadt schien das Unternehmen gesichert zu sein und zum 50-jährigen Jubiläum 1852 konnte der Direktor Taube »als schönste Feier des Tages« die Stiftung eines Luther-Waisenhauses (zum Andenken an Luthers Todestag) proklamieren. Unerwarteter Weise entstanden Schwierigkeiten in Petersburg, wo man die Erneuerung der Statuten der B. V. und anderes mehr verlangte. Selbst dem einflussreichen und so wohlgesinnten Gen.-Gouv. Suworow gelang es nicht, die

Hindernisse zu beseitigen, und so kam der Plan damals nicht zur Ausführung. Erst in den siebziger Jahren ist die Errichtung eines Waisenpensionates in beschränkten Grenzen gelungen.

Die Arbeit an der Erziehung sittlich verwahrloster Kinder, die, wie bemerkt, Pastor Bergmann bereits 1828 angeregt hatte, wurde in dieser Zeit von einer Gesellschaft christlicher Männer übernommen und mit Erfolg fortgeführt. Sie begründeten (1839) nach dem Vorbilde des Wichernschen Rauhen Hauses die Anstalt Pleskodahl.[1]) Die B. V. konnte sich andern Aufgaben zuwenden. Zunächst wollte man den armen taubstummen Kindern helfen, sie unterrichten und zu erwerbsfähigen Menschen machen. Bereits einer der Stifter der B. V., Dr. Aug. Albanus, hatte als erster in unserem Lande, umfassendere Bestrebungen zu Gunsten der Taubstummen eingeleitet. Die ersten Lehranstalten sind von Privaten begründet worden, von Karl August Jacobi (1809) und Daniel Heinrich Senss (1832). In der B. V. wurde bereits 1828 von Pastor Bergmann die Begründung einer Taubstummenanstalt vorgeschlagen. Es wurde damals beschlossen, die ganze Angelegenheit dem Zivil-Gouverneur zu unterbreiten. Elf Jahre später wurde der Antrag vom Steuerbeamten Fr. Merkel, einem sehr rührigen Mitgliede der Gesellschaft, erneuert und von der B. V. angenommen. Der Unterricht in der neubegründeten Privat-Elementarschule für Taubstumme konnte im Januar 1840 beginnen. Wohl hatte die neue Anstalt infolge der geringen Mittel und unzureichenden Lokalitäten mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen, aber sie hat sich doch durchgesetzt und segensreiche Wirkungen ausgeübt. Die Zahl der Schüler betrug im J. 1852: 12.

Gegen Ende dieses Zeitraums ist auf dem Gebiete des Schulwesenes noch ein weiterer Erfolg zu verzeichnen. Man wandte damals dem früher sehr vernachlässigten Mädchenschulwesen eine besondere Aufmerksamkeit zu. Im J. 1845 schlug der Direktor Oberpastor Trey vor, eine Erziehungsanstalt für Mädchen zu begründen, an der junge Damen, die das Recht zum Unterrichten erworben hatten, aber es nicht auszunutzen brauchten, als Lehrerinnen wirken sollten. Die B. V. nahm den Antrag an und erhielt die Genehmigung zur Einrichtung einer »Freischule für Töchter unbemittelter Eltern aus den gebildeten Ständen«. Für diese Angelegenheit trat der ehemalige Rektor der Universität Dorpat Dr. Karl Christian Ulmann, der 1846 bis

[1]) O. Schabert, Die Innere Mission etc. S. 17.

1851 als Direktor die B. V. leitete, ein. Er bekämpfte allerdings den Plan, eine solche Schule ohne Mittel durch unentgeltlichen Unterricht zu erhalten, aber brachte das ganze Unternehmen in ein fahrbares Geleise. Ihm ist die Einrichtung der im August 1848 eröffneten »Töchter-Freischule« oder »Ulmannschen Schule« in allen Einzelheiten zu verdanken. Die Schule wurde 1852 von 54 Schülerinnen besucht. Allmählich gelang es auch für diese Schule ein kleines Kapital zu sammeln.

Hatte man bei diesen Unternehmungen für die Jugend einen schönen Erfolg zu verzeichnen, so fehlte es doch auf diesem Gebiete auch nicht an Misserfolgen, und manche Anregungen verliefen im Sande, ohne dass immer der Grund dafür festzustellen ist. Im J. 1829 wurde von Pastor Bergmann die für eine See- und Handelsstadt notwendige Begründung einer Steuermannsschule vorgeschlagen. Doch brauchte der Gedanke nicht weiter verfolgt zu werden, da Konsul Fenger bald darauf mitteilte, er habe in der Kaufmannschaft denselben Antrag gestellt, und diese wolle eine solche Schule begründen. Dann wurde im J. 1833 vom Direktor Wendt der Vorschlag gemacht, eine Bau- und Reisschule für Handwerker ins Leben zu rufen.[1]) Der Gedanke wurde sympathisch aufgenommen. Auf eine Rundfrage bei den Innungen meldeten sich auch 64 Gesellen und Lehrlinge für den Unterricht. Da man in Riga keine geeigneten Lehrer kannte, schrieb Wendt nach Lübeck, wo bereits seit 1795 eine solche Zeichenschule und seit 1828 eine Gewerbeschule bestand, und erbat sich Auskunft über einen geeigneten Lehrer. Doch ist in den Protokollen von dem Unternehmen nicht mehr die Rede. Ebenso enden 1843 die Verhandlungen über eine Schwimmschule, die mehrfach als notwendig anerkannt wurde, mit der an Lübeck gerichteten Bitte um nähere Auskunft. Nur kurze Zeit bestand die von der B. V. begründete Arbeitsschule oder Arbeitsstube. Es sollte das eine praktisch-technische Anstalt sein, in der die Schüler der Waisen- und Taubstummenanstalt sowie andere Kinder in Handarbeiten unterrichtet werden sollten. Die Anstalt sollte sich, womöglich, selbst durch den Verkauf der angefertigten Sachen

[1]) Ein solcher Plan muss schon früher gehegt worden sein, wenigstens sind in der Akte Nr. 14 »Bau-Zeichnen-Schule« ein aus Lübeck im J. 1830 übersandter ausführlicher Bericht über die Organisation der dortigen seit 1795 bestehenden Zeichnenschule sowie ein gleichlautender a. d. J. 1839 vorhanden. Vorausgeht in der Akte ein undatiertes und nicht unterschriebenes Projekt eines Unterrichts für Bauhandwerker. Weiteres Material fehlt.

unterhalten. Da dieses aber in der ersten Zeit nicht gelang und man offenbar kein weiteres Risiko übernehmen wollte, wurde die Arbeitsstube nach halbjährigem Bestehen im März 1841, trotz des Widerspruchs von Pastor Wendt, wieder geschlossen.[1])

Hatte man in diesem Falle mit den Arbeiten der Jugend bei einer allerdings sehr kurz bemessenen Zeit keinen Erfolg gehabt, so wurde ein besserer erzielt mit dem Verkauf von Handarbeiten Erwachsener. Im J. 1828 wurde vom Oberdirektionsrat Gustav v. Rennenkampff, einem angesehenen Mitgliede der L. P. B. V. (1828—31 Direktor), in Riga ein sogen. Industrie-Magazin eröffnet[2]). Die B. V. hatte zu diesem Unternehmen nicht nur durch die Person des Begründers Beziehungen, sondern sollte auch 2 Mitglieder in den Aufsichtsrat delegieren. Das Magazin, das »unter besonderem hohem Schutze« stand, kam »einem deutlich ausgeprochenen Bedürfnis der Zeit« entgegen, indem es den Verkauf von Handarbeiten, wohl besonders von Damen aus besseren Ständen, vermittelte und Bestellungen entgegennahm. Charakteristisch für jene Zeit ist es wohl, dass die Namen der die Arbeit anfertigenden Damen, wie besonders betont wurde, diskret behandelt werden sollten. Solche Arbeit für Geld galt nicht als standesgemäss. Die ersten Leiterinnen waren Frau v. Rennenkampff und Frau Dr. v. Huhn. Im J. 1840 übernahm der Frauenverein die Leitung des Instituts.

Den Gedanken, der hier massgebend gewesen war: den Bedürftigen und Armen Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen und ihnen durch eigenen Erwerb zu helfen, hat die B. V. von Anfang an, wie bereits früher hervorgehoben, vertreten. Sie hat darüber verhandelt, wie die Armen im städtischen Nikolai Armen- und Arbeitshause und in dem in Alexandershöhe einzurichtenden Arbeitshause am besten beschäftigt werden könnten, und hat dann auch selbst die Begründung eines Arbeitshauses in Erwägung gezogen. Im J. 1835 wurde eine Kommission gewählt, die Vorschläge »für die Abschaffung der Strassen- und Hausbettelei« machen sollte. Diese wurden in 4 Punkte zusammengefasst[3]): 1) Entfernung der Armen und Taugenichtse, die nicht zur rigaschen Gemeinde gehören, 2) Einrichtung eines Arbeitshauses, 3) Ein-

[1]) Näheres hierüber bei N. Busch a. a. O. S. 74 ff.

[2]) Rig. Stadtbl. 1828, Nr. 48 und 1829, Nr. 11 und Akte Nr. 5 »Arbeitsstube«.

[3]) Nebenarchiv d. B. V., im Karton Buchstabe **B**, 41.

richtung einer Armenschule, 4) Vergrösserung der Mittel für das Armenwesen durch Erhebung einer Abgabe von Privatangestellten, die selbst oder deren Genossen einmal auf Unterstützung rechnen könnten (Handwerksgesellen, Dienstboten etc.). Das Arbeitshaus sollte 2 Abteilungen erhalten für freiwillige Arbeit und für Zwangsarbeit. Weitere Folgen scheint dieser Bericht zunächst nicht gehabt zu haben. Auch als 1842 auf Vorschlag des Kaufmanns Ed. Hafferberg wiederum ein Komitee eingesetzt wurde, das untersuchen sollte, ob die Einrichtung eines Arbeitshauses durchführbar sei, kam es zu dem Resultate, dass dazu bedeutende Kapitalien erforderlich wären, die sich gegenwärtig nicht herbeischaffen liessen, dass daher günstigere Zeitumstände abgewartet werden müssten. Nachdem am 12. Dzbr. 1849 Sekretär Stahl einen Vortrag über Zwangsarbeitsanstalten gehalten hatte[1]) und im J. 1851 eine Anfrage des Kollegiums allg. Fürsorge erfolgt war, wurde die Angelegenheit des Arbeitshauses wieder auf die Tagesordnung gesetzt, und im J. 1853 gab eine Anfrage des Rates die Veranlassung zu weiteren Verhandlungen, die dann 1869 zur Eröffnung des Arbeitshauses führten. Hierüber wird im nächsten Abschnitt berichtet werden.

Ein weiterer Plan, die Armen mit Arbeit zu versorgen, bestand in der Anlage von Armenkolonien. Im J. 1831 wurde in den »Rig. Stadtblättern« (Nr. 10 u. 12) eine Schilderung der Armenkolonien in Holland veröffentlicht. Das gab Pastor M. Thiel die Veranlassung zu der Erklärung (Nr. 13), dass er sich seit mehreren Jahren mit dem Entwurfe zu einer solchen Armenkolonie in der Nähe unserer Stadt beschäftigt und reiches Material dazu gesammelt habe. Er bat alle, die sich mit gleichen Arbeiten beschäftigen sollten, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Es blieb jedoch zunächst bei dieser Anregung, und erst im J. 1848 wurden diese Gedanken wieder aufgenommen. Die schlimme wirtschaftliche Lage, die durch die Cholera gesteigerte Not und die Furcht vor der Zunahme des Proletariats gaben die Veranlassung dazu. Wiederum wurde in einem Artikel der »Rig. Stadtblätter« (1848 Nr. 17) vom Lehrer F. Müller die Anlage von Armenkolonien angeregt. »Der Strom des Elends,« sagt er, »brauset nicht bloss durch die unteren Schichten der Gesellschaft daher, sondern er erweitert überhaupt sein Bett von Jahr zu Jahr, und nicht nur die einsame

[1]) Der Vortrag ist enthalten im Archiv, Akte Nr. 140.

Hütte des am Strome stehenden Tagelöhners, sondern auch das Haus des Reichen wird von jenen Gefahren bedroht.« Es müsse umfassende, durchgreifende, das Übel an der Wurzel fassende Hilfe geleistet werden, Austeilung von einzelnen Gaben würde nichts helfen. Eine gründliche Hilfe könnte nach Ansicht des Verfassers geschaffen werden durch Ansiedelung armer Familien auf dem bei Riga genügend vorhandenen unkultivierten Lande, durch Ackerbau und Torfbau. Auch müssten diese Familien noch arme Waisenkinder zur Pflege erhalten. Müllers Artikel gab den Anlass zu eingehenden Verhandlungen in der L. P. B. V., an denen sich namentlich Dr. E. Merkel, Ratsherr Schaar, Kaufmann Frobeen, Oberförster Fritsche u. a. beteiligten. Es wurden die Richtlinien für ein solches Unternehmen festgestellt und auch ausführliche Pläne ausgearbeitet. Dabei wurde auch die damals (1849) veröffentlichte kleine Broschüre des Lehrers D. Wasem[1]), die dieselbe Frage behandelte, berücksichtigt, aber besonders wertvoll erschien es, dass die Kommission sich »auf bezügliche Einladung dazu der persönliche Teilnahme und intellektuellen Unterstützung des um dieses hochwichtige Thema vielfach, auch schriftstellerisch verdienten Mag. philos. Theodor Grass zu erfreuen hatte«, hatte dieser doch 1845 seine Magister-Dissertation über holländische Armenkolonien abgefasst. Im J. 1851 übergab die Kommission ihr mühevoll gesammeltes Material der B. V., die eine neue Kommission mit der nochmaligen Prüfung betraute und es dann dem Rig. Rate übersandte. Die B. V. sah sich, wie es in dem Schreiben vom 10. Mai 1851 heisst, zu den Verhandlungen über die Armenkolonien veranlasst, »einestheils durch den Wunsch, der arbeitenden Klasse durch feste Ansiedelungen unter geeigneter Beaufsichtigung ebensowohl sittlichen als ökonomischen Halt zu geben und dadurch einem zu befürchtenden grösseren Proletariate entgegenzuarbeiten, anderentheils durch die von Sachkundigen unterstützte Erwägung, dass der Stadt Riga in ziemlicher Nähe grosse Räume angehören, welche durch wohlgeleitete Entwässerung und Cultur urbar gemacht werden und zur Erhaltung vieler Menschen dienen können. Wenn nun die Gesellschaft einsieht, dass ihr die nöthigen Mittel und Kräfte, wie Kenntnisse und Erfahrungen

[1]) »Das Proletariat unserer Tage. Ein Wort zur Beherzigung für alle Menschenfreunde.« Riga 1849 und »Grundlinien eines Planes zur Errichtung einer Armenkolonie.« Riga 1849 [zusammengebunden i. d. Rig. Stadtbibliothek].

abgehen, um die Gründung solcher Armenkolonien von sich aus in Angriff zu nehmen, ja wenn sie überhaupt nicht weiss, inwiefern solche Ansiedelungen unter unseren Verhältnissen mit gesegnetem Erfolge ausführbar sind, so hat sie doch geglaubt, das Resultat ihrer Berathungen in beigehendem Plan der Obrigkeit unserer Stadt mit dem Vertrauen unterlegen zu dürfen, dass dieselbe, die Unvollkommenheit desselben geneigtest übersehend, die gute Absicht nicht verkennen und, falls zum Segen Ausführbares darin enthalten ist, die Sache selber weiter berathen und zu einem gedeihlichen Resultate zu führen wissen werde«. Der Rat übergab das Material dem Armen-Direktorium mit der Bitte, sich darüber zu äussern und namentlich die Ausführbarkeit in bezug auf Riga zu begutachten[1]). Eine Antwort ist in den Akten nicht vorhanden. Viele Jahre später — 1886 — ist die Frage von Landansiedelungen noch einmal zur Erörterung gekommen. Die Eröffnung der Bodelschwingh'schen Arbeiterkolonien (1882) und Verhandlungen über diesen Gegenstand in Mitau gaben die Veranlassung, dass er auch in der B. V. zur Diskussion gestellt wurde. Das von V. Wittschewsky ausgearbeitete Gutachten zeigt aber, dass es sich bei diesen Arbeiterkolonien nicht um dauernde Ansiedelung, sondern mehr um vorübergehende Beschäftigung von Arbeitslosen, Vagabunden etc. handelte. Die B. V. kam zu dem Resultat, dass derartige Kolonien nicht den Bedürfnissen in Riga entsprechen würden.

Auch für das Schicksal der Gefangenen hat die L. P. B. V. schon seit dem J. 1816 ein lebhaftes Interesse gezeigt. Während man in der ersten Zeit mehr über die Beschäftigung der Züchtlinge verhandelte, wurde im J. 1829 die Fürsorge für die entlassenen Sträflinge zur Erörterung gestellt. Der Direktor v. Rennenkampff überreichte der Gesellschaft eine in Berlin erschienene Schrift: »Grundsätze des zu Berlin gestifteten Vereins für die Besserung der Strafgefangenen.« Diese gab die Veranlassung zu lebhaften Verhandlungen. Durch die »Rig. Zeitung« und die »Rig. Stadtblätter« wurden auch Nichtmitglieder zur Beantwortung der Frage aufgefordert: »Auf welche Weise gelangt man am zweckmässigsten dahin, dass die aus den Gefängnissen entlassenen Züchtlinge davor bewahrt werden, nach ihrer Entlassung aus Mangel an Subsistenz-Mitteln wieder

[1]) Stadtarchiv-Akte des Rig. Rats Nr. 395, betr. Gründung von Armen-Colonien.

Verbrecher zu werden und Diebstähle oder Betrügereien zu üben?« Es wurden daraufhin auch verschiedene Abhandlungen als Beantwortung der Frage eingesandt und z. Teil im Auszuge, z. Teil vollständig in der Gesellschaft verlesen. Obgleich man der Sache ein grosses Interesse zuwandte, war das Resultat doch nur ein geringes. Der Direktor war der Meinung, »dass durch Bildung eines Vereins zur moralischen Besserung und Fürsorge für die Sträflinge, wie solche in Berlin und Petersburg existieren, am besten zum Ziel zu gelangen sein möchte«. In der letzten Sitzung im Frühling 1830 ward die Verhandlung darüber aus Zeitmangel aufgeschoben, aber es sollte der Gegenstand »seiner Wichtigkeit wegen« der nächsten Versammlung »zur Deliberation und was etwa in Riga zur Ausführung gebracht werden könnte« vorbehalten werden. Doch im Laufe des Sommers scheint das Interesse vergangen zu sein. Die Frage kommt merkwürdigerweise erst im J. 1854 wieder zur Erörterung. Nur am Stiftungstage wurde vom Sekretär v. Stahl eine Rede gehalten »Über die Quellen der Unsicherheit im Staate und über Straf-, Besserungs- und Versorgungsanstalten«.

Zum Kampf gegen das Bettelunwesen gehörte auch die Einrichtung einer Suppenküche, bei der man von dem Gedanken ausging, dass dem Armen besser mit guten Nahrungsmitteln als mit Geld geholfen wäre und dass das Publikum auch lieber in dieser Weise seine Unterstützungen austeilen werde. Die erste Anregung hierzu ging von Pastor Wendt im J. 1835 aus; er war durch Berichte aus Hamburg dazu veranlasst worden. Im nächsten Jahr sandte auch Coll.-Rat von Wittenheim aus Kurland einen Plan zu einer Suppenanstalt an die B. V., die ihn dem Armen-Direktorium vorlegte mit der Anfrage, ob dieses nicht eine solche Suppenanstalt, an der auch an Auswärtige gegen Bezahlung Suppe verteilt werden könnte, gründen wolle. Erst im J. 1841 wurde die Angelegenheit durch den Ältesten Kreusch und einen vom Kollegienassessor v. Rennenkampff eingesandten Aufsatz von neuem angeregt. Dieses Mal beschloss die B. V., die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Zur ersten Einrichtung wurde eine Subskription eröffnet; späterhin sollte die Anstalt sich selbst erhalten. Als geeignetes Lokal wurde vom Stadt-Kassakollegium der an der Münsterei-Gasse belegene kleine Lafetten-Speicher bewilligt, der zu diesem Zweck umgebaut werden sollte. Da traten uner-

wartete Hindernisse ein. Der Hausbesitzer Ehlert Nik. Pfab und andere Nachbarn erhoben gegen die Anlage der Suppenanstalt in dem gen. Speicher Protest, da diese dem Gesundheitszustande der Stadtbewohner schädlich sein könne. Obgleich die Medizinalverwaltung das nicht anerkannte, wurde doch ein Prozess geführt und eine polizeiliche Untersuchung angestellt, ob »die Anlegung einer Suppenanstalt in der inneren Stadt in Ansehung der öffentlichen Ordnung, Reinlichkeit und Sicherheit vor Feuersgefahr Besorgnis errege«. Das Ergebnis war, dass sowohl das Kämmereigericht als auch der Generalgouverneur die Suppenanstalt in der inneren Stadt nicht erlaubten. Da die Verlegung in die Vorstadt aber für nicht zweckmässig und teuer erkannt wurde, beschloss die B. V. im J. 1843, »den Plan vor der Hand ruhen zu lassen, ohne ihn noch ganz aufzugeben«. Das gesammelte Kapital von 1341 Rbl. sollte für denselben Zweck bewahrt werden. Schon im nächsten Jahr regte Konsulent Rob. Büngner die Sache von neuem an. Es wurde die Genehmigung vom Gen.-Gouverneur und Minister zur Anlage der Anstalt in der Vorstadt erlangt und im Mai 1845 ein Komitee aus 9 Mitgliedern zur Ausführung des Planes erwählt. Zu diesem gehörten: Pastor Taube, Konsul Kleberg, Dr. E. Merkel, Ökonom Brenck, Mechanikus Steuwer, Notair Böthführ, Literat Schilling, Kaufmann Schaar und Reepschlägermeister Neese. Das Komitee kaufte am Kurmanow-Damm für 1500 Rbl. ein Haus — es ist dieses wohl das erste Immobil der B. V. —, und am 20. November 1845 konnte die Suppenanstalt eröffnet werden. Diese erfreute sich eine Zeit lang eines recht regen Besuches[1]), aber allmählich liess dieser nach. Im Herbst 1850 wurde bestimmt, die Anstalt, die während der Sommermonate geschlossen gewesen war, nicht wieder zu eröffnen, aber sie sollte in status quo bis auf eine Zeit, wo ein regeres Bedürfnis darnach vorhanden sein würde, erhalten werden. Bulmerincq[2]) gedenkt dankbar der mühevollen Arbeit der Mitglieder des Kuratoriums, die die Anstalt aufs sorgfältigste geleitet und alle Arbeiten in derselben bis auf die kleinsten Details angeordnet und überwacht hätten. Bulmerincq ist auch der Meinung, dass eine solche Anstalt sich selbst erhalten müsse. Das sei

[1]) Im ersten Vierteljahr — 1. März waren ausgeteilt: 34011 Tagesmarken, 822 Wochenzettel und 437 Monatskarten.

[2]) Bulmerincq, Gesch. der L. P. B. V., S. 16 ff. Rig. Stadtblätter. 1842. Nr. 9 u. 10, 1843 Nr. 11, 1845 Nr. 46.

hier nicht möglich gewesen, da ihr Nutzen noch zu wenig anerkannt sei; auch hätten die Almosengeber, die statt des Geldes Suppenmarken an die Armen austeilten, oft die Erfahrung gemacht, dass diese die Marken nicht in rechter Weise benutzten, sondern in Schenken gegen Branntwein umtauschten, so dass sie ihren Zweck nicht erreichten. Ferner seien in Lübeck und andern Orten fast alle Armen-Asyle von der Suppenanstalt aus versorgt worden, wodurch bei grösserem Absatz der Ertrag gestiegen sei; hier sei das nicht oder nur ausnahmsweise geschehen. Die Verhandlungen über die Wiedereröffnung wurden in den nächsten Jahren wohl noch fortgesetzt, aber endeten schliesslich doch mit der völligen Aufgabe des Unternehmens und dem Verkauf des Immobils im J. 1859. Erst im J. 1870 wurde wieder eine »Volksküche« eröffnet.

Über manche Verhandlungen, die über die Besserung der Lage der städtischen Armen geführt wurden, sind wir nur dürftig unterrichtet, da aus den kurzen Protokollen nicht ersichtlich ist, welcher Art die in der B.V. gemachten Vorschläge waren, und da die Vorträge selbst oft nicht mehr vorhanden sind. Sie enthielten sicher manche Anregungen, die später wieder von neuem auf die Tagesordnung gesetzt wurden. So ist in einem Artikel von Bs. (Dr. med. B. F. Baerens?) in den »Rig. Stadtblättern« 1831 Nr. 1 bereits auf die Notwendigkeit einer Zentralisierung der Armenpflege in Riga hingewiesen worden Eine andere Angelegenheit brachte der Direktor Wendt zur Sprache, indem er die Mitglieder zu einer schriftlichen Beantwortung der auch im Armen-Direktorium verhandelten Frage aufforderte: Soll die Einsammlung für die Armen nicht durch eine stehende Armentaxe ersetzt oder vielmehr diese Einnahme sicher gestellt werden? Da die Mitglieder der B.V. die Frage unbeantwortet liessen, verlas Wendt den Aufsatz eines Pastors Funk in Altona (1803), »der fast wie mit Beziehung auf unsere Stadt geschrieben erschien«. Der Verfasser war zu dem Resultat gekommen, dass eine Armensteuer politisch unklug und moralisch verderblich sei, »da zu dem Geber nicht mehr das Herz, sondern das Gesetz spreche und der Arme die Gabe nicht mehr als gutwillige Unterstützung, sondern als Pflicht ansehe und fordere«. Die in Altona eingeführte feste Armensteuer habe nur traurige Folgen gehabt. Daraufhin ist diese Frage nicht weiter verhandelt worden, nur 1835 wurde, wie bereits erwähnt,

die Besteuerung bestimmter Kreise für Unterstützungen vorgeschlagen.

Andere Bestrebungen der L. P. B. V. waren darauf gerichtet, den in vorübergehender Not Befindlichen zu helfen, indem ihnen Darlehen gegen geringe Zinsen geboten und sie dadurch vor Wucherern bewahrt werden sollten. Im J. 1836 stellte der Direktor Wendt den sehr beifällig aufgenommenen Antrag, die B. V. solle einen Lombard begründen. Es wurde auch gleich beschlossen, den Gouverneur um die Erlaubnis dazu zu ersuchen. Doch nahm man hiervon Abstand, da von mehreren Mitgliedern, die der Verhandlung nicht beigewohnt hatten, gewichtige Bedenken geäussert wurden, zumal dieselbe Frage damals auch im Rat und in der Bürgerschaft verhandelt wurde. Von dem Ratsherrn Johann Georg Stresow (1805) und dem Ältesten der Schwarzen Häupter Joachim Ebel (1806) war ein Kapital zur Errichtung eines Lombards gestiftet worden, das allmählich anwachsen sollte. Im J. 1836 war in der Bürgerschaft ein Komitee erwählt worden[1]), welches die Begründung des Lombards beraten sollte, doch scheinen die Arbeiten keinen Fortgang genommen zu haben, da in der B. V. immer wieder auf den Antrag des Direktors Wendt zurückgekommen wird (1841 u. 1844). Im J. 1847 heisst es wieder[2]): »Es wurde vom Sekretär (Wilhelm Philipp Petersen) die Idee eines zur Steuer des schmählichen Wuchers, der in den russischen Kurennen und sonst vielfach und schamlos mit der nothleidenden Volksklasse getrieben wird, in unserer Stadt — nach dem Vorbilde aller civilisirten grossen Städte — zu errichtenden Leihhauses (Lombard) angeregt und mehrfach dessen etwaige erforderliche Einrichtung und Verwaltung besprochen und berathen, da ein solches wohlthätiges Institut für den Nothstand sich immer nothwendiger und dringender herausstellt und bereits vor mehreren Jahren schon ein von der B. V. vollständig und detaillirt entworfenes Project und Einrichtungsplan dazu dem Rig. Rathe, aber — seither ohne irgend welche Berücksichtigung und Bescheid — erfolglos zur Beprüfung und Bestätigung vorgestellt worden, — sich vollends auch ein durch resp. Stiftungen und Legate begründetes und allmälig durch Verzinsung und sonstigen Anwuchs bis auf

[1]) Protokoll der B. V. v. 24. Febr. 1836 II, S. 404 und v. 26. Febr. 1852 IV. Seite 309.

[2]) Protokoll v. 8. Okt. 1847 IV, S. 105.

circa 15,000 Rbl. S. gestiegenes Capital zu diesem gemeinnützigen und nothwendigen Zweck in der Verwaltung des Rathes bisher unbenutzt befindet.« Es wurde damals von der B. V. beschlossen, die Verhandlung beim Rat wieder aufzunehmen und von neuem anzuregen. Immer wieder haben darauf Mitglieder der B. V. sich nach dem Schicksal des Lombards erkundigt und die Sache zu fördern gesucht. Endlich im J. 1859 ersuchte der Rig. Rat die B. V. um die Begutachtung der von einer Kommission bereits 1852 ausgearbeiteten Statuten. Doch die Eröffnung des städtischen Lombards ist erst im Dezbr. 1895 mit einem Kapital von 160,249 Rbl. erfolgt.[1])

Ein anderes von der B. V. geplantes Unternehmen, das auch den Unbemittelten bei der Sicherstellung für das Alter durch eigene Kräfte behilflich sein sollte, war die sogen. Renten-Versorgungsanstalt. Der Steuerbeamte F. Merkel beantragte (1838) eine solche nach deutschen, namentlich Badenschen, Vorbildern in Riga zu begründen. Sie sollte ihre Wirksamkeit auch ins Innere des Reiches hinein erstrecken. »Unsere Russische Versorgungs-Anstalt« — heisst es in einem Schreiben an den Gen.-Gouverneur von 21. Juli 1839[2]) — »soll gleich denen in Wien, Stuttgart, Karlsruh und Berlin für eine geringe Einlage — wir haben sie auf 50 Rbl. S. gestellt, die selbst theilweise gezahlt werden kann — den Theilnehmern anfangs ungefähr den landüblichen Zins gewähren, mit der Zeit aber einen mehr und mehr steigenden, so dass sie zuletzt dem unvermögenden Alter ein jährliches Einkommen von anderthalb der Einlage gewährt, ohne dass diese den Einlegern ganz verloren geht... Wir hoffen in unserm Kreise das Gute erwirken zu können, dass wir ein Band knüpfen, das unsere Provinzen wohlthätig mit dem gemeinsamen Russischen Vaterlande umschlinge, dass wir hier unsern Armen, indem wir ihm ein Mittel bieten, sich selbst die Aussicht auf ein ruhiges behagliches Alter zu erwerben, verhindern, diese freventlich zu verscherzen. Wir verdanken zwar schon der Fürsorge unserer weisen Regierung die Russische Lebensversicherungs-Anstalt, doch diese ist mehr für Capitalisten als für Arme, sie beruht auf einer ganz andern, den Versorgungs-Anstalten durchaus fremden Basis, erstrebt neben gemeinnützigen Zwecken auch ihren

[1]) Archiv Akte 68 »Lombard«. N. Carlberg, Der Stadt Riga Verwaltung und Haushalt 1878—1900. Riga 1901, S. 326 ff.

[2]) Archiv Akte Nr. 86 »Rentenversicherungsanstalt«.

eigenen Vortheil in dem Grade, dass durchaus das Interesse auf einer Seite leiden muss.« In der neuen Versorgungs-Anstalt sollten die Einkünfte nach Abzug der Verwaltungskosten lediglich zum Nutzen der Teilnehmer verwandt werden. — Mit grossem Eifer wurde die von der B. V. sehr sympathisch aufgenommene Unternehmung durch die Steuerbeamten F. Merkel und Peter Ulmann betrieben, nachdem mit Hilfe des Oberlehrers Deeters die Statuten und Berechnungen ausgearbeitet worden waren. Im J. 1839 wurden die Statuten durch den General-Gouverneur dem Minister zur Bestätigung vorgestellt; es wurden dann auch die vom letzteren gewünschten Veränderungen in die Statuten aufgenommen. Trotzdem wurde im J. 1841 die Bestätigung versagt, da der Minister bei näherer Prüfung des Statuts gefunden hatte, dass das Unternehmen der B. V. das der Russ. Gesellschaft für Versicherung von Revenüen und Kapitalien Allerhöchst verliehene Privilegium verletzen würde. Darauf versuchte die B. V. ihren Plan in Verbindung mit der betrf. Gesellschaft zur Ausführung zu bringen, indem die Renten-Versorgungsanstalt als Zweig ihr angegliedert werden sollte. Der Vertreter der Russ. Versicherungsgesellschaft J. Conrad Plitt ging bereitwillig auf den Antrag ein, aber, obgleich man sich auch um die Fürsprache des Grafen Benckendorff bemühte, kam die Angelegenheit nicht vorwärts. In dem letzten in der Akte vorhandenen Schreiben v. 29. Juni 1846 stellt Plitt, obgleich die erwarteten Berechnungstabellen noch nicht eingetroffen seien, ein weiteres Vorschreiten in Aussicht. Dabei ist es aber geblieben; das mit grossen Erwartungen begrüsste Unternehmen kam nicht zustande.

Dieser infolge der Nichtbestätigung erlittene Misserfolg hielt die B. V. nicht davon zurück, ein anderes Unternehmen in Angriff zu nehmen, das gleichfalls die ärmere Bevölkerung zur Selbsthilfe heranziehen sollte. Im J. 1846 stellte Pastor M. D. Taube den Antrag, der von H. v. Brackel lebhaft unterstützt wurde, eine sogen. Liedkesche Sparanstalt zu begründen. In Berlin und, dem Beispiele Berlins folgend, auch in anderen Städten Deutschlands waren, wie es in einem Memorial des Direktors Ulmann[1]) für den Fürsten Suworow heisst, seit einigen Jahren sogen. Sparläden — man nennt sie wohl nach dem Manne, von dem der erste Gedanke dazu und

[1]) Archiv-Akte Nr. 103 »Liedkesche Spar-Anstalt«. Vergl. auch Akte des Rig. Rats im Stadtarchiv Nr. 175 betr. die Errichtung einer Rig. Spargesellschaft.

dessen Ausführung in Berlin ausging, Liedkesche Sparläden — errichtet worden. In diese von frei erbetenen Männern verwalteten Sparläden legten während der einträglicheren Arbeitszeit im Sommer Männer aus den arbeitenden Ständen wöchentlich etwas von ihnen selbst Bestimmtes für sich und ihre Familien nieder. Für das eingelegte Geld werden zu geeigneter Zeit die nötigsten Lebensbedürfnisse (Holz, Grütze, Kartoffeln, Kohl) en gros eingekauft und während der verdienstloseren Zeit den Einlegern nach dem Betrage ihrer Einlagen verabreicht. Dadurch sollten sie einesteils vor Verschleuderung des verdienten Geldes behütet, anderenteils sollten ihnen die notwendigsten Lebensbedürfnisse wohl um die Hälfte billiger verschafft werden, als wenn sie sie in kleinen Partien von Krämern kauften. Sie sollten zugleich an eine ordentliche Lebensweise gewöhnt werden, Vertrauen und Mut, sich selbst durchzuhelfen, gewinnen und weder den Wucherern noch der Bettelei in die Hände fallen. In Riga sollten zu Mitgliedern nur Personen aufgenommen werden, die ein Sittenzeugnis vorweisen könnten und die für die Erziehung und Schulung ihrer Kinder in gehöriger Weise sorgten. Eine von der B. V. eingesetzte Kommission, bestehend aus den Herren Pastor M. D. Taube, Kollegienrat v. Brackel, Dr. med. Baerens, Dr. A. Buchholtz und Aeltester Nikolai, arbeitete die unseren Verhältnissen angepassten Statuten aus, und im Febr. 1847 wurde der Rat um ihre Bestätigung gebeten mit dem Ersuchen, schon für dieses Jahr wenigstens den versuchsweisen Beginn ohne Aufschub zu gestatten. Der Rat hielt sich hierzu nicht für kompetent und unterlegte die gleiche Bitte dem General-Gouverneur, so dass die Angelegenheit durch diesen nach Petersburg an den Minister befördert wurde. Daran ist die Sache gescheitert. Wiederholt hat der Direktor Ulmann mündlich und schriftlich den Fürsten Suworow um seine Unterstützung gebeten, aber dessen Bemühungen blieben auch erfolglos. Es half nichts, dass die B. V. sich im J. 1850 mit einem vom Ministerium zurückgesandten umgearbeiteten Entwurf einverstanden erklärte, wenn dieser nur bestätigt werden sollte. Vergeblich suchte man im J. 1852 unter Hinweis auf die bevorstehende 50-jährige Jubelfeier eine Beschleunigung der Angelegenheit herbeizuführen. In einem Schreiben an den Rat v. 30. Juni 1853 wird über die ganze $6^1/_2$-jährige Leidensgeschichte dieses projektierten Unternehmens und alle von

der B. V. getanen Schritte ausführlich referiert. Das Ergebnis blieb ein negatives. Im J. 1855 gelangte ein Schreiben des Ministers an den Gen.-Gouverneur, in dem der Vorschlag gemacht wurde, die neue Sparanstalt mit der bereits in Riga bestehenden Sparkasse zu vereinigen, in dem aber ferner die gesetzliche Grundlage für das Bestehen der L. P. B. V. und ihrer Anstalten beanstandet wurde[1]). Hierauf antwortete die B. V. am 28. Juni 1855 mit einem ausführlichen Memorial, das dem Gouverneur überreicht wurde[2]). Sie wies ihre Existenzberechtigung nach und suchte ferner darzulegen, dass eine Vereinigung der neuen Sparanstalt mit der bestehenden Sparkasse undurchführbar sei. Sie bat nochmals, die Sparanstalt, »gleichviel unter welcher von der hohen Obrigkeit als dazu am meisten geeignet erkannten Autorität« zu bestätigen. Es würde ihr eine hinreichende Genugtuung sein, wenn dieses von ihr als dringendes Bedürfnis erkannte Unternehmen überhaupt ins Leben treten könnte. Noch einmal hat O.-P. Taube im J. 1856 — also gerade 10 Jahre nach Beginn der Verhandlungen — dem Gouverneur ein Memorial überreicht, dann enden die Verhandlungen in dieser Sache, die wiederum beweisen, mit welchen Schwierigkeiten man in unserem Lande zu kämpfen hatte, selbst wenn durchaus harmlose, der gesamten Bevölkerung zu gute kommende Einrichtungen geplant wurden.

Zu den wichtigen sozialen Arbeiten der L. P. B. V. gehören auch ihre ununterbrochenen Bestrebungen, die Lage der Dienstboten zu sichern und zu heben. Man muss dabei bedenken, dass die Zahl der Dienstboten in jener Zeit sicher relativ höher war als heute. Nach einer Angabe Robert Baums[3]) waren im J. 1867 bei 102.000 Einwohnern 8149 Dienstboten, im J. 1881 bei ca. 170.000 Einw. über 12.000 Dienstboten. Von diesen waren im J. 1867 — 4466 und im J. 1881 — 7000 unverheiratete Mädchen. Einige Jahrzehnte früher wird die Zahl wahrscheinlich verhältnismässig noch höher gewesen sein. Es ist im vorigen Kapitel bereits berichtet worden (s. S. 47), dass die B. V. seit den ersten Jahren ihres Bestehens sich für diese

[1]) Hierüber wird noch genauer berichtet werden.

[2]) Akte Nr. 103 im Archiv.

[3]) Robert Baum, Über die Dienstbotenfrage. Vortrag, Riga 1880. Derselbe, Die Begründung eines Vereins zur Hebung des Dienstbotenstandes in Riga, Riga 1883.

Frage lebhaft interessiert hat. Im ersten Vierteljahrhundert waren noch wenig positive Resultate erreicht worden, nur die Sparkasse, bei der man in erster Linie an die Dienstboten gedacht hatte, war ins Leben gerufen worden. Die im J. 1824 auf Anregung des Dr. v. Broecker begonnenen Verhandlungen, in denen Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Dienstboten beraten wurden, aber auch die Notwendigkeit einer Bewahrung der Herrschaften vor schlechten Dienstboten betont wurde, wurden fortgesetzt. Namentlich eine Anregung Broeckers, die Einführung eines Dienstboten- oder Gesindeamtes und einer Gesindeordnung wurde in Riga eingehend diskutiert. Nachdem Polizeisekretär v. Stahl und G. v. Rennenkampff Ergänzungen zu den Broeckerschen Anträgen hinzugefügt hatten, wurde das ganze Material einer Kommission, bestehend aus den Herren v. Rennenkampff, Pastor Beise, Ältester Witte, Ratsherr Bergengrün und Dr. W. v. Zoeckell, übergeben. Im Mai 1825 konnte der von dieser Kommission ausgearbeitete Entwurf für ein Gesindeamt und ein Dienstbotenreglement »dem Civiloberbefehlshaber« unterlegt werden. Zur Bearbeitung einer Gesindeordnung setzte die Regierung ein Komitée ein,[1]) aber Jahre lang hörte man nichts über das Schicksal der Eingabe. Auch ausserhalb der B. V. hatte man in Riga grosses Interesse für diese Angelegenheit, und namentlich die Bürgerschaft gr. Gilde hat vom J. 1828—1851 immer wieder den Rat um baldige Publizierung einer Dienstbotenordnung gebeten.[2]) Dieser erwiderte meist, dass die Sache nicht von ihm abhänge, sondern von der Regierung auf Anregung der L.P.B.V. in Angriff genommen sei, hat dann aber doch eine Anfrage an den General-Gouverneur gerichtet (1834). Die Antwort desselben stimmt mit dem, was in der B. V. vom Sekretär noch ausführlicher berichtet wurde,[3]) im wesentlichen überein. Der Gen.-Gouverneur hatte die ihm überreichte Arbeit des erwähnten Komitées den beiden andern Gouvernements mitgeteilt, um für alle 3 Provinzen ein gleiches Statut anfertigen zu können. Nach eingegangenen Antworten hatte er (1831) das Statut dem Minister des Innern zur Vorstellung an den Reichsrat übersandt. Darauf war die Bestimmung erfolgt, dass die

[1]) Prot. vom 28. Oktober 1826.

[2]) Akte des Rig. Rats im Stadtarchiv Nr. 650, betrf. den Entwurf einer Dienstboten-Ordnung.

[3]) Prot. vom 14. Febr. 1833.

Ausarbeitung eines Gesetzbuches für das ganze Reich vorliege und dass, da auch dieser Zweig dahin gehöre, bei der Redaktion auf diese Arbeit Rücksicht genommen werden solle. Als der Rat im J. 1851 auf Drängen der Bürgerschaft den Zivilgouverneur um Beförderung der Angelegenheit bat, erhielt er die Antwort,[1]) dass »der Entwurf zu einer Dienstbotenordnung bis zur Emanirung des Gesetzbuches für die Ostsee-Gouvernements sowie bis zur Beendigung der Revision der städtischen Verfassung beanstandet worden sei«. Der Rat soll den ursprünglichen Entwurf mit dem vom Ministerium angefertigten Projekt vergleichen und Änderungen vorschlagen. Da der Rat mit der Antwort zögerte — der ursprüngliche Entwurf war inzwischen in mancher Beziehung veraltet —, drängte jetzt der Zivilgouverneur auf Beschleunigung, indem er in einem ausführlichen Schreiben über die Schlechtigkeit der Dienstboten klagte. Im Juli 1854 stellte der Rat den neuen Entwurf der Dienstboten-Ordnung vor. Damit hörten die Bemühungen in Riga auf, und auch diese Arbeit ist in Petersburg begraben worden. Vergeblich versuchte die B. V. inzwischen beim Gen.-Gouverneur wenigstens die Erlaubnis zur Einführung der allgemein — auch von der Bürgerschaft gr. Gilde — gewünschten sogen. Schnurbücher für die Dienstboten, in die ihre Dienstzeiten und Zeugnisse eingetragen werden sollten, zu erwirken. Der Gen.-Gouverneur lehnte das Gesuch ab, da er selbst anstelle des Schnurbuches eine andere Einrichtung vorgeschlagen habe.[2]) Ebenso wurde im J. 1837 ein gleicher Vorschlag von der Polizeiverwaltung zurückgewiesen.

Noch nach einer anderen Richtung ist in diesen Jahren die Dienstbotenfrage in der B. V. zur Verhandlung gekommen. Bereits im J. 1817 hatte Dr. med. W. v. Zoeckell den Antrag gestellt,[3]) ein Institut für erkrankte Dienstboten zu begründen. Bürgermeister Rolssen hatte damals in einem besonderen Memorial die staatsbürgerliche Verpflichtung der Herrschaften, für ihre erkrankten Dienstboten zu sorgen, hervorgehoben. Im J. 1826 wiederholte Dr. v. Zoeckell seinen Antrag, der dem Armen-Direktorium übergeben wurde, ohne dass ein Erfolg erreicht wurde. Im J. 1843 setzte die B. V.

[1]) Schreiben v. 17. Septbr. 1851 in der Akte des Rates Nr. 650. Prot. der B. V. vom 26. Febr. 1852, IV. S. 312.

[2]) Prot. vom 26. September 1833.

[3]) Archiv-Akte Nr. 139, »Dienstbotenfrage«.

selbst auf einen Antrag des Sekretärs Arend Berkholz eine Kommission ein, die darüber beraten sollte, wie das Gesindewesen bei uns im allgemeinen zu verbessern sei und aus welchen Mitteln die Dienstboten, die mehrere Jahre bei einer Herrschaft treu gedient haben, zu belohnen seien, wie ferner für sie in ihrem Alter und im Falle ihrer Dienstunfähigkeit gesorgt werden könne. Die aus den Herren Ältester Nikolai, Dr. E. Merkel, Kaufmann D. G. Hernmarck, F. Merkel und Arend Berkholz bestehende Kommission scheint anfangs eifrig an die Arbeit gegangen zu sein und Material gesammelt zu haben; dann aber trat ein Stillstand in den Verhandlungen ein, und erst nach einer Erinnerung durch die B. V. legte sie im Febr. 1847 den von ihr ausgearbeiteten Entwurf einer Dienstboten-Unterstützungskasse vor. Derselbe wurde genehmigt und dem Rig. Rate »zur möglichst sofortigen definitiven Bestätigung von sich aus« vorgestellt, damit die Kasse bald eröffnet werden könnte. Bei dieser Gelegenheit wurde der B. V. die Mitteilung gemacht, dass sich beim Rate ein zu gleichem Zweck bestimmtes Kapital von ca. 11.000 Rbl. S. in deposito befände und vom Ratsherrn Grimm, der auch als Oberdienstbotenherr bezeichnet wird, verwaltet werde,[1]) »wonächst derselbe nebst resp. Rathsdelegierten mit dem Komitée der B. V. wegen Errichtung der oberwähnten Dienstbotenstiftung und der gemeinschaftlichen Realisierung derselben durch Anwendung des oberw. Capitals in Verhandlung treten würden«. Nach dem Tode des Ratsherrn A. Chr. Grimm (1847) führten die Ratsherren Dännemark und Heyl die weiteren Verhandlungen in dieser Sache im besten Einvernehmen mit der Kommission der B. V. Im Novemb. 1848 dankte der Rat der B. V. für ihre Bestrebungen bei diesem wohltätigen Zweck und bat sie den umgearbeiteten Plan noch einmal zu prüfen. Das Sentiment der B. V. wurde im Febr. 1849 dem Rate vorgestellt »mit dem Hinzufügen, dass die hoffentlich baldmöglichste Realisierung dieser so gemeinnützigen und wohlthätigen Stiftung nunmehr ganz den zweckentsprechenden Massnahmen des Raths als oberster städtischer Verwaltung anheimzugeben sei, indem die B. V. sich bei der durch Zuweisung eines so bedeutenden städtischen Stiftungsfonds dafür veränderten öffentlichen Stellung dieser Stiftung damit bescheide, dieselbe — gleich der städtischen Sparkasse — bloss

[1]) Akte des Rig. Rates im Stadtarchiv Nr. 161, betr. die Errichtung einer Dienstbotenstiftung in Riga.

angeregt zu haben und sonach keine weitere Theilnahme an der wohl ständischen Repräsentation bei der Verwaltung irgend beanspruche.« Der Rat veranlasste denn auch die Einsetzung einer ständischen Kommission, deren Arbeit 1851 dem Gouverneur übergeben wurde. Nach mehrjährigen Verhandlungen erlangte die Dienstboten-Unterstützungskasse im J. 1855 die Allerhöchste Genehmigung und konnte darauf als ständisches Institut eröffnet werden. Im J. 1885 wurde sie der neuen Stadtverwaltung und von dieser dem Ökonomieamt zur Verwaltung übergeben. Das Kapital betrug 1885: 28.898 Rbl. S. Unterstützt wurden 51 Dienstboten.[1])

Weitere Bemühungen der B. V. erstreckten sich auf die Versorgung der Stadtbewohner mit Holz. Es handelte sich hierbei nicht nur um die Armen, sondern auch um sonstige Bürger. Schon Gen.-Sup. Sonntag hatte im J. 1824 nach dem Vorbilde Dorpats die Errichtung eines Holzcomptoirs in Vorschlag gebracht, doch ohne Erfolg. Im J. 1829 wurde die Angelegenheit auf Anregung des Malermeisters Linde ernstlicher betrieben. In einem an die holzliefernden Gutsbesitzer versandten Zirkulär wurden damals die Motive näher dargelegt. Es heisst in demselben:[2]) »Der Mangel an Mitteln bei den minder begüterten Einwohnern Rigas, welcher es unmöglich macht, die Kosten für den ganzen jährlichen Bedarf an Brennmaterial auf einem Mal zu beschaffen, um vom wohlfeileren Preise bei der allgemeinen Zufuhr zu vortheilen, — mehr aber noch der Mangel an Raum in den engegebauten Stadthäusern hat die Speculation und den Wucher mit Holz zu einem sehr bedrückenden Grade hieselbst gesteigert. Fast jeder Miethsmann, auch den Wohlhabenden nicht ausgenommen, die grosse Zahl der kleinen Kaufleute, fast alle Handwerker, alle Beamten usw., alle sind gezwungen, öfters im Jahre das nöthige Holz in kleinen Quantitäten nach und nach zu kaufen, und es gesteigert um so theurer zu bezahlen, je kleiner die Quantität ist, die die Mittellosigkeit oder der eingeschränkte Raum jedes Mal erschwingen lässt. Schaudererregend ist es, bis zu welchem Grade die Noth durch den Holzwucher in den letzten Wintermonaten steigen kann.« Im Gegensatz hierzu sprach sich der

[1]) Vergl. Rob. Baum, a. a. O. S. 12. Alex. Tobien, Das Armenwesen der Stadt Riga. Riga 1895. S. 444. Akte des Rig. Rats im Stadtarchiv Nr. 816. Revision der Dienstboten-Unterstützungskasse. In der Akte Nr. 32 des Archivs der B. V. ein Reglement der Unterstützungskasse.

[2]) Prot. v. 13. Sept. 1829, II, S. 153. Archiv-Akte Nr. 54, Holzcomptoir.

Zivil-Gouverneur Baron Hahn in einer Diskussion der B. V. gegen die Einrichtung eines solchen Holzhofes aus, da dazu grosse Mittel erforderlich wären, da die rig. Holzhändler geschädigt würden und da in Riga infolge der grossen Zufuhr die Preise nicht hoch seien. Er war mehr dafür, dass das Armendirektorium im Sommer Holz kaufen und es im Winter statt der Geldgaben unter die Armen verteilen sollte. Die Verhandlungen zogen sich 5 Jahre lang hin, aber endeten resultatlos, und selbst der Vorschlag, einige Strusen anzukaufen, um die Armen mit Holz zu versorgen, scheint nicht ausgeführt worden zu sein. Erst im J. 1849 kam die Angelegenheit wieder zur Sprache. Dieses Mal ging die Anregung von der Gouv.-Regierung aus, die mit dem Rig. Rate bereits vergebliche Verhandlungen geführt hatte. Da sie sich, schreibt sie, nicht davon hat überzeugen könne, dass die vom Rig. Rate erbetene Beanstandung der desfallsigen Verhandlungen durch nicht zu beseitigende Schwierigkeiten gerechtfertigt wäre, forderte sie die L. P. B. V. auf, die bisher gemachten Vorschläge »mit der in so vielen gemeinnützigen Angelegenheiten bereits bewiesenen Umsicht genauer Prüfung zu unterziehen und ein Gutachten anhero vorzustellen, inwiefern diese Vorschläge ausführbar und zweckmässig erscheinen und ob etwa die L. P. B. V. unter näher anzugebenden Bedingungen die Leitung der Anschaffung und Verabfolgung des Brennholzes zu übernehmen gesonnen wäre«.[1]) Das Gutachten der B. V. wurde wiederum einer Beurteilung durch den Rat unterzogen. Ein praktisches Resultat wurde nicht erzielt, und auch die Bemühungen des Akzise-Notars Tillner, durch die Johannisgilde die Einrichtung eines Holzhofes zu verwirklichen, scheinen trotz guter Anfänge ohne Erfolg geblieben zu sein (1852).

Hierher gehören aber auch die auf Anregung des Direktors Taube im Jahr 1843 begonnenen Verhandlungen wegen Einrichtung eines Etablissements für Torfgewinnung. Das von der B. V. eingesetzte Komitée kam aber mit seinen Arbeiten nicht weiter, da das städtische Kassa-Kollegium gleichzeitig einen derartigen Plan verfolgte. Ihm wurde ein Memorial übergeben. Die weiteren im J. 1851 wieder aufgenommenen Arbeiten für Torfgewinnung fallen schon in den nächsten Abschnitt unserer Geschichte.

[1]) Archiv-Akte 54, Holzcomptoir.

In das Gebiet der sozialen Arbeit gehört auch die Teilnahme der L. P. B. V. am Kampfe gegen die Trunksucht. Im J. 1834 regte Oberpastor Mathias Thiel die Gründung eines Mässigkeitsvereins an.[1]) Die Idee fand »bei mehreren Mitgliedern« Beifall, doch wurden auch Bedenken geäussert. Der Begriff der Mässigkeit müsse erst festgestellt werden. »Auch müsse wohl bei uns ebenso die Einnahme des Staates, als die bedeutende jährliche Unterstützungsquote für Bürger-Witwen und-Waisen unserer Stadt, beide von diesem Erwerbszweige abhängig, berücksichtigt werden.«[2]) Es sollte vor allem »des Interessanten der Idee halber« einiges Material über Mässigkeitsvereine gesammelt werden. Drei Jahre später (1837) wurde die Verhandlung wieder aufgenommen. Der Direktor Wendt hielt einen eingehenden Vortrag über die Entwicklung und Bedeutung der Mässigkeitsvereine in den verschiedenen Ländern[3]). Es wurden in demselben Fragen berührt, deren Erörterung z. Teil noch heute auf der Tagesordnung steht: Mässigkeit oder Abstinenz, Enthaltsamkeit nur von Branntwein oder überhaupt von geistigen Getränken, die staatswirtschaftliche Bedeutung und die in Riga, wie schon erwähnt, nicht unwichtige Unterstützungsfrage. Wendt stand im Hinblick auf die gerade bei uns vorhandenen Schwierigkeiten skeptisch zur Sache und schloss mit den etwas lauen Worten: »Doch lassen Sie uns den Mut nicht verlieren. Ist und bleibt es ja doch schon ein erhebendes Gefühl, das Gute auch nur gewollt zu haben!« Im Jahr 1839 entstand in den Rig. Stadtblättern eine kleine Polemik in Anlass eines Artikels des kurl. Ritterschaftssekretärs v. Rechenberg-Linten: »Über Mässigkeits-Vereine im Vergleich der Theorie zur Praxis«. Der Verfasser meint, dass derartige Vereine bei uns nicht erlaubt seien[4]), dass bei uns daher nur die Frage sei, wie man »durch Lehre, Tugend und Beispiel« auf das Volk wirken könne. Auch müsse man dem Bauer etwas

[1]) In den Rig. Stadtblättern hat Pastor Wendt bereits in den Jahren 1832, Nr. 17 und 1833, Nr. 21 die Frage der Mässigkeitsvereine in recht skeptischer Weise besprochen.

[2]) Die Unterstützungen wurden aus den »Schenkerei-Geldern« erteilt. Diese bildeten eine Abgabe der Branntwein und Bier Verschenkenden. Im J. 1835 betrug die Abgabe 4338 Rbl., von denen 385 Personen 8—28 Rbl. jährliche Unterstützung erhielten. Rig. Stadtbl. 1838. S. 78.

[3]) Der Vortrag ist in den Rig. Stadtblättern 1838 abgedruckt.

[4]) Das ist wohl ein Irrtum. Im J. 1839 wurden der B. V. die Statuten eines von Pastor Brasche in Bartau gestifteten Mässigkeitsvereins übersandt. Prot. v. 1839. Bd. III, S. 41.

als Ersatz für den Branntwein bieten; als solchen weiss der Verfasser nur ein möglichst wohlfeiles, gutes Bier zu empfehlen. In der B. V. kam man im J. 1837 zu dem Resultat, dass »es jetzt wohl noch nicht an der Zeit sein würde, hier Mässigkeitsvereine einzuführen, dennoch wünschte die Gesellschaft lebhaft, für diesen Zweck wenigstens vorbereitend zu wirken«. Man beschränkte sich zunächst darauf, mit literärischen Mitteln gegen die Trunksucht anzukämpfen; es sollten kleine Volksschriften ganz billig oder gratis verteilt werden. Den Anfang machte eine lettische Schrift von Pastor Döbner auf Neuermühlen, dann folgten eine von Pastor Berent auf Sunzel bearbeitete Schrift von Zschocke »über die Branntweinpest« und eine »Liebetrutsche Schrift«. In den Rig. Stadtblättern ist in den nächsten Jahren noch mehrfach von Mässigkeitsvereinen die Rede. Es wurde einerseits darüber berichtet, »wie man in Amerika die Mässigkeitsgesetze umgeht«, andererseits, welche sittlichen Erfolge dort durch sie erreicht worden sind und wie erfolgreich in der deutschen Stadt Osnabrück auch Frauen an der Mässigkeitsbewegung teilnehmen.[1])

Auf dem Gebiete der Gesundheitspflege und des Sanitätswesens hat die B. V. in diesem Zeitraume, obgleich die Stadt damals von 2 Cholera-Epidemien heimgesucht wurde, nur wenig geleistet. Das lag teilweise wohl daran, dass die Gesellschaft praktischer Ärzte die Fürsorge übernommen hatte. Die Bemühungen um die Rettungsanstalten, über die im vorigen Abschnitte (s. S. 34) bereits berichtet worden ist, hören mit dem J. 1837 auf. Verhandlungen über die Einrichtung eines Blutegelteiches verlaufen resultatlos; ebenso scheinen die Versuche, durch Aussetzung von Praemien für die Bauern gute Kuhpocken-Lymphe herbeizuschaffen, keinen grossen Erfolg gehabt zu haben. Die Vorschläge, geeignete Fluss-Badeanstalten einzurichten, scheiterten hauptsächlich am Mangel an Kapitalien. Auch suchten Privatleute dieses Bedürfnis zu befriedigen. Mit grossem Interesse verfolgte man in Riga die Arbeiten für die Anlage eines Artesischen Brunnens. Als im J. 1831 Obrist v. Freymann, wie schon früher einmal (1825), eine solche vorgeschlagen hatte, fand sich in dem Mechanikus Steuwer die geeignete Persönlichkeit

[1]) Damals erschien auch eine kleine Schrift: »Der Mässigkeitsverein in allen seinen Beziehungen«. Riga-Leipzig bei E. Goetschel 1840. 60 S. S. Die Schrift ist in den hiesigen Bibliotheken nicht vorhanden.

zur Verwirklichung der Idee. Ein Vorschuss der L. P. B. V. und ihre Förderung bei ber Veranstaltung einer Subskription verschafften die ersten Geldmittel für die Arbeiten, die später auch von der Regierung unterstützt wurden. Beendet wurden sie im Jahre 1834 oder 1835, jedenfalls ist der Brunnen im letzteren Jahr bereits zu einem öffentlichen Brunnen ausgestaltet worden, der viel benutzt wurde. Die Bohrungen, die Steuwer mit zum Teil selbst konstruierten Instrumenten ausführen liess, erregten auch ausserhalb Rigas sowohl in technischer als in wissenschaftlicher Beziehung allgemeine Aufmerksamkeit. Nicht nur der Generalgouverneur, sondern auch andere Würdenträger nahmen die Arbeiten in Augenschein, und der Finanzminister Graf Cancrin verlangte von Steuver eine genaue Beschreibung seiner eigentümlichen Vorrichtungen und Instrumente sowie der gefundenen Erdschichten. Auf Vorstellung des Ministers erhielt Steuwer darauf vom Kaiser die goldene Medaille mit der Aufschrift: »Fürs Gemeinnützige« (за полезное) zum Tragen am Annen-Bande verliehen.[1]) In den nächsten Jahren wurden auf Befehl des Ingenieurdepartements gegen 20 weitere Artesische Brunnen in Riga erbohrt.[2]) Ein anderer auf Vorschlag des Reepschlägermeisters Neese und mit Unterstützung des Börsenkomitées angelegter gewöhnlicher Brunnen in der Moskauer Vorstadt (1839) sollte wohl mehr dem Feuerlösch- als dem Sanitätswesen dienen. Für das erstere hat die B. V. in diesem Zeitraume nicht viel getan, da die Bekämpfung der Feuersgefahr im J. 1831 neu organisiert wurde (s. S. 45).

In das Bereich der öffentlichen Wohlfahrt, um die die B. V. unermüdlich besorgt war, gehören auch ihre wiederholten Vorschläge zur Verbesserung der Strassenbeleuchtung und des Strassenpflasters, die sie durch von ihr selbst veranstaltete Versuche unterstützte, ohne dass wohl wirklich sichtbare Erfolge erzielt wurden. Im J. 1841 wurde der Antrag gestellt, in Riga eine Stadtpost einzurichten, doch kam die zur Beratung eingesetzte Kommission zu dem Ergebnis, dass eine solche wohl wünschenswert sei, aber als Privatunternehmen nicht werde bestehen können. — Unermüdlich hat sich die L. P. B. V. während dieser ganzen Periode um die Errichtung von Leichenhäusern, um Scheintote vor dem

[1]) Rig. Stadtblätter 1832, Nr. 47.
[2]) Rig. Almanach 1901, S. 126.

Begrabenwerden zu bewahren, bemüht. Im J. 1837 wurde ein Reglement mit einem Plan und Kostenanschlag ausgearbeitet und mit einer motivierten Eingabe dem Rate übersandt. Die Sache wurde auch im Rate und in der Ältestenbank der Gilde verhandelt, aber obgleich das Kirchengesetz von 1832 den Bau eines solchen Leichenhauses als Gesetz aufgestellt hatte, blieben die wiederholten Anfragen der B. V. doch ergebnislos.

Ein immer wieder neues reges Interesse wandte die B. V. nach wie vor allen technischen Fragen zu; besonders in den 30-er Jahren wurde häufig über neue Erfindungen berichtet. Am Stiftungstage 1834 knüpfte der Direktor Wendt in seiner Rede an das Bibelwort an: »Nicht, dass ich es schon ergriffen habe, aber ich jage ihm nach, dass ich es ergreifen möchte« und wies darauf hin, wie schon in dem Streben nach einem Ziele, auch ohne dass man es erreiche oder doch nur die Aussicht habe, es werde spät geschehen können, eine Freude läge. Dabei gedachte er dessen, wie in den letzten Jahren der Gang auf dem Wege der Erfindungen ein so rascher sei, dass man ihm kaum zu folgen vermöge und nicht begreife, wohin er führen werde und wie unsere Gesellschaft daran teilzunehmen und dazu mitzuwirken berufen sei. Sie konnte tatsächlich nicht viel mehr tun, als die ihr vorgelegten Erfindungen zu prüfen und den Erfindern bei der Verwertung derselben die Wege zu ebnen; sie konnte aber ferner sich über neue Erfindungen berichten lassen und die empfangenen Nachrichten durch die Rig. Stadtblätter weiter verbreiten. Das hat die B. V. denn auch mit grossem Eifer getan. Unter den Mitgliedern war der Kunstgärtner Zigra schon früher auf diesem Gebiete tätig gewesen und berichtete auch in dieser Zeit wieder von seinen verschiedenen Versuchen mit der Herstellung von Farbstoffen, eines Schlittenwagens etc. Besonders erfolgreich hat aber wohl der Mechanikus Steuwer gewirkt, dessen Name schon bei der Anlage des ersten Artesischen Brunnens genannt worden ist. Ein Gegenstand wiederholter Verhandlungen war der von Steuwer wesentlich veränderte Besmer. Dieses von der Obrigkeit anerkannte Wäge-Instrument war, wie es in einer ausführlichen Beschreibung[1]) heisst, echt finnischen Ursprungs und aus schwedischen Zeiten ererbt. Um diese Erfindung zur Anerkennung zu bringen, verhandelte

[1]) Schreiben v. 29. Okt. 1829, Protokollbuch II, S. 163 ff,

die Gesellschaft mit dem Generalgouverneur und benutzte auch die Gelegenheit ganz gern, um eine vielleicht »wohlthätige« Verbindung mit der einflussreichen Ökonomischen Gesellschaft in Petersburg anzuknüpfen und dabei einfliessen zu lassen, dass die Grenzen ihrer eigenen Tätigkeit »durch die verschiedenen lokalen Verhältnisse des Ortes und die gänzliche Mittellosigkeit des Vereins« sehr beschränkt seien. Steuwer fertigte auch eine bei Feuerschäden zu benutzende Treppe an, die von einer Person fortgetragen werden konnte und doch bis in den dritten Stock reichte. Er trat für die Einführung von eisernen Betten in den Krankenhäusern ein teils aus hygienischen Gründen, teils um die hiesigen Eisengiessereien zu fördern; auch wurde er vielfach in praktischen Fragen um seinen Rat gebeten. Verfolgt man in den Protokollen der B. V. die Berichte über die Erfindungen jener Zeit, so gewinnt man nicht uninteressante Einblicke in die allmähliche Entwickelung des äusserlichen Lebens unserer Vorfahren. So wird z. B. 1815 von einer zweckmässigen Talglampe berichtet, 1821 von einer Spirituslampe, 1823 von einem Leuchter, auf dem das Licht so steht, dass »die Flamme hell bleibt, ohne geschneuzt zu werden«; 1824 von einer praktischen Zündmaschine; im J. 1838 wird untersucht, ob nicht »den auch bei uns in Gebrauch kommenden Stearinlichten Arsenik beigemischt sei«. Auch von Gaslampen, allerdings mehr für die Strassenbeleuchtung, ist die Rede. Ebenso kann man die Fortschritte in der Beheizungsfrage und in der Verbesserung der Öfen verfolgen bis zum hermetischen Ofenverschluss (1849) und zur Dampfheizung. Über Runkelrübenzucker, die Anwendung des Asphalts zur Strassenpflasterung (1840) wurde berichtet. Im J. 1839 wurde die Aufmerksamkeit »auf das neu erfundene Daguerrotyp« gelenkt, und im nächsten Jahr wurden die ersten Versuche damit vorgelegt. Auch die Galvanoplastik veranlasste zu Experimenten. Besonders bedeutungsvoll war es aber wohl, dass, nachdem im J. 1840 ein Vortrag über den elektromagnetischen Telegraph in England gehalten worden war, im J. 1852, in welchem die erste Telegraphenlinie Russlands: Riga-Bolderaa eröffnet wurde, ein ebensolcher Vortrag mit Demonstrationen gehalten werden konnte. Eine Folge dieses Interesses für technische Fragen war der Beschluss, ein technologisches Kabinett anzulegen (1839) und Gewerbeausstellungen zu veranstalten. Im J. 1830

veröffentlichte der Direktor der B. V. G. v. Rennenkampff[1]) in den Zeitungen eine an die Handwerker, Fabrikanten und Künstler gerichtete Aufforderung zur Beschickung einer solchen Ausstellung, die auch dem Ältermann der St. Johannis-Gilde noch besonders zugesandt wurde. Doch scheint die Beteiligung nicht genügend gewesen zu sein, die Ausstellung kam nicht zustande. Ein gleicher Vorschlag des Direktors Wendt im J. 1834 musste erst durch den Zivilgouverneur dem Minister unterbreitet werden und blieb dort stecken. Obgleich sich Wendt dadurch nicht abschrecken liess und 1839 den Antrag stellte, jährliche Industrie-Ausstellungen zu veranstalten, ist doch erst, soviel ich sehen kann, im J. 1847 die erste derartige Ausstellung, die »durch ihre Mannigfaltigkeit überraschend« wirkte, im Saale des Schwarzhäupterhauses mit gutem Erfolge, aber wohl ohne Mitwirkung der B. V. eröffnet worden.[2]) Nach Bulmerincq[3]) hat auch im J. 1851 eine solche Ausstellung auf höheren Befehl stattgefunden. — Die Sammlung von Modellen wurde noch weiter vermehrt, aber es tauchen auch Zweifel an ihrem Werte auf, ja es wurde sogar die Ansicht geäussert (1833), dass »dieselben kostbar und für unsere Gesellschaft stets nutzlos gewesen seien«. Es kam hinzu, dass Jahre lang kein geeigneter Raum für sie vorhanden war, so dass sie auf dem Boden der Domschule abgestellt werden mussten.

Die Bestrebungen auf dem Gebiete der Kunst traten in diesem Zeitraum vielleicht etwas mehr hervor als im vorigen, aber waren doch immer noch etwas einseitig.[4]) Es wurden gelegentlich Lithographien, Holzschnitte, Ölbilder in den Versammlungen vorgezeigt; man interessierte sich auch, wie schon erwähnt, für die neuen Daguerrotypen, besonders wertvoll waren aber wohl die von der B. V. veranstalteten Ausstellungen und die erste Anregung zur Begründung eines Kunstvereins. Im März 1842 stellte der Direktor M. Taube den Antrag, eine Kunstausstellung zu veranstalten. »Bisher sind in Riga« — so heisst es in dem Antrage — »noch nie so viele Künstler, die sich als Historien- oder Portrait-Maler auszeichnen, vereinigt gewesen, als jetzt, aber sie stehen verein-

[1]) Rig. Stadtblätter 1830 S. 205 ff.
[2]) Rig. Stadtblätter 1847 S. 282.
[3]) Bulmerincq a. a. O. S. 29.
[4]) Über die Kunst in Riga vgl. einen Aufsatz v. Wendt in den Rig. Stadtbl. 1841 Nr. 39, 41 u. 42.

zelt da und finden, da ihre Leistungen dem grössten Theile des Publikums unbekannt und unzugänglich sind, nicht die verdiente oder wenigstens nicht eine allgemeinere Anerkennung. Dieses ist ein Nachtheil ebenso für die Herren Künstler, als für das Publikum, bei dem hier am Orte der Sinn für die Kunst nur dürftig erhalten wird, ja grossen Theils erst geweckt werden muss. Diesem doppelten Nachtheile kann am zweckmässigsten durch eine öffentliche Ausstellung entgegengewirkt werden.«[1]) Die B. V. stimmte dem Antrage bei, bat aber zunächst 10 in Riga lebende angesehene baltische Künstler um ihre Meinungsäusserung. Es waren dieses: Magnus Fr. Stegemann, Georg Rudolf Kasing, Friedrich Wilh. Spohr, Georg Heinrich Büttner, Michael Alex. Michelson, C. Hiller, Ernst H. Schlichting, Georg v. Lischewitz, Theodor H. Rikmann, Gustav Wilh. Rosenberg[2]). Nachdem die Künstler sofort dem Plane zugestimmt hatten, wurde zur Veranstaltung der Ausstellung ein Komitée, bestehend aus den Herren Pastor M. Taube, Ratsherr C. G. Westberg, Ältester Woldemar Poorten, G. D. Hernmarck und Dr. K. Bornhaupt, gewählt, das in Gemeinschaft mit den Künstlern alle Anordnungen traf. Zur Ausstellung zugelassen werden sollten Kunstwerke aller Art lebender und verstorbener inländischer Künstler. Vom 3.—15. Sept. 1842 fand dieselbe statt. Es waren im Katalog 223 Kunstwerke von 13 verstorbenen und 40 lebenden inländischen Künstlern verzeichnet. Ausser den schon genannten 10 Künstlern waren auch vertreten Bosse, L. v. Maydell, Latrobe, W. Timm, Senff, C. und G. Kügelgen u. a. Der Erfolg der Ausstellung[3]) war in jeder Beziehung ein guter; sie erzielte eine Reineinnahme von 526 Rbl. S., von denen 275 Rbl. gleich zu Stipendien bestimmt wurden, während der Rest für weitere Kunstzwecke verwahrt werden sollte. Die B. V. war, wie es in den Rig. Stadtblättern einmal heisst, von dem Wunsch geleitet worden, Kunst und Leben, Künstler und Publikum einander näher zu bringen und dadurch die notwendige gegenseitige Einwirkung zu vermitteln. Das, was mit der Ausstellung begonnen worden war, musste nun aber auch weiter fortgeführt

[1]) Akte 43 »Gemälde-Ausstellungen«.

[2]) Vergl. über die Persönlichkeiten dieser Maler W. Neumann, Lexikon baltischer Künstler. Riga 1908.

[3]) Vergl. über die Ausstellung d. »Rig. Stadtblätter« 1842 an versch. Stellen.

werden. Zu dem Zweck beschloss die B. V. wiederum auf Antrag des Direktors Taube am 18. Sept. 1842, »einen Kunstverein für Liv-, Est- und Kurland nach dem Vorbilde des Auslandes ins Leben zu rufen, jedoch nur durch einen allgemeinen Aufruf, die Gelegenheit zur Stiftung eines solchen Vereins zu geben, keineswegs aber die Begründung und Leitung desselben zu übernehmen«.[1]) In einem Rundschreiben vom 12. Oktbr. 1842 wurde eine allgemeine Aufforderung zur Teilnahme an dem neuen Verein erlassen. Die Mitglieder sollten jährlich eine oder mehrere Aktien (im Betrage von 3 Rbl. S.) lösen, »für deren Ertrag Bilder von einem dazu erwählten Komitée angekauft und unter den Mitgliedern verlost werden sollten«; die Nieten bei dieser Verlosung sollten durch eine Lithographie des vorzüglichsten Bildes entschädigt werden. Der Erfolg war ein recht glänzender. Es meldeten sich bis zum Febr. 1843 gegen 350 Teilnehmer, von denen ein aus 7 Personen bestehender Vorstand gewählt wurde; zu ihm gehörte auch Pastor M. Taube als rühriges Mitglied. Es wurden die Statuten ausgearbeitet und am 21. April 1845 mit einem schriftlichen Gesuch dem General-Gouverneur Baron v. d. Pahlen übergeben. Vergebens wartete man nun auf die Bestätigung derselben in Petersburg; sie ist niemals erfolgt. Wiederum ein Unternehmen, das damals in der Residenz scheiterte und erst 1866 von neuem in Anregung gebracht wurde.

Da der neue Verein noch nicht bestätigt war, musste die L. P. B. V. im J. 1845 wiederum die Veranstaltung einer Gemälde-Ausstellung selbst übernehmen. Im März 1845 machte der Münchener Kunstagent J. Halinbourg das Anerbieten, eine grössere Anzahl von Gemälden deutscher Künstler, die er nach Warschau geschickt hatte, von dort aus auch nach Riga zu einer Ausstellung zu senden. Nach einem längeren Schriftwechsel und Überwindung mancher Zollschwierigkeiten kam die Ausstellung im Oktober und Nov. 1845 zustande. Es wurden 209 Gemälde von 72 lebenden Künstlern und 20 verstorbenen, zum Teil älteren Meistern ausgestellt; unter den ersteren waren auch wiederum 11 baltische Maler vertreten. Leider scheint diese Ausstellung nicht soviel Anklang gefunden zu haben, wie die erste; es waren wohl auch grössere Unkosten zu bestreiten, wenigstens schloss die Abrechnung dieses

[1]) N. Röpenack, Beitrag zur Geschichte des Kunstvereins in Riga. Riga (1895) S. 6 ff. Archiv Akte Nr. 66 »Kunstverein«.

Mal mit einem Defizit von 117 Rbl. ab.[1]) Von besonderem Interesse ist, wie Röpenack hervorhebt,[2]) dass bei dieser Gelegenheit zuerst die zollfreie Einfuhr ausländischer Gemälde im Rahmen unter gewissen Bedingungen gestattet wurde und dass die öffentliche Veranstaltung einer Verlosung der Gemälde nicht erlaubt wurde. Trotzdem hat eine solche unter der Hand stattgefunden.

Auf wissenschaftlichem Gebiete hat die B. V. in diesem Zeitraume keine bedeutenden Leistungen zu verzeichnen. Das Interesse für die Naturwissenschaft wurde gelegentlich angeregt durch Hinweise auf neu erschienene Werke oder Vorzeigen von Pflanzen, Versteinerungen u. a. m. Es wurde wohl auch der Vorschlag gemacht, ein zoologisches Kabinett zu begründen, aber zur Ausführung ist der Plan nicht gekommen. Ähnlich verhielt es sich mit der Geschichtswissenschaft, auf deren Gebiet keine positiven Leistungen gezeitigt wurden. Nachdem bereits im J. 1829 von Dr. Hausmann darauf hingewiesen worden war,[3]) dass die Gesellschaft gerade auch auf literarischem Wege wirken müsse, hat die B. V. späterhin auch nach dieser Seite hin ihre Aufgabe zu erfüllen gesucht. Es geschah das durch Verbreitung von Schriften, durch Vorträge und durch die Vervollständigung und Ordnung der Bibliothek, die möglichst weiten Kreisen zugänglich gemacht werden sollte.

Wie schon früher (s. oben S. 84) hervorgehoben worden ist, wurden von der B. V. mehrere gegen die Trunksucht gerichtete Volksschriften herausgegeben und verbreitet. Ausserdem wurde 1836 eine vom Mitgliede Major Bogdan v. Dorndorff übersandtes Manuskript unter dem Titel: »Kleiner Abriss der Gouv.-Stadt Tobolsk im J. 1834« zum Besten der Lutherschule herausgegeben. Die Verhandlungen über diese Drucklegung sind nicht ohne Interesse, da sie uns zeigen, wie wenig entwickelt damals der buchhändlerische Vertrieb bei uns war. Erst nach zweijährigen Verhandlungen kam der Druck zustande. Das Ergebnis war eine Reineinnahme von ca. 60 Rbl. Ferner wurden im J. 1843 von der B. V. herausgegeben 2 Abhandlungen des Kolleginenrats Joh. Daniel v. Braunschweig:

[1]) Im J. 1842 waren für Eintrittskarten eingenommen 739 Rbl., im J. 1845 479 Rbl.

[2]) Röpenack a. a. O. S. 11.

[3]) Akte Nr. 19 »Bibliothek«.

»Unsere Holzfrage aus staatswirtschaftlichem Standpunkte betrachtet« und »Der Flachsbau Russlands in seiner mehrfachen staatswirtschaftlichen Beziehung.« Im Druck erschienen ist ferner der 1851 von Chr. Aug. Berkholz in der Jahresversammlung gehaltene Vortrag »Zur Erinnerung an Arnold Möller, weil. Inspektor der Domschule. Riga 1852«. Die Absicht, auch den von Oberlehrer Wittram gehaltenen Vortrag über »Herder in Riga« zu veröffentlichen, scheiterte leider an dem Widerspruch des Vortragenden. Ein Privatunternehmen, das aber doch in einem gewissen Zusammenhang mit den Rig. Stadtblättern stand, war die von Direktor Wendt im J. 1840 herausgegebene Zeitschrift »Blätter für Stadt und Land«. Sie sollte als wöchentliche Beilage die Stadtblätter ergänzen und das ganze Land interessierende Mitteilungen bringen. Sie sind bis z. J. 1847 erschienen.[1]) Mehrere andere Anträge, die dahin zielten, die Geldmittel der B. V. durch Herausgabe von Schriften zu verstärken, sind kaum ernstlich erörtert worden. So wurde erfolglos vorgeschlagen, ein Journal »Russland unter Nikolai I.« herauszugeben (1836) und eine »Topographie Rigas« erscheinen zu lassen (1837 und 1844). Hierbei mag erwähnt werden, dass die B. V. im J. 1850 vom Statistischen Gouv.-Komitée für Livland aufgefordert wurde, an den von ihm geplanten Arbeiten mitzuwirken. Sie lehnte das aber mit dem Bemerken ab, dass ihr gemeinnütziger Zweck sich nicht auf Statistik erstrecke und dass sie sich daher nur nach Möglichkeit an den Bestrebungen des Komitées werde beteiligen können. Die B. V. nahm 15 Jahre später eine andere Stellung ein, und unmittelbar auf dieses ablehnende Schreiben folgt in der Akte[2]) das von der B. V. ausgearbeitete »Projekt für die Organisation der Statistik in Riga« aus d. J. 1865.

Mehrfach ist die L. P. B. V. bemüht gewesen, auch im persönlichen Verkehr und durch das gesprochene Wort Einfluss auf die Entwickelung des Gewerbestandes auszuüben. So richtete der Direktor Pastor Wendt an die Innungen der St. Johannisgilde im J. 1841 ein Schreiben, in dem er unter Hinweis auf die in der Neuzeit erhobenen Anforderungen an den Gewerbestand zu gemeinsamen Besprechungen und Vorträgen im Lokale der B. V. aufforderte. Die B. V. wolle damit einen Vereinigungspunkt für solche Beratungen

[1]) Rig. Stadtblätter 1840 Nr. 1 Beilage.

[2]) Akte Nr. 107 Statistik und statistisches Komitee.

schaffen.[1]) Es ist leider aus den Akten nicht zu ersehen, welchen Erfolg diese Aufforderung gehabt hat. Es wird aber in einem Schreiben der B. V. aus dem J. 1851 darüber geklagt, dass die Bemühungen um die Förderung des Gewerbestandes in letzter Zeit wenig fruchtbringend gewesen seien, dass man sich auch vergeblich bemüht habe, die Gewerbetreibenden zur Benutzung der gerade für sie wertvollen Bibliothek der Gesellschaft heranzuziehen.[2]) Im J. 1852 hat dann der Lehrer Martin Fittschen den Vorschlag gemacht, durch gewerbwissenschaftliche populäre Vorträge und durch die Rig. Stadtblätter die Interessen des Handwerks zu fördern (Prot. IV S. 319). Womöglich sollten, wie auch Wendt schon vorgeschlagen hatte, wöchentliche Besprechungen stattfinden. Dabei wurde das Bedauern ausgesprochen, dass der Gewerbestand so wenig in der B. V. vertreten sei. Die Vorträge, die im selben Jahr zustandekamen, wurden von den Herren Kreisschulinspektor C. F. Glasenapp, Apotheker Seezen, Lehrer Fittschen und Dr. R. Kersting gehalten und zahlreich besucht. Die Vortragenden wollten die praktischen Resultate der Wissenschaft für einzelne Gewerke in gemeinfasslicher Weise und mit Anwendung von anschaulichen Experimenten schildern. Kerstings Vortrag über den Dampf und die Konstruktion der Dampfmaschinen sowie Fittschens über die Anlage und den Bau der Eisenbahnen gewannen damals besonderes Interesse im Hinblick auf die projektierte Erbauung der Riga-Dünaburger Eisenbahn. Ungefähr ein Jahrzehnt später haben diese Bestrebungen der B. V. zur Gründung des Rig. Gewerbevereins geführt.

Doch nicht nur den Handwerkern, sondern den weitesten Kreisen wollte die B. V. geistige Nahrung durch Vorträge darbieten und dabei zugleich einen materiellen Gewinn erzielen. Ein derartiges Unternehmen war damals noch mit nicht geringen Weitläufigkeiten verbunden.[3]) Als im Herbste 1841 die Gesellschaft, wie es in einem Schreiben heisst, »aufgemuntert durch das ruhmwürdige Beispiel der Kaiserl. Akademie der Wissenschaften wie der Dorpater Uniwersität,« auf Wendts Antrag beschlossen hatte, Vorträge zu veranstalten, wurde zuerst der Minister Uwarow um Erlaubnis gebeten. Dieser forderte ein

[1]) Akte 122 Öffentliche Vorlesungen.
[2]) Akte Nr. 98 »Schriftwechsel mit der Lübecker Gesellschaft«.
[3]) Akte Nr. 122 »Öffentliche Vorlesungen«.

Gutachten vom Dorpater Kurator General Craffstroem, der wiederum die Meinung des Universitätskonseils einholte. Letzteres hielt es für bedenklich, der L. P. B. V. ohne weiteres die erbetene Erlaubnis zu erteilen, da sie nicht eigentlich gelehrte Zwecke verfolge, noch auch der Mehrzahl nach aus Gelehrten zusammengesetzt sei, sondern mehr eine praktische Tendenz habe. Die B. V. sollte daher zuerst ein ausführliches Programm einreichen und die Personen namhaft machen, welche die Vorlesungen halten sollen, dann erst werde über die Zulässigkeit derselben bestimmt werden. Im Juli 1842 wurde diese Forderung, allerdings in etwas summarischer Weise, erfüllt. Der Kurator war für die Genehmigung des Gesuches und holte selbt die Erlaubnis des Ministers ein, wobei jedoch bestimmt wurde, dass »dem Gouv.-Schuldirektor Hofrat Dr. Napiersky, der zu den Mitgliedern der Gesellschaft gehört, übertragen werde, auf die Angemessenheit der Darstellung der Gegenstände, die den Inhalt der Vorlesungen bilden sollen, zu achten und nach Beendigung derselben über ihren Erfolg zu berichten«. So konnten die Vorlesungen erst ein Jahr, nachdem der Antrag gestellt worden war, beginnen. Im J. 1852 wurde die Genehmigung für die Vorträge durch Vermittelung Suworows beim Minister der Volksaufklärung erlangt. Die Themata der 10 Vortragenden im J. 1842, unter denen sich auch O. P. Berkholz, Pastor Wendt, Dr. med. Baerens, Direktor Dr. Napiersky etc. befanden, bezogen sich auf die verschiedensten Gebiete der Medizin, Naturwissenschaft, Heimatgeschichte, Kunst und Literatur.[1]) Im Winter 1844/45 wurde von fast denselben Herren ein neuer Vortragszyklus veranstaltet, wobei O. P. Berkholz allein 6 Vorträge »Darstellungen aus der Geschichte der protestantischen Kirche« hielt. Pastor Wendt sprach — ein Zeichen seiner vielseitigen Interessen — zweimal über »Einiges zur Geschichte der neuesten Physik und Ökonomie«.[2]) Als Reinertrag der Vorlesungen werden dieses Mal 132 Rbl. 47 Kop. angegeben.

Die Bemühungen um die Begründung einer Bibliothek gehen bis in die ersten Jahre der B. V. zurück, in denen namentlich Sonntag für die Sammlung heimatkundlicher Arbeiten eingetreten war (s. oben S. 50). Doch erst in diesem 2. Zeitraum gewann sie eine grössere Bedeutung. Durch Ankauf, Schenkungen und durch Austausch der »Rigaschen Stadt-

[1]) Rig. Stadtblätter 1842 und 1843.

[2]) Das Manuskript zu denselben ist in der Akte Nr. 122 enthalten.

blätter« gegen verschiedene Zeitschriften wurde sie wesentlich erweitert. Dann wurde sie aber auch geordnet, katalogisiert und dem Publikum zugänglich gemacht. »Die Bibliothek unserer Gesellschaft,« sagt Pastor Wendt in einem Schreiben vom 22. April 1843,[1]) »kann ich ohne alle Anmassung als meine Schöpfung betrachten, denn, was ich vorfand, waren zwar sehr werthvolle physikalische, technische, ökonomische Journale aus dem Anfange des Jahrhunderts, aber nur in defekten Bruchstücken.« Wendt hat von neuem gesammelt und einen Katalog angefertigt. Für besonders wertvoll erklärt er die Abteilung der älteren und neueren Statistik und Geschichte Russlands. Im übrigen meint er, dass die Bibliothek dazu dienen müsse, Theorie und Praxis mit einander zu verbinden, wie das ja auch die Aufgabe der B. V. sei, die die Wissenschaft in das Leben einführen solle. Um Interesse für seine Schöpfung zu erwecken und die Mitglieder mit derselben vertraut zu machen, hielt Wendt mehrere Vorträge: »Wanderungen durch unsere Bibliothek«, die seine reiche Belesenheit auch auf naturwissenschaftlichem Gebiete bewiesen.[2]) Die B. V. wollte aber auch weiteren Kreisen die Bibliothek zugänglich machen. Schon im J. 1830 erliess der Direktor v. Rennenkampff eine Bekanntmachung,[3]) in der Handwerker und Künstler zur Benutzung der kunstgewerblichen Werke aufgefordert wurden. Später, nachdem die Bibliothek neu geordnet war, wurde wiederum besonders im Hinblick auf die Handwerker ein Lesetisch in der Bibliothek eingerichtet. Doch wird mehrmals über die geringe Ausnutzung dieser Einrichtungen geklagt. Zur Erhaltung der Bibliothek wurden aus der Vereinskasse 50 Rbl. festgesetzt, aber ausserdem wurde jährlich eine Subskription unter den Mitgliedern für diesen Zweck veranstaltet. Nach der Begründung anderer spezialwissenschaftlicher Vereine hat die Bibliothek der B. V. natürlich an Bedeutung verloren.

Auch das Archiv ist eigentlich erst von Pastor Wendt begründet worden, wenn auch schon vorher wiederholt von ihm die Rede ist. Wendt berichtete, dass er beim Antritt seines Direktorats als Archiv ein bis dahin in einem Dachkammerwinkel liegendes, zusammengeworfenes Konvolut erhalten habe. Er habe sich bemüht, manche einzelnen Mitgliedern übergebene

[1]) Akte Nr. 19, »Bibliothek«.
[2]) Die Manuskripte von 3 Vorträgen sind in der Akte Nr. 19 enthalten.
[3]) Rig. Stadtblätter, 1830, Nr. 11.

Archivalien wieder einzusammeln und zu ordnen. Später hat auch Konsulent Rob. Büngner als Sekretär sich dieser Arbeit unterzogen. Besondere Verdienste um die Bibliothek und das Archiv hat sich wohl auch das Mitglied Literat R. Ph. Schilling erworben.

Wenn es sehr schwer war, fortlaufend Bibliothek und Archiv in Ordnung zu halten, so lag das zum nicht geringen Teil daran, dass die B.V. immer wieder des Lokals wegen Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Nachdem im J. 1827 durch Sonntags Vermittelung der B. V. im Schlosse ein Lokal eingeräumt worden war (S. oben S. 53), konnte sie sich ungefähr 15 Jahre lang ungestört desselben erfreuen. Ja, sie konnte auch der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde sowie der Lettisch-literärischen Gesellschaft Gastfreundschaft gewähren. Nur die Unterbringung der Lutherschule bereitete mancherlei Sorgen, wie Dr. Nik. Busch in seinem Werke näher darlegt (cf. S. 22 ff.). Da wurde im J. 1842 ein grösserer Umbau im Schlosse vorgenommen und die B. V. aufgefordert, das von ihr eingenommene Lokal zu räumen. Im offiziellen Schreiben[1]) ist von der Zukunft nicht weiter die Rede, unter der Hand wurde aber die Mitteilung gemacht, dass nach der Vollendung des Umbaues, der 2 Jahre in Anspruch nehmen würde, die B. V. wieder ein geräumiges Lokal erhalten werde. Dank dem freundlichen Entgegenkommen des Inspektors A. Möller fand die Gesellschaft ein Unterkommen in den Räumen der Domschule. Die Hoffnung, im J. 1844 wieder ins Schloss einziehen zu können, erwies sich aber als trügerisch. Zunächst wurden der B. V. allerdings 2 Zimmer angewiesen, dann aber wurde dieses Zugeständnis wieder zurückgezogen und ein nur ganz ungeeignetes Zimmer eingeräumt. Nach einigen unerfreulichen Verhandlungen war die B. V. genötigt, sich nach einem andern Lokal umzusehen. Ein ganzes Jahr hindurch (1845) wurde über den Ankauf eines dem Ratsherrn E. Miln gehörigen Hauses in der Marstallstrasse verhandelt, doch derselbe kam nicht zustande. Auch der Plan, durch Ausbau der Stadtbibliothek, die sich damals im Domesgang befand, ein für alle rigaschen gelehrten und gemeinnützigen Gesellschaften gemeinsames Lokal zu schaffen, scheiterte. Das war um so schlimmer, als Inspektor Möller sich gezwungen sah, die Räumung des Lokals in der Domschule zu verlangen. Eine kurze Zeit fand die B. V. ein Unterkommen

[1]) Akte Nr. 69. »Lokal der Gesellschaft«.

im Schullokal des Pastors Taube, dann wurde im Januar 1847 im Kuntzendorfschen Hause an der Pferdestrasse ein Lokal für die Gesellschaft und die Taubstummenanstalt gemietet. Aus diesem zog die B. V. im Dezember 1848 in das von Oberpastor Hellmann bewohnte Domkirchenhaus, in dem nun auch die Bibliothek und »die seither auf dem Boden der Domschule in grösster Unordnung aufbewahrte Modellsammlung« aufgestellt werden konnten. Doch auch dieses Lokal erwies sich auf die Dauer als nicht genügend, und im J. 1852 mietete die B. V. von dem Musikdirektor Löbmann im Hause des Ratsherrn Miln an der Marstallstrasse einen für ihre Versammlungen geeigneten Saal.

Alle diese Sorgen um ein geeignetes Vereinslokal konnten so schwer beseitigt werden, weil die L. P. B. V. nur über geringe Einnahmen für solche Zwecke verfügte. Was durch Schenkungen und Subskriptionen einkam, wurde für die Schulen oder sonstige gemeinnützige Zwecke verwandt. Nach der Abrechnung vom 12. Dezbr. 1828 hatte die B. V. an Mitgliedsbeiträgen in diesem Jahr eingenommen: 224 Rbl., ausgegeben worden waren 116 Rbl., so dass 107 Rbl. in der Kasse verblieben.[1]) Ausserdem besass sie 80 Rbl. in Sparkassenscheinen und ein der Lutherschule gehöriges Kapital von 550 Rbl. Am Schlusse dieser Periode, im J. 1852, betrugen die Einnahmen 627 Rbl., die Ausgaben 550 Rbl., davon 300 Rbl. für die Waisen- und Taubstummenschule und fast 100 Rbl. für die Bibliothek u. dgl. Mit Einschluss des Saldos betrug das Kapital 1749 Rbl. Es ist das Budget der Gesellschaft also während dieser ganzen Zeit ein sehr bescheidenes geblieben. Nicht aufgenommen ist in die Abrechnung, was für Spezialzwecke z. B. für die Kirchhofswege aufgebracht wurde, ca. 5—600 Rbl. Sehr erfreulich erscheint es, dass es der B. V. gelungen ist, in dieser Zeit für ihre Unternehmungen Kapitalien zu sammeln. Das Kapital der Lutherschule betrug Dezbr. 1852: 2120 Rbl. Für die Waisenschule war ein Kapital von 21.058 Rbl., für die Taubstummenschule von 4839 Rbl. vorhanden. Die Suppenanstalt besass 1572 Rbl., wobei ihr Immobil mit 1500 Rbl. berechnet war. Diese allmähliche Ansammlung von Kapitalien erforderte natürlich eine sorgfältigere Buchführung, als sie bisher üblich gewesen war, daher wurde 1837 beschlossen, die einzelnen Kontis bei der Verwaltung von einander zu trennen; auch sollte von 1839 an

[1]) Akte Nr. 27 »Kassaberichte«.

ein genaues jährliches Budget aufgestellt werden. Die Kassarevidenten des Jahres 1845, W. Stolterfoht und B. Kleberg, machten mehrere Verbesserungsvorschläge, vor allem aber forderten sie die Veröffentlichung von jährlichen Rechenschaftsberichten, da selbst in den Rig. Stadtblättern nur selten von der Gesellschaft die Rede sei. Das Publikum könne mit Recht solche erwarten, und es läge im Interesse der B. V., so oft als möglich ein Lebenszeichen von sich zu geben und von ihren Leistungen zu berichten. Durch ihre Schweigsamkeit rufe sie falsche Gerüchte hervor und bewirke es, dass die Zahl der Mitglieder verhältnismässig klein sei. Es wurde damals beschlossen, dieser Anregung Folge zu geben. Da durch die Mitgliedsbeiträge nur geringe Summen zusammengebracht wurden, war die B. V. zum Unterhalt ihrer Anstalten auf Subskriptionen, Geschenke, Stiftungen u. dgl. m. angewiesen. Auch suchte sie sich durch Herausgabe der Rig. Stadtblätter und sonstiger Schriften, sowie gelegentlich durch Vorträge Geldmittel zu verschaffen. Als ein durch lange Jahre bewährtes Mittel zur Steigerung der Einnahmen erwies sich die Ablösung der Neujahrsvisiten durch eine Gabe zum Besten gemeinnütziger Unternehmungen. Bereits im J. 1818 hatte der Sekretär Broecker einen dahinzielenden Vorschlag gemacht. Derselbe war auch im Januar angenommen worden, ist aber wohl im Laufe des Jahres wieder in Vergessenheit geraten. Erst 12 Jahre später hat der Sekretär der B. V. Christian Heinrich v. Stahl den Gedanken wieder aufgenommen und verwirklicht. In den Rig. Stadtblättern v. 1830 Dez. 24 Nr. 52 veröffentlichte er folgenden Vorschlag:

»Das Herumsenden der Visiten-Karten beim Wechsel des Jahres ist eine Mode, die bereits von vielen als nichtig anerkannt wird. In einigen Städten Deutschlands, namentlich in Berlin, werden von den Einwohnern zur Ablösung solcher Neujahrs-Gratulationen durch Visiten-Karten ausserordentliche Gaben — gewöhnlich für die Stadtarmen — eingesandt; die Namen der Geber aber werden vor Eintritt des neuen Jahres, jedoch ohne Angabe, wieviel ein jeder gegeben, in öffentlichen Blättern bekannt gemacht. Auch hier in Riga haben einige sich dahin vereinigt, ihre Neujahrs-Gratulation im bevorstehenden Jahre nicht durch Visiten-Karten abzustatten, sondern statt dessen kleine Geldgeschenke zur Vermehrung des Fonds der im nächsten Jahre zu eröffnenden Erwerbsschule für arme Kinder

der niedern Klasse abzugeben. Wie wäre es, wenn mehrere Einwohner unserer Stadt diesem Beispiele folgten und durch ein gutes Werk ein lästiges Ceremoniel abschafften? Die Herren Prediger der deutschen Kron- und Stadt-Gemeinden sind erbötig, von heute ab diese Gaben anzunehmen, und soll die namentliche Bekanntmachung derjenigen, welche auf solche Art ihre Neujahrs-Gratulation abgelöst, in den Stadtblättern beim Eintritt des neuen Jahres erfolgen. Somit würde auch am Jahresschlusse eine sehr unnütze Ausgabe — wie doch die für Visiten-Karten ist — weniger im Haus-Konto-Buche zu verzeichnen sein, — dagegen viele sich dessen erfreuen können, zur Abschaffung einer nicht zeitgemässen Mode beigetragen zu haben.«

Das Ergebnis war, dass die Namen von 27 Herren angegeben werden konnten, die in der vorgeschlagenen Weise ihre Visiten ablösen wollten und dass noch mehrere andere Gaben für den guten Zweck einsandten, ohne ihre Namen anzugeben. Es waren im ganzen 64 Rbl. eingegangen. Vom J. 1831 an hat sich diese Sitte fest eingebürgert und hat nicht unbedeutende Erträge für die Kasse der Gesellschaft herbeigeführt. Die Einnahmen betrugen im J. 1851: 146 Rbl., im J. 1913: 2930 Rbl. Während des Weltkrieges wurden die Visitenablösungen eingestellt, sind dann aber wieder aufgenommen worden.

Eine gewisse Beunruhigung wurde in die Gesellschaft während dieses Zeitabschnitts durch mehrfache Anfragen über die gesetzliche Grundlage ihrer Existenz hineingetragen (vergl. oben S. 77). Im J. 1855 verlangte der General-Gouverneur Auskunft über die Begründung und die Allerhöchste Genehmigung der B. V.[1]) Diese konnte nur auf das Schreiben des Ministers Zawadowsky (s. oben S. 7), das zugleich mit den Statuten in russischer Übersetzung im offiziellen Journal des Ministeriums der Volksaufklärung v. 1803 Nr. 1 S. 51—63 abgedruckt worden war, hinweisen, war aber zuerst in der unangenehmen Lage, das Original des Schreibens nicht auffinden zu können. Nachdem dieses gelungen und eine russische Übersetzung der Statuten sowie der vom Marquis Paulucci im J. 1815 bestätigten Zusätze zu den Statuten eingesandt worden waren, beruhigte sich die Obrigkeit zunächst.

Abgesehen von dieser Frage der Bestätigung und den Schwierigkeiten, die ihr bei der Durchführung mancher Unter-

[1]) Akte Nr. 16. »Bestätigungen der B. V. und deren Statuten«.

nehmungen in Petersburg bereitet wurden, hat die B. V. immer freundliche Beziehungen zu den hohen Behörden der Residenz gehabt. Dem Minister der Volksaufklärung musste sie ihre Jahresberichte einsenden, und auch persönliche Beziehungen wurden mit dem Grafen Uwarow angeknüpft. Wiederholt wurde die B. V. um Auskunft angegangen und um ihre Mitarbeit gebeten. Mit den Gen.-Gouverneuren fanden häufige Verhandlungen statt. Immer wieder wandte sich die B. V. an sie mit der Bitte, die Arbeiten der Gesellschaft in Riga und Petersburg zu unterstützen. Am meisten hatte die B. V. natürlich mit dem Rig. Rate zu tun, auf dessen Beihilfe und Zusammenarbeit sie immer wieder angewiesen war. Oft gestaltete sich diese durchaus fruchtbringend, aber es fehlte auch nicht an Spannungen und Gegensätzen. Die B. V. glaubte mitunter sich darüber beklagen zu müssen, dass wichtige Angelegenheiten, wie z. B. die der Sparkasse, des Lombards, beim Rate zu lange liegen blieben oder dass der Rat der Lutherschule in der Lokalfrage Schwierigkeiten bereitete. Das führte wohl zu unangenehmen Erörterungen, aber es fanden sich doch immer wieder wohlwollende Persönlichkeiten, die einen Ausgleich herbeiführten.[1]) Manche Ratsherren waren ja doch auch Mitglieder der B. V.

Der Verkehr mit anderen gelehrten oder gemeinnützigen Gesellschaften des In- und Auslandes beschränkte sich meist auf den Austausch von Drucksachen. Nur mit der »Lübecker Gesellschaft zu Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit« entwickelte sich ein näheres Verhältnis. Die Berichte aus Lübeck wurden in Riga eifrig gelesen und gewährten hier viele Anregung zu neuem Schaffen, aber auch in Lübeck verfolgte man mit Interesse die Bestrebungen in der Dünastadt. Als die Lübecker Gesellschaft im J. 1839 ihr 50-jähriges Jubiläum feierte, ernannte sie den Direktor der L. P. B. V., Pastor David Wendt, zu ihrem Ehrenmitgliede. Sie wollte damit, wie es in dem Schreiben heisst, »einen schwachen Beweis geben, wie der Anerkennung der Verdienste Ihrer Gesellschaft um das Gemeinwohl, so einer dankbaren Würdigung der aus unserer Verbindung mit Ihnen, insbesondere durch Ihres genannten Herren Direktors vieljährige, treue Vermittlung unserer Gesellschaft erwachsenen Vorteile«.[2]) Bald darauf wurde der

[1]) N. Busch, a. a. O., S. 22 ff.

[2]) Akte Nr. 98, »Schriftwechsel mit der Lübecker Gesellschaft«.

Direktor der Lübecker Gesellschaft Dr. C. G. Overbeck und zum Jubiläum 1852 der Direktor Senator Dr. Hach zu Ehrenmitgliedern der B. V. ernannt.

Was das innere Leben der Gesellschaft in dieser Periode anbetrifft, so ist es nicht ganz leicht, sich ein klares Bild davon zu verschaffen, da die meist kurz gefassten Protokolle nur sachliche Berichte über die Verhandlungen enthalten. Es ergibt sich aber aus denselben, dass die wirkliche Arbeit meist nur von wenigen geleistet wurde, dass auch die Teilnahme an den Sitzungen keine sehr grosse war, ja selbst bei besonders wichtigen Verhandlungen konnte kaum die zur Beschlussfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern zusammengebracht werden. Aus gelegentlichen Äusserungen und Bemerkungen kann man schliessen, dass es in dieser Zeit an mancherlei Spannungen nicht gefehlt hat. Besonders scheinen die Verhandlungen der Sparkasse wegen mitunter einen heftigen Charakter angenommen zu haben. In dem Protokoll vom 16. Januar 1829 ist nur von »langen und lebhaften Beratungen« die Rede, aber in einem Brief des damaligen Sekretärs H. v. Brackel erhalten wir eine wenig erfreuliche Schilderung der stark unparlamentarischen Debatten [1]). Brackel spricht sich dahin aus, »dass nie ein wahrhaft befriedigender Zweck durch die Gesellschaft erlangt werden kann, so lange nicht wirklich Ordnung, Sittlichkeit und Mässigung in unseren Versammlungen vorherrschen und solange es recht eigentlich Zweck einzelner zu sein scheint, durch absichtliche Verleugnung alles sittlichen und wohlanständigen Betragens auch diejenigen zur Übereilung zu reizen, die sich in den Schranken weiser Mässigung zu erhalten bemüht sind«. Mag dieses Urteil vielleicht auch etwas subjektiv gefärbt sein, da sich Brackel durch damals gefallene Äusserungen persönlich verletzt fühlte und seinen Austritt aus der Gesellschaft anzeigte, so wird es doch einigermassen ein richtiges Bild gewähren. Es ist schon früher gesagt worden (vgl. oben S. 43), dass man aus den nur lückenhaft vorhandenen Akten keinen klaren Einblick in die zur Auflösung der Sparkasse führenden Misstände und die damit zusammenhängenden unerquicklichen Verhandlungen gewinnt, aber jedenfalls herrschten grosse Meinungsverschiedenheiten, und der Sekretär Taube sagte ausdrücklich in seinem Jahres

[1]) Akte Nr. 75 »Ein- und Austritt von Mitgliedern«.

bericht (1838)[1]), es wäre sehr betrübend gewesen, »dass die Sparkassen-Angelegenheit so drohend gegen die Gesellschaft auftrat, viele Mitglieder auszuscheiden bewog« — im J. 1832 traten 11 angesehene Männer aus — »ja ihr auch im Publikum schadete und ihren Einfluss beschränken zu wollen schien. Allein,« so fährt er fort, »unser Verein war so kräftig, dass er diese Krisis überstand und durch neue Zeichen eines frischen, gesegneten Lebens die Mitbürger zu neuer Anerkennung, zu neuem Vertrauen führte«.

Die Zahl der Mitglieder schwankt in dieser Periode zwischen 49 (im J. 1832) und 113 (im J. 1852). Dazu kamen 15 Ehrenmitglieder und 20 korrespondierende Mitglieder. Unter den 93 Mitgliedern im J. 1843 waren: 42 Literaten, 31 Kaufleute, 13 Handwerker, 7 gehörten anderen Berufen an. In diesem Jahr sind nur 2 Ratsherren unter den Mitgliedern vertreten. An den Sitzungen nahmen meist 15—20 Mitglieder teil, mitunter auch weniger. An der Spitze der Gesellschaft standen in diesem Zeitabschnitte als Direktoren mit Ausnahme Gustav von Rennenkampffs (1828—31) nur Geistliche: Pastor David Wendt (1831—41), Oberpastor Martin Daniel Taube (1841—43, 1851—56), Oberpastor Chr. Aug. Berkholz (1843—44), Oberpastor Hermann Trey (1844—46), Dr. Karl Christian Ulmann (1846—51). Die Sekretäre waren meist Juristen, die Kassaführer meist Kaufleute.

Am 12. Dezember 1852 fand das 2. Vierteljahrhundert der L. P. B. V. seinen Abschluss in einer ganz schlichten Jubiläumsfeier, an der sich auch die höchsten Autoritäten in Stadt und Land, General-Gouverneur Suworow an der Spitze, beteiligten[2]). Aus der Zahl der ersten Mitglieder erlebte nur das Ehrenmitglied Joh. Hermann Zigra das Jubiläum. In seiner Begrüssungsansprache teilte der Direktor Oberpastor Taube mit, dass es ihm möglich sei, als schönste Feier des Tages die Begründung eines Luther-Waisenhauses zu proklamieren.[3]). Dr. E. Merkel hielt einen Vortrag über die Anlage von Armenkolonien[4]) und über die Errichtung von Logierhäusern für arme Familien. Dr. K. Chr. Ulmann schilderte die Zustände und das gesellschaftliche Leben in Riga vor

[1]) Akte Nr. 56 »Jahresberichte«.
[2]) Beschreibung der Feier in den Rig. Stadtbl. 1852 Nr. 51.
[3]) Es waren damals vergebliche Hoffnungen s. oben S. 63.
[4]) Vergl. oben S. 67.

50 Jahren. Leider scheint dieser Vortrag nicht erhalten zu sein. Zum Schluss des Redeaktes wurden 6 neuerwählte Ehrenmitglieder proklamiert: Senator Dr. Hach, Direktor der Lübecker Gemeinnützigen Gesellschaft, Konsistorialrat Pastor J. G. Fr. Beise, Dr. med. B. Fr. Baerens, Ratsherr a. D. H. K. J. v. Boetticher, Polizeisekretär Chr. H. v. Stahl und Mechanikus J. H. Steuwer.

Sehr wertvoll war die von dem Sekretär August Bulmerincq verfasste und von der B. V. herausgegebene »Geschichte der Allerhöchst bestätigten literärisch-praktischen Bürgerverbindung zu Riga. Riga 1852«. Zum ersten Mal wurde hier eine zusammenfassende Schilderung der Tätigkeit der Gesellschaft gegeben, deren Bestrebungen, wie es in einem Berichte heisst, noch lange nicht die allgemeine Teilnahme und Anerkennung gefunden haben, die ihnen gebührt«. Das zeigte sich vielleicht auch darin, dass nur ein einziges Glückwunschschreiben zum Feste eintraf und zwar vom Ehrenmitgliede Prof. E. G. v. Broecker in Dorpat.[1])

Aus der Geschichte der L. P. B. V. konnten die Mitbürger es erfahren, dass die Gesellschaft in aller Stille doch Bleibendes geschaffen hatte und dass sie sich eine ehrenvolle Stellung im öffentlichen Leben der Vaterstadt erworben hatte. Waren in diesem Zeitabschnitte die Verhältnisse in Riga oft recht trübe, so hat es auch der B. V. nicht an traurigen Erfahrungen, die sie innerhalb der eigenen Kreise und durch von aussen her bereitete Schwierigkeiten machen musste, gefehlt. Als sie ihr Jubiläum feierte, war aber wohl das Schwerste überwunden: an die Person des Generalgouverneurs Suworow knüpften sich neue Hoffnungen für Stadt und Land und auch für die lit.-prakt. Bürgerverbindung.

Anhang:

Biographische Notizen und Hinweise.

Der erste Direktor in diesem Zeitabschnitte war Gustav Reinhold Georg v. Rennenkampff (geb. 2. Sept. 1784, gest. 6. Febr. 1869). [2]) Nachdem er seine Schulbildung teils in Berlin, teils in Riga erhalten hatte, studierte er als einer der ersten

[1]) Archiv-Akte Nr. 49, »Gratulationsschreiben«.

[2]) [Frobeen], Rig. Biographien III, S. 137.

Studenten in Dorpat Jurisprudenz (1802—4), dann trat er in den Militärdienst des Herzogs von Sachsen-Gotha. Diesen musste er infolge einer bei Austerlitz erhaltenen schweren Verwundung wieder verlassen. Nach längeren Reisen durch verschiedene europäische Länder trat er in den livl. Landesdienst und wurde Oberdirektionsrat des adl. Kreditsystems. Neben seinem Amte hat er seine Arbeitskraft unermüdlich dem Gemeinwohl zur Verfügung gestellt und namentlich in der schweren Zeit der Cholera-Epidemie (1831) segensreich gewirkt. Er trat mehrfach mit neuen Anregungen hervor[1]) und suchte diese auch in der Praxis zu verwirklichen. Bei den Verhandlungen in der B. V. war er bemüht, auf die strenge Einhaltung der Statuten zu achten. Am Schlusse seiner Tätigkeit als Direktor scheinen Unstimmigkeiten vorgekommen zu sein. Wie mehrere andere trat auch er 1832 aus der Gesellschaft aus, und als er 1842 zum korresp. Mitgliede erwählt worden war, lehnte er die Wahl ab. Im J. 1834 war er Mitstifter und erster Schatzmeister der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen. Überhaupt hatte er sehr vielseitige geistige Interessen und hat in seinen letzten Lebensjahren noch viele Reisen unternommen, z. T. zu wissenschaftlichen Zwecken.

Sein Nachfolger, Pastor Peter David Wendt (geb. 7. Janr. 1784 gest. 16. Febr. 1848)[2]), hat ein ganzes Jahrzehnt (1831—41) das Direktorat verwaltet. Auch er gehörte nach Absolvierung der Rig. Domschule zu den ersten Studenten der neuen Universität Dorpat, auf der er sich der Theologie widmete. Als Prediger wirkte er zuerst an der Bickernschen Gemeinde, dann wurde er Pastor in Holmhof und im J. 1822 an der Jesuskirche. Neben seiner speziellen amtlichen entwickelte er eine überaus rührige gemeinnützige und literarische Tätigkeit. Von 1827 an bis an sein Lebensende hat er dem engeren Kreise angehört und hat, keine Arbeit, Mühe und auch keine Unannehmlichkeiten, die ihm nicht erspart blieben, scheuend, die sozialen Aufgaben der B. V. zu fördern gesucht. So hatte er, um nur einiges hervorzuheben, an der Reorganisation der Lutherschule im J. 1831 das Hauptverdienst[3]); die Bibliothek war

[1]) s. oben S. 66 über das Industrie-Magazin u. N. Busch, a. a. O., S. 133, über eine Taubstummenanstalt für Esten.

[2]) Rig. Biographien II, S. 148.

[3]) N. Busch a. a. O. S. 23.

zum grossen Teil seine Schöpfung[1]), und von 1832—48 lag die Redaktion der »Rig. Stadtblätter« in seinen Händen[2]). In den Jahren 1840—47 gab er auch die »Blätter für Stadt und Land« als wöchentliche Beilage zu den Stadtblättern heraus. Seine vielseitigen, auch naturwissenschaftlichen und technischen Kenntnisse kamen in seinen Vorträgen und in seiner schriftstellerischen Tätigkeit zum Ausdruck. Er war Mitglied mehrerer einheimischer wissenschaftlicher Vereine und Korrespondent einiger ausländischer literärischer Gesellschaften. Im Verkehr mit anderen Menschen soll er »milde, schonend und immer anspruchslos« gewesen sein. In seiner Familie hat er infolge von Krankheit und Todesfällen viel bitteres Leid zu ertragen gehabt. Trotz schwerer Erkrankung im Dezbr. 1847 ist er bis zuletzt in seinem Amte tätig gewesen.

Auch der Oberpastor Martin Daniel Taube (geb. 13. Januar 1802, gest. 8. Februar 1857)[3]) ist lange Jahre hindurch ein treuer Mitarbeiter der B. V. gewesen. Vom J. 1833—57 hat er dem engeren Kreise angehört, 1835—1838 war er Sekretär, 1841—43 und 1851—56 Direktor der Gesellschaft. Nach Beendigung der Schule in Riga studierte er 1822—24 in Dorpat Theologie und gehörte hier zu den Stiftern der Studentenkorporation Fraternitas Rigensis. Nachdem er mehrere Jahre in Kurland Hauslehrer gewesen, studierte er noch eine Zeit lang (1830) in Jena und unternahm eine grössere Reise. Dann begann er während der schweren Zeit der Cholera-Epidemie in Riga seine Predigerlaufbahn, die ihn in der üblichen Stufenfolge bis zum Oberpastor am Dom emporführte. »Neben seinem geistlichen Amte leitete er bis zu seinem Tode während einer Reihe von Jahren eine Privatlehranstalt für Töchter gebildeter Stände, entwickelte und nützte in dieser ihm besonders zusagenden Tätigkeit seine ausgezeichneten Gaben als Lehrer und Erzieher und erwarb sich Vertrauen, Dank und Liebe in weiten Kreisen. »Taube wird uns geschildert als ein Mann von festem Willen und entschiedenem Charakter und als ein Mann von furchtloser Wahrheitsliebe. Wie manche andere Prediger jener Zeit in Riga, so hatte auch er ein grosses Verständnis gerade für praktische Lebensfragen. Er beantragte z. B. die Liedkesche Sparanstalt und eine rationelle Torfgewinnung, doch

[1]) S. oben S. 95.
[2]) Rig. Stadtblätter 1851, Nr. 1.
[3]) Rig. Biographien III, S. 7.

hatte er auch lebhaftes Interesse für Kunst und Wissenschaft. Unter seiner eifrigen Mitarbeit fand die erste Gemäldeausstellung in Riga statt, wie er auch die Begründung eines Kunstvereins vorschlug und Mitstifter der Gesellschaft f. Geschichte u. Altertumskunde wurde. Bei Gelegenheit seines 25-jährigen Amtsjubiläums (1856) wurde Taube das Diplom eines Ehrenmitgliedes der L. P. B. V. überreicht.

Nur kurze Zeit, vom Dez. 1843—Dez. 1844, ist Oberpastor Dr. Christian August Berkholz (geb. 21. Juli 1805, gest. 23. Febr. 1889) Direktor der L. P. B. V. gewesen.[1]) Als er im Winter 1844 einen Zyklus von Vorträgen für die Gesellschaft übernahm, war eine der von ihm gestellten Bedingungen die, dass man ihm das Direktorat abnehme. Er war erst vor wenigen Jahren (1840) aus Oppekaln nach Riga gekommen und hatte als Oberpastor an der Jakobikirche sowie als Oberlehrer am Gymnasium eine grosse Arbeitslast zu bewältigen. Vielleicht entsprach die Tätigkeit in der B. V. auch nicht ganz seinen Interessen. Es ist hier nicht der Ort, die grosse Bedeutung zu schildern, die dieser geistvolle Mann, der bis an sein Lebensende strebte und schaffte, für das kirchliche und geistige Leben unserer Vaterstadt gehabt hat, war er doch ein Führer bei der Überwindung des Rationalismus in Riga. In Wort und Schrift hat er die Früchte seines unermüdlichen wissenschaftlichen Arbeitens der Heimat zugutkommen lassen. Charakteristisch für ihn ist es wohl, dass er gleich zu Beginn seines Direktorats die Anträge stellte, für den Bau einer Kirche jenseits der Düna zu sorgen, die »Rigaschen Stadtblätter« zu reorganisieren und eine Topographie Rigas herauszugeben. Als die Dorpater theologische Fakultät Berkholz im Jahre 1885 zum Dr. theol. honoris causa erwählte, fasste sie seine Verdienste in die Worte zusammen, »dass er die heilsame Lehre des Evangeliums in Riga wieder aufgerichtet, durch viele Jahre hindurch mit Herausgabe theologischer und kirchlicher Zeitschriften den Gemeinden Rigas gedient und durch Veröffentlichung von wissenschaftlichen Druckschriften die Kunde und Erkenntnis baltischer kirchlicher Dinge gefördert habe«.

---

[1]) Rig. Almanach für 1879. A. Poelchau in den Rig. Stadtblättern 1905 Nr. 29, vgl. auch 1877 Nr. 1 und 1889 Nr. 10 u. 11, Mitteilungen und Nachrichten etc. 1889 S. 1. B. Hollander in der Illustr. Beilage der Rig. Rundschau 1905 Nr. 7. Napiersky u. Keussler, Beiträge zur Geschichte der Kirchen u. Prediger in Livland.

Berkholz' Nachfolger wurde der Oberpastor Johann Hermann Trey (geboren den 27. Oktober 1794, gestorben 21. Januar 1849), der infolge äusserer Verhältnisse auch nur kurze Zeit (1844 Dez. — 1846 Sept.) das Direktorat verwaltet hat.[1]) Da er früh seine Eltern verlor, erwarb er sich schon in seiner Jugend eine grosse Selbständigkeit. Auf seine religiöse Entwickelung und auf die Gestaltung seines Lebensberufes gewann sein väterlicher Freund Oberpastor Dr. Liborius Bergmann einen grossen Einfluss. Nach Beendigung seines Studiums in Dorpat wurde er sehr bald Prediger in Bickern (1819), gleich darauf Diakonus und im J. 1822 Oberpastor an der Johanniskirche. Mit grosser Treue und Gewissenhaftigkeit hat er seiner lettischen Gemeinde gedient und sich viele Liebe und Dankbarkeit erworben. Er hat aber auch weit über den Kreis seiner Gemeinde hinaus sich eine Bedeutung durch seine wissenschaftlichen Interessen und seine literarische Tätigkeit errungen. Er hatte die sehr bedeutende Bibliothek seines Freundes Lib. Bergmann (s. oben S. 13 u. 50) käuflich erworben und sie in seiner Amtswohnung untergebracht, während er selbst in ein gemietetes Lokal zog. Trey suchte die Bibliothek noch weiter zu vergrössern, wie er auch eine Sammlung von Altertümern und Münzen besass. Mit grossem Entgegenkommen machte er seine Sammlungen andern zugänglich und suchte jüngere Leute zum Sammeln anzuregen.[2]) Es ist daher natürlich, dass er auch bei der Begründung der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde mitwirkte und ein geschätztes, später korrespondierendes Mitglied derselben wurde. Mit seiner literarischen Tätigkeit hat er namentlich dem lettischen Volke zu nützen gesucht. Seit dem J. 1832 gab er eine Zeitschrift »Der Lettenfreund« heraus, die allg. Belehrung und Erheiterung bringen sollte. Mit ihr wurde 1839 eine zuerst gesondert herausgegebene religiöse Zeitschrift »Für Freunde des Gotteswortes« verbunden. Ausserdem hat Trey eine grosse Anzahl besonders religiöser Schriften in lettischer Sprache veröffentlicht. Seine Zeitschrift wurde im J. 1846 von der Regierung verboten, er selbst musste sein

[1]) Nekrolog von Döbner im »Inland« 1949 Nr. 20 u. 21, darnach Rig. Biographien II, S. 156.

[2]) Die Bibliothek ist leider nach Trey's Tode nicht vollständig erhalten worden. Ein grosser Teil ist in die Ritterschaftsbibliothek, ein anderer Teil in die Bibliothek der Ges. f. Gesch. und Altertumskunde übergegangen, aber viele wertvolle Bücher sind ins Ausland geschickt worden.

Amt in Riga aufgeben und im J. 1847 nach Kowno übersiedeln, wo er Prediger der deutschen Gemeinde wurde. Diese Massregeln hingen zusammen mit dem Kampfe gegen die Konversionsbewegung, die sich damals auch in den lettischen Kreisen Rigas bemerkbar machte. Als treuer Seelsorger seiner Gemeinde suchte er sie vor den Umtrieben einiger Agitatoren zu bewahren und musste deshalb Riga verlassen. Bereits im Sept. 1846 erklärte er in der L. P. B. V., dass »Umstände und Stimmung es ihm unmöglich machten, sich der Wirksamkeit der Gesellschaft mit der Freudigkeit und Tätigkeit hinzugeben, welche zu ihrer Förderung notwendig erscheine«.[1]) Unter seinem Direktorat hatte die B. V. manche Sorgen des Lokals wegen und wegen der Eröffnung der dringend gewünschten Suppenanstalt. Während eines Besuches in der Vaterstadt starb er hier plötzlich am 21. Jan. 1849.

In einer schweren Zeit, in der Riga durch die von der griech.-kath. Kirche ausgehenden Umtriebe und die sogen. »Belagerung« durch die Stackelberg-Chanykowsche Revisionskommission beunruhigt wurde, in der auch innerhalb der Bürgerschaft mancherlei Zwiespalt herrschte, trat Dr. Karl Christian Ulmann[1]) (geb. 3. Febr. 1793, gest. 8. Okt. 1871) sein Amt als Direktor an und hat sie hinübergeführt in die Aera Suworow. Er hat von 1846 Sept. bis 1851 Dezember die B. V. geleitet und war nach Sonntags Zeit wohl der hervorragendste Mann, der an ihrer Spitze gestanden hat. Nachdem Ulmann 1842 als Professor abgesetzt und aus Dorpat verwiesen worden war, liess er sich nach zweijährigem Landaufenthalt in Riga nieder. Hier wurde seine grosse Arbeitskraft sofort stark in Anspruch genommen. Schon im selben Jahr wurde er Direktor der lettisch-literärischen Gesellschaft, dann auch Direktor der Rigaschen Sektion der evangelischen Bibelgesellschaft. Die Livl. Ritterschaft erwählte ihn zum referierenden Rat der Oberlandschulbehörde, in welcher Stellung er hervorragenden Anteil an der Neugestaltung des lettischen Volksschulwesens und des Lehrerseminars nahm. Als die L. P. B. V. Ulmann an ihre Spitze stellte, hat er sich hier gleichfalls ganz besonders für das Schulwesen interessiert. Von 1846 an gehörte er dem

[1]) Rig. Almanach 1860, darnach Rig. Biographien III, S. 111. Döbner, Nekrolog in den »Mitteilungen und Nachrichten« etc. 1872, S. 145. G. Hillner, Bischof Karl Christian Ulmann, Riga 1909. (Rigaer Volksschriften zur livl. Kirchengeschichte).

Kuratorium der Taubstummenschule an und im J. 1850 übernahm er das Inspektorat derselben. Ganz besonders aber ist die Erinnerung an Ulmann verbunden mit der von seinem Amtsvorgänger Trey in Vorschlag gebrachten Begründung der Töchter-Freischule, die, ohne dass jemals ein derartiger Beschluss gefasst worden war, doch ganz allgemein als »Ulmannsche Schule« bezeichnet wurde. Ulmann hat, wie N. Busch[1]) berichtet, das ganze Unternehmen in ein fahrbares Geleise gebracht, ihm ist auch die Einrichtung der Schule in allen ihren Einzelheiten zu danken gewesen, und als er aus Riga scheiden musste, wurde zum Andenken an seine Wirksamkeit an der Schule ein »Ulmann-Fonds« begründet. Unter seinem Direktorat hat man sich in der B.V. aber auch lebhaft mit sozialen Fragen beschäftigt, die er selbst nach Kräften zu fördern suchte. Namentlich die in Aussicht genommene Begründung von Armenkolonien, einer Spargesellschaft und eines Lombards wurde viel erörtert, ohne dass allerdings ein Abschluss herbeigeführt werden konnte. Wie sehr Ulmann sich gleich bei Beginn seiner Tätigkeit an der B. V. in die Arbeit versenkt hatte, bewies er in seiner am 12. Dez. 1847 bei der Stiftungsfeier gehaltenen Rede: »Was ist durch die B.V. getan und gefördert? Was bleibt zu tun übrig?« Nachdem Ulmann eine kurze sachgemässe Übersicht über die bisherigen Erfolge und Misserfolge gegeben, ging er auf die weiteren Aufgaben der Gesellschaft ein. Diese beständen nicht nur in dem weiteren Ausbau der bisher begründeten Anstalten, sondern es müsste auch Neues geschaffen werden. Dazu sei es notwendig, mehr Interesse und Teilnahme an den Arbeiten zu erwecken, namentlich einen regeren Besuch der Versammlungen herbeizuführen. Das könnte erreicht werden durch Schaffung eines besseren Lokals, durch fesselnde Vorträge und durch Heranziehung zahlreicherer Personen zur Arbeit im Verein, durch öffentliche Versammlungen. Der Redner wünschte sodann eine grössere Fürsorge für den Gewerbestand und eine stärkere Heranziehung desselben zur Mitarbeit und rief zum Kampfe gegen »die beiden Hauptfeinde, die dem Wohl der Länder und Städte entgegentreten, den Pauperismus und Kommunismus« auf. — Als Ulmann im J. 1851 sein Direktorat niederlegte, hielt er auch eine im Hinblick auf die damaligen Zeitströmungen bedeutungsvolle und für seine

[1]) N. Busch, a. a. O., S. 185 ff.

Stellungnahme charakteristische Ansprache.[1]) Er redete »über das Untertanen-Verhältnis«, wozu ihn »das Brennende dieser Streitfrage in unserer Zeit« bewogen hätte. In dem Vortrage erörterte er die überall vorhandene Notwendigkeit irgend einer Untertanenschaft und die Möglichkeit einer wahren Freiheit und eines wahren Glückes auch in dem absoluten Staate. Bei allem Streben nach dem Besseren dürfe nie ein Weg gegangen werden, der göttliche oder menschliche Gesetze durchbricht, nie dürfe in der B. V. der Gedanke aufkommen, dass Bürgerpflicht mit Untertanenpflicht unvereinbar sei. Als Ulmann im J. 1856 Riga verliess, da er zum Vizepräsidenten des Ev.-luth. Generalkonsistoriums ernannt worden war, wurde sein Scheiden wohl tief bedauert, aber doch herrschte auch wieder in Stadt und Land allgemeine Freude, dass Kaiser Alexander II das von seinem Vater Ulmann zugefügte Unrecht wieder gut gemacht hatte und dass diesem sich nun ein weites Feld der Wirksamkeit eröffnete. In einer Sitzung der B.V. bat der Scheidende noch einmal um eine rege Teilnahme für seine Lieblingsschöpfung, die Töchterschule, dann wurde ihm als Zeichen der Anerkennung das Diplom eines Ehrenmitgliedes der B.V. überreicht. Noch einmal hatte die Vaterstadt Gelegenheit, dem im J. 1858 zum Bischof ernannten Ulmann ihre Dankbarkeit zu bezeugen. Als er im J. 1866 sein 50-jähriges Amtsjubiläum feierte, wurden ihm, dem demütigen Manne, ganz besondere Ehrenbezeugungen zuteil. Die Stadt Riga ernannte ihn — eine selten verliehene Auszeichnung — zu ihrem Ehrenbürger und die B. V. gestaltete den Stiftungstag zu einer Ulmann-Feier, auf der Oberpastor Dr. Chr. August Berkholz die Festrede über den Jubilar hielt. In einem Glückwunsch- und Dankesschreiben wurde es von der B. V. ausgesprochen, dass »die Leitung ihrer Angelegenheiten niemals besseren Händen anvertraut gewesen sei«, als denen Ulmanns.[2]) In Bezug auf die grosse schriftstellerische Wirksamkeit Ulmanns, die Mitarbeit an der Begründung der »Unterstützungskasse«, seine Arbeit für Kirche und Schule kann an dieser Stelle nur auf die schon angeführte Literatur hingewiesen werden. In hohem Alter ist Ulmann, auch nach seiner Pensionierung unermüdlich weiter arbeitend, im J. 1871 in Walk

[1]) Beide Reden sind in Ulmanns Manuskripten in der Bibliothek der Ges. für Gesch. u. Altertumskunde. (Manuskript 1194[2]) vorhanden.

[2]) Das Schreiben und Ulmanns Antwort in der Akte Nr. 49 »Gratulationsschreiben«.

gestorben. Jedem, dem es noch vergönnt war, ihn gekannt oder doch gesehen zu haben, wird die hohe, Ehrfurcht gebietende Gestalt unvergesslich bleiben.

Unter den Sekretären, Kassaführern und Mitgliedern des engeren Kreises, die wohl stets die Hauptarbeit in der L. P. B. V. geleistet haben, finden wir auch in diesem Zeitabschnitte zahlreiche Namen von Männern, die sich auch sonst Verdienste um die Vaterstadt erworben haben, ja die zum Teil in ihrer Geschichte eine bedeutende Rolle gespielt haben. Namhafte Juristen haben, besonders als Sekretäre, oft in schwierigen Rechtsfällen sachkundigen Rat erteilt, angesehene Kaufleute haben die Finanzen verwaltet und in vielen Kommissionen gewirkt, Geistliche und Lehrer haben nicht nur an der Verwaltung und Leitung der Schulen mitgearbeitet, sondern auch oft in ihnen Unterricht erteilt; Ärzte, Beamte, Handwerksmeister und andere Männer aus dem praktischen Leben haben an den sozialen Unternehmungen lebhaften Anteil genommen. Es ist nicht möglich, sie alle hier namentlich anzuführen, aber doch mögen einige hervorgehoben werden auf die Gefahr hin, vielleicht nennenswerte Mitarbeiter ungerechter Weise zu übergeben.

Da ist gleich aus den ersten Jahren dieser Periode hervorzuheben Harald v. Brackel,[1]) der an allen geistigen und gemeinnützigen Bestrebungen in Riga regen Anteil nahm und im gesellschaftlichen Leben eine bedeutende Rolle spielte. Schon in der B. V. haben sich die späteren Mitglieder des Rates hervorgetan: Arend v. Berkholz,[2]) Robert Büngner,[3]) das erste Stadthaupt Rigas, Heinrich Julius Böthführ,[4]) Gustav Dan. Hernmarck,[5]), der unter den Kaufleuten Rigas im vorigen Jahrhundert besonders hervorragte. Unter den Advokaten war wohl der eifrigste Mitarbeiter Wilhelm Philipp Petersen,[6])

---

[1]) P. A. Poelchau, H. v. Brackel, in den Mitteilungen a. d. livl. Gesch. B. VI, S. 527 ff., darnach Rig. Biographien II, S. 169. Fr. v. Brackels Lebenserinnerungen in d. Balt. Mon. Bd. 55 u. 56 (1903).

[2]) Rig. Stadtbl. 1881, Nr. 38, 1888 Nr. 33. Böthführ, Rig. Ratslinie Nr. 819.

[3]) Das. Nr. 852 u. Album frat. Rig. Nr. 196, wo auch weitere Literaturangaben vorhanden.

[4]) Rig. Ratslinie Nr. 827, Rig. Stadtbl. 1882, Nr. 38 u. 1888 Nr. 20.

[5]) Rig, Ratslinie Nr. 836, Rig. Stadtbl. 1894 Nr. 49, Rig. Almanach f. 1882. Illustr. Beilage d. Rig. Rundschau. Probenummer. D. Hernmarck, Erinnerungen aus d. öffentlichen Leben eines rigasch. Kaufmannes. Berlin 1899.

[6]) Rig. Stadtblätter 1893, Nr. 23 u. 52.

der 1870 zum Ehrenmitgliede der B. V. »in Anerkennung der ununterbrochenen Verdienste, welche er der Gesellschaft während mehr als 26 Jahre als Sekretär und Mitglied des engeren Kreises erwiesen,« ernannt wurde. In einem ihm gewidmeten Nachrufe heisst es: »Wenige der Männer, die die B. V. zu den ihren zählt, haben bei des Berufes harter Arbeit auch ihre Interessen mit so warmer Hingabe vertreten, wie Petersen, der gleich fest in seiner Ab- wie seiner Zuneigung, auf ihrem humanen Boden stehend, dem praktischen Christentum in redlicher Mannesarbeit zugetan war«. Unter den Geistlichen hat ausser den bereits erwähnten Direktoren Superintendent Dr. Peter August Poelchau[1]) sich lebhaft an der Leitung der Waisenschulen und der Lutherschule im Kuratorium und als Inspektor derselben beteiligt. Er wurde 1853 zum Ehrenmitgliede erwählt. Diese Auszeichnung und Anerkennung ist auch 2 Lehrern der Lutherschule aus dieser Zeit: Jakob L. Lickberg (1868)[2]) und Johann Heinrich Fromm (1858)[3]) zuteil geworden. Unter den Lehrern der Waisenschule hat sich besonders Martin Fittschen[4]) auch an sonstigen Arbeiten der B. V. (Vorträge und Bibliothek) beteiligt, ebenso K. Herweg, über den noch im nächsten Abschnitt berichtet werden soll. Als erfahrener Ratgeber hat der 1852 zum Ehrenmitgliede ernannte Dr. med. Bernhard Friedrich Baerens[5]) viele Jahre lang in der B. V. gewirkt. Sein Berufsgenosse Dr. med. Ludwig Dyrsen[6]), der im besten Mannesalter im Jahre 1835 verstarb, hat auch in der B. V. allgemeine Anerkennung und Liebe gefunden. Dr. med. Ernst Merkel[7]) hat Jahre lang als Mitglied des engeren Kreises und auch als Redakteur der Rig. Stadtblätter (1843—50) für die B. V. gewirkt. In Dankbarkeit für seine rastlose Mitarbeit als Sekretär und Mitglied des engeren Kreises wurde der Polizeisekretär Christian v. Stahl[8]) zum Ehrenmitgliede (1852) ernannt.

---

[1]) Album fratrum Rig. Nr. 11, daselbst auch weitere Literaturangaben; ausserdem Trauergottesdienst bei der Bestattung etc. Riga 1874.

[2]) Nik. Busch a. a. O., S. 26.

[3]) Nik. Busch a. a. O., S. 26.

[4]) N. Busch a. a. O., S. 110.

[5]) J. Brennsohn, Die Ärzte Livlands. Mitau 1905. Rig. Biographien III, S. 17.

[6]) J. Brennsohn a. a. O. Rig. Biographien II, S. 50. K. L. Grave, Zum Andenken Dr. Dyrsens. Archiv-Akte 56 (1835) u. Mscrpt. Buchst. B. (Biographien).

[7]) J. Brennsohn, a. a. O., Rig. Biographien III, S. 79.

[8]) Geb. 16. Juni 1796, gest. 15. Juni 1871.

Dieselbe Auszeichnung erhielt das langjährige Mitglied Ernst Ludolf Seezen[1]), der mehrfach bereitwillig Vorträge hielt und mühselige Ordnungsarbeiten ausführte. Der erste Geschichtsschreiber der B.V. wurde ihr Sekretär zur Zeit des fünfzigjährigen Jubiläums August v. Bulmerincq[2]), der nach seiner Übersiedelung nach Dorpat als korresp. Mitglied mit der Gesellschaft verbunden blieb und auch als hochangesehener Professor in Deutschland ihr die Treue bis zuletzt gewahrt hat. Er hat der Waisenschule noch in seinem Testamente mit einem Legat von 1000 Rbl. gedacht.

Eine ganz besonders rührige Tätigkeit entfalteten die beiden Steuerbeamten Fr. Merkel[3]) und Joh. Peter Gottfr. Ulmann[4]) sowie der Ökonom des Konvents z. H. Geist Friedrich Wilhelm Brenck.[5]) Mit warmer Teilnahme half der Konsul Nikolaus F. Fenger[6]) durch Rat und Tat und konnte oft durch die auf seinen Reisen gemachten Erfahrungen nützen. Unter den Handwerkern war wohl ein ganz besonders treuer Mitarbeiter der Reepschlägermeister Nikolai Neese[7]), der sich um die Kirchhofswege grosse Verdienste erwarb und den ersten Vorschlag zur Begründung einer Armenschule machte. In vielen praktischen Fragen wurde der Mechanikus J. H. Steuwer[8]) zu Rate gezogen, der 1852 zum Ehrenmitgliede erwählt wurde.

Es wäre nicht schwer, noch weitere Namen verdienter Männer hier anzuführen. Wir sehen, dass auch in dieser Zeit, die nicht zu den Glanzepochen unserer Vaterstadt gehört, doch der wackere Bürgersinn nicht erloschen war. Es gehörte auch damals zur Stellung des Vollbürgers, des civis Rigensis, in Ämtern oder Vertrauensstellungen, an den zahlreichen Stiftungen oder in den Vereinen auch ohne Entschädigung zum Gedeihen der Vaterstadt beizutragen.[9])

---

[1]) Alb. Acad. Dorp. Nr. 1576a. Rig. Stadtbl. 1881, Nr. 31.

[2]) Alb. frat. Rig. Nr. 277, daselbst auch weitere Literaturangaben. Akte Nr. 59 und 154 im Archiv.

[3]) † 1848 an der Cholera. N. Busch, a. a. O. S. 134.

[4]) † 1848.

[5]) Rig. Stadtbl. 1850 Nr. 23.

[6]) Rig. Biographien II, S. 52, Archiv-Akte Nr. 56 (1835). Manuskript B. (Biographien). N. Busch a. a. O. S. 61.

[7]) † 1846. N. Busch, a. a. O. S. 58.

[8]) S. oben S. 84 und 86.

[9]) N. Busch, a. a. O. S. 190.

V. Die Tätigkeit der Bürgerverbindung in den Jahren 1852—1877.

Wie eng die Entwickelung und das Gedeihen der L.P.B.V. mit der Geschichte unserer Vaterstadt Riga verbunden war, offenbart sich auch in dem Zeitraum von 1852—77.[1]) Gleich bei seiner Ankunft war der General-Gouverneur Fürst Suworow freudig begrüsst worden, aber die erste Begeisterung vertiefte sich bei seiner weiteren Amtstätigkeit zu aufrichtiger vertrauender Liebe und Dankbarkeit. Er wirkte selbst vielfach anregend, und man konnte sich darauf verlassen, dass er alle wahrhaft gemeinnützigen Unternehmungen in Petersburg unterstützen und fördern würde. Das war gerade in jener Zeit von besonderem Wert, denn als nach dem Krimkriege, der in Riga doch nur vorübergehend dem Handel und Verkehr Schwierigkeiten bereitete, die Regierungszeit Alexanders II. und dessen Reformperiode begann, trat auch für Riga eine ganz neue Zeit ein. Die Stadt dehnte sich nach der Abtragung der sie einengenden Festungswälle mächtig aus. Der Anlagenring mit seinen Boulevards und stattlichen Gebäuden wurde der Stolz der rigaschen Bürger. Riga erhielt mit der ersten Eisenbahn den Anschluss an das europäische Eisenbahnnetz, und auf den verschiedensten Gebieten der Kirche und Schule, der Verfassung, des Handels und Gewerbes wurden Reformen des städtischen Lebens geplant. Manche Hoffnung freilich ging nicht in Erfüllung, weil die nach Petersburg gesandten Projekte dort in den Archiven der Ministerien begraben wurden. Und am Ende dieser Periode zeigen sich schon die Vorboten der späteren gewaltsamen Russifizierungsmassregeln in der Verwaltung, im Gerichts- und Schulwesen. Im J. 1877 wurden die von den Ständen geplanten Verfassungsreformen endgiltig beseitigt durch die Einführung der russischen Städteordnung. Der Rat blieb als Gerichtsbehörde noch bis zum J. 1889 bestehen, dann wurde er bei der Einführung der russischen Justizreform aufgehoben.

---

[1]) Vergl. für diese Zeit: G. D. Hernmarck, Erinnerungen aus dem öffentlichen Leben eines Rigaschen Kaufmanns 1849-69. Berlin 1899. [A. v. Tideböhl], Fürst Alexander Suworow, General-Gouverneur v. Liv-, Esth- u. Kurland 1848—1861. 1. Abschn. Riga. Riga 1862. Bernhard Hollander, Riga im 19. Jahrhundert. Ein Rückblick. Riga 1926, S. 36 ff.

Es ist eine mehrfach hervorgehobene merkwürdige Tatsache, dass trotz der vorausgegangenen Periode des »livländischen Stillebens«, die zur Ausbildung hervorragender Männer wenig geeignet erschien, in der Mitte des Jahrhunderts plötzlich die so durchaus notwendigen führenden Persönlichkeiten im Lande auftreten und eine ganze Anzahl tüchtiger Männer zu Mitarbeitern gewinnen können[1]). In Riga waren wohl die beiden Bürgermeister Otto Müller und D. G. Hernmarck die bedeutendsten Vertreter des Literaten- und Kaufmannsstandes, aber mit ihnen und nach ihnen wirkten nicht wenige andere Männer, die zu Führern wohl geeignet waren. Auch die beiden späteren Bischöfe Ulmann und Walter nahmen während ihres Aufenthalts in Riga an den städtischen Interessen lebhaften Anteil. Die in der städtischen Verwaltung wirkenden Männer haben auch dem Vereinsleben jener Zeit einen neuen Aufschwung verliehen, wobei sich das in der B. V. schon früher hervorgetretene Bestreben geltend machte, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in gemeinsamer Arbeit einander zu nähern. In gewisser Beziehung ist das gelungen, dagegen entstand eine neue Spaltung durch die beginnende nationale Bewegung jener Zeit. Es bildete sich, wie Hernmarck sagt, ein nationaler Antagonismus aus, von dem man früher keine Ahnung hatte.[2]) Die B. V. hat sich, obgleich ein Versuch, in gemeinsamer Arbeit mit dem lettischen Wohltätigkeitsverein zu wirken, scheiterte, dadurch nicht irre machen lassen; sie liess nach wie vor die Früchte ihrer Tätigkeit allen Stadtgenossen ohne Unterschied der Nationalität zugutkommen, wenn auch ihre Mitglieder ausschliesslich Deutsche waren und die ihr zur Verfügung stehenden Mittel von Deutschen gespendet wurden.

Wenn die L. P. B. V. im Laufe des ersten halben Jahrhunderts ihres Bestehens sich immer mehr konsolidiert und ihre Existenzberechtigung erwiesen hatte, wenn sie immer mehr ein Faktor des städtischen Lebens geworden war, mit dem gerechnet werden musste, so konnte sie jetzt, vom Vertrauen der Mitbürger getragen, eine weitere segensreiche Tätigkeit entfalten. Charakteristisch für die nun folgende Periode ist es namentlich, dass aus ihrem Schosse mehrere neue Vereine hervorgehen. In ihrer Mitte wird die Anregung

[1]) Die Generation vor uns. Balt. Mon. 34. Bd. 1883, S. 377. Julius Eckardt, Die baltischen Provinzen Russlands. Leipzig 1868, S. 481.

[2]) Hernmarck a. a. O. S. 74.

hierzu geboten, sie arbeitet die Statuten aus, erwirkt die obrigkeitliche Genehmigung und sucht auch sonst den jungen Unternehmungen die Wege zu ebnen. Ein ganz besonderes Interesse widmet die B. V. dem Handwerkstande, der damals — es war die Zeit der Aufhebung des Zunftzwanges — in eine kritische Periode eingetreten war.[1]) Hatte die B. V. schon seit vielen Jahren durch ihre Lutherschule bei der Ausbildung der Lehrlinge geholfen, so suchte sie jetzt auch den Gesellen und Meistern in ihren wirtschaftlichen und sonstigen Nöten zu nützen. In den 50-er Jahren trat das Verlangen nach Vorträgen, die sich auf das kommunale Leben bezogen, besonders hervor. Nachdem aber im Gewerbeverein die regelmässigen Montagsvorträge eingeführt worden waren, hörten die Vorträge in der B. V. fast ganz auf. In den allg. Versammlungen wurde die Zeit vollständig durch die Verhandlungen über die von der B. V. unterhaltenen Anstalten in Anspruch genommen. Das hatte aber zur Folge, dass diese Versammlungen fast nur von wirklichen Mitarbeitern besucht wurden. Tatsächlich gab es aktiv mitarbeitende Mitglieder und nur zahlende, die mit der Leistung ihres Mitgliedsbeitrages ihre Pflicht erfüllt zu haben glaubten. Das war eine Entwickelung, mit der die Stifter der B. V. wohl wenig zufrieden gewesen wären.

Die grösste und erfolgreichste Arbeit innerhalb der B. V. ist auch in diesem Zeitraum auf dem Gebiete des Schulwesens geleistet worden. Es muss hier wiederum auf N. Busch[2]) verwiesen werden. Doch gehören die für die Schulen wichtigen Vorgänge so sehr in die allgemeine Darstellung hinein, dass sie unmöglich ganz übergangen werden können.

Nachdem in der 50. Jahressitzung Direktor M. Taube die Stiftung eines Luther-Waisenhauses, das an die Stelle der bisherigen Waisenschule treten sollte, hatte proklamieren können, traten der Verwirklichung dieses Plane wie bereits berichtet worden, ganz unerwartete Hindernisse entgegen.[3])

Die mit freundlicher Beihilfe des Fürsten Suworow ausgearbeiteten und übersetzten Statuten des Waisenhauses wurden im Mai 1853 nach Petersburg in das Ministerium des

[1]) Hernmarck a. a. O. S. 51 ff. B. Hollander a. a. O. S. 69. N. Busch a. a. O. S. 36.

[2]) N. Busch, Geschichte der L. P. B. V. 1802—1902. I Die Schulen. Riga 1902.

[3]) Vergleiche oben S. 63.

Inneren gesandt. Da trotz gelegentlicher Anfragen die erhoffte Bestätigung nicht eintraf, erging eine erneute Vorstellung Suworows nach Petersburg. Hierauf erfolgte Ende November die Forderung des Ministers, die Gesellschaft solle zunächst ihre Existenzberechtigung nachweisen. Nachdem dieses geschehen, wurde im März 1854 die neue Forderung gestellt, dass die Statuten des Waisenhauses nach den Regeln der Reichsgesetze über die allg. Fürsorge abzuändern seien. Diese Forderung wurde sofort erfüllt. Trotzdem hatten wiederholte Vorstellungen Suworows und persönliche Bemühungen des Zivil-Gouverneurs nur das Ergebnis, dass man erfuhr, das Waisenhaus würde erst bestätigt werden, wenn die Statuten der ganzen Gesellschaft zu einer neuen Bestätigung vorgestellt wären. Dazu musste man sich entschliessen; sie erfolgte im Januar 1862. Inzwischen aber »ruhte diese für Rigas Arme so wichtige Angelegenheit« lange Jahre. Der B. V. entstanden dadurch allerlei Schwierigkeiten. In der Erwartung baldiger Erledigung der Angelegenheit in Petersburg waren die Waisenschulen im Juni 1853 geschlossen und ein Waisenvater gewählt worden. Nun mussten diese Massregeln wieder rückgängig gemacht werden, und zeitweilig wurden einige Kinder bei Familien als Pensionäre untergebracht. Erst im J. 1872 gelang es, eine Besserung herbeizuführen. In Verbindung mit dem neu begründeten Verein gegen den Bettel wurde das an der Roten Düna belegene Cummingsche Höfchen (jetzt Duntenhofsche Str. 28) angekauft, für das sich bald der Name »Eichenheim« einbürgerte. Hierher wurde das bereits bestehende Kinderasyl des Vereins gegen den Bettel übergeführt; hier erhielt auch die Waisenschule der B. V., die jetzt mit einem Pensionat verbunden wurde, ein neues Heim. Am 26. Sept. 1872 fand die feierliche Einweihung desselben statt. Zum Hausvater wurde das um das Schulwesen der B. V. hochverdiente Ehrenmitglied Karl Herweg ernannt. So war denn endlich erst nach 2 Jahrzehnten in bescheidenem Umfang der zum Jubiläum verkündete Plan realisiert worden. Als Herweg 1877 starb, wurde Hans Justus Aereboe sein Nachfolger.

Durch die Überführung der Waisenschule nach Eichenheim schien anfangs die Existenz der seit 1839 bestehenden sogen. Nebenklasse für Mädchen gefährdet, doch gelang es der umsichtigen und opferwilligen Tätigkeit des Inspektors derselben, des städtischen Waisenvaters Eduard Friedrich Komprecht,

ihre Fortdauer zu sichern. Sie erhielt 1877 die Bezeichnung »Städtische Mädchenklasse der Waisenschule der L. P. B. V.« und wurde sogar bald darauf in eine zweiklassige Schule umgestaltet.

Die Taubstummenschule der L. P. B. V. geriet durch den Tod ihres bisherigen Leiters Friedrich Platz im J. 1864 in eine schwierige Lage, die erst 1866 mit der Ankunft des neuen Leiters J. B. Stünzi überwunden wurde. »Mit der Berufung Stünzis war ein Wendepunkt in der Geschichte der Schule gegeben.» Das rastlose Wirken dieses Mannes war aber auch über die Grenzen der Schule und der Stadt hinaus folgenreich. Die Frage des Taubstummenunterrichts wurde von dieser Zeit an im ganzen Lande erörtert und einheitlich geregelt. Stünzi hat im Laufe von 12 Jahren 11 Taubstummenlehrer ausgebildet und hat es bewirkt, dass die neu entstehenden lettischen und estnischen Anstalten nach einem gemeinsamen «Reglement« organisiert wurden und gemeinsame Konferenzen veranstalteten. Unter seiner Leitung wurde auch mit der Schule ein Internat verbunden.[1])

Die Entwickelung der Lutherschule, deren Besuch den Lehrlingen vorgeschrieben wurde, fand das grösste Hindernis in der Lokalfrage. Sie hat, wie damals gesagt wurde, »während ihres 37-jährigen Bestehens eigentlich nie ein passendes Lokal gehabt«. Als im J. 1854 der Andrang von Schülern ein grosser war, wurde der Vorschlag gemacht, eine 2. Schule zu gründen. Die schlimmen Erfahrungen, die man mit dem Waisenhause gemacht hatte, gaben aber wenig Hoffnung für eine Bestätigung. Deshalb wollte man sich mit einer 4. Klasse, einer Selekta, begnügen, aber auch diese kam nicht zustande, weil weder der Rat noch die kl. Gilde die erbetene Lokalität dazu bewilligten. So verlief dieser Plan im Sande. Von grosser Bedeutung für die Lutherschule wurde die Zusammenarbeit der B. V. mit dem neugegründeten Gewerbeverein. Seit dem J. 1866 gehen diese beiden Vereine in der Schulfrage gemeinsam vor. Nachdem die Unterrichtskurse des Gewerbevereins zu einer Fortbildungsschule unter Oskar Poelchaus Leitung umgestaltet worden waren, sollte die Lutherschule als Vorschule derselben eine abgeschlossene Elementarbildung gewähren. Im J. 1876 ging diese Vorschule, wie es Eduard Hollander bereits 1868

[1]) N. Busch a. a. O., S. 143 ff. C. Mettig in »Die Taubstummenanstalt der L. P. B. V. zu Riga«. Ein Gedenkblatt. Riga 1890.

angeregt hatte, ganz in die soeben ministeriell bestätigte. Gewerbeschule auf, die das verwirklichte, was die B. V. zu erreichen gesucht hatte. Die frei gewordenen Mittel benutzte die B. V., um bereits im Febr. 1877 in einer Vorstadt die Lutherschule von neuem zu eröffnen; es sollte denen geholfen werden, denen der Besuch der Gewerbeschule Schwierigkeiten bereitete.

Die Töchter-Freischule oder Ulmannsche Schule, die für Töchter unbemittelter Eltern aus den gebildeten Ständen bestimmt war, hat sich in dieser Zeit in erfreulicher Weise entwickelt. Nach dem Fortgange Ulmanns haben sich Männer wie O.-P. W. Hillner, Generalsup. Christiani, Oberlehrer M. Gottfriedt, K. Herweg u. a. um ihr Gedeihen verdient gemacht. Sie wurde auch von dem Vertrauen der Mitbürger, das sich in häufigen Spenden und Vermächtnissen offenbarte, getragen. Trotzdem war die Fortführung und die im Jahr 1873 vorgenommene Erweiterung der Schule zu einer dreiklassigen dadurch ermöglicht worden, dass viele Lehrkräfte ihre Dienste unentgeltlich oder gegen ein geringes Honorar zur Verfügung stellten. Im J. 1873 wurde der Geldwert der bisher an der Töchterschule unentgeltlich erteilten Stunden nach sehr mässiger Berechnung auf 15,000 Rbl. angesetzt.

So bildeten die Schulen der L. P. B. V. eine notwendige und wertvolle Ergänzung der öffentlichen von der Stadt unterhaltenen Unterrichtsanstalten. Sie konnten aber vielfach nicht zur rechten Entwickelung und Blüte gelangen, weil die Geldmittel oft nur schwer zu beschaffen waren und weil im Zusammenhang damit die für jede Schule hochwichtige Lokalfrage oft nicht in befriedigender Weise erledigt werden konnte. Im J. 1872 richtete daher die B. V. an die Stände Rigas eine Denkschrift,[1]) in der die Lage der Schulen geschildert und um die für ihre Fortführung notwendige Subvention von 5235 Rbl. gebeten wurde. Die Stände bewilligten in Anerkennung der Verdienste der Schulen 3000 Rbl., womit natürlich auch schon eine grosse Hilfe gewährt wurde.

In engem Zusammenhange mit der Arbeit für die Schulen stehen die sonstigen Bestrebungen der B. V. in Sachen der Kinder- und Jugendfürsorge. Im J. 1862 hielt der Direktor L. Walter auf der Jahresversammlung einen Vortrag über die Notwendigkeit der Erichtung eines Findelhauses in Riga.

[1]) Akte Nr. 133 im Archiv.

Er hatte damit zunächst nur den Erfolg, dass in den folgenden Jahren durch Spenden ein kleines Kapital v. 600 Rbl. für diesen Zweck zusammengebracht wurde. Wie sehr umstritten die Frage der Findelhäuser damals war, zeigte sich, als im J. 1866 auf Anregung des Direktors Eduard Hollander an Prof. Frühauf die Aufforderung gerichtet wurde, einen Vortrag über diese Frage zu halten. Prof. Frühauf sprach sich durchaus gegen die Findelhäuser aus, die nur schädlich gewirkt und die Unsittlichkeit gesteigert hätten. Obgleich L. Walter und andere ihre bisherige Ansicht auch weiter aufrecht erhielten und verteidigten, wurde doch beschlossen, den Vorschlag, ein Findelhaus zu errichten, nicht weiter zu verfolgen, aber in Anerkennung der Pflicht, für die Findlinge zu sorgen und sie zu verpflegen, die 600 Rbl. als unantastbares Kapital zu verwahren, bis die Zinsen zur Erziehung von Findlingen verwandt werden könnten. Im J. 1913 war das Kapital auf 3300 Rbl. angewachsen; die Zinsen wurden seit dem J. 1897 dem Verein gegen den Bettel für dessen Kinder-Asyl (Nanny-Asyl) übergeben und so dem Sinne der Stifter gemäss verwandt.

Nur anregend hat die L. P. B. V. bei der Einbürgerung der Fröbelschen Kindergärten in Riga gewirkt. Diese hat erst recht spät stattgefunden. Nachdem Fröbel bereits 1840 den ersten Kindergarten eröffnet hatte, scheint in Riga erst in den 50er Jahren darüber verhandelt worden zu sein. Im J. 1859 veröffentlichten die »Rig. Stadtblätter« (Nr. 49—51) den Briefwechsel zweier Schulmänner über Kindergärten, in dem das Pro und Kontra erörtert wurden. Wiederum erst nach einer Reihe von Jahren, im J. 1867, hielt Direktor A. Krannhals in der B. V. einen vorsichtig abwägenden Vortrag über Kindergärten, in dem er hervorhob, dass er aus eigner Anschauung einen Kindergarten nicht kannte.[1]) Der Vortrag sollte in den massgebenden Kreisen Rigas weitere Verhandlungen vorbereiten, da infolge »der Bemühungen einiger Männer in unserer Stadt« eine erfahrene und anerkannt tüchtige Kindergärtnerin, Frl. Hartmann aus Köthen, nach Riga berufen war, um hier Anleitung zur Verwirklichung der Fröbelschen Ideen zu geben. An dieser Berufung waren jedenfalls die in der B. V. wirkenden Herren Philipp Gerstfeldt, Ed. Hollander, R. Kersting u. a. stark beteiligt, denn ich erinnere mich aus meinen Kinderjahren, dass diese in angeregtem Verkehr mit Frl. Hartmann standen.

[1]) Vergl. die »Rig. Stadtblätter« 1867, Nr. 18.

Es erregte auch einiges Aufsehen, dass dieselbe, einen öffentlichen Vortrag hielt, während damals in Riga Damen noch kaum als Rednerinnen aufgetreten waren. Der Erfolg war, dass im Herbst 1867 der erste Fröbelsche Kindergarten mit 30 Kindern eröffnet werden konnte.

Weitere Bemühungen der B. V. bezogen sich auf die Fürsorge für geistig oder körperlich anormale Kinder. — Im J. 1854 hatte der Lehrer der Taubstummenschule in Riga Friedrich Platz auch eine Anstalt zur Erziehung von Idioten, an der auch seine Gattin Frau Therese Platz mitarbeitete, begründet. Als Fr. Platz im J. 1864 starb, führte seine Witwe die Anstalt allein fort, bezeichnete sie aber, da auch sonstige anormale Kinder aufgenommen worden waren, als »heilpädagogische Anstalt«. Diese wurde aus den Zahlungen der Pensionäre, aus verschiedenen Subsidien und dem Ertrage von Kollekten unterhalten. Im J. 1873 wandte sich Frau Platz an die L.P.B.V. mit der Bitte, sie möge sich an dem Unterhalt ihrer Anstalt beteiligen. Erst im J. 1875 konnte die B. V. diesen Wunsch erfüllen. Sie bewilligte eine Unterstützung von 100 Rbl., später 150 Rbl. und erhielt dafür das Recht, zwei Mitglieder abzudelegieren, die jeder Zeit Einblick in den Betrieb der Anstalt nehmen konnten und der Frau Platz beratend zur Seite stehen sollten.[1]) Es schien dieser auch gerade besonders daran gelegen zu sein, ihre Anstalt gewissermassen unter das Protektorat der B. V. zu stellen. Die Heilpädagogische Anstalt hat noch lange segensreich gewirkt. Im J. 1901 ging sie in den Besitz des Dr. Feldmann über, der eine ihm zugestellte Quote der der Anstalt bewilligten Subvention zurücksandte. Dadurch wurden die seit dem J. 1875 bestehenden Beziehungen der B. V. zur Anstalt gelöst.

Die Fürsorge für blinde Kinder wurde in der B. V. durch Frl. Ida von Walentinowitsch in Anregung gebracht. Sie hatte sich, unterstützt von Dr. Karl Waldhauer, der die Mittel dazu herbeizuschaffen wusste, zur Blindenlehrerin ausgebildet und bat im J. 1871 die L. P. B.V. um eine Unterstützung der von ihr begründeten kleinen Blindenschule sowie um Abdelegierung zweier Mitglieder, die ihr bei der Organisierung

[1]) Archiv-Akte Nr. 203. Vrgl. auch »Die Heilpädagogische Anstalt der Frau Th. W. Platz in Riga«. Riga 1896 und Th. Platz, Rückblick auf die 40 Jahre des Bestehens meiner heilpädagogischen Anstalt auf Sassenhof bei Riga. Riga 1894.

ihrer Schule ratend zur Seite stehen sollten. Die B.V. bewilligte das Gesuch, indem sie 150 Rbl. spendete und die Herren Dr. Waldhauer, K. Herweg und G. Keuchel abdelegierte. Diese nahmen sich eifrig der Sache an, sicherten die nächste Zukunft der Schule durch eine Kollekte, die 1200 Rbl. ergab, und bildeten mit einigen kooptierten Herren ein Organisationskomitée. Durch öffentliche Examina der Zöglinge, zu denen auch der Gen.-Gouv. Bagration und der Kurator Saburow (1875) erschienen, und durch Vorträge Waldhauers wurde das Interesse für die Blindensache in weite Kreise getragen. Um dieses noch zu verstärken und das ganze Land für die Sache zu gewinnen, plante Waldhauer die Begründung eines »Baltischen Blinden-Bildungsvereins« mit Zweigvereinen an verschiedenen Orten. Der Entwurf der Statuten wurde von der B. V. 1874 veröffentlicht und das Publikum aufgefordert, etwaige Vorschläge zur Verbesserung zu machen. Im J. 1875 wurden sie durch den Rig. Rat dem Minister zur Bestätigung vorgestellt. Inzwischen wurde die Blindenschule am 7. März 1875 förmlich unter die Anstalten der L. P. B. V. aufgenommen. Wiederum musste man, wie schon in anderen Fällen, längere Zeit auf eine Antwort warten. Nach einem Jahr schickte der Minister die eingesandten Statuten zurück und führte als Grund der Ablehnung in einem Schreiben vom 19. März 1876 an, die B. V. habe statutenmässig nicht das Recht zur Begründung neuer selbständiger Vereine, aber auch abgesehen von diesem Recht solle der Wirkungskreis des projektierten Vereins sich auf 3 Gouvernements erstrecken, während nach dem vom Ministerio in Bezug auf die Begründung wohltätiger Vereine im Reiche akzeptierten Regeln jeder in einer Stadt oder einem Kreise zu begründende Verein seine Tätigkeit auf die Stadt oder den Kreis beschränken soll, wo derselbe eröffnet wird. Falls die B. V. unter ihrer Leitung eine Blinden-Bildungsanstalt einrichten wolle, so habe sie zunächst die Kapitalien zu beschaffen und dann einen Statutenentwurf vorzustellen. Obgleich von der B. V. wohl darauf hingewiesen werden konnte, dass sie bereits wiederholt Statuten von Vereinen vorgestellt und auch bestätigt erhalten hatte und dass der neue Verein ja erst die Aufgabe haben sollte, die erforderlichen Kapitalien zu beschaffen, hielt man eine weitere Verhandlung darüber doch für aussichtslos. Nach Beratungen mit dem Gouverneur, dem Kurator und dem Staatsrat Schwanenberg wurden die Statuten im Anschluss an das

russische Normalstatut umgearbeitet. Das Wort »Baltisch« wurde fallen gelassen und die Bezeichnung »Verein zur Ausbildung Blinder und Schwachsichtiger im Blinden-Institut zu Riga« gewählt, während die Zweigvereine in beschränktem Masse aufrecht erhalten wurden. Vor allen Dingen trat aber die B. V. von der Einreichung der Statuten formell zurück und überliess diese den als Gründern bezeichneten Mitgliedern des engeren Kreises und des Kuratoriums der Blindenschule. Dem neuen Statutenentwurf wurde noch eine von Dr. Waldhauer verfasste Denkschrift beigelegt. Im Okt. 1877 langte endlich die Bestätigung der Statuten des neuen Vereins in Riga an. Dr. Waldhauer erliess sofort in Verbindung mit den Gründern einen »Aufruf« zur Beteiligung, der durch den Druck verbreitet wurde und guten Erfolg hatte. Am 18. Mai 1878 konstituierte sich der neue Verein, der seine Tätigkeit mit 460 ordentlichen und 160 unterstützenden Mitgliedern beginnen konnte.[1]) »Von der B. V. wurde dem neuen Verein« — so heisst es in dem Jahresbericht für d. J. 1878 — »die im J.1872 begründete und im J. 1875 unter die Anstalten der B. V. aufgenommene Blindenschule, nach Liquidierung der Schulden derselben im Betrage von 1887 Rbl. 59 Kop., mit einem Kapital von 1244 Rbl. 74 Kop. und einem Inventar im Werte von 681 Rbl. 55 Kop. übergeben. Der Verein hat sich im Lande bereits vielfacher Sympathien zu erfreuen, da sich in Dorpat, Pernau und Fellin Zweigvereine gebildet haben und derselbe auch schon ein Immobil erworben hat, um von dem festen Mittelpunkt eigenen Besitztums aus die Strahlen des Lichtes der Erkenntnis und der Liebe in die Herzen und Gemüter armer Blinder zu leiten. Möge der Verein wachsen und gedeihen zum Segen und Ruhm unserer Stadt und unseres Landes.«

Einen weniger guten Erfolg hatten die Bemühungen der B. V. um die Begründung eines Kinderhospitals. Nachdem im Jahre 1862 Dr. med. Eugen Homo die Errichtung eines Krankenhauses beantragt hatte, stellte Dr. Viktor Eduard Cruse, dem dessen Plan zur Begutachtung übergeben war, ein anderes Projekt vor. Es sollten durch die städtischen Korporationen, Genossenschaften und durch einen »Wohltäter-Verein« die

[1]) Arthur Poelchau, Die ersten 25 Jahre der Rigaer Blindenschule. Riga 1897. Alex. Tobien, Das Armenwesen der Stadt Riga. Riga 1895. S. 337. ff.

Mittel für ein Kinderhospital beschafft werden, für das ein Grundkapital von 4000 Rbl. bereits vorhanden wäre. Diese waren von Freunden des verstorbenen Dr. J. C. Schwartz gesammelt worden, um dessen Andenken durch eine Stiftung zu ehren. Das Krankenhaus sollte »Schwartz'sches Hospital für arme Kinder« genannt werden. Dieser Gedanke fand Anklang, und im J. 1863 konnten die Statuten der Obrigkeit zur Bestätigung vorgestellt werden.[1]) Nach einigen Beanstandungen und daran sich anknüpfenden Verhandlungen wurden die Statuten im J. 1865 bestätigt. Doch nun begannen erst die grossen Schwierigkeiten. Ein mit der Organisation des Hospitals betrautes, im Verein mit der Gesellschaft praktischer Ärzte ernanntes Komitée beschäftigte sich besonders mit der Frage der Herbeischaffung der erforderlichen Geldmittel. Es vermochte aber keine genügenden Vorschläge zu machen, konstatierte im J. 1868 die derzeitige Unausführbarkeit des Unternehmens und bat um seine Auflösung. Erst im J. 1900 hat Riga ein Kinderhospital erhalten. Ein vom Kaufmann James Armitstead († 1879) vermachtes Kapital[1]), das bis z. J. 1890 auf 315.000 Rbl. angewachsen war und zu dem auch das von den Freunden des Dr. med. J. C. Schwartz gesammelte, inzwischen auf 25000 Rbl. angewachsene Kapital hinzugefügt wurde, wurde hierzu verwandt. Die Baukosten betrugen 421.656 Rbl., und die Betriebsunkosten mussten zum grossen Teil von der Stadt getragen werden.[2])

Ferner muss in betreff der Bestrebungen der B. V. auf dem Gebiete der Jugendfürsorge noch erwähnt werden, dass die damals sehr brennende Frage des weiblichen Fortbildungsunterrichts auch von ihr in Beratung gezogen wurde. Auf Antrag des Direktors Alfred Hillner wurde im J. 1876 eine Kommission eingesetzt, die sich über den Stand des weiblichen Fortbildungswesens in Deutschland orientieren, ein Programm ausarbeiten und Vorschläge, wie dasselbe verwirklicht werden könnte, machen sollte. In dieser Kommission haben neben den angesehensten Schuldirektoren der Stadt Krannhals, Schweder, Werbatus auch Alfred Hillner, Redakteur Pezold, Oskar Poelchau, Prof. Schoenfliess, cand. jur. Ed. Hollander jun., sowie die Damen Frl. Emma Brauser, Frau Prof. Schoenfliess,

[1]) Akte Nr. 62 im Archiv.

[2]) N. Carlberg, Der Stadt Riga Verwaltung und Haushalt in den Jahren 1878—1900. Riga 1901, S. 234.

Frl. von Jung-Stilling mitgearbeitet. — Das Resultat war die Fertigstellung eines ausführlichen Programms einer Schule für junge Mädchen, die nur eine Elementarschule durchgemacht haben. In der projektierten Schule sollten sich an eine allgemeine Abteilung zur Erweiterung der bisherigen Kenntnisse spezielle Fachkurse anschliessen. Die Kommission war aber der Ansicht, dass für die nächsten Jahre keine Aussicht zur Eröffnung einer solchen weiblichen Fortbildungsschule in Riga sei. Sie sagte in ihrem Schlussbericht vom 23. April 1878 weiter:[1]) »Da überdies seit Niedersetzung dieser Kommission in unserer Stadt verschiedene private Unternehmungen zur Beförderung der weiblichen Fortbildung ins Leben getreten sind, wie namentlich die vom Jungfrauenverein (1876) begründete Nähschule, die Haushaltungsschule der Frau v. Redelien, die wissenschaftlichen Fortbildungskurse des Fräulein Stahl und die Zeichenschule des Frl. v. Jung-Stilling, so dürfte es nach Ansicht dieser Kommission empfehlenswert sein, zunächst abzuwarten, inwieweit dadurch dem vorhandenen Bedürfnisse nach weiblicher Fortbildung Abhilfe geschafft worden ist, und die Begründung einer eigenen Fortbildungsschule auf einen Zeitpunkt zu verschieben, in dem entweder die L. P. B. V. selbst in der Lage sein dürfte, dieselbe pekuniär zu unterstützen, oder die Begründung eines selbständigen Vereins zu diesem Zweck mehr Aussicht auf Erfolg als im gegenwärtigen Moment hätte, oder aber anderweitige öffentliche oder private Mittel mit Erfolg für eine solche Schule in Anspruch genommen werden könnten«. — Was die B. V. damals nicht glaubte erreichen zu können, hat der Jungfrauenverein doch verwirklicht. Aus der oben erwähnten Nähschule entwickelte sich sehr bald 1878 die rasch emporblühende Mädchengewerbeschule, die im wesentlichen dem von jener Kommission ausgearbeiteten Programm entsprach, in vielen Beziehungen weit über dasselbe hinausging.[2]) Die Verhandlungen in der Kommission der B. V. sind aber gewiss nicht vergeblich gewesen, da ein Teil der Mitglieder der Kommission auch für die weitere Entwickelung der Schule des Jungfrauenvereins von Einfluss gewesen ist.

Es konnte nicht fehlen, dass auch sonst allerlei Anforderungen in Schulsachen an die B. V. herantraten, denen sie

[1]) Akte Nr. 136 im Archiv.

[2]) Alwine Bock, Wie zu Riga die Mädchengewerbeschule entstand. Riga 1901.

nicht immer genügen konnte. So konnte sie, als das Börsenkomitée sie zur Beteiligung an der Begründung einer Zentralschule für Handel und Gewerbe, dem späteren Polytechnikum, aufforderte (1859), diesem »so wichtigen und segensreichen Unternehmen« nur insofern nützen, als sie versprach, ihm die regste Teilnahme zu widmen und das Interesse für diesen Zweck in weiteren Kreisen anzuregen. Eine materielle Hilfe vermochte sie nicht zu gewähren. Ebenso wenig konnte die B. V. den Wunsch der »Unterstützungskasse für ev.-luth. Gemeinden Russlands«, eine neue Elementarschule für arme Kinder in einer Vorstadt Rigas zu begründen (1868), erfüllen. Wohl aber hat im nächsten Jahr 1869 die B. V. bei der Begründung einer deutschen Elementarschule in Katlekaln materielle Hilfe geleistet. Damals hat Direktor Haffner auf Bitten der B. V. ein ausführliches Gutachten ausgearbeitet, in dem er die Notwendigkeit neuer Schulen dringend betonte, da nach seiner Berechnung mindestens 4000 Kinder in Riga ohne Schulbildung aufwüchsen.[1])

Die B. V. hat immer die Ansicht vertreten, dass das beste Mittel gegen soziale Notstände eine gute Erziehung der Jugend sei, die erwerbsfähig werden müsse. Die B. V. hat aber auch sonst an dem Kampf gegen die in Riga herrschende Not stets regen Anteil genommen.

Nachdem die B. V. bereits im J. 1842 dem Gen.-Gouv. Baron Pahlen in einem ausführlichen Schreiben einen Plan zur Bekämpfung der Strassenbettelei, der von diesem bei aller Anerkennung der guten Absichten der B. V. für nicht ausführbar erklärt wurde, unterbreitet hatte, wurde erst im J. 1868 diese Frage wieder zur Erörterung gestellt (vrgl. oben S. 66 ff). Die starke Zunahme der Bevölkerung Rigas namentlich durch Mehreinwanderung brachte auch ein grosses Anwachsen der Zahl der einer Unterstützung Bedürftigen mit sich. Da dem über nur beschränkte Mittel verfügenden Armendirektorium hauptsächlich bloss die Fürsorge für die unbemittelten Angehörigen der Rig. Stadtgemeinde oblag, so blieb die Armenpflege der eingewanderten Stadtbewohner der Privatwohltätigkeit überlassen. Daher nahm das Bettelwesen stark überhand. Das gab Veranlassung zu einer Polemik in der »Zeitung für Stadt und Land« zwischen dem Redakteur G. Keuchel und Alfred Hillner über das Almosengeben an

[1]) Prot. v. 25. Okt. 1868 VI, 175 ff.

Bettler. Auf Hillners Initiative und im Verein mit ihm richteten die Herren Dr. Nauck, Ed. Hollander, E. F. Komprecht, Th. Weyrich und G. Keuchel an die L. P. B. V. die Aufforderung, einen Verein gegen den Bettel in Riga ins Leben zu rufen.[1]) Dem Schreiben war ein von ihnen unter Mitwirkung des Direktors Ph. Gerstfeld ausgearbeitetes Programm beigelegt. Am 15. Nov. 1868 beschloss die B. V., »sich mit der Begründung eines Vereins gegen den Bettel auf Grundlage dieses Programms einverstanden zu erklären und die Erwirkung der Bestätigung desselben zu übernehmen«. Nachdem auch eine auf Wunsch der B. V. einberufene Versammlung von besonderen Interessenten sich mit den vorgelegten Statuten einverstanden erklärt hatte, wurden diese dem Zivilgouverneur zur Bestätigung vorgestellt. Da der Gen.-Gouverneur konfidentiell gestattete, dass der neue Verein seine Tätigkeit sofort beginne, konnte sich derselbe am 4. Febr. konstituieren und gleich in die Arbeit eintreten. Die offizielle Bestätigung erfolgte erst nach weiteren Verhandlungen im Januar 1871. Die Arbeitsgebiete des Vereins gegen den Bettel, der nun auch bald 6 Jahrzehnte besteht, und der L. P. B. V. haben sich oft mit einander berührt, besonders nahe sind sie sich getreten, als beide Vereine gemeinsam 1872 das Cummingsche Höfchen erwarben (vrgl. oben S. 117).

Zur Bekämpfung des Strassenbettels sollte auch die Begründung eines Zwangsarbeitshauses in Riga dienen. Der Gedanke war ein sehr alter. Bereits das im J. 1794 hauptsächlich auf Anregung des Stadthaupts A. G. Sengbusch eröffnete Nikolai-Armen- und Arbeitshaus sollte zur Abschaffung der Strassenbettelei dienen, doch nahm es sehr bald mehr den Charakter einer Verpflegungsanstalt für alte, nicht mehr arbeitsfähige Arme an. Über weitere Verhandlungen in der Frage eines Arbeitshauses innerhalb der B. V. ist bereits kurz berichtet worden (s. oben S. 67). Von Bedeutung wurde erst ein Schreiben des Rig. Rates v. 29. Oktober 1853 Nr. 8361 an die B. V. mit der Mitteilung, dass Ratsherr Schaar 1000 Rbl. als Grundfonds zur Errichtung eines städtischen Zwangsarbeitshauses gestiftet habe, und dem Ersuchen, die B. V. möge ihre Ansichten darüber äussern, wie das durch diese Gabe an-

[1]) Archiv-Akte Nr. 17. [A. Löffler], Beiträge zur Geschichte des Vereins gegen den Bettel in Riga. Riga 1894. Alex. Tobien, Das Armenwesen etc. S. 249 ff.

gebahnte Ziel in Zukunft bei Vervollständigung der erforderlichen Mittel zweckentsprechend erreicht werden könne. In der B. V. war man über diese Aufforderung zur Mitarbeit erfreut, aber verkannte auch nicht die Schwierigkeiten der Aufgabe, da »der Gegenstand neu und keinen auf Erfahrung gegründeten Anhaltspunkt« bot. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die der Frage ein eingehendes Studium widmen und das vorhandene Material (z. B. die Armenkolonien s. S. 67), auch den Plan zu einem Landarbeitshause, der von der Ritterschaft ausgearbeitet war, berücksichtigen sollte. In die Kommission wurden gewählt die Herren Ratsherr Schaar, Dr. Merkel, Rat L. Walter, Rentmeister Gallmeister und Sekretär Ed. Hollander. Die Arbeiten der Kommission, die sich aus verschiedenen Städten Deutschlands Material besorgte, zogen sich sehr in die Länge. Erst im Juni 1875 legte sie ein eingehendes Projekt zur Errichtung eines Arbeitshauses der B. V. vor. Diese übergab es dem Rate, indem sie sich zugleich bereit erklärte, ein derartiges Arbeitshaus für 100 Personen zu errichten, falls die Stadt eine jährliche Subvention von 3500 Rbl. zahlen wolle. Diese Summe sei ausser dem Ertrage der im Arbeitshause anzufertigenden Arbeiten zum Unterhalte des Hauses erforderlich. Eine Antwort auf dieses Schreiben erfolgte wiederum erst im Februar 1863. Der Rat teilte mit, dass das Erbieten der B. V. zwar die grösste Anerkennung gefunden habe, dass die Ausführung des Planes aber zur Zeit aufgegeben werden müsse, weil die in Aussicht genommene Repartition der geforderten Summe auf sämtliche steuerpflichtige Gemeindeglieder durch die neuerdings erfolgte Aufhebung der Kopfsteuer und die dadurch in vielfacher Beziehung hervorgebrachte Auflösung der bisherigen Steuergemeinde unmöglich geworden. Trotzdem beschloss die B. V., den Plan nicht fallen zu lassen. Im Februar 1865 hielt der Gymnasiallehrer Karl Herweg in der B. V. einen Vortrag, in dem er die Bedeutung der Arbeitshäuser darlegte, über die bisherigen Verhandlungen zusammenfassend berichtete und die Ansicht aussprach, dass bei der sich so klar herausstellenden Notwendigkeit eines Arbeitshauses in Riga es nur einer Aufforderung zur Beisteuer bedürfen werde, um die erforderlichen Geldmittel von der Einwohnerschaft zu erhalten.[1]). Wiederum wurde eine Kommission eingesetzt, die jetzt die Aufgabe erhielt, nach

[1]) Rig. Zeitung 1865 Nr. 49 u. 50.

eingeholter obrigkeitlicher Genehmigung einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen und eine allgemeine Sammlung, einen sogen. »Umgang«, zu organisieren. Dieselbe ergab bis zum April 1865 die Summe von 13 500 Rbl., die später auf 17 000 Rbl. anwuchs. Nachdem die Hauptprinzipien für das zu begründende Arbeitshaus festgestellt worden waren, wurden K. Herweg und der Landgerichtssekretär Ph. Gerstfeldt zum Studium der Frage ins Ausland abdelegiert. Nach ihrer Rückkehr und Berichterstattung wurden im Herbste die Statuten ausgearbeitet und dem Armendirektorium zur Prüfung übergeben. Die Verhandlungen mit diesem, dem Rat und dem Ministerium über die Statuten fanden im Dezbr. 1867 ihren Abschluss mit der endgiltigen Bestätigung derselben. Der Zweck der Anstalt sollte sein, der Bettelei und dem Müssiggang zu steuern und vielfachen in deren Gefolge auftretenden Lastern und Verbrechen vorzubeugen. Arbeitsfähige, aber arbeitsscheue oder auch positiv lasterhafte Personen sollten aufgenommen und zu geregelter Beschäftigung und Ordnung erzogen und zurückgeführt werden. Die Anstalt sollte unter die Oberverwaltung des Armendirektoriums gestellt werden. Für die unmittelbare Aufsicht und Leitung sollte eine aus 4 Gliedern des genannten Direktoriums und 3 Mitgliedern der L. P. B. V. bestehende Administration gewählt werden. Inzwischen hatten die Vorarbeiten ihren weiteren Fortgang genommen. Ein an der Roten Düna belegenes, dem Konsul Rücker gehöriges Immobil — eine ehemalige Zuckerfabrik — war angekauft und die Pläne zum Neubau angefertigt worden; auch hatte man genaue Kostenanschläge für den Umbau und den Betrieb der Anstalt aufgestellt und von den Ständen einen jährlichen Zuschuss von 6000 Rbl. bewilligt erhalten. Sofort nach Erlangung der Bestätigung wurde der Bau, der allerdings noch weitere Subventionen erforderte, in Angriff genommen, und im Jan. 1869 konnte das Zwangsarbeitshaus seine Tätigkeit eröffnen. Damit war ein in Riga schon lange als notwendig erkanntes Unternehmen dank der Initiative der B.V. in Gang gebracht worden[1]). Bis zum Schluss des Jahres 1905 ist die B. V. in der Administration des Zwangsarbeitshauses vertreten gewesen; dann legten ihre Delegierten ihr Mandat nieder, da sie infolge der Unruhen jenes Jahres, die auch im Arbeitshause einen Widerhall

[1]) Weiteres über das Zwangsarbeitshaus s. bei Tobien, Das Armenwesen etc., S. 139 ff.

fanden, nicht mehr die Verantwortung tragen wollten [1]). Da niemand mehr gegen seinen Willen im Arbeitshause interniert werden durfte, »verwandelte sich dasselbe in einen Taubenschlag oder in ein Nachtasyl für Obdachlose; jegliche Disziplin hörte auf und unmögliche Zustände traten ein«. Als am Schlusse des Jahres 1906 das Zwangsarbeitshaus in eine freiwillige Arbeitsstätte für Erwachsene umgewandelt wurde [2]), verzichtete die B.V. auf ihre Vertretung durch 3 Delegierte in der Administration der Anstalt.

In einem gewissen Zusammenhange mit der Frage des Zwangsarbeitshauses stand die auch vielfach in der B.V. erörterte Fürsorge für entlassene Sträflinge, der man besonders in den Jahren 1829 u. 1830 ein grosses Interesse zugewandt hatte (vergl. oben S. 69 ff.). Im J. 1854 hielt auf Anregung des Direktors Taube Dr. Karl Chr. Ulmann, der damals mehrfach Fragen der inneren Mission in den Versammlungen zur Sprache brachte, einen Vortrag darüber, wie den armen Sträflingen zu helfen wäre und wie sie vor einem Rückfall bewahrt werden könnten. Er trat für die Begründung eines Vereins ein, der in Verbindung mit den Geistlichen die Sorge für sie übernehmen müsste. Doch fand dieser Vorschlag keine tatkräftige Unterstützung; man ging über schöne Worte nicht hinaus. Offenbar scheute man die mit einer Vereinsgründung verbundenen Weitläufigkeiten, und »zur Vermeidung der gesetzlich vorgeschriebenen Bestätigung« wollte man die Versorgung solcher Individuen zunächst der christlichen Liebe einzelner Personen überlassen. Vorübergehend wurde auch daran gedacht, die entlassenen Sträflinge bei der Kultivierung der Sandberge bei Riga zu verwenden, doch wurde dieser Plan fallen gelassen, »da der General-Gouverneur diesen Gegenstand durch eine besondere Kommission in Angriff genommen habe«. Als im J. 1869 das Livl. Gefängniskomitée die Absicht hegte, »eine Gesellschaft zur Fürsorge entlassener Sträflinge« zu begründen, wurde diese Mitteilung in der Versammlung der B.V. mit lebhafter Freude begrüsst, und alle Anwesenden erklärten sich sofort zum Eintritt bereit. Ins Leben getreten ist dieser Verein meines Wissens nicht, und erst 1896 ist wenigstens für die entlassenen weiblichen Strafgefangenen das Durchgangsasyl »Bethabara« von einem besonderen Verein begründet worden [3]).

[1]) Akte Nr. 4 u. Nr. 143 im Archiv.
[2]) Rig. Almanach f. 1909 Anhang S. 21.
[3]) O. Schabert, Die Innere Mission etc. S. 24.

Handelte es sich bei diesen Bestrebungen darum, Menschen, die ihrer Vergehen wegen aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen waren, für dieselbe zurückzugewinnen, so trat ein ähnliches Bestreben auch bei einer Vereinigung von Menschenfreunden hervor, die ein Magdalenen-Asyl begründet hatten, um armen prostituierten Mädchen zu einem besseren Leben zu verhelfen. Pastor G. Lösewitz, einer der ersten Arbeiter auf dem Gebiete der inneren Mission in Riga, hatte bei seinen seelsorgerischen Besuchen im Krankenhause vielfach Gelegenheit das mit der Prostitution verbundene Elend kennen zu lernen. Er beschloss, alles daran zu wenden, um solche unglückliche Mädchen wieder in ein geordnetes Leben zurückzuführen, meinte aber, dass dieses nur auf Grund einer neuen religiösen und sittlichen Bildung möglich sei. Deshalb hielt er es für notwendig, ein Asyl zu gründen, in dem die Mädchen erst einen festen Halt gewinnen könnten, ehe sie wieder in neue Stellungen entlassen würden. In aller Stille rief er im J. 1851 das Magdalenen-Asyl, dessen Statuten 1858 obrigkeitlich bestätigt wurden, mit Hilfe einiger Freunde ins Leben. Nach dem § 1 der Statuten »hat das Magdalenen-Asyl den Zweck, armen prostituierten Mädchen, denen ihr elendes und schmachvolles Sündenleben drückend geworden ist und die Verlangen tragen, dasselbe zu verlassen und durch herzliche Bekehrung sich ihrem Gott und Heilande, von dem sie abgefallen waren, wieder zuzuwenden, zur Erreichung ihrer Absicht zu verhelfen und sie durch die ihnen im Asyl zuteilgewordene Zucht und Pflege endlich der christlichen Gemeine als rechtschaffene Christinnen und der bürgerlichen Gesellschaft als brauchbare Glieder wiederzugeben«.

Auf diese Bestrebungen lenkte Dr. K. Chr. Ulmann im J. 1854 durch einen Vortrag die Aufmerksamkeit der L. P. B. V. Er wollte nicht eine Aufnahme des Asyls in die Anstalten der B. V., auch beanspruchte er nicht eine Hilfe derselben, aber er legte die Sache den einzelnen Mitgliedern ans Herz und bat um deren Mitleid und Mithilfe. Ulmanns warme Worte machten solchen Eindruck, dass beschlossen wurde, den Vortrag drucken zu lassen, um durch die Verbreitung desselben das Interesse in weiteren Kreisen zu erregen.[1]) Erst ein Jahrzehnt später (1864) hatte die B. V. wieder Gelegenheit, sich mit dieser Ange-

[1]) [K. Chr. Ulmann], Über ein Magdalenen-Asyl in Riga. Riga 1854.

legenheit zu beschäftigen. Auf Antrag des Ältesten K. Bergengrün wurde dem Magdalenen-Asyl zum Ankauf eines eigenen Hauses eine Anleihe von 3000 Rbl. gewährt. Hierdurch wurden nähere Beziehungen herbeigeführt, die im J. 1866 zur Aufnahme des Asyls unter die Anstalten der B. V. führten, obgleich der Erfolg in der letzten Zeit nach den Berichten ein nur geringer gewesen war: von 12 aufgenommenen Mädchen waren in den beiden letzten Jahren 7 als unverbesserlich entlassen worden, 3 hatten geheiratet, eine war in einen Dienst getreten, eine in der Anstalt verblieben.[1]) Nachem die B. V. das Asyl übernommen hatte, waren in den nächsten Jahren wohl gewisse Fortschritte zu verzeichnen, aber doch fand im J. 1869 eine sehr ernste Beratung darüber statt, ob die noch immer nicht sehr bedeutenden Erfolge die grossen Opfer für das Asyl rechtfertigten und in welcher Weise die Sache noch besser gefördert werden könne. Das Kuratorium, an dessen Spitze der Gen.-Sup. Christiani stand und zu welchem in diesem besonderen Falle noch Ratsherr Eduard Hollander und Pastor M. Werbatus abdelegiert wurden, hat die ihm vorgelegten Fragen eingehend erörtert. Aus dem abgegebenen Gutachten spricht ein starkes Verantwortlichkeitsgefühl, und es ist von warmer Menschenliebe durchdrungen.[2]) Das Asyl müsse ohne Rücksicht auf die Erfolge durchaus fortgeführt werden. »Der Anteil, die Mitschuld der gesamten bürgerlichen Gesellschaft« — so heisst es im Gutachten — »an der Prostitution kann nur dadurch gesühnt werden, dass diese Gesellschaft denjenigen Opfern, an deren sittlichem Fall sie mitbeteiligt ist, durch eine öffentliche Anstalt wenigstens ebenso die Gelegenheit zur Besserung bietet, als sie dieselben durch öffentliche Anstalten in das Laster hineinzieht. Das Magdalenen-Asyl ist die notwendige Konsequenz der staatlich geduldeten Unzucht, und ob viele oder wenige gebessert werden: die Gesellschaft schuldet es sich selbst, wo sie vergiftet hat, auch die Heilung anzubieten.« Die allg. Versammlung beschloss darauf, gemäss dem Gutachten die Anstalt fortzuführen. Als diese im J. 1876 ihr 25-jähriges Bestehen feiern konnte, waren 18 Zöglinge in derselben. Von grosser Bedeutung war es, dass sich im J. 1870

[1]) Prot. v. 5. April 1866. S. 404. Eingehend bespricht Ed. Hollander die Frage des Magdalenen-Asyls in seinem Jahresberichte 1866, Akte Nr. 56, pag. 567 ff.

[2]) Akte Nr. 71 im Archiv.

ein Frauen-Hilfsverein gebildet hatte. »Unablässig hat derselbe durch die wärmste Fürsorge das Gedeihen der Anstalt nach allen Richtungen hin gefördert und besonders das Kuratorium durch hilfreiche Handleistung zu grossem Danke verpflichtet.« Damit war auch ein Steigen der freiwilligen Beiträge für das Asyl verbunden.[1]) Im Laufe von 25 Jahren waren 175 Mädchen in die Anstalt aufgenommen worden, von diesen waren 3 gestorben, 8 hatten geheiratet, 73 waren als gebessert in Dienstverhältnisse oder zu ihren Familien entlassen, 11 waren anderweitig untergebracht, 8 waren noch im Asyl, aber 72 waren als ungebessert entlassen oder hatten selbst die Anstalt verlassen. Es war eine stille, entsagungsreiche Arbeit, die hier geleistet wurde, der aber der Segen nicht ausblieb.

»Um eine Vereinigung oder wenigstens eine gemeinsame Wirksamkeit der vielfach ihre Kräfte zersplitternden Armen- und Wohltätigkeitsvereine anzubahnen,« hatte Direktor Ed. Hollander im April 1865 unter Zustimmung der B. V. die Begründung eines Zentralvereins für städtische Armenpflege in Riga in das Arbeitsprogramm aufgenommen. Er schloss sich dabei früheren Bestrebungen an. Bereits im J. 1831 war in den Rig. Stadtblättern (Nr. 1), wahrscheinlich von Dr. med. B. F. Baerens, die Zentralisierung der Armenpflege für notwendig erklärt worden. Im J. 1856 hatte Professor August Bulmerincq eine ganze Reihe von Artikeln »über die Notwendigkeit einer Organisation der Armenpflege« in den »Rig. Stadtblättern« veröffentlicht, in denen er für berufsmässige Armenpfleger und eine Zentralisation dieser Arbeit eintrat. Im selben Jahre wurde die kirchliche Armenpflege in Riga neu organisiert und zentralisiert. Es wurde ein Hauptkomitée der kirchlichen Armenpflege für alle Gemeinden Rigas gegründet, das im März 1856 seine »Regeln und Grundsätze« veröffentlichte.[2]) Dann hatte im J. 1862 der Vizegouverneur v. Cube eine Versammlung zur Beratung der Zentralisierungsfrage einberufen und damit sie wieder in Anregung gebracht. Auf den erwähnten Antrag Hollanders hin wurde jetzt (1865) von der B. V. eine Kommission zur Bearbeitung der Angelegenheit eingesetzt, für die ein Vortrag von cand. theol. Alfred Hillner

[1]) E. Moltrecht, Die Magdalenensache und ihr Fortgang in Riga. Ein Vortrag. Riga 1877.

[2]) Rig. Stadtblätter 1856, Nr. 10 Beilage. Tobien, Das Armenwesen der Stadt Riga. Riga 1895, S. 224.

von massgebender Bedeutung wurde.[1]) Dieser hatte sich nach Beendigung seiner Studien vor kurzem in Riga niedergelassen und trat damals ganz in den Dienst des Armendirektoriums, das ihm die Funktion eines sachverständigen Beraters übertrug. Er wurde aber zugleich auch einer der eifrigsten Mitarbeiter der L. P. B. V. In dem Vortrage trat Hillner zunächst der bei allen solchen Bestrebungen immer wieder auftauchenden Befürchtung entgegen, es könnten bei der beabsichtigten Zentralisation die einzelnen Vereine ihre Selbständigkeit einbüssen. Er betonte, dass diese durchaus ihre eigenen Bestrebungen fortsetzen, ihre speziellen Interessen weiter verfolgen sollten, aber es sollte die bestehende Isolierung und die damit verbundene Zersplitterung der Kräfte beseitigt werden. Diese sei, wie er näher darlegte, sowohl von schädlichen Folgen für die pekuniären Mittel der Vereine, als auch für die Lage der Armen selbst. Als Folge der Isolierung bezeichnete Hillner ferner den gänzlichen Mangel einer Gesamtübersicht über das ganze Gebiet des Armenwesens, den Mangel einer Statistik desselben, ohne die eine rationelle Armenpflege undurchführbar sei. »Die Armenpflege hat es,« wie er ausführte, »mit einer tiefgewurzelten Krankheit des gesamten sozialen Organismus zu tun und kann daher nur dann auf Erfolg ihrer Heilbestrebungen rechnen, wenn sie neben den Lebensbedingungen dieses Organismus den gesamten Charakter und inneren Zusammenhang seiner krankhaften Erscheinungen, sowie den Umfang und Wert der dadurch bedingten Heilmittel und Vorbeugungsmassregeln kennt und diese Kenntnis in planmässigem Zusammenwirken aller auf Abhilfe des Übels gerichteten Kräfte verwertet.« Diese Kenntnis könne nur mit Hilfe der Statistik gewonnen werden. Als Organ für die angestrebte Zentralisierung schlägt Hillner einen zu begründenden »Zentralverein« vor, der aus Delegierten der einzelnen Vereine bestehen sollte. In grossen Zügen schilderte der Vortragende dann die schönen, weitgehenden Aufgaben, die ein solcher Zentralverein sich stellen könne, und die gerade für unsere Vaterstadt in jener Zeit besonders bedeutsam werden müssten. »Noch besitzt Riga«, sagte Hillner, »zum Glück kein ausgebildetes Proletariat. Aber Keime und Ansätze dazu sind schon reichlich vorhanden. Je mehr und je rascher Riga der rapiden Entwickelung des modernen gewerb-

[1]) A. Hillner, Vortrag über die Centralisation der Armenpflege Rigas Riga 1866. Tobien a. a. O., S. 69 ff.

lichen und wirtschaftlichen Lebens sich hingibt, je grosstädtischer es wird, desto mehr werden sich neben den erfreulichen Resultaten dieses Prozesses auch die mancherlei davon unzertrennlichen sozialen Schäden einstellen, wie sie hauptsächlich in der Ausbildung und immer hartnäckigeren Festsetzung des Proletariats zur Erscheinung kommen. Darum gilt es, rasch und kräftig zu handeln, so lange es noch Zeit ist. Noch kann Riga mit Aussicht auf Erfolg ankämpfen gegen die Befestigung des Proletariats in seiner Mitte. Bald heisst es auch hier vielleicht: zu spät!« Hillner hoffte, die B. V. werde alle Schwierigkeiten bewältigen. »Sie hat ja noch allewege bei jedem Unternehmen dem Nächsten zu Nutz und Gott zur Ehre zwei treue, wohlbewährte Bundesgenossen gehabt. Der rege Gemeinsinn der Bürger Rigas ist der eine, der Segen Gottes ist der andere.« Hillners Vortrag ist wohl nicht nur für die damaligen Arbeiten von Einfluss gewesen, sondern enthält auch für alle späteren Bestrebungen auf diesem Gebiete die leitenden Gedanken, deshalb musste über ihn ausführlicher referiert werden.

Die B. V. beschloss, zunächst das Armendirektorium um ein Gutachten zu bitten und dann mit den anderen Vereinen wegen der Begründung des Zentralvereins zu verhandeln. In der Debatte wurde auch die Frage zur Diskussion gestellt, ob auch Frauen Mitglieder des Zentralvereins sein können. »In dem lebhaften Austausch gegenseitiger Ansichten« — so heisst es in dem Protokoll vom 28. Okt. 1866 — »wurde von mehreren Seiten der Wegfall dieser Bestimmung [Zulassung von Frauen] resp. die Festsetzung des Gegenteils verlangt, weil die Befähigung und der Beruf der Frauen dieselben wohl ganz besonders zur unmittelbar praktisch tätigen Ausübung der Armenpflege, nicht aber zur Mitwirkung bei der mehr theoretisch leitenden Tätigkeit des Zentralvereins verweise und geschickt mache. In Berücksichtigung dessen jedoch, dass der Ausschluss der Frauen voraussichtlich eine Nichtbeteiligung der mehreren hiesigen Armenpflege ausübenden Frauenvereine an dem Zentralvereine zur Folge haben würde, sowie dass erfahrungsmässig auch Frauen gerade auf dem Gebiete der Verwaltung und der Theorie des Armenpflegewesens Bedeutendes geleistet — in dieser doppelten Rücksicht beschloss die Versammlung in überwiegender Mehrzahl den Zulass der Frauen zum Zentralverein, glaubte aber zugleich auch, es den

Frauenvereinen anheimgeben zu müssen, sich auch beliebig durch Männer ihres Vertrauens in dem Zentralverein vertreten zu lassen.« Es ist diese Debatte wohl charakteristisch, wie die Mitarbeit der Frauen an unseren kommunalen Bestrebungen sich nur sehr allmählich durchzusetzen vermochte. Am 23. Febr. 1867 fand die konstituierende Versammlung statt, in der B. M. Otto Müller, damals Präses des Armendirektoriums, zum Vorsitzenden erwählt wurde. Leider wurde der neue Verein sehr bald dieses tatkräftigen Führers durch den Tod beraubt.[1]) Zu seinem Nachfolger wurde B. M. Böthführ erwählt. An den Verhandlungen beteiligte sich auch der Polizeimeister Koslow in eifriger Weise. Oberpastor Berkholz stellte das »Kirchenblatt« zum Organ des Zentralvereins zur Verfügung. Bis zum Jahr 1876 sind 12 Berichte über die Tätigkeit des Zentralvereins veröffentlicht worden, die einen Einblick in dieselbe gewähren. Als Ziel des Strebens der rechten Armenpflege wurde hingestellt, »dass wir uns unserer Mitmenschen nicht erst annehmen, wenn sie schon verarmt sind, wo ihnen oft nicht mehr zu helfen ist, sondern dass wir ihrer Verarmung vorbeugen«. Demgemäss wurden in der ersten Zeit besonders Fragen von allgemeiner Bedeutung erörtert. B. M. Müller brachte die elenden Wohnungsverhältnisse in den ärmeren Klassen der Bevölkerung zur Sprache; er bezeichnete sie als »unversiegliche Quelle der Armut«. In anderem Zusammenhange wird auf diese Angelegenheit, die auch die B. V. beschäftigte, noch zurückzukommen sein. Ratsherr Pychlau beantragte, mit gemeinsamen Kräften ein grösseres Siechenhaus und mehrere Kinderbewahranstalten zu begründen. Letztere sollten namentlich zur Aufnahme der zahlreichen Bettelkinder dienen. Zu einem positiven Resultat haben diese Anträge nicht geführt. Sehr bald traten die Bemühungen um eine Statistik der Armenpflege ganz in den Vordergrund. Es wurde ein von Dr. phil. E. Brutzer geleitetes Bureau eingerichtet, in dem das Material gesammelt und gesichtet und in dem Auskünfte aller Art erteilt werden sollten. Hier sollten auch die Armen selbst erfahren, an wen sie sich mit einer Bitte um Hilfe am besten zu wenden hätten. Es schlossen sich 20 Vereine und 17 Anstalten, die im J. 1870 ca. 150,000 Rbl. für Unterstützungen verausgabten, dem Zentralverein an. In der offenen Armenpflege wurden 2933 Personen unterstützt, in den Anstalten 966 Per-

[1]) B. M. Otto Müller starb am 13. Juli 1867.

sonen verpflegt. Das eingesandte Material wurde von Sekretär F. v. Jung-Stilling eingehend bearbeitet. Bei der Tätigkeit des Bureaus offenbarten sich vielfache Mängel der rigaschen Armenpflege, deren Reorganisation dringend verlangt wurde. Um eine solche herbeizuführen, wurde dem Armendirektorium im J. 1874 vorgeschlagen, das sogen. Asylsystem einzuführen, wenn auch zunächst nur versuchsweise in einem Bezirke. Das Armendirektorium unterlegte den von ihm gebilligten Antrag den Ständen der Stadt, die ihn im J. 1876 annahmen,[1]) so dass hierbei wohl ein Erfolg zu verzeichnen war. Dagegen liefen die statistischen Nachrichten der Vereine so unregelmässig und unvollständig ein, dass das Bureau nicht imstande war, seine Aufgaben zu erfüllen. Im J. 1876 klagte Alfred Hillner, dass es dem Zentralverein an frischem Leben fehle, dass er nur wenig geleistet und auch nur wenig gestrebt habe. Die Versammlung erkannte die von Hillner gerügten Übelstände an und beschloss, da der Gedanke, der zur Gründung des Vereins geführt habe, ein richtiger gewesen, alle Vereine noch einmal zur regen Beteiligung aufzufordern. Dieser letzte Appell war vergeblich. Es hat keine Versammlung mehr stattgefunden, und im J. 1890 übergaben Ed. Hollander und Alfred Hillner, die beiden Initiatoren des Vereins, als letzte Glieder des Vorstandes die Akten der L. P. B. V.

Was Hillner für die ganze Stadt erreichen wollte, ist später mit gutem Erfolge für die deutsche Armenpflege erstrebt worden. Im J. 1907 wurde von der Sozialsektion des Deutschen Vereins in Livland, die von Pastor O. Schabert geleitet wurde, eine Zentral-Auskunftsstelle der deutschen Armenpfege begründet, der der dim. Gen.-Sup. G. Oehrn vorstand und die Jahre lang gute Dienste leistete. In den letzten Jahren hat Pastor Schabert seine Bemühungen als Vorsitzender der »Deutschen Fürsorgezentrale« mit Erfolg fortgesetzt.

Unter den sonstigen Arbeiten der L. P. B. V. für die soziale Fürsorge war bei den Bemühungen für den Dienstbotenstand ein gewisser Erfolg zu verzeichnen. Nachdem im J. 1855 (vergl. oben S. 81) die Dienstboten-Unterstützungskasse ihre Tätigkeit begonnen hatte, trat allerdings ein Stillstand von einem Jahrzehnt ein. Der von O.-P. W. Hillner im J. 1857 eingebrachte Antrag, ein Asyl für stellenlose Dienstmädchen in dem damals unbenutzt stehenden Lokal der Suppen-

[1]) Tobien, Das Armenwesen etc., S. 74 ff, 120 ff.

küche einzurichten, kam nicht zur Ausführung. Erst 1865 wurden auf Anregung von Hofrat L. Walter Verhandlungen in dieser Frage wieder aufgenommen, die von nun an viele Jahre lang fast ununterbrochen fortgeführt worden sind. Es handelte sich dabei zunächst 1) um die Einrichtung eines Dienstboten-Bureaus, und 2) um die Organisierung einer Dienstbotenstiftung. Der Vorschlag, einen Dienstboten-Verein zu begründen (1866), wurde von dem Antragsteller wieder zurückgezogen und ist erst viel später (1883) erneuert worden.

Alle Bemühungen, die Anstellung und Entlassung der Dienstboten in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Arbeit gebenden Herrschaften zu regeln, waren bisher ergebnislos geblieben. Trotzdem beantragte L. Walter im Einverständnis mit dem Zivilgouverneur v. Oettingen im J. 1865 die Einrichtung eines Dienstboten-Bureaus. Es wurde ein Entwurf ausgearbeitet und dem General-Gouverneur vorgestellt. Dieser lehnte aber die Verwendung für die Bestätigung ab, da »nach der Handelsordnung die Errichtung von Dienstboten-Bureaus zu den Handelsunternehmungen gehöre, bei dergleichen Unternehmungen aber eine solche Nötigung sämtlicher Dienstboten zur Meldung im Bureau, wie sie in dem Entwurf verlangt werde, nicht zulässig sei«.[1]) Auch ein im J. 1870 unternommener Versuch, mit Hilfe des Wettgerichts etwas zu erreichen, hatte keinen Erfolg. Für die Insassen des inzwischen eingerichteten Asyls wurde allerdings ein solches Bureau eingerichtet.

In ein neues Stadium trat die Fürsorge für die Dienstboten, als im J. 1867 der weil. Kaufmann und Aelteste der Schwarzen Häupter Wilhelm Theodor Sprost ein Kapital von 10000 Rbl. für eine Dienstbotenstiftung der B. V. vermachte. Gemäss seinen näheren Bestimmungen wurde ein Statut der »Wilhelm Theodor Sprostschen Dienstboten-Stiftung der L. P. B. V. zu Riga« ausgearbeitet und vom Rig. Rate am 25. April 1868 bestätigt[2]). Nach dem § 3 sollte die Stiftung folgende nach Massgabe der vorhandenen Mittel successiv zu eröffnenden Anstalten umfassen: 1. eine Dienstboten-Altersversorgungsanstalt, 2. ein Asyl für zeitweilig stellenlose weibliche Dienstboten, 3. ein Dienstboten-Bureau zur Nachweisung von Dientboten wie Dienststellen, 4. eine Dienstboten-Unter-

[1]) Prot. vom 30. Sept. 1866, S. 35.

[2]) Akte Nr. 31 im Archiv.

stützungskasse und 5. eine Dienstboten-Sparkasse. Zuerst wurde die Begründung des Asyls in Angriff genommen. Es konnte im März 1869 in der Küterstr. 9 eröffnet werden, auch wurde mit ihm, wie schon erwähnt, ein Vermittelungsbureau für die Asylantinnen verbunden, das tatsächlich sehr bald auch weitere Aufträge erhielt und erledigte. Im J. 1877 wurden im Asyl 190 Pers. verpflegt und mit Stellen versorgt; ausserdem wurden 660 Externen Stellen nachgewiesen und von 2600 Personen gingen Aufträge zur Nachweisung von Dienstboten ein. Erst in den 80er Jahren sind die Verhandlungen wegen Bestätigung des Bureaus wieder aufgenommen worden. Im Sept. 1870 wurde die B. V. von den beiden Schwestern des verstorbenen W. Th. Sprost, Frl. Emma und Auguste Sprost, benachrichtigt, dass sie ein weiteres Kapital von 25000 Rbl., das nach seiner Verdoppelung zur Begründung der von dem Bruder geplanten Altersversorgungsanstalt dienen sollte, sowie ein Kapital von 7500 Rbl. für eine Dienstboten-Unterstützungskasse stiften wollten. Von dem erstgenannten Kapital wurden 20000 Rbl. bei der Börsenbank auf Zinseszins angelegt, während 5000 Rbl. nach Vereinbarung mit den Damen zunächst für die Begründung der Unterstützungskasse für weibliche Dienstboten verwandt wurden. Diese konnte, nachdem ihr Statut am 22. Mai 1871 vom Rate bestätigt worden war, sofort ihre Tätigkeit eröffnen. Nach dem Statut war ein jährlicher Beitrag der Dienstboten von 3 Rbl. in Aussicht genommen. Die Nutzniesser zerfielen in 3 Kategorien: zur ersten gehörten 2 Dienstboten, die von der Familie Sprost oder dem Kuratorium ernannt wurden und 50 Rbl. Pension erhalten sollten; zur 2. Kategorie gehörten 10 Dienstboten, die gleichfalls ernannt werden und 36 Rbl. Pension erhalten sollten; zur 3. Kategorie 18 Dienstboten, die sich durch ihre jährlichen Beiträge ein Anrecht erworben hatten. Im J. 1877 betrug das Kapital 13888 Rbl. Es gab nur 16 Mitglieder 3. Kategorie, die einen Beitrag zahlten; unterstützt wurden 12 Personen 1. und 2. Kategorie mit zus. 460 Rbl.

Im J. 1874 wurde für die nur vom Rig. Rate genehmigten Anstalten der B. V., also besonders für das Dienstboten-Asyl und die Unterstützungskasse, eine ministerielle Bestätigung ihrer Statuten verlangt. Es wurden darüber mehrfache Verhandlungen geführt, doch scheint die Forderung nicht weiter aufrechterhalten worden zu sein.[1])

[1]) Prot. v. 20. Sept. 1874. S. 18, Akte Nr. 16 und 31.

Ein Unternehmen, das wohl in erster Linie den Arbeitern Nutzen bringen, aber auch weiteren Kreisen zugutkommen sollte, war die Erneuerung der Suppenanstalt oder, wie sie jetzt genannt wurde, der Volksküche. Die erste hatte 1845 bis 1850 bestanden, und im J. 1859 war mit dem Verkauf des Immobils die Fortführung definitiv aufgegeben worden (vrgl. oben S. 70 ff.). Im Okt. 1868 regte der Jungfrauenverein, in dem Frl. Emma Brauser damals wohl die führende, tatkräftige Persönlichkeit war, die Gründung einer Volksküche an. Unterstützt wurde der Vorschlag durch Dr. med. Joh. Brauser, der in einem Vortrage auf die Erfolge der Volksküchen in Berlin, Reval und andern Städten hinwies. Die zur Prüfung der Angelegenheit eingesetzte Kommission, bestehend aus den Herren Dr. Brauser, H. Goegginger und A. Hillner, sprach sich auch »trotz der unverkennbaren entgegenstehenden Schwierigkeiten allgemeiner und lokaler Art« doch für das Unternehmen aus, wobei als »unumgängliche Voraussetzung« hingestellt wurde, »dass die Frauen Rigas diesem gemeinnützigen Unternehmen ihre unentbehrliche Mitwirkung und Sorgfalt angedeihen lassen werden«.[1]) Als Grundsatz wurde festgestellt, dass »die Volksküche kein Almoseninstitut sein solle, sondern eine allerdings im Interesse der unbemittelten Volksklassen unternommene und unentgeltlich verwaltete, übrigens aber sich selbst erhaltende gemeinnützige Anstalt, welche den Zweck hat, gute kräftige Nahrung zu einem möglichst billigen Preise an jedermann ohne Unterschied portionsweise zu verkaufen«. Der Vorstand der Volksküche sollte aus 3 Mitgliedern der B. V. und 3 Damen bestehen, ausserdem sollten Ehrendamen zu Dejouren erbeten werden. Die B. V. war bereit, 1000 Rbl. zur ersten Einrichtung herzugeben. Schwierigkeiten bereitete wiederum die Beschaffung eines geeigneten Lokals, das in der inneren Stadt und in der Nähe des Dünamarktes belegen sein sollte. Da man erfuhr, dass auch der lettische Wohltätigkeitsverein sich mit ähnlichen Plänen trug, wurden Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen mit ihm begonnen, doch dieser eröffnete im J. 1870 allein zwei Volksküchen und lehnte einen solchen Vorschlag ab, »da es seine Kraft übersteige, sich an der Anlegung weiterer Volksküchen zu beteiligen«. In derselben Zeit kam auch ein von Wilhelm Baron v. d. Recke übersandter, ausführlich motivierter Vorschlag zur Verhandlung,

[1]) Akte Nr. 121 im Archiv.

sich an einem Aktienunternehmen zu beteiligen, das den Zweck haben sollte, in den Städten Liv-, Est- und Kurlands sogen. »Stadtküchen« einzurichten. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Am 15. Nov. 1870 konnte nach Beendigung aller Vorbereitungen die feierliche Eröffnung der Volksküche in Gegenwart der Vertreter der rigaschen Stände in der Schmiede-Strasse Nr. 54 stattfinden.[1]) In dem Jahresbericht gedachte die B. V. »mit besonderer Freude der Mitwirkung, welche ihr die Frauen Rigas bei diesem Unternehmen in so reichem Masse haben zuteil werden lassen. In erster Reihe aber gebühre ihr Dank dem geehrten Frl. Emma Brauser, welche die Anregung zur Begründung der Volksküche gegeben und sich nun der Leitung dieses Unternehmens mit demselben Eifer widme, welchen sie auf die Verwirklichung ihres Planes verwandt hat.[2]) Ein grosses Verdienst erwarb sich aber auch Dr. phil. Richard Kersting um das Gedeihen der Volksküche, indem er zuerst als Kassaführer, dann als Präses des Vorstandes an den Arbeiten teilnahm. Schon im J. 1872 musste die Volksküche infolge von Kündigung ihr Lokal wechseln und zog in das Frl. Brauser gehörige Haus in der Schwimmstr. Nr. 19, wo sie besser als bisher untergebracht war. Nur allmählich vermochte sich die Volksküche durchzusetzen, dann aber brachte sie es doch soweit, dass sie meist ohne Unterschuss, ja mit einem kleinen Kassensaldo zu arbeiten vermochte. Den grössten Umsatz während dieser Periode erzielte sie im J. 1873-74, in dem 79.261 Portionen verkauft wurden. Von Bedeutung war es, dass es der B. V. nach vielen Bemühungen gelang, eine günstige Entscheidung in betreff der Abgaben für die Volksküche zu erlangen. Nach übereinstimmendem Beschluss der Minister des Inneren und der Finanzen wurde ihr im J. 1875 die Ausnahme von Handelsscheinen erlassen, auch wurde sie von der Zahlung der städtischen Akzise bis zur Einführung der neuen Städteordnung befreit.[3])

Auf Antrag von Frl. Brauser wurde im J. 1876 noch eine 2. Volksküche in Hagensberg eröffnet, wobei man auf den Besuch der dortigen Arbeiterbevölkerung und eventuell auf die Unterstützung der umliegenden Fabriken rechnete. Doch der Versuch schlug fehl. Schon im Sept. 1877 wurde die Volks-

[1]) Rig. Stadtblätter 1870, Nr. 48.
[2]) Rig. Stadtblätter 1871, Nr. 1.
[3]) Rig. Stadtblätter 1875, Nr. 51-52.

küche, weil sie einen zu geringen Umsatz erzielte, wieder geschlossen. Erst in den Jahren 1893—1902 ist der Versuch mit etwas besserem Erfolg erneuert worden. Als Grund für dieses Misslingen wurde die geringe Bildungsstufe der Bevölkerung angeführt, die allerlei falschen Gerüchten und Verdächtigungen über die Bereitung der Speisen in der Volksküche Glauben schenkte und die wirtschaftlichen Vorteile, die ihr dargeboten wurden, nicht zu schätzen wusste. Das bestätigten auch die Erfahrungen an der 1. Volksküche, deren Hauptbesucher nicht die Arbeiter waren, für die sie in erster Linie gegründet worden war.

Die Bemühungen der B. V., den Holzhandel zu regeln und den ärmeren Bevölkerungsklassen billigeres Heizmaterial in Holz oder Torf zu verschaffen, haben auch in diesem Zeitraum zu keinem nennenswerten Resultat geführt, obgleich die Klagen über die teuren Holzpreise und die Übervorteilung beim Holzhandel immer von neuem wiederholt wurden und obgleich Männer wie Fürst Suworow und B. M. Otto Müller sich für diese wichtige Frage interessierten. Die einzige praktische Massregel bestand darin, dass im Sept. 1861 für eine durch Subskription aufgebrachte Summe von 1765 Rbl. bei billigeren Preisen Holz aufgekauft und im Winter in kleinen Quantitäten für den Einkaufspreis an arme Leute verkauft wurde. Darauf wurde das Geld den Subskribenten wieder zurückgezahlt. Auch die auf Anregung des Lehrers Fittschen im J. 1851 wieder aufgenommenen Verhandlungen über die Einführung des Torfs als Brennmaterial führten zu keinem positiven Ergebnis. Es wurden Untersuchungen über die Heizkraft des bei Riga gewonnenen Torfes angestellt, aber während Dr. phil. R. Kersting zu dem Resultat kam, dass zur Zeit der Gebrauch des Torfes noch nicht vorteilhafter sei als der des Brennholzes, meinte Oberförster Fritsche dieses wohl nachweisen zu können.[1]) So blieben die Ansichten geteilt, und man wollte zunächst das Ergebnis weiterer Versuche abwarten.

Einen Gegenstand der Verhandlungen in der B. V. während dieses ganzen Zeitraumes bildete die Herbeischaffung von billigen und gesunden Wohnungen für die ärmeren Bevölkerungsklassen der Stadt, um damit ein dringendes Bedürfnis zu befriedigen. Angeregt wurden diese Beratungen

[1]) Rig. Stadtblätter 1853 Nr. 14. Prot. vom 30. Okt. 1853 S. 397.

durch die im J. 1849 begründete Berliner gemeinnützige Baugesellschaft, die eine erfolgreiche Tätigkeit begonnen hatte. Sie hatte sich die Aufgabe gestellt, durch Bauausführungen gesunde und geräumige Wohnungen für sogen. kleine Leute zu beschaffen, diese Wohnungen billigst zu vermieten und die bebauten Grundstücke den Mietern, die zu diesem Behufe einzelne Genossenschaften bildeten, 30 Jahre nach dem Zusammentritt einer jeden betreffenden Genossenschaft als freies Eigentum zu übergeben. Die Mittel für das Unternehmen wurden durch Verkauf von Aktien herbeigeschafft. Über diese Gesellschaft erstattete der Sekretär Aug. v. Bulmerincq im Januar 1853 einen ausführlichen Bericht, in dem er auch die höheren Zwecke der Veranstaltung hervorhob. Es sollte der Sinn für das Familienleben geweckt und gefördert werden; es sollte bei dem Zusammenhalten der Mietgenossenschaft das gegenseitige Helfen mit Rat und Tat in Fällen der Not ermöglicht werden.[1]) Nach Bulmerincqs Meinung müssten in Riga besonders die Mitglieder des Gewerbestandes bei der Begründung des Unternehmens mitwirken, da sie am meisten am Gelingen interessiert seien und die grösste praktische Erfahrung hätten. Auf Bulmerincq's Vorschlag hin wurde eine Kommission zur Prüfung der Angelegenheit gewählt. Sein dringender Rat aber, dieselbe auch rasch zur praktischen Ausführung zu bringen, »damit sie nicht in irgend einem Archive als Reliquie dem Lichte des Tages entzogen werde«, wurde nicht befolgt. Bulmerincq selbst siedelte damals nach Dorpat über, und die Kommissionsmitglieder scheinen an der Ausführbarkeit gezweifelt zu haben. Ausserdem traten die Kriegsereignisse hindernd dazwischen. Nach mehrfachen Mahnungen und nachdem Ratsherr Arend Berkholz als Mitglied der Kommission in Berlin die dortige Baugesellschaft kennen gelernt und von ihr Material erhalten hatte, wurde im Nov. 1855 ein Bericht erstattet. Nach diesem wurde die Begründung einer solchen Baugesellschaft in Riga für durchaus wünschenswert, aber unter den damaligen unruhigen Verhältnissen für unausführbar erklärt, zumal es nicht möglich sein werde, das erforderliche Kapital zu einem so billigen Zinsfuss wie in Berlin zu beschaffen. Die B. V. beschloss denn auch, die Ausführung des Projekts bis auf günstigere Zeiten zu verschieben. Doch schon im nächsten Jahr (1856) beantragte Sekretär Ed. Hollander, die

[1]) Akte Nr. 12 im Archiv.

Angelegenheit wieder auf die Tagesordnung zu setzen und die Verwirklichung des früheren Planes gleich praktischen Männern in die Hand zu geben. Wiederum wurde eine Kommission erwählt, zu der Kaufmann J. C. Koch, die Ratsherren Hernmarck und Arend Berkholz und Sekretär Ed. Hollander, später auch Alex. Faltin gehörten. Sie sollten praktische, sofort ausführbare Vorschläge machen, um dem Wohnungsnotstand abzuhelfen. Nach dem im März 1857 eingereichten Gutachten sollten zur Realisierung des gemeinnützigen Unternehmens eine Aktiengesellschaft begründet und deren Statuten der Regierung zur Bestätigung unterlegt werden. Als Stifter derselben sollten einzelne Personen, womöglich von angesehener Stellung, hervortreten. Zum Beginn der Wirksamkeit sollte die Zeichnung von Aktien im Betrage von 10.000 Rbl. — später 25.000 Rbl. — erforderlich sein. Von den Bestimmungen der Berliner Gesellschaft wollte man insofern abweichen, als keine Eigentumserwerbung in Aussicht genommen wurde, weil dieses Prinzip sich nicht bewährt haben sollte. Die von der B. V. gebilligten Statuten wurden im Oktober 1857 zur Bestätigung vorgestellt, die nach mancherlei Verhandlungen in Riga und Petersburg im Dezember 1859 erfolgte. Die Zeichnung von Aktien für »die gemeinnützige Baugesellschaft« oder »Gesellschaft zur Herstellung von Wohnungen für die dürftigen Bewohner Rigas«[1]) nahm aber keinen rechten Fortgang. Die B. V. wollte sich mit einer Summe bis 2000 Rbl., das Armendirektorium mit 10.000 Rbl. beteiligen, aber im J. 1863 waren trotzdem erst im ganzen 15.000 Rbl. gezeichnet, so dass die Gesellschaft nicht in Wirksamkeit treten konnte. Doch die Verhandlungen wurden immer wieder erneuert. Im J. 1866 veranlasste der Direktor Ed. Hollander den Dr. Ad. Starck, einen Vortrag über die Wohnungsfrage zu halten. Dieser entwarf ein »schauerliches Bild von den Wohnungszuständen«; man gewann einen erschreckenden Einblick in das viel zu wenig beachtete Elend. Im nächsten Jahr (März 1867) beantragte Alfred Hillner in beredten Worten[2]) mit den von der B. V. und dem Armendirektorium für die Aktiengesellschaft gezeichneten Summen einen Anfang mit der Erbauung von Wohnungen in

[1]) Die Gesellschaft zur Herstellung von Wohnungen für die dürftigen Bewohner Rigas und ihre Statuten. Riga 1860 Sept. — Abdruck a. d. Rig. Zeitung 1860, Nr. 105.

[2]) Rig. Stadtblätter 1867, Nr. 16.

kleinem Masstabe zu machen, wofür sich jetzt auch der Technische Verein interessierte. Während die Verhandlungen noch andauerten, erhielt die B. V. die Nachricht, dass der Älteste der Schwarzen Häupter Wilhelm Theodor Sprost, der für die Dienstboten so schön gesorgt hatte, auch 10.000 Rbl. zur Herstellung gesunder und billiger Arbeiterwohnungen vermacht sowie bestimmt habe, dass ein weiteres Kapital gegen Verzinsung aus seinem Nachlass zum gleichen Zweck dargeliehen werden solle. Auch hatte er ein gemeinsames Vorgehen mit dem Technischen Verein in Vorschlag gebracht. Hierauf erklärte das Armendirektorium sich bereit, sich an der Sache dadurch zu beteiligen, dass es zur Kapitalabzahlung der Anleihe 500 Rbl. jährlich beitragen wolle[1]). Im Oktbr. 1867 wurde das sofort ausgearbeitete »Programm für das Wilhelm Theodor Sprostsche gemeinnützige Bauunternehmen der L. P. B. V. zu Riga« von der allg. Versammlung bestätigt. Nach diesem sollte die Verwaltung der Kapitalien und der Häuser sowie die Leitung des ganzen Unternehmens einer Administration, die in gleicher Zahl aus Delegierten der B. V. und des Technischen Vereins bestehen sollte, übertragen werden, während die Oberleitung der B. V. zustehen sollte. Die zu schaffenden Wohnungen sollten nicht nur Arbeitern, sondern überhaupt den ärmeren Bevölkerungsklassen zugutkommen. Eine allmähliche Erwerbung der Häuser zum Eigentum durch die Mieter wurde erst für eine weitere Zukunft in Aussicht genommen. Zum Präses der Administration wurde Oberst Goetschel, zum Sekretär Alfred Hillner gewählt. Im Jahr 1868 wurde der Ankauf eines Bauplatzes zwischen der Säulen- und Ritterstrasse bei deren Ausmündung in die Sandberge sowie der Bau von 2 Häusern nach den Plänen des Architekten Prof. Hilbig beschlossen. Jedes Haus enthielt in 2 Stockwerken 14 kleine Wohnungen, aus je einem Zimmer und zwei grössere Wohnungen aus je 2 Zimmern bestehend. Zu jeder Wohnung gehörte ein Keller, eine Holzkammer und ein Gartenraum. Gemeinsam waren den Wohnungen eine Waschküche und ein Backofen. Der ganze Platz erhielt durch Anpflanzungen von Bäumen ein freundliches Aussehen. Der Mietpreis wurde auf 40—60 Rbl. festgesetzt. Die ganze Herstellung des Baues der beiden Häuser, eingeschlossen den Ankauf des Grundes, Einführung der Wasserleitung etc. hatte ca. 16,000 Rbl.

[1]) Rig. Stadtblätter 1867, Nr. 25. 41, 45, Akte Nr. 13 im Archiv.

gekostet. Nun aber folgte eine grosse Enttäuschung. Im November 1868 konnte Oberst Goetschel berichten, dass die Häuser schon seit mehreren Wochen fertig seien, dass auch eine gelegentliche Nachfrage stattgefunden habe, dass aber noch keine Wohnung vermietet sei. Neben dem Vorurteil gegen alles Neue und dem Misstrauen der unteren Volksschichten komme offenbar auch der Mietpreis in Betracht, der zu hoch erscheine. Es wurde beschlossen, diesen auf 32 resp. 48 Rbl. herabzusetzen. Trotzdem ging es mit der Vermietung nur langsam vorwärts. Es wurde erst besser, als in der Nähe die Waggonfabrik van der Zypen und Charlier eingerichtet wurde und diese für ihre Arbeiter 8 Wohnungen, später ein ganzes Haus, mietete, aber immerhin waren am Ende des Jahres 1869 erst 21 Wohnungen besetzt.[1]) Erst zu Beginn der 70-er Jahre waren alle Wohnungen eingenommen, und 1874 konnte die Kommission berichten, dass die eigentlichen Schwierigkeiten in der Verwaltung als überwunden zu betrachten seien. Trotzdem wurden die bereits früher begonnenen Verhandlungen mit der Waggonfabrik wegen Verkaufs der Häuser im J. 1875 zum Abschluss gebracht. Als Grund hierfür wurde geltend gemacht, dass bei einer Annahme des günstigen Angebots die auf den Häusern lastende Schuld von über 4000 Rbl. abgetragen und das Grundkapital zu weiteren Unternehmungen vergrössert werden würde. Ausserdem wurde angeführt, dass bei den nicht gut gebauten Häusern in allernächster Zeit grössere Remonten würden vorgenommen werden müssen; sie seien zu teuer gebaut und entsprächen ihrem Zweck nur unvollkommen. Im Juni 1875 wurde der Verkauf der beiden Häuser für 20000 Rbl. vollzogen. Nach Abzug der Schulden betrug nun das Baukapital am 12. Dezember 1875 16,055 Rbl., und die Administration wurde beauftragt, Vorschläge in betreff der Fortführung des Bauunternehmens zu machen. Diese glaubte, dass das Kapital zuerst noch weiter anwachsen müsse. Erst im J. 1882 begannen ernstere Verhandlungen über neue Bauten.[2])

Wenn dieses Unternehmen hauptsächlich der Arbeiterklasse zugutegekommen war, so gab es doch auch in den bürgerlichen Kreisen der Stadt viele Notstände, die der Abhilfe bedurften. Nachdem bereits im J. 1838 in einem Schreiben

[1]) Rig. Stadtblätter 1868, Nr. 11, 19, 41, 49; 1869; Nr, 5 u. 40, 1870 Nr. 1/2, 3/4.

[2]) Prot. v. 20. Juni und 11. Septbr. 1875 VIII, S. 104 und 126. Jahresbericht f. 1885, S. 28.

des Konsuls Hagedorn, das wohl Interesse erregte, aber sonst ohne Folgen blieb, auf die im J. 1796 gegründete Libauer Witwen- und Waisenversorgungsanstalt hingewiesen war, hielt im März 1865 der Kassaführer der B. V. Eugen Burchard einen Vortrag über diese Anstalt in Libau und beantragte die Einsetzung einer Kommission, die Vorschläge machen sollte, wie auch in Riga ein solches Institut eingerichtet werden könnte. Die Kommission, bestehend aus den Herren E. Burchard, Karl Bergengrün und Salzmann, stellte im November 1865 die Statuten der »Rigaer Witwen- und Waisenversorgungsanstalt« vor, die nach eingehender Prüfung beim Rate zur Bestätigung eingereicht wurden. Diese erfolgte laut Schreiben vom 17. August 1866. Das Institut gewährte nach 4 verschiedenen Klassen 4 verschiedene jährliche Unterstützungsquoten von 25—200 Rbl. Dem entsprechend waren auch die Leistungen der Mitglieder sowohl in betreff der einmaligen Einkaufssumme als auch in betreff der jährlichen Beitragszahlungen verschieden. Die ersteren verblieben der Kasse und bildeten ein unangreifbares Grundkapital, die letzteren wurden beim Austritt oder beim Tode des Mitgliedes zurückgezahlt, allerdings unverzinst. Die B.V. sorgte noch für den Druck und eine weite Verbreitung der Statuten und überliess dann die weitere Fortführung dem neuen Verein selbst. Auch in diesem Fall erfolgte zuerst eine grosse Enttäuschung. Es fanden sich keine Mitglieder. »Es scheint die Neuheit eines solchen Unternehmens für Riga, vielleicht auch ein gewisses Misstrauen in die Lebensfähigkeit der Anstalt das Publikum zu dieser Zurückhaltung bewogen zu haben«. Erst am 5. Dezember 1867 konnte die konstituierende Generalversammlung mit 17 Mitgliedern stattfinden. Die Anstalt hat sich dann durchaus bewährt, wenn auch weiterhin die Zahl der Mitglieder nicht den Erwartungen entsprach. Im Jahre 1892 bei ihrem 25jährigen Jubiläum hatte sie 113 Mitglieder. Damals sprach sie in einem Schreiben der B.V. ihren Dank aus, da auch diese Schöpfung ein Beweis sei für die uneigennützige Tätigkeit der B.V., die nur darauf gerichtet sei, dem Wahlspruch der Gesellschaft: »nos aliis« Geltung zu verschaffen. »Heute erhebt sich,« so heisst es weiter, »auf dem damals gelegten Fundamente unsere Anstalt als ein fest gefügter Teil des grossen Baues, der zum Segen unserer Stadt im Laufe der Jahre von der B. V. errichtet ist als Obdach gegen das Eindringen

materieller und geistiger Not.« Die Witwen- und Waisenversorgungsanstalt ist später auch ein Opfer des Weltkrieges und seiner Folgen geworden[1]).

In diesen Jahren begannen die Bestrebungen der B.V. auf dem Gebiete der Assoziationen, zu denen auch schon die Bemühungen um die Einrichtung von Liedkenschen Sparanstalten (s. oben S. 75) zu rechnen sind. Namentlich war Ed. Hollander hierbei die treibende Kraft. Er hatte sich vielfach mit der Frage beschäftigt, dann im Jahre 1858 auf einer Reise den bekannten Führer in dieser Sache Hermann Schulze-Delitzsch in seinem Heimatorte aufgesucht und von ihm reiche Anregung erhalten[2]). Durch Vorträge und Anträge verschiedener Art suchte Hollander für die Ideen Schulzes Propaganda zu machen und die Bürger Rigas, besonders die Handwerker, dafür zu gewinnen. »Diese Assoziationen sollten nicht blos objektiv ein Gegengewicht gegenüber der Übermacht des Kapitals und dem Drucke der Konkurrenz sein, sondern sich vor allem dadurch bewähren, dass sie wesentlich auf dem Prinzip der Selbsthilfe und Selbsttätigkeit beruhen... Durch Vereinigung vieler kleinerer Kräfte sollte diesen die Konkurrenz mit dem Grossbetrieb möglich gemacht werden«[3]).

Im Jahre 1865 beantragte Hollander die Begründung eines Konsumvereins nach dem Markensystem, dessen Zweck sein sollte, »seinen Mitgliedern die Beschaffung guter und gesunder Lebens- und Wirtschaftsbedürfnisse aller Art zu vermitteln und ihnen durch Verteilung der bei dem Vermittelungsgeschäft erzielten Überschüsse Gelegenheit und Anregung zu Ersparnissen zu bieten«. Es wurden auch Statuten ausgearbeitet, doch liess man den Plan fallen, da mitgeteilt wurde, dass von anderer Seite bereits die obrigkeitliche Bestätigung für einen solchen Verein erlangt worden sei. Dieser 1. Rigasche Konsumverein hat nur bis 1873 bestanden und übergab bei seiner Auflösung den Rest seines Vermögens von ca. 500 Rbl. der L. P. B. V. »zur freien Benutzung«. Diese

[1]) Akte Nr. 128 im Archiv. Die Rigaer Witwen- u. Waisen-Versorgungs-Anstalt 1868—1892. Riga 1893.

[2]) Vergl. über ihn die Allgem. deutsche Biographie Bd. 33, S. 18 ff. Die Hoffnung, Schulze selbst in Riga reden zu hören (1865), ging leider nicht in Erfüllung. Referat über den Reisebericht Hollanders in den Rig. Stadtblättern 1859. Nr. 14.

[3]) (Ed. Hollander), Über die Assoziationen des Gewerkstandes. Riga 1857, S. 12.

beschloss, das Geld im Hinblick darauf, dass in Zukunft vielleicht ein neuer Konsumverein entstehen könnte, zu verwahren. Dieser Fall trat im Jahre 1887 ein, und diesem 2. Rigaschen Konsumverein, der hauptsächlich lettische Mitglieder hatte, wurde denn auch das inzwischen auf ca. 900 Rbl. angewachsene Kapital nach einigen Verhandlungen im J. 1890 ausgezahlt[1]).

Nachdem im J. 1862 auf Ed. Hollanders Initiative bereits ein Vorschussverein für Handwerker, von dem noch die Rede sein wird, begründet worden war, wurde in das Arbeitsprogramm des Jahres 1865 auch die Begründung eines allgemeinen-Vorschussvereins aufgenommen. Die Vorarbeiten wurden einer Kommission übergeben, bestehend aus dem Tischlermeister Steinbach, Sekretär Ph. Gerstfeldt und den Kaufleuten Eugen Burchard, Alex. Bergengrün, Th. Kerkovius. Die von derselben ausgearbeiteten Statuten wurden, nachdem einige nähere Erläuterungen erteilt worden waren, am 17. März 1867 Allerhöchst bestätigt. Um den neuen (1.) »Gegenseitigen Kreditverein in der Stadt Riga« – so lautete der Name – ins Leben treten zu lassen, wurde zuerst durch private Aufforderungen eine Anzahl Herren veranlasst, die Funktion von Gründern des Vereins zu übernehmen. Dann erst sollte das Publikum durch öffentlichen Aufruf zum Eintritt aufgefordert werden. Am 29. November 1868 erfolgte die konstituierende Versammlung von 83 Mitgliedern, in der ein Direktorium gewählt wurde, aber erst nachdem einige Änderungen in den Statuten durchgesetzt worden waren, begann der Verein am 15. Dezember 1870 seine Tätigkeit, die er noch jetzt als »Erste Rigaer Gesellschaft gegenseitigen Kredits« erfolgreich fortsetzt. Zum ersten Oberdirektor wurde damals Konsulent Adolf Grass erwählt. Die Aufgabe des neuen Vereins, der »nach dem erfahrungsmässig segensreichen Vorgange vieler anderer Städte, namentlich Deutschlands und Englands«, auf dem Prinzip selbsttätiger Verbindung einzelner zu gemeinsamen Zwecken beruhte, sollte darin bestehen, seinen Mitgliedern vermöge der durch die gemeinsame Verhaftung aller Mitglieder gesicherten hohen Kredits des Vereins die zu wirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken erforderlichen baren Geldmittel mit geringeren Opfern zu verschaffen, als der einzelne auf seinen eigenen Kredit zu erlangen imstande

[1]) Akte Nr. 130 aus dem Archiv.

ist.[1]) Dem Handwerker, Arbeiter, dem unbemittelten Familienvater sind die grossen öffentlichen Kreditanstalten fast unzugänglich, da sie sich nur mit grösseren Geldgeschäften befassen und nur gegen volles Unterpfand Darlehn gewähren. Um besonders der ärmeren gewerbetreibenden Bevölkerung zu helfen, um ihr bei der Fortführung ihres Gewerbes beizustehen und damit die Gewerbetätigkeit in der Stadt überhaupt zu fördern und dem Gemeinwohl zu nützen, war der Verein von der L. P. B. V. ins Leben gerufen worden, doch sollte er auch anderen unbemittelten Mitbürgern zugutekommen.

Das Interesse für den Gewerbestand war in der B. V. während dieses Zeitraums besonders rege. Das hing gewiss damit zusammen, dass man immer mehr erkannte, welche grosse Bedeutung gerade diesem Stande für das Gedeihen des städtischen Gemeinwesens zukomme, aber auch damit, dass das Handwerk damals eine kritische Zeit durchzumachen hatte. Es schien einerseits durch das Aufkommen der Grossindustrie im Zeitalter der Maschinen gefährdet, andererseits sollten Reformen eingeführt und die alten Zünfte beseitigt werden. Im J. 1860-61 war die Ausarbeitung neuer Meister-, Gesellen- und Lehrlingsschragen beendet, die eine freiere Gestaltung des Zunftwesens bezweckten und einen Übergang zur Gewerbefreiheit bilden sollten. Diese wurde im J. 1866 verkündet.[2]) Die Befürchtung, dass nun die St. Johannis-Gilde mit ihren Innungen und altehrwürdigen Einrichtungen dem Untergange geweiht sein würde, erwies sich als unnütz. Sie hat in Ehren die Krisis überwunden und gezeigt, dass sie auch unter veränderten Verhältnissen lebensfähig sei. Die B. V. aber hat in dieser Zeit den Handwerkern treu zur Seite gestanden und ihnen mit Rat und Tat geholfen, neue Bahnen einzuschlagen.

Während man im letzten Zeitabschnitte (s. oben S. 92), abgesehen von der Lutherschule, die ja der Heranbildung eines tüchtigen Handwerkerstandes dienen sollte, mehr durch Vorträge belehrend und anregend wirken wollte, wurde jetzt unter Beibehaltung dieser Bestrebungen doch mehr den praktischen Bedürfnissen Rechnung getragen. Auch hierbei musste die B. V. die Erfahrung machen, dass manche Anre-

[1]) Akte Nr. 124 im Archiv.

[2]) Hernmarck a. a. O., S. 51 ff. B. Hollander a. a. O., S. 69. N. Busch a. a. O., S. 36. A. Bulmerincq, Baltische Schragen. Baltische Monatsschrift 6. Band 1862.

gung resultatlos blieb, aber es wurde doch auch viel Positives geschaffen.

Nicht mehr als eine wertvolle Anregung war ein Hinweis Dr. K. Chr. Ulmanns (1855) auf einen Frankfurter Hilfsverein zur Unterstützung notleidender Handwerksmeister, in dem das Prinzip der Selbsthilfe durch Zusammenschluss der Standesgenossen zur Geltung kam. Der Vortrag wurde dem Ältermann Meinhardt übersandt, wobei das Bedauern ausgesprochen wurde, dass so wenige Handwerker Mitglieder der B.V. seien, die infolgedessen über ihre Bedürfnisse nicht immer gut unterrichtet sei und daher die ihr statutenmässig auferlegte Pflicht der Fürsorge für das Handwerk nicht immer genügend erfüllen könne.[1])

Die Selbsthilfe der Meister wurde aber nicht nur für die verarmten Berufsgenossen in Anspruch genommen, sondern sollte das Handwerk vor dem Zusammenbruch bewahren. Immer wieder wurde ein Zusammenschluss der Meister zu Assoziationen dringend empfohlen. Im Mai 1853 schlug der Lehrer Fittschen, der wiederholt sein Interesse für das Gewerbe bekundete,[2]) die Einrichtung von Gewerbehallen vor, wie sie in mehreren Städten Deutschlands als Assoziation der einzelnen Gewerke zu gemeinschaftlichem Verkauf ihrer Produkte mit bestem Erfolge bestanden. Der Vortrag erregte viel Interesse, aber erst mehrere Jahre später sind diese Gedanken zur Tat geworden. Den weiteren Anstoss dazu gab, wie bereits erwähnt (s. oben S. 148), Eduard Hollander, der im J. 1856 durch seinen Vortrag »über die Assoziationen des Gewerkstandes«[3]) und im J. 1859 durch seinen Bericht über einen Besuch bei Schulze-Delitzsch und den gegenwärtigen Stand des Assoziationswesens in Deutschland die Veranlassung zu weiteren Verhandlungen bot.[4]) Seine Ausführungen fanden eine Unterstützung durch mehrere Aufsätze, die Prof. Aug. Bulmerincq damals in den Rig. Stadtblättern (1859 Nr. 12 und 15) über das Handwerk veröffentlichte. Es wurde eine Kommission, bestehend aus A. Faltin, Ed. Hollander und Tischlermeister August Steinbach, eingesetzt, die Vorschläge in betreff der praktischen Ausführung der Assoziation unter den Handwerkern in Riga machen

[1]) Akte Nr. 117 im Archiv. Rigasche Stadtblätter 1855, Nr. 38.
[2]) N. Busch a. a. O., S. 110.
[3]) Als Manuskript anonym gedruckt Riga 1857, vrgl. auch [Ed. Hollander], Der Gewerbeverein in Riga. Rede bei Eröffnung desselben. Riga 1866.
[4]) Rig. Stadtblätter 1859, Nr. 14.

sollte. Die Kommission setzte sich sofort mit einer im Entstehen begriffenen Assoziation der Buchbinder, die gemeinsam Rohmaterial einkaufen und Handelsbücher verkaufen wollten, in Verbindung und half ihr bei der Ausarbeitung ihrer Statuten, die darauf dem Rig. Rate zur Bestätigung vorgestellt wurden (1859). Diesem Beispiele folgten die Tischler-, Stuhl- und Instrumentenmacher, die im J. 1862 die B.V. um eine Begutachtung der Statuten ihrer Genossenschaft baten. Diese hat auch späterhin von der B. V. Förderung ihrer Interessen erfahren.[1]) Im Zusammenhang hiermit stand die Begründung einer Vorschusskasse für Handwerker in Riga, deren Statuten Ed. Hollander im März 1862 der B. V. vorlegte. Sie war eine Vorläuferin des späteren 1. Gegenseitigen Kreditvereins (s. oben S. 149), in den sie aufgegangen ist.[2])

Während diese Bestrebungen auf eine materielle Sicherung der Lage der Handwerksmeister hinzielten, suchte man andererseits auch eine sittliche Hebung des Gesellenstandes und auch der Lehrburschen, von denen doch die Zukunft des Gewerbes abhing, zu erreichen. O.-P. Taube und nach dessen Tode O.-P. W. Hillner haben die Anregung dazu geboten. Auf den Antrag des letzteren wurde im J. 1857 eine Kommission, bestehend aus O.-P. W. Hillner, Tischlermeister A. Steinbach, Nadlermeister Taube, Sattlermeister Henning, Lehrer Fittschen und Sekretär Ed. Hollander, eingesetzt, die die Aufgabe erhielt, die sittliche Lage des Handwerkerstandes und insbesondere das Verhältnis der Meister zu den Gesellen und Lehrburschen zu erforschen und Vorschläge zur Abhilfe des vorhandenen Übelstandes zu machen. Ein erstes Ergebnis war, dass Hollander im Januar 1858 einen Vortrag «über das Herbergswesen der Handwerksgesellen« hielt, der anregend wirkte.[3]) Der Vortragende schilderte die Veränderungen, die mit dem Ersterben des Zunftlebens allmählich sich bemerkbar machten. Das Verhältnis der Meister zu den Gesellen ist ein ganz anderes geworden; sie können keine Zucht mehr über sie ausüben, haben keine Autorität ihnen gegenüber, ziehen die

[1]) Akte Nr. 146 im Archiv. Prot. v. 30. April 1865. V S. 329.

[2]) Akte Nr. 123 im Archiv. In den Rigaschen Stadtblättern 1856, Nr. 38 und 39 war bereits ein Referat über eine Schrift von Schulze-Delitzsch »Vorschussvereine« gegeben.

[3]) Rig. Stadtblätter 1858 Nr. 10. Akte Nr. 48 im Archiv. Ed. Hollander, Der Gewerbeverein etc. S. 20. B. Hollander, Der Gewerbeverein zu Riga in den Jahren 1865—1890. Riga 1890, S. 6.

Gesellen nicht mehr in ihre Familie und stehen ihnen fremd gegenüber. Das Gesellenleben ist nicht mehr eine Durchgangszeit, sondern es bildet sich ein Gesellenstand als eigener Lebensberuf heraus. Für den Gesellen wird die Herberge oder das Wirtshaus das, was ihm bisher das Meisterhaus war. Diese Herbergen, die vielfach Stätten sittlicher Rohheit und Zuchtlosigkeit sind, müssen umgestaltet werden. Sie müssen vom Geiste des Christentums durchdrungen, gehoben und geadelt werden, aber dieser christliche Charakter der Herberge darf nur soweit hervortreten, dass dieselbe nicht ihren Charakter als Wirtshaus verliert. Ergänzt wurde dieser Vortrag durch Mitteilungen des Sekretärs Ziegler über einen bereits bestehenden Bildungsverein »Vorwärts« für Arbeiter in Bremen. Das Resultat der weiteren Verhandlungen, zu denen auch mehrere Gesellen hinzugezogen wurden, war der Entwurf eines Statuts zur Begründung eines Gesellenvereins »Der Feierabend«. Doch erst nach Beseitigung mancher Schwierigkeiten und, nachdem man sich zu verschiedenen Modifikationen des ursprünglichen Planes entschlossen hatte, gelang es die obrigkeitliche Bestätigung des »Reglements der allgemeinen Handwerker-Gesellenschaft »der Feierabend« in Riga« im Januar 1864 zu erlangen. Inzwischen war im J. 1859 ein Gesangverein für Handwerker »Der Sängerkreis«, der auch von der L. P. B. V. unterstützt worden war, begründet worden und hatte wesentlich dazu beigetragen, die Gesellen aus ihrer isolierten gesellschaftlichen Stellung herauszureissen. Hollander begann nun im Nov. 1863 mit dem zum Vorstande des »Sängerkreises» gehörenden Gesellen über die Eröffnung »des Feierabends« zu verhandeln. Diese wollten das Unternehmen wohl fördern, aber meinten, dass der neue Verein keine grosse Teilnahme finden würde, da die meisten Gesellen in ihrer freien Zeit schon durch den Gesangverein und eine Turnergesellschaft in Anspruch genommen seien. Diese Befürchtung erwies sich als begründet. Im Januar 1865 berichtete der Direktor Ed. Hollander, dass »der Feierabend« nicht habe eröffnet werden können, weil sich fast gar keine Mitglieder dazu gemeldet hätten. Nach Rücksprache mit mehreren Meistern habe er die Überzeugung gewonnen, dass der Verein überhaupt nicht zustandekommen und lebensfähig sein werde, weil er auf die selbständige Tätigkeit der Gewerker basiert sei. Es erscheine daher zweckmässig,

»den Feierabend« fallen zu lassen und statt seiner einen Handwerkerbildungsverein nach dem Muster des Dorpater Handwerkervereins, des Gesellenhauses »Zur Palme« in Petersburg und des Berliner Handwerkervereins, zu dem Personen aller Berufsklassen gehören könnten, zu gründen. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und im März 1865 bereits konnte Hollander die von einer Kommission ausgearbeiteten Statuten des »Gewerbevereins« — so wurde der projektierte Verein genannt — der B. V. vorlegen. Dabei war der Grundsatz befolgt worden, die Organisation des Vereins nur in seinen Hauptzügen festzusetzen, die Regelung aller speziellen Bestimmungen aber dem Verein selbst nach Massgabe des sich herausstellenden Bedürfnisses zu überlassen. Um möglichst praktisch vorzugehen, suchte man die beabsichtigte Neugründung in Verbindung mit dem bereits bestehenden »Sängerkreis« zu bringen. Dieser wollte auch nicht nur Musik treiben, sondern sittlich auf seine Mitglieder einwirken, und hatte bereits einen segensreichen Einfluss auf eine Annäherung zwischen Meistern und Gesellen ausgeübt. Auf einer konstituierenden Generalversammlung wurde im Juni 1865 ein provisorischer Vorstand gewählt, der die gewünschte Vereinigung mit dem »Sängerkreise« zustande brachte. Dank dem freundlichen Entgegenkommen des General-Gouverneurs Schuwalow konnte der Gewerbeverein als »erweiterter Sängerkreis« auch schon vor der offiziellen Bestätigung seine Tätigkeit eröffnen, um zuerst praktische Erfahrungen zu sammeln. Zum 1. Vorsitzenden wurde Ältermann Nadlermeister Taube, zum Schriftführer Ed. Hollander erwählt. Im Februar 1866 erfolgte die obrigkeitliche Bestätigung des »Gewerbevereins zu Riga«. In ihm vereinigten sich Angehörige der verschiedensten Stände zu dem Zwecke, den Gewerbestand zu stärken und zu festigen. Er sollte ein Bildungsverein sein, der durch Unterricht, Vorträge, eine Bibliothek etc., aber auch durch edlen geselligen Verkehr wirken wollte; es sollte aber der neue Verein auch nach der wirtschaftlichen Seite hin das Gewerbe zu fördern suchen. Dass derselbe einem Bedürfnisse entsprach und von den Sympathien der Bürgerschaft getragen wurde, zeigte sich am besten darin, dass die Mitgliederzahl am 1. Januar 1866 bereits 853 betrug und bei weiterem Steigen im J. 1880 die Zahl 4159 erreichte. Wie angesehen der junge Verein sehr bald wurde, erwies sich besonders bei der am 19. Sept. 1868 erfolgten Grund-

steinlegung des neuen Vereinshauses, denn alle Autoritäten von Stadt und Land, alle Gewerke, Gesangvereine und wissenschaftlichen Vereine nahmen an dem grossen Festzuge, der sich zum Bauplatze hin bewegte, teil. Zwischen der L. P. B. V. und dem Gewerbeverein entwickelten sich von Anfang an die freundschaftlichsten Verhältnisse, und oft bot sich Gelegenheit zu gemeinsamer Arbeit, so besonders auf dem Gebiete des Unterrichtswesens, der Vorträge, Bibliothek etc. Die B. V. hat stets die Begründung des Gewerbevereins als eine ihrer besten Errungenschaften betrachtet.

Im J. 1850 hatte die L. P. B. V. einmal erklärt, dass ihr gemeinnütziger Zweck sich nicht auf die Statistik erstrecke (s. oben S. 92), aber gerade bei der Verfolgung dieser ihrer Zwecke erwies sich immer schmerzlicher der Mangel aller statistischen Daten, die als Grundlage irgend welcher Berechnungen dienen konnten. So hatte im J. 1857 B. M. O. Müller in der Verhandlung über die Baugesellschaft hervorgehoben, »dass es vor einer definitiven Beschlussfassung notwendig erscheine, über die Wohnungsverhältnisse der sogen. kleinen Leute hier am Orte genaue statistische Notizen zu haben.[1]) Darauf wies in der nächsten Sitzung der Direktor L. Walter auf den bei der Lübecker gemeinnützigen Gesellschaft bestehenden statistischen Ausschuss hin. Er wollte sich von dort nähere Auskunft erbitten, um hier ähnliches einzurichten. Doch wurde die Sache damals nicht weiter verfolgt. Erst im April 1865 wurde sie wieder vom Direktor Ed. Hollander aufgenommen, der in das von ihm aufgestellte Arbeitsprogramm auch die Errichtung eines statistischen Bureaus für Riga aufnahm. Die Veranlassung dazu mag wohl gewesen sein, dass damals Friedrich v. Jung-Stilling als Sekretär des livl. statist. Gouv.-Komitées anregend wirkte und dass das Börsenkomitée, wie verlautete, 1000 Rbl. für ein solches Bureau ausgesetzt habe. Es wurde sofort eine Kommission, bestehend aus B. M. O. Müller, Ratsherr Hernmarck, Mag. jur. W. Kieseritzky und Sekretär Fr. v. Jung-Stilling, eingesetzt. Letzterer arbeitete ein ausführliches Projekt aus, das von der Kommission gebilligt und der allgemeinen Versammlung vorgelegt wurde. Dabei hielt Jung-Stilling einen Vortrag über den Zweck, die Bedeutung, die Methode und die Erfolge der Statistik mit Bezug auf die Verhältnisse in Livland. Das Projekt einer Ver-

[1]) Prot. v. 1. März 1857, V, S. 98.

ordnung für das Rig. städtische statistische Komitée und die handelsstatistische Sektion desselben wurde dem Rig. Rate und dem Börsenkomitée zur Meinungsäusserung und resp. ständischen Beschlussfassung zugesandt (Dezember 1865)[1]). Das letztere antwortete umgehend, dass es bereit sei, die in Aussicht genommene handelsstatistische Sektion mit 500 Rbl. jährlich vorläufig auf 3 Jahre zu subventionieren. Am 1. Juni 1866 wurde durch einen Beschluss der Stände das Rigasche städtische statistische Komitée, zu dem 2 Glieder des Rates, 2 Glieder der beiden Gilden und 3 vom Börsenkomitée gewählte Kaufleute gehören sollten, ins Leben gerufen. Zum Sekretär wurde Friedrich v. Jung-Stilling erwählt, der gleich eine rührige Tätigkeit entfaltete. Als wichtigste Aufgabe wurde vom neuen Komitée die Veranstaltung einer systematischen Zählung der Einwohnerschaft Rigas betrachtet. Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten wurde sie am 3. März 1867 durchgeführt, wobei die Mitglieder der B. V. der Aufforderung, als Zähler mitzuwirken, bereitwillig nachkamen. So war wiederum, dank der Initiative der B. V., ein überaus segensreich wirkendes städtisches Institut begründet worden.

Merkwürdig ist es, dass die beiden bedeutendsten Ereignisse der Stadtgeschichte in den 50er Jahren in den Arbeiten der L. P. B. V. nur in geringem Umfange zur Geltung kommen: der Krimkrieg und die Niederlegung der Festungswälle. Der erstere wird in den Protokollen nur gelegentlich erwähnt. Es wurde über die infolge des Krieges herrschende trübe Stimmung, über die schwierige Geschäftslage, über den Einfluss derselben auf die Unternehmungen der Gesellschaft berichtet und über die sichere Unterbringung der vielleicht gefährdeten Kapitalien beraten. Als nach dem Kriege Riga aufhören sollte, Festung zu sein, und eine Erweiterung der Stadt in Aussicht stand, regte sich in der B. V. der Wunsch, an den damit in Verbindung stehenden Arbeiten Anteil zu nehmen, doch scheint die zu diesem Zweck eingesetzte Kommission kaum in Tätigkeit getreten zu sein[2]). Auch sonst haben Fragen der äusserlichen Wohlfahrt der Stadt, der Ordnung in derselben u. dergl. mehr die B. V. in dieser Zeit

[1]) Akte Nr. 107 des Archivs. N. Carlberg, Der Stadt Riga Verwaltung und Haushalt in den Jahren 1878—1900. Riga 1901, S. 169 ff.

[2]) Prot. v. 28. Septbr. 1856 V, S. 77.

weniger in Anspruch genommen, als früher. Der Antrag des Direktors Hollander (1866), auf dem Rathausplatz einen schönen Brunnen aufzurichten und mit Baumanpflanzungen zu umgeben, kam nach einigen Verhandlungen damals nicht zur Ausführung. Folgenreich wurde ein Vortrag, den Dr. jur. John Baerens in der B. V. über die Einrichtung von freiwilligen Feuerwehren im Jahre 1864 hielt. Nachdem er eine geschichtliche Darstellung der allmählichen Entwickelung der Feuerlöschmittel gegeben hatte, hob er hervor, dass nur in den grössten Städten eine ausreichende ständige Feuerwehrmannschaft unterhalten werden könne, während die anderen auf freiwillige Feuerwehren angewiesen seien, wie sie jetzt in vielen ausländischen Städten erfolgreich organisiert seien. An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Debatte, in der das Für und Wider erwogen wurde und in der der Direktor des Polytechnikums Dr. Nauck interessante Mitteilungen über die von ihm in Krefeld gegründeten freiwilligen Feuerwehren machen konnte. Der Erfolg des Vortrages war, dass sich noch im selben Jahr ein Feuerwehrverein, allerdings ohne weiteres Zutun der B. V., organisierte, aus dem die Freiwillige Feuerwehr hervorging.

Auf ganz anderem Gebiete war auch ein kleiner Fortschritt der B. V. zu verdanken. Es gab in Riga noch keine Briefkasten. Die Postverwaltung erklärte die Anschaffung aus Staatsmitteln für untunlich, und der Rigasche Rat meinte, keine Mittel für diesen Zweck zu haben. Da liess die B. V. auf ihre Kosten die 6 ersten Briefkasten in der inneren Stadt und in den Vorstädten anbringen. Die Zumutung der Postverwaltung, nun auch die Mittel zur Bedienung der Briefkasten herzugeben, wurde allerdings energisch zurückgewiesen.

Eine andere Angelegenheit, die die B. V. beschäftigte, betraf die Beheizung der Stadtkirchen. In der Jakobikirche hatte O.-P. Chr. Aug. Berkholz bereits im J. 1853 für die Aufstellung von Öfen gesorgt, aber in den grossen Stadtkirchen herrschte im Winter eine eisige Kälte. Die Damen pflegten wohl ihre Fussäcke zum Gottesdienst mitzunehmen, und zwischen den Bänken war Heu ausgelegt, aber trotzdem war es nicht immer leicht die Kälte zu ertragen. Im J. 1862 brachte Ed. Hollander diesen Misstand in der B. V. zur Sprache, worauf der Technische Verein um ein Gutachten

und einen Kostenanschlag gebeten wurde. Derselbe sprach sich für eine Luftheizung aus und meinte, dass zur Erlangung von Plänen und Kostenanschlägen ein Preisausschreiben der beste Weg sein würde. Die B. V. übersandte das Gutachten dem Rig. Rate mit dem Ersuchen, die Administrationen der Kirchen zu veranlassen, die Prämienbeträge herzugeben und die ferneren Schritte entweder selbst zu tun oder der B. V. zu überlassen (1863). Die betreffenden Administrationen haben erst im J. 1866 diesen Vorschlag befolgt, und im J. 1868 erhielt die Domkirche, 1869 die Petrikirche Beheizungsanlagen.[1])

Schlimm stand es damals mit der Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung. Karl Herweg forderte 1860 in einem Vortrage die B. V. auf, gegen die Entheiligung des Sonntags durch das Lärmen in den Weinstuben und das Handeln auf dem Markte anzukämpfen. Die B. V. beschloss, den Zivilgouverneur um sein Einschreiten zu ersuchen und auch die Handwerker aufzufordern, ihren Lehrburschen den Sonntag wirklich, freizugeben.

Von der Administration der Kirchhofswege wurde im J. 1860 der Antrag gestellt, den Rig. Rat um die weitere Unterhaltung der Fahrwege zu ersuchen, da infolge der stärkeren Besiedelung der Gegend dieselben keineswegs nur für die Kirchhöfe benutzt würden; die Fürsorge für die Fusswege und Anpflanzungen wollte die Administration auch weiterhin übernehmen. Der Rat hat diesen berechtigten Wunsch erfüllt und damit der B. V. eine immer grösser werdende Last abgenommen. Eine Neuerung, die vom Publikum dankbar empfunden wurde, war es, dass 1869 gemeinsam mit dem Verein gegen den Bettel an der Pforte des Kirchhofs eine Verkaufshalle für Kränze eingerichtet wurde. Vorher wurde jeder Ankommende von den bettelnden Kränzeverkäufern umringt und belästigt. Eine weitere Neuerung war es, dass der im Winkel zwischen der Hospital- und Friedensstrasse belegene, ca. 60 Quadrat Ruten grosser Platz, der im J. 1838 vom Stadt-Kassakollegium der B. V. überlassen worden war, im J. 1869 dem Aufseher des Jakobi-Kirchhofes gegen die Verpflichtung verpachtet wurde, die Aufsicht über eine in der Nähe gelegene Anpflanzung, den sogen. »Suworowgarten«, zu führen. In diesem Garten wurde im J. 1876 von der B. V. ein öffentlicher

[1]) Rig. Stadtblätter 1866 S. 176, 1868 S. 299, 1869 S. 342.

Brunnen angelegt, da in jener Gegend ein grosses Bedürfnis darnach vorhanden war. Die Wasserleitung führte noch nicht soweit.

Ganz ohne Schwierigkeit vollzog sich die Gründung eines Tierschutzvereins durch die B. V. Im November 1859 beantragte der Direktor L. Walter »infolge höherer Anregung« eine solche. Die Statuten wurden ausgearbeitet und ministeriell bestätigt, worauf sich zahlreiche Mitglieder der B. V. zum Eintritt in den neuen Verein meldeten. Dieser konstituierte sich sodann (1861) und begann seine eigene selbständige Tätigkeit. Die B. V. hatte auch hier wieder das Verdienst, in einer wichtigen Angelegenheit die Initiative ergriffen zu haben.

Nicht so schmerzlos erfolgte die Begründung des Kunstvereins in Riga. Es ist bereits früher erzählt worden (s. oben S. 90), wie der erste Versuch dazu im J. 1842 infolge der Nichtbestätigung scheiterte. Im J. 1866 wurde der Versuch erneuert.[1]) Der Rig. Rat stand damals in Unterhandlung mit einem Kaufmann de Robiani wegen Ankaufs seiner wertvollen Gemäldesammlung, die den Grundstock zu einer städtischen Gallerie bilden sollte. Bei dieser Gelegenheit beantragte am 5. April 1866 Ratsherr August Hollander, indem er an die Vorgänge des Jahres 1842 erinnerte, einen Kunstverein zu begründen, der die nun zu erwartende städtische Gemäldegallerie pflegen und erweitern müsse. Eine Kommission, bestehend aus dem Ratsherrn Hollander, Buchhändler N. Kymmel, Konsulent W. Petersen, Dr. jur. John Baerens, Dr. R. Gross und Architekt J. v. Hagen, wurde mit den Vorarbeiten und der Ausarbeitung der Statuten betraut. Am 31. Mai 1867 wurden die Statuten des »Kunstvereins für Liv-, Est- und Kurland« dem Livl. Zivilgouverneur zur Erlangung der Bestätigung übergeben, aber wiederum musste man lange Zeit auf diese warten. Sie erfolgte erst nach wiederholten Bitten um Beschleunigung im Januar 1870, und die Freude darüber wurde dadurch sehr gedämpft, dass im Statut wesentliche Veränderungen vorgenommen worden waren.[2]) Es war nicht nur der in Aussicht genommene Name in »Kunstverein in Riga« verändert worden, sondern es hatten auch verschiedene Bestimmungen eine derartige Fassung erhalten, dass ihre Durchführung ganz unmöglich erscheinen

[1]) Archiv-Akte Nr. 66. Nikolai Roepenack, Beitrag zur Geschichte des Kunstvereins in Riga. Riga 1895.

[2]) Protokoll vom 24. März 1870, VI, S. 295 ff.

musste. So war z. B. nach den neuen Bestimmungen die Wahl von Ehrenmitgliedern kaum möglich, aber auch andere Wahlen und sonstige Beschlüsse der Generalversammlungen waren aufs äusserste erschwert. Über das Vermögen des Vereins konnten dagegen bei einer event. Auflösung desselben unter Umständen 4 Personen, wie nachgewiesen wurde, frei entscheiden. Charakteristisch war, abgesehen von der Änderung des Namens, dass die Bevorzugung »inländischer Künstler« verändert war in »vaterländische Künstler Russlands« und dass die Befugnisse der Direktion stark eingeschränkt wurden zu Gunsten der Mitgliederversammlung. In der allgemeinen Versammlung der B. V. entstand nun eine lange Debatte darüber, ob man diese veränderten Statuten überhaupt annehmen oder sie zurückweisen und die Gründung des Vereins Privatpersonen überlassen solle. Für den letzteren Vorschlag trat namentlich der Sekretär Alfred Hillner energisch ein. Er machte dabei folgendes geltend: Schon die Veränderung der Statuten ohne vorherige Verhandlung mit der B. V. könnte einen Protest dagegen rechtfertigen. Dazu komme die Verunstaltung und Verschlechterung der Statuten nach Form und Inhalt, daher sei die Annahme gegen die Würde der B. V. Wenn diese das bestätigte Statut annehme, unter ihrem Namen veröffentliche und daraufhin einen Kunstverein gründe, so werde sie vor der öffentlichen Meinung als Urheber desselben gelten, und die näheren Umstände würden bald vergessen sein. Nach Hillners Meinung wäre die einzige passende Antwort auf sie Zusendung dieser Statuten die Ablehnung derselben. Die Konstituierung des Kunstvereins könnte auf Grund derselben durch Privatpersonen erfolgen, die dann sofort ihre Abänderung beantragen müssten. Hillners Anschauung drang nicht durch, denn es wurde von anderer Seite hervorgehoben, dass sein letzter Vorschlag auf Schwierigkeiten stossen würde. Infolgedessen wurde folgende Resolution beschlossen: »Um die Gründung des Kunstvereins nicht länger zu verzögern, schreitet die B. V. zu seiner Konstituierung, ohne sich jedoch die Unzulänglichkeiten zu verbergen, welche durch die Veränderungen des ursprünglichen Entwurfs verursacht sind, und in der Voraussicht, dass der neu konstituierte Verein von dem ihm zustehenden Recht, auf eine Änderung der Statuten anzutragen, seinem Bedürfnis gemäss sofort Gebrauch machen werde«. Am 22. Mai 1870 hat sich auf einer durch die

Kommission der B. V. einberufenen Versammlung der Kunstverein in Riga konstituiert und sofort eine Statutenänderung beschlossen, die allerdings erst ein Jahr später zur Bestätigung vorgestellt worden ist. Diese ist auch, dank der Verwendung des dem Verein wohlgesinnten General-Gouverneurs Fürsten Bagration, ohne weiteres erfolgt. Mit der Begründung des Kunstvereins, dessen erfolgreiche Tätigkeit von Nikolai Röpenack bei Gelegenheit seines 25-jährigen Jubiläums geschildert worden ist und der noch heute, allerdings unter schwierigen Verhältnissen, weiter fortwirkt, war der B. V. wieder eine Aufgabe, die Pflege des Kunstlebens in Riga, abgenommen worden. Sie hatte früher dieselbe als wichtig betrachtet, in der letzten Zeit allerdings etwas in den Hintergrund treten lassen. In den 50-er Jahren waren 2 Gemäldeausstellungen im Rig. Schlosse von den Künstlern selbst ohne Zutun der B. V. veranstaltet worden.

Recht reiche Anregungen hat die B. V. in diesem Zeitabschnitte durch das gesprochene Wort, durch Vorträge, die sowohl in den Versammlungen als auch öffentlich gehalten wurden, dargeboten. Im Januar 1856 erinnerte der Direktor M. Taube, indem er davon sprach, wie eine grössere Teilnahme an den Versammlungen der B. V. erweckt werden könnte, an den § 7 der ergänzten Statuten, in dem dem engeren Kreise die Verpflichtung auferlegt werde, für geeignete Vorträge zu sorgen. Die einzelnen Mitglieder desselben hätten in früheren Zeiten diese Aufgabe auf sich genommen, das sei aber später in Vergessenheit geraten. Auch brauche man nicht durchaus nur über Fragen des praktischen Lebens zu sprechen, sondern könne auch Vorträge halten, die von allgemeinerem Interesse wären. Infolge dieser Anregung wurden in den nächsten Jahren von den Mitgliedern des engeren Kreises recht viele Vorträge gehalten, von denen einzelne auch grössere Bedeutung gewannen, da sie über wichtige Tagesfragen orientieren wollten. So sprachen der Literat Schilling »über die in Aussicht stehende Erweiterung der Stadt Riga durch das Einstürzen der Festungswälle« (1865), A. Faltin »über die Eisenbahnen im allgemeinen mit spezieller Beziehung auf die Riga-Dünaburger Eisenbahn« (1858). Über die für den Gewerbestand wichtigen Vorträge von Ed. Hollander, sowie über die von Dr. K. Chr. Ulmann, August Bulmerincq, Fr. v. Jung-Stilling, Alfred Hillner u. a. gehaltenen Vorträge, die zu folgenreichen Anträgen

führten, ist früher schon berichtet worden. Über manche wurde in den Rig. Stadtblättern ausführlicher referiert, andere wurden durch den Druck auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht, leider, bis auf einen Fall, ohne den Namen des Verfassers zu nennen. Es sind von der B. V. veröffentlicht worden: die Vorträge von K. Chr. Ulmann: Über ein Magdalenen-Asyl in Riga. 1854, von Ed. Hollander: Über die Associationen des Gewerkstandes. 1857, von Chr. Aug. Berkholz: Dr. med. Guido Girgensohn. Ein Wort der Erinnerung. 1862, von Alfred Hillner: Über die Centralisation der Armenpflege in Riga. 1866. — Nachdem die B. V. durch die gemeinschaftliche Benutzung des Museumslokals, von dem noch zu berichten sein wird, in nähere Beziehung zu drei anderen Vereinen getreten war, wurden dort mitunter noch gemeinschaftliche Vorträge veranstaltet, an die sich wohl auch ein geselliges Beisammensein anschloss. Im Jahre 1866 wurde zum ersten Mal ein Professor des neu gegründeten Polytechnikums von der B. V. zu Vorträgen, zu denen auch die anderen Museumsgesellschaften eingeladen wurden, aufgefordert. Professor Frühauf hielt einen Vortrag über Findelhäuser und drei weitere über volkswirtschaftliche Themata. Späterhin ist das Vortragsleben Rigas durch die Professoren des Polytechnikums wesentlich belebt worden. Im J. 1865 sollte, soviel ich sehe, zum 1. Mal auch ein Redner aus dem Auslande herangeholt werden. Der Direktor Ed. Hollander schlug vor, den Begründer des Genossenschaftswesens Schultze-Delitzsch zu Vorträgen in Riga aufzufordern, »um auf diesem Wege das noch mangelnde Verständnis für die segensreichen Prinzipien der sozialen Selbsthilfe zu wecken und die für Akklimatisierung jenes Systems der Volkswohlfahrt unerlässlichen Kenntnisse aus der reichsten Quelle der Erfahrung schöpfen zu können.«[1]) Obwohl von vornherein Bedenken politischer Art geäussert wurden und Schultze selbst auch solche »wegen seiner scharf oppositionellen Stellung zur Regierung« hatte, suchte man doch die Genehmigung zu erlangen, wobei betont wurde, dass die Vorträge nur den Mitgliedern der L. P. B. V. und des Gewerbevereins zugänglich sein sollten. Der General-Gouverneur Schuwalow erklärte, dass er die Genehmigung von sich aus nicht erteilen könne, dass er eine solche aber nachdrücklich befürworten wolle gegen das Versprechen der B. V., dass

[1]) Akte Nr. 122 im Archiv. Prot. v. 1865 Nov. 22. u. 26. V. 346, 348.

Schultzes Hiersein in keiner Weise zu nationalen oder politischen Demonstrationen ausgebeutet werden würde. Trotz dieses Versprechens wurden die Vorträge doch nicht vom Minister gestattet. Späterhin wollte Hollander in dieser Sache noch einmal eine vertrauliche Anfrage an Schuwalow richten, aber nahm »wegen der derzeitigen ungünstigen Stimmung in Petersburg« (Januar 1867) davon Abstand. So musste man sich damit begnügen, eine Schrift von Schultze-Delitzsch: »Kapitel zu einem deutschen Arbeiter-Katechismus« in 100 Exemplaren zu verschreiben und unter die Mitglieder des Gewerbevereins zu verteilen. Auch für die von rigaschen Literaten gehaltenen öffentlichen Vorträge musste noch immer die Genehmigung durch Vermittelung des General-Gouverneurs aus Petersburg erbeten werden. Allerdings erfolgte sie meist ohne alle Schwierigkeiten. Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, will ich nur darauf hinweisen, dass im J. 1853 wiederum ein Zyklus von 5 Vorträgen über Gewerbekunde gehalten wurde. Bei dem niedrigen Eintrittspreise von 20 Kop. resp. 1 Rbl. für alle Vorträge, konnte ein materieller Gewinn natürlich nicht erzielt werden. Ferner wurde im J. 1855/56 eine weitere Vortragsreihe veranstaltet, deren Ertrag der Unterhaltung der Kriegshospitäler zugutkommen sollte. Als Redner traten auf Dr. K. Chr. Ulmann, Dr. Chr. Aug. Berkholz[1]), Dr. R. Kersting, Mag. K. Schirren, Dr. Napiersky, Pastor Iken, Dr. Eckers. Der Reinertrag der 10 Vorlesungen, für die ein Eintrittsgeld von 3 Rbl. erhoben worden war, betrug 251 Rbl. 40 Kop., die dem General-Gouverneur übergeben wurden. Einen besonders reichen Ertrag erzielte der im Hinblick auf das bevorstehende Jubiläum veranstaltete Vortragszyklus im J. 1876 zum Besten der Waisenschulen der B. V.: 711 Rbl. 63 Kop., während die im folgenden Jahr zum Teil von denselben Rednern gehaltenen Vorträge nur 197 Rbl. einbrachten. Bei diesen letzten Unternehmungen hatte man neben der wissenschaflichen Anregung auch einen materiellen Gewinn, der idealen Zwecken dienen sollte, erzielen wollen. Im übrigen hatte der Gewerbeverein die Aufgabe, geistig anzuregen, durch seine Montagsvorträge und Diskutierabende in Riga übernommen, so dass das wesentliche Bedürfnis hiernach befriedigt war. Eine Erleichterung

[1]) Der Vortrag ist gedruckt unter dem Titel: Mag. Hermann Samson. Eine kirchenhistorische Skizze aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Riga 1856.

bei der Erlangung der Genehmigung zu den Vorträgen war in den 70-er Jahren insofern eingetreten, als sie nun von dem Gehilfen des Kurators nach Rücksprache mit dem Zivil-Gouverneur erteilt wurde. Es mag zum Schluss noch bemerkt werden, dass, als im J. 1859 eine Schillerfeier mit grosser Begeisterung stattfand und als ein Jahrzehnt später Alexander v. Humboldt zu Ehren eine Gedenkfeier veranstaltet wurde, die L. P. B. V. sich bei den Vorbereitungen auch lebhaft beteiligte.

Ein Opfer veränderter Zeitverhältnisse wurde in diesem Zeitraum die Bibliothek der L. P. B. V.[1]) Hatte Sonntag bei ihrer Begründung besonders an die Heimatkunde gedacht und waren sonst in der ersten Zeit technische Werke bevorzugt worden, so hatte man späterhin auch den Handwerkern Nutzen bringen wollen und zuletzt das grösste Gewicht auf sogen. gemeinnützige, volkswirtschaftliche Schriften gelegt. Zeitweilig konnte die Bibliothek aus Raummangel nicht gut verwertet werden, aber abgesehen davon wurde immer wieder darüber geklagt, dass sie viel zu wenig benutzt werde, obgleich sie recht reichhaltig war. »Ich mache immerfort die Erfahrung,« sagte ein Bibliothekar, »dass in der Bibliothek ein Schatz aufgestellt ist, der nicht gehörig beachtet und gewürdigt wird, wie er es verdient.« Es waren auch inzwischen in Riga Fachbibliotheken verschiedener Art entstanden, so dass die Aufrechterhaltung der Bibliothek der B. V. keinen rechten Zweck mehr hatte. Man beschloss daher, die Bücher anderen Bibliotheken zuzuwenden, in denen sie grösseren Nutzen stiften würden. So kam es zu einer allmählichen Aufteilung (1858—1876). Die »vaterländische Literatur« wurde der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde übergeben, die andern Bücher kamen in die Stadtbibliothek, in den Gewerbeverein, das Polytechnikum, die Taubstummenschule, den Feuerwehrverein etc. Auch das Germanische Museum in Nürnberg erhielt eine Sendung. Als schliesslich noch 200 Pfd. als Makulatur verkauft worden waren, blieben in der B. V. nur noch einige gemeinnützige Schriften, die eigenen Publikationen, die nicht einmal vollzählig vorhanden sind, und verschiedene Austauschschriften. Eine resultatlose, durch mehrere Jahre sich hinziehende Verhandlung wurde durch den Antrag Ed. Hollanders (1872) veranlasst, eine Volksbibliothek nach dem Muster der Berliner Volksbibliotheken zu begründen. Theodor Pantenius arbeitete

[1]) Akte Nr. 19 im Archiv. Vergl. auch oben S. 49 und 94.

ein ausführliches Projekt aus, das eingehend besprochen wurde.[1]) Der Plan scheiterte aber daran, dass der Gewerbeverein und die Prediger, deren »geistliche Bibliothek« hineinbezogen werden sollte, sich nicht beteiligen wollten und die B. V. allein das Unternehmen nicht wagte (1875). Das Schicksal der Bibliothek der B. V. teilte auch die Modellsammlung, die je »nach der Fachhingehörigkeit« unter wissenschaftliche Vereine und Schulen verteilt wurde (1866). Dagegen gestaltete sich das Archiv der B. V. immer wertvoller. Nachdem der Literat R. Schilling im Verein mit Bulmerincq sich redlich bemüht hatte, die zerstreuten Akten zu sammeln, haben namentlich Alfred Hillner und auf seine Veranlassung N. Asmuss sich um die richtige Aufstellung und Ordnung der Archivalien verdient gemacht, so dass man jetzt dort für die Geschichte der B. V. reiches Material findet.[2])

Die schwierige Lokalfrage fand in diesem Zeitabschnitte eine zeitweilig günstige Lösung.[3]) Als im J. 1854 für die Steuerverwaltung an der Scheunen- und Gildstubenstrasse ein neues Haus erbaut wurde, richteten die Gesellschaft praktischer Ärzte und der Naturforscherverein ein Gesuch an das Stadtkassa-Kollegium um die Bewilligung passender Räume in den beiden oberen Etagen des Hauses. Diesem Gesuche schlossen sich später die L. P. B. V. und die Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde an. Die Stadt verhielt sich sehr entgegenkommend und überwies den 4 Gesellschaften geeignete Räumlichkeiten mit einem gemeinschaftlichen grossen Saal. Sie mussten einen kleinen Anteil an den Kosten des Ausbaues (jede 35 Rbl.) zahlen und selbst für Beheizung, Beleuchtung und Bereinigung sorgen (jede ca. 55 Rbl. jährlich), aber Miete brauchte nicht gezahlt zu werden. Für die Einrichtung des Saales trug jede Gesellschaft ungefähr 100 Rbl. bei. Nach allen bisherigen Schwierigkeiten war die Freude über das neue Lokal, das Museum, das im November 1856 bezogen werden konnte, gross. Die Einweihungsfeier fand erst am 7. März 1858 statt und sollte den Dank der 4 Museumsgesellschaften der Stadt gegenüber zum Ausdruck bringen. Das

[1]) Vergl. Prot. v. 1873, VII, 251, 264 und 274. Akte Nr. 134, in der auch eine Übersicht über die in Riga vorhandenen Bibliotheken gegeben wird.

[2]) Akte Nr. 6 im Archiv.

[3]) Akte Nr. 69 im Archiv und die Schrift: »Einladung zur Einweihungsfeier des Museums in Riga am 7. März 1858«, Riga 1858. Vergl. auch Protokoll vom 7. März 1858, V, S. 137 ff.

geschah zunächst in einer Schrift: »Einladung zur Einweihungsfeier des Museums in Riga«, in der die Geschichte jeder Gesellschaft dargestellt war,[1]) dann in einem feierlichen Aktus. Zuerst hielt der Generalsuperintendent Dr. P. Poelchau eine Ansprache, darauf traten die Repräsentanten der einzelnen Vereine: Direktor L. Walter, Dr. med. Baerens, Staatsrat Dr. Napiersky und Dr. med. E. Merkel mit Reden hervor. Hieran schloss sich ein heiteres Festmahl, bei dem eine Kollekte für den von der B. V. projektierten Gesellenverein »Feierabend« 264 Rbl. einbrachte. In dem neuen Museum hatten die Vereine nicht nur ein schönes Sitzungslokal, sondern konnten auch ihre Sammlungen unterbringen und dem Publikum zugänglich machen. Von Bedeutung war es auch, dass jetzt eine grössere Annäherung der 4 Vereine unter einander stattfand. Es wurden unter anderem,—wie bereits erwähnt (s. oben S. 162), — gemeinsame Vorträge veranstaltet, denen auch gesellige Vereinigungen folgten. Freilich ist der auf dem Festmahl freudig begrüsste Wunsch, es möchten wöchentliche gesellige Abende stattfinden als etwas zu weitgehend nicht in Erfüllung gegangen. Schon damals dachte man aber auch an die Zukunft, und im April 1858 beantragte Dr. Merkel die Bildung eines Fonds durch die 4 Gesellschaften, um nach ca. 50 Jahren ein eigenes Haus zu erbauen. Dieser Gedanke ist dann in den 70-er Jahren wieder aufgenommen worden, als die Steuerverwaltung selbst die Museumsräume in Anspruch zu nehmen genötigt war. Im Jahre 1875 setzte der Rat eine Kommission unter dem Vorsitz des wortführenden Bürgermeisters Ed. Hollander ein, die das Projekt zur Einrichtung eines städtischen Museumsgebäudes beraten sollte. Die B. V. delegierte Alfred Hillner in diese Kommission. Zu einem Resultate sind die Arbeiten in diesem Zeitabschnitte noch nicht gekommen.

Die grosse Ausdehnung, die die Tätigkeit der L. P. B. V. in dieser Periode ihres Wirkens gewonnen hatte, lässt sich vielleicht am besten erkennen, wenn man die Kassenverhältnisse in Betracht zieht[2]). Im Jahre 1853 betrugen die Einnahmen 644 Rbl., die Ausgaben 651 Rbl., es war also

[1]) Die Geschichte der L. P. B. V. ist von N. Asmuss verfasst. Eine Ergänzung dazu hat er im Jahre 1865 veröffentlicht: »Rückblick auf die Wirksamkeit der L. P. B. V. in Riga während der Jahre 1858—1864. Riga 1865.

[2]) Vergl. die Akten 27, 56, 57 und 67 im Archiv, sowie die v. 1873 an gedruckten Jahresberichte.

ein kleiner Unterschuss zu verzeichnen. Das Kapital der Gesellschaft in der Hauptkasse betrug 1741 Rbl. Dazu kamen die Kapitalien der 3 Schulen (Luther-, Waisen- u. Taubstummenschule) mit zusammen 31208 Rbl. und der Suppenanstalt mit 1662 Rbl. (darunter das Immobil 1500 Rbl.). Im Jahre 1877 betrugen die Einnahmen 7850 Rbl., die Ausgaben der Hauptkasse 6306 Rbl. Das Kapital der Gesellschaft in der Hauptkasse betrug am 12. Dezbr. 1877: 13855 Rbl. Es wurden aber von der letzteren auch Zweckkapitalien, meist Stiftungen, verwaltet im Betrage von 30655 Rbl. Die Kapitalien der Schulen, zu denen noch die Töchterfreischule (Ulmannsche Schule) hinzugekommen war, waren auf ca. 74000 Rbl. angewachsen. Dazu kamen noch die Kapitalien der Sprostschen Dienstbotenstiftungen im Betrage von ca. 65000 Rbl. und der Administration der Kirchhofswege im Betrage von ca. 3500 Rbl. Diese Zahlen geben wohl ein deutliches Bild von der Entwickelung der B. V., sie beweisen aber auch, wie gross das Vertrauen der Bürgerschaft zur Gesellschaft war, das in zahlreichen Schenkungen und Vermächtnissen zum Ausdruck kam. Diese waren zum grössten Teil für die Schulen und das Waisenhaus bestimmt. Einen anderen Zweck verfolgten die Stiftungen der Familie Sprost, von denen schon berichtet worden ist, und die Schenkung des Herrn Ferdinand Vajen (1875), der der B. V. 5000 Rbl. mit der Bestimmung übergab, dass von den Zinsen Freiplätze für Kranke im Badeort Kemmern beschafft werden sollten. Trotzdem konnte die B. V. oft nur sehr schwer alle an sie gestellten Ansprüche befriedigen und entschloss sich daher trotz mancherlei Bedenken (1873), den Mitgliedsbeitrag von 4 auf 6 Rbl. zu erhöhen[1]) und durch die Zeitungen an die Bürger Rigas die Bitte zu richten, die Zwecke der B. V. durch möglichst zahlreichen Eintritt zu fördern. Die Bitte hatte Erfolg, denn die Zahl der Mitglieder wuchs im nächsten Jahr um mehr als hundert.

Die bereits im Jahre 1845 vom Minister des Innern gestellte Anfrage in betreff der gesetzlichen Grundlage des Bestehens der B. V. (s. oben S. 99) wurde im Jahre 1853 »in Veranlassung einer Requisition des Ökonomie-Departements des Ministeriums des Inneren« erneuert. Der Minister verlangte die Einsendung der Statuten[2]). Die ihm darauf erteilte Auskunft,

[1]) Prot. v. 26. Oktober 1873, VII, S. 292 ff.

[2]) Akte Nr. 16.

in der die früheren Mitteilungen wiederholt wurden und auch hervorgehoben wurde, dass der Kaiser die Gesellschaft unter seinen besonderen Schutz genommen und die Stifter seines Wohlwollens zu versichern geruht habe, wurde nicht für genügend gehalten. Im Jahre 1855 erklärte der Minister bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Liedkesche Sparanstalt[1]) (s. oben S. 77), dass, wenngleich die L. P. B. V. im Jahre 1803 der Allerhöchsten Billigung gewürdigt worden sei, das Statut derselben doch bis hierzu nicht die Bestätigung auf ordnungsmässigem Wege erhalten habe; gleichermassen hätten auch grösstenteils die Statuten der jener Verbindung untergeordneten Anstalten nicht die gehörige Bestätigung erhalten. Er forderte die Einsendung der Statuten der B. V. und ihrer Anstalten mit allen für die gegenwärtige Zeit notwendigen Abänderungen, damit sie der Allerhöchsten Bestätigung vorgestellt werden könnten[2]). Die B. V. reichte daraufhin am 28. Juni 1855 dem Gouverneur ein längeres Memorial ein, in dem alle schon mehrfach gemachten Angaben wiederholt wurden und noch hinzugefügt wurde, dass der Minister nach dem Jahre 1803 die für die Sr. Majestät zu unterlegende Jahresrechenschaft erforderlichen Auskünfte von der B. V. verlangt und sie damit als einen mit Allerhöchster Genehmigung bestehenden Verein bezeichnet habe. Es wurde ferner in dem Schreiben nachgewiesen, dass alle Anstalten der B. V. auf gesetzlicher Grundlage beständen und ihre ordnungsmässige Bestätigung erfahren hätten. Trotzdem beharrte der Minister bei seiner bisherigen Meinung und betonte besonders, dass in den Statuten der B. V. nirgends von einer Berechtigung zur Gründung von besonderen Anstalten die Rede sei. Infolgedessen wurden auch die von der B. V. eingereichten Gesuche um Bestätigung der Spargesellschaft und des Waisenhauses unberücksichtigt gelassen[3]). Die B. V. sah sich deshalb genötigt, dem Wunsche des Ministers nachzugeben. Im Jahre 1859 wurde eine Kommission unter Vorsitz des B.-M. Otto Müller zur Ausarbeitung neuer Statuten eingesetzt. Die von derselben im April 1861 vorgelegten Statuten wurden im März 1862 von der B. V. durch den Gouverneur nach Petersburg

[1]) Akte Nr. 103.

[2]) Schreiben v. 10. März 1855 Nr. 319 in d. Akte Nr. 103.

[3]) Prot. v. 24. Oktbr. 1856, V, S. 78 und Schreiben des Gouverneurs an den Rat vom 10. Aug. 1859 und des Rats an die B. V. vom 24. Oktbr. 1860 Nr. 7786 in der Akte Nr. 16.

gesandt und fanden dort nach einigen unbedeutenden Änderungen die Bestätigung. Es war diese Angelegenheit somit günstiger verlaufen, als man wahrscheinlich erwartet hatte, denn das lange Zögern der B. V. erklärte sich doch wohl damit, dass man bei der Einreichung neuer Statuten in Petersburg grössere Schwierigkeiten voraussah.

Das Verhältnis zu den Schwestergesellschaften in Riga gestaltete sich in dieser Zeit näher als bisher. Das neue, gemeinschaftlich benutzte Lokal führte eine Annäherung herbei und veranlasste gemeinschaftliche Unternehmungen (s. oben S. 162 u. 166). Mit einem weitgehenden Vorschlag trat im J. 1876 Jegór v. Sivers hervor. Er wollte, dass alle in den Ostseeprovinzen bestehenden Vereine für Wissenschaft, Literatur und Kunst — er zählt 27 — sich zu einer gemeinsamen Veröffentlichung ihrer Sitzungsberichte zuerst als Wochenbeilage der »Rigaschen Zeitung« und dann in einem »Hauptblatte« vereinigen sollten. Die L. P. B. V. und auch andere Vereine verhielten sich durchaus ablehnend, so dass der Vorschlag keine Verwirklichung fand[1]).

Von den ausländischen Gesellschaften stand die Lübische der B. V. am nächsten. Diese hat aus dem Schriftenaustausch manchen Nutzen gezogen und von dort erhaltene Anregungen verwertet. Der Verkehr mit dem Germanischen Museum in Nürnberg beschränkte sich wohl auf eine Zahlung des Mitgliedsbeitrages der B. V. und gelegentliche andere Zusendungen. Auch die Berührungen mit dem »Berliner Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Preussen« (1854) waren nur vorübergehender Art. Von der »Baseler Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen« erhielt die B. V. im J. 1877 eine freundliche Einladung zur Feier ihres 100-jährigen Jubiläums, die mit einem Glückwunschschreiben beantwortet wurde. Der Geschichtsschreiber dieser Gesellschaft war der frühere Advokat und Dozent am Polytechnikum in Riga Prof. Dr. August Miaskowsky, der unter anderem darauf hingewiesen hat, dass den Stiftern der B. V. auch die Baseler Gesellschaft als Anregung und Vorbild vorgeschwebt habe.[2])

[1]) [Jegór v. Sivers], Das Hauptblatt der Vereine in Liv-, Est-, Kurland u. Oesel für Wissenschaft, Literatur und Kunst. Ein Vortrag. Separatabdruck a. d. »Rigaschen Zeitung«. Riga 1876.

[2]) Prot. v. 29. April 1877, VIII, S. 290.

Um auch weitere Kreise mit der Wirksamkeit der B. V. bekannt zu machen, wurden vom J. 1873 an die Jahresberichte der B. V., die bisher in den Rig. Stadtblättern veröffentlicht worden waren, auch in Sonderheften verbreitet.

In betreff des inneren Lebens in der B. V. wird in dieser ganzen Periode von den Direktoren immer wieder über den mangelhaften Besuch der allgemeinen Versammlungen[1]) und überhaupt über die Interesselosigkeit der meisten Mitglieder gegenüber den Arbeiten der Gesellschaft geklagt. Um eine grössere Teilnahme zu erwecken, wurden im J. 1856 die Mitglieder des engeren Kreises verpflichtet, für geeignete Vorträge zu sorgen (s. oben S. 161). Das wurde nach einigen Jahren wieder aufgegeben. Doch betonte noch im J. 1865 Direktor Ed. Hollander in seiner Antrittsrede und auch später,[2]) dass die B. V. nicht nur, wie jetzt überwiegend, eine praktische, sondern auch eine literärische sein müsse, indem sie Angelegenheiten von ganz allgemeinem Interesse zur Diskussion bringe. Als Hauptursache des geringen Besuchs der allgemeinen Versammlungen wurde mehrfach der Umstand hervorgehoben, dass die Mitglieder zum Direktorium und zum engeren Kreise das volle Vertrauen haben und, weil sie die Führung der Geschäfte in guten Händen wissen, sich selbst nicht viel um dieselben kümmern. Auch sei hieran schuld, dass die Gegenstände der Verhandlung vom engeren Kreise schon spruchreif an die allgemeine Versammlung gebracht würden. Es fehle dieser, da sie nur zu bestätigen habe, an Lebendigkeit und Frische, und dem engeren Kreise gingen manche Anregungen, die er aus dem Ideenaustausch mit den anderen Mitgliedern gewinnen könnte, verloren. Es wurde dann auch eine Zeit lang durchgeführt, dass der engere Kreis die zur Beratung vorliegenden Gegenstände ohne vorherige Abgabe eines eigenen Votums an die allgemeine Versammlung brachte. Ein grosser Erfolg wurde damit wohl kaum erzielt. Mehrfach wurde, und wohl mit Recht, darauf hingewiesen, dass die Mitglieder bei den Wahlen von dem Rechte der Neuwahl mehr Gebrauch machen müssten. Wenn die Geschäfte mehrere Jahre hindurch in denselben bewährten Händen liegen, so

[1]) Nach N. Asmuss, Überblick über die Geschichte der L. P. B. V. Riga 1877, S. 10, beteiligten sich durchschnittlich 20—30 Personen an den Sitzungen.

[2]) Prot. v. 17. Dezember 1865, V, S. 351.

werde dadurch allerdings eine gewisse Sicherheit der Verwaltung gewährleistet, aber das Interesse der übrigen Mitglieder erlahme. Bei einem häufigeren Wechsel und durch das Heranziehen zahlreicherer Mitglieder zur wirklichen Mitarbeit werde das Interesse zunehmen. Hierfür trat auch Direktor Ph. Gerstfeldt in einer diese Fragen eingehend behandelnden Rede ein.[1]) Er war aber der Ansicht, dass trotz der geringeren Beteiligung der Gemeinsinn doch nicht geringer geworden sei. Es würden jetzt nur bei der Spezialisierung durch verschiedene Vereine, die zum Teil als Erben der Aufgaben der B. V. zu betrachten seien, viel grössere Ansprüche an die Mitbürger erhoben. Die B. V. habe selbst diese Entwickelung gefördert, sich dadurch aber auch die Kraft erhalten, ihrer Hauptaufgabe der Anregung zu gemeinnützigem Schaffen gerecht zu werden. Die Beteiligung an den Versammlungen sei allerdings gering, aber die gemeinnützige Tätigkeit der Mitglieder lebhaft und aufopfernd. Das Leben unserer Gesellschaft pulsiere nicht mehr auf den allgemeinen Versammlungen, sondern in den zahlreichen Anstalten, Administrationen und Kommissionen. Von den 227 Mitgliedern der B. V. seien 54 ständige Glieder der Verwaltungsorgane jener Anstalten. Die B. V. habe sich ihrem Wesen nach verändert, an Bedeutung aber gewonnen und unerschöpfliche Aufgaben für die Zukunft. — Um eine einheitliche geordnete Geschäftsführung zu veranlassen, wurden im J. 1874 für die Kuratorien der Schulen der B. V. besondere Instruktionen erlassen und durch den Druck vervielfältigt.

Die Zahl der Mitglieder war während dieses Zeitabschnittes mit einigen Schwankungen im steten Anwachsen begriffen. Im J. 1852 zählte die B. V. 113 Mitglieder, am 12. Dez. 1877 war die Zahl auf 401 gestiegen. Dazu kamen 12 Ehrenmitglieder, 3 korrespondierende Mitglieder und ein auswärtiges Mitglied. In allen 75 Jahren hatte die B. V. 1050 Mitglieder gehabt. Von den Mitgliedern im J. 1877 waren 190 Literaten, 162 Kaufleute, 12 Handwerker, 15 Beamte, die nicht Literaten waren, 22 Angehörige verschiedener Berufe, 1 Militär. Mit Recht wurde in dem Jahresbericht[2]) darüber geklagt, dass die Handwerker so wenig vertreten wären, obgleich die B. V. doch die Interessen des Handwerks stets gefördert habe und

[1]) Rig. Stadtblätter 1868 Nr. 52.

[2]) Jahresbericht f. d. J. 1877, S. 14 ff.

obgleich dieselben hier ein reiches Wirkungsfeld im eigenen Interesse finden könnten. Überhaupt müsste die Zahl der Mitglieder noch viel höher sein. In der Leitung der B. V. traten in dieser Periode die Juristen mehr hervor als bisher. Nachdem Oberpastor Taube 1856 das Direktorat niedergelegt hatte, wurde Ludwig Walter, der in Dorpat Philologie studiert, dann aber eine Beamtenlaufbahn eingeschlagen hatte, sein Nachfolger (1856—64). Nach ihm wurden 2 Juristen Direktoren: Eduard Hollander (1864—66) und Philipp Gerstfeldt (1866—73), worauf wieder ein Theolog Alfred Hillner (1873—1899), der aber in Riga in eine soziale Wirksamkeit eingetreten war, folgte. Die Sekretäre waren mit Ausnahme Hillners alle Juristen.

Als die Zeit des 75-jährigen Jubiläums herannahte, rüstete sich die B. V. bei Zeiten, um die Feier in würdiger Weise zu begehen. Das konnte nicht anders geschehen als durch die Förderung der gemeinnützigen Aufgaben der Gesellschaft bei dieser Gelegenheit. Schon mehrere Jahre vor dem Feste (1874) trat eine Kommission zusammen, um zu beraten, ob etwas Neues geschaffen oder eine schon bestehende Anstalt besonders gestützt und erweitert werden sollte. Nach längeren Beratungen[1]) kam man überein, durch Sammlungen und Veranstaltungen grössere Geldmittel zusammenzubringen, um in erster Reihe die Waisenschule und das Waisenpensionat zu erweitern, zu vervollkommnen und fester zu begründen. In dem Sinne wurde im Juni 1875 in den Tagesblättern ein Aufruf an das Publikum und eine Bitte um Beiträge veröffentlicht. Die B. V. selbst suchte durch Vorträge Mittel herbeizuschaffen (s. oben S. 163), von anderer Seite wurden musikalische oder gesellige Veranstaltungen arrangiert. Auch die Dorpater Studenten stellten sich in den Dienst der guten Sache. Im Sommer 1875 kam das damals berühmte Quartett der Estonia nach Riga, um hier Konzerte zu geben. Der Ertrag des ersten Abends kam der B. V. zugut. In den Weihnachtsferien 1876 gaben die Landsleute der Fraternitas Rigensis eine Theatervorstellung, ein sogen. »Fuchstheater«, zum Besten des Jubiläumsfonds. Von einer allgemeinen Sammlung in Riga, einem sogenannten »Umgang«, wurde des damaligen Krieges wegen Abstand genommen. Aus demselben Grunde und im Hinblick auf die be-

[1]) Akte Nr. 158.

vorstehende Verfassungsänderung der Vaterstadt wollte man auch von einer solennen Feier absehen und des Festes nur auf der gewöhnlichen Jahresversammlung gedenken.

Am 12. Dezember 1877 eröffnete der Direktor Alfred Hillner die Jahresversammlung mit einer schwungvollen Ansprache,[1]) in der er zuerst daran erinnerte, dass der Tag eine dreifache Bedeutung habe: es ist der 100. Jahrestag der Geburt des Kaisers Alexander I., der 75. Stiftungstag der Universität Dorpat und der 75. Gedächtnistag der Gründung der L. P. B. V., deren Stifter den Geburtstag Alexanders I. zu solchem Gedenktage bestimmt haben. Der Redner schilderte das reiche Erbe, das wir von unseren Vätern erhalten haben, das wir aber immer neu erwerben müssen, um es wahrhaft zu besitzen und zu vermehren. Die B. V. habe immer wieder neue, hohe Aufgaben zu erfüllen in der Arbeit an dem Wohl der Mitmenschen und der Vaterstadt. Mit besonderer Wärme gedachte Hillner der alten verfassungsmässigen Stände, denen die B. V. viel zu verdanken habe und unter deren Schutz sie zum letzten Mal ihre Jahresfeier begehe, da Riga grossen Veränderungen entgegen ginge. Der Sekretär Robert Baum gab einen kurzen Überblick über die gesamte bisherige Tätigkeit der B. V., indem er ihre einzelnen Arbeitsgebiete sachlich gruppierte. Zum Schluss sprach er den Wunsch aus, dass weite Kreise erkennen sollten, was die Mitarbeit an der B. V. dem einzelnen biete. »Die Arbeit in der B. V. ist eine Vorschule für spätere kommunale Tätigkeit. Sie lehrt die Mängel und Bedürfnisse unseres sozialen Lebens an der Quelle kennen; sie schärft das Auge in der Auffindung von Mitteln zu ihrer Abstellung und Befriedigung. Sie schlingt das Band gemeinsamer Tätigkeit um die verschiedenen Stände und Berufsklassen und wirkt so einerseits dem verderblichen Kastengeist entgegen, während sie andererseits das Bewusstsein der Interessengemeinschaft in der gesamten Bürgerschaft Rigas befestigt und kräftigt!« ...

Sekretär Baum übergab auch eine von ihm zusammengestellte »Kurze Chronik der von der L. P. B. V. vom 12. Dez. 1802 bis zum 12. Dez. 1877 ins Leben gerufenen und angeregten Institute, Anstalten, Vereine und Unternehmungen«. Ihrem Ehrenmitgliede und bewährten Geschichtsschreiber Napoleon Asmuss verdankte die B. V. einen »Überblick über die

[1]) Jahresbericht für das Jahr 1877. Riga 1878.

Geschichte der L. P. B. V. während ihres 75-jährigen Bestehens«. Riga 1877. (19 SS.)[1].)

Als Gäste waren auf der Festversammlung nur erschienen der Kollege des wortf. Bürgermeisters B. M. J. H. Böthführ als Repräsentant des Rigaschen Rates und Ältermann G. Molien als Repräsentant der Gilden. Ersterer verlas ein Schreiben des Rates, in dem dieser mitteilte, dass die Stände Rigas »in dankbarer Anerkennung der Verdienste, die sich die L. P. B. V. während ihrer nunmehr 75-jährigen gemeinnützigen Wirksamkeit um unser Riga erworben hat«, beschlossen hätten, ihr 5000 Rbl. zur Verwendung für ihre Anstalten darzubringen. Der Rat sprach die besten Wünsche für die Zukunft aus und die Hoffnung, dass die B. V. auch weiterhin »in einer Reihe tüchtiger Männer unserer Stadt dasjenige wecken und fördern werde, was die Grundlage aller Bürgertugend bildet: den Sinn für freiwillige Arbeit im Dienste des Gemeinwesens«. Nachdem den Ständen ein Dank für die schöne Gabe ausgesprochen worden war, wurde beschlossen, die 5000 Rbl. dem Kapital der Waisenschule einzuverleiben.[2]) Das Ehrenmitglied Buchhalter Jakob Lickberg, der 26 Jahre lang als Kassarevident der B. V. gewirkt hatte, übergab ein Geschenk von 300 Rbl. für die Waisen- und Lutherschule. Ein warmes Glückwunschschreiben war vom früheren Direktor Ph. Gerstfeldt aus Leipzig eingetroffen. Er sprach darin die Hoffnung aus, dass bei den bevorstehenden Wandlungen in Riga, der B. V. die Aufgabe zufallen möge, »einen Zentralisationspunkt zu bilden für alle diejenigen, welche den künftigen Mangel einer geschlossenen Bürgerschaft zu ersetzen wünschen durch ein planvolles Zusammenwirken, getragen von dem Geiste, der Riga und der ganzen Heimat — so Gott will — alle Zeit seinen Stempel aufdrücken wird«. Von Prof. August v. Bulmerincq, »dem Sekretär des 50-jährigen Jubiläums und Geschichtsschreiber der B. V.« kam ein Glückwunschtelegramm aus Wiesbaden zur Verlesung.

Nachträglich liefen noch mehrere kleinere Festgaben für die Waisenschule ein, ausserdem aber konnte in der Januar-Sitzung 1878 von einem grossen Geschenk berichtet werden. Ein ungenanntes Vereinsglied (Ratsherr Pychlau) hatte der

[1]) Eine handschriftliche Geschichte der B. V. 1852—1877 von demselben Verfasser, die leider nicht beendet ist, ist in der Akte Nr. 44 enthalten.

[2]) Die Sammlungen für diesen Zweck hatten 3225 Rbl. eingebracht.

B. V. 2500 Pfund-Sterling (im Nominalwert gleich 16,000 Rbl.) übergeben. Sie wurden dem Wunsche des Stifters gemäss als eiserner Fonds der Hauptkasse einverleibt.

Mit der schlichten Feier am 12. Dezember 1877 schloss eine an Arbeit, aber auch an Erfolgen reiche Periode der Geschichte der L. P. B. V. ab. Es war viel Neues geschaffen worden. In dieser Zeit waren zu den bisherigen Stiftungen und Institutionen hinzugekommen: das Magdalenen-Asyl (1866), das Sprostsche Bauunternehmen (1867), die Sprostschen Dienstbotenstiftungen (1867): Asyl und Unterstützungskasse, die Volksküche (1870), die Blindenschule (1872), die von der B. V. unterstützte Schule der Frau Platz (1873), die Vajensche Stiftung für Kemmern (1875).

Auf Anregung und unter Mitwirkung der B. V. sind folgende Institute, Vereine in der Zeit von 1852—77, wie hier noch einmal zusammenfassend hervorgehoben werden mag, begründet worden: die Dienstbotenunterstützungskasse (1855), der Tierschutzverein (1861), das Assoziations-Möbelmagazin (1862), der Gewerbeverein (1865), das städtische statistische Bureau (1865), die Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt (1866), der Zentralverein der Armenpflege (1867), der Kreditverein der »Vorschusskasse« (1867), das Zwangsarbeitshaus (1869), der Verein gegen den Bettel (1869), der Kunstverein (1870), der Verein zur Ausbildung Blinder und Schwachsichtiger im Blindeninstitut in Riga (1877).

Die grosse Arbeit, deren Resultate in diesen für unsere Vaterstadt so wichtigen Institutionen vorlagen, war ausschliesslich von deutschen Männern geleistet worden; die zur Fortführung der von der B. V. selbst geleiteten Anstalten erforderlichen Geldmittel wurden nur aus den deutschen Kreisen Rigas herbeigeschafft, aber die Früchte der Arbeit kamen allen Einwohnern ohne Rücksicht auf die Nationalität zugut. Hatten die Deutschen noch die Leitung der Stadt in ihren Händen, so fühlten sie sich verpflichtet, für das Gesamtwohl der Bürgerschaft einzutreten, getreu dem Wahlspruch der B. V.: nos aliis.

Anhang:

Biographische Notizen und Hinweise.

Über den Lebensgang des ersten Direktors in diesem Zeitabschnitt des Oberpastors M. D. Taube, ist bereits früher (s. oben S. 105) berichtet worden. Sein Nachfolger wurde der Sekretär des Domänenhofs in Riga Ludwig Walter (1856—1864), geb. 8. Dezember 1809, gest. 24. September 1885.[1]) Nachdem er in Dorpat drei Jahre Philologie studiert hatte, trat er in den Verwaltungsdienst und wurde, nachdem er kleinere Posten inne gehabt hatte, Sekretär des Domänenhofes in Riga und permanentes Mitglied des livl. Kollegiums der allgemeinen Fürsorge. Über seine Persönlichkeit habe ich, abgesehen von den Akten der B. V., nichts in Erfahrung bringen können. Aus diesen gewinnt man ein Bild seiner regen Mitarbeit und, als er nach 25-jähriger Wirksamkeit als Mitglied des engeren Kreises aus diesem ausschied und sich auch von der sonstigen Mitarbeit zurückzog, wurde ein Dankschreiben an ihn gerichtet,[2]) in dem es unter anderem heisst: »Voll Dankbarkeit und Anerkennung gedenkt die B. V. all' der Arbeit und Treue, der Liebe und Hingebung, welche Sie ihr in 8-jähriger Amtsführung als Direktor, in 25-jähriger Wirksamkeit als Mitglied des engeren Kreises, in 26-jähriger Tätigkeit als Mitglied des Kuratoriums, der Taubstummenanstalt und als unermüdlicher Arbeiter in zahlreichen Kommissionen und Delegationen so reichlich gewidmet haben«. Auf L. Walter folgte im Amte des Direktors: Eduard Hollander (1864—66), geb. 19. Juni 1820, gest. 3. Oktober 1897.[3]) Er war der Sohn des rigaschen Ratsherrn Christoph Hollander. Auf seine jugendliche Entwickelung und seine ganze Lebensrichtung hatten die Jahre die er in der, von seinem Oheim Albert Hollander begründeten und geleiteten Erziehungsanstalt Birkenruh verbrachte, den grössten Einfluss. Er selbst sagt einmal[4]), er habe Birkenruh zu verdanken, abgesehen von einer immerhin ganz guten Vorbereitung für Secunda, vor allem den Grund des Glaubens, auf dem er leben und sterben möchte, ferner einen grossen Grad von Idealismus, ohne den es seiner

[1]) Alb. Acad. Dorp. Nr. 2831.

[2]) Akte Nr. 76 im Archiv.

[3]) Alb. frat. Rig. Nr. 259, daselbst auch weitere Literaturangaben.

[4]) Bernhard Hollander, Aus den Jugendjahren Eduard Hollanders. Rig. Almanach 1903, S. 175.

Ansicht noch zu leben nicht lohnt, und endlich neben der Liebe zur Heimat die deutsche Gesinnung und die Liebe zum deutschen Volke. Den letzten Schulunterricht erhielt Hollander im Rigaschen Gouvernements-Gymnasium, das vom Direktor Karl Eduard Napiersky geleitet wurde und in dem der O. P. Karl Ludwig Grave besonderen Einfluss auf die Jugend ausübte. Im J. 1839 kam Hollander zum Studium der Jurisprudenz nach Dorpat, wo damals einige hervorragende juristische Professoren wirkten, wie Karl Otto v. Madai, Friedrich Georg v. Bunge, Karl Eduard Otto und Erdmann Gustav v. Broecker, dem er als dem Freunde des Vaters auch persönlich näher trat.[1]) Hollander antwortete auf die Frage, was er der alma mater Dorpatensis zu verdanken habe, mit den Worten: »Alles. Was ich irgend Gutes mitgebracht hatte von der Schule und dem Gymnasium, in all' dem hat sie mich gestärkt und gekräftigt. Sie hat mich wenigstens so weit für den Dienst der Vaterstadt ausgerüstet, dass ich mit warmem Patriotismus in denselben eintrat, fest entschlossen, dem Wohl Rigas mein Leben zu weihen, fest entschlossen, ihre Rechte zu vertreten, so weit meine schwachen Kräfte reichten. Was die alma mater Dorpatensis uns gewesen, das wird aus den Herzen ihrer Jünger niemals verschwinden. Und frage ich dann weiter, was ich der Fraternitas Rigensis zu verdanken habe, so sage ich wieder: alles. Was die Universität als solche zu bieten nicht imstande war, das hat die Fraternitas, dieselbe in glücklicher Weise ergänzend, in der brüderlicher Gemeinschaft so vieler edel angelegter Jünglinge mir gebracht. Nicht nur frohe Tage glücklicher Jugend, nicht nur treue Freunde für das ganze Leben, sie ist mir auch Schutz gewesen gegen so manche sittliche Gefahr, sie hat mir vielfach geistige Anregung geboten und hat mich in allem Guten gestärkt«. — Das, was Eduard Hollander hier bekannt hat, werden gewiss viele der zahlreichen Söhne der alma mater Dorpatensis, die in der L. P. B. V. gewirkt haben, auch bereit sein zu unterschreiben. Nach Beendigung des Studiums trat Hollander im J. 1844 in den Dienst des Rig. Rates, von dem er eine Anstellung als Notar, dann Sekretär des Stadt-Kassa-Kollegiums erhielt. Es war damals die wenig erfreuliche Zeit des General-Gouverneurs Golowin und der Stackelberg-Chanykowschen Revisionskommission, die den Ratsbeamten viel zu schaffen machte. 1853—1865 war.

[1]) Über Broecker s. oben S. 55.

Hollander Sekretär des Vogteigerichts, 1865 wurde er Ratsherr, 1869 wortführender Bürgermeister, und ist der letzte in diesem Amte gewesen. Besondere Verdienste hat sich Hollander um das niedere und höhere Schulwesen in Riga erworben. Während seines Präsidiums im Schulkollegium sind zahlreiche neue Schulen begründet und bestehende reorganisiert worden. Auch war er eifrig bemüht, die materielle Lage der Lehrer zu bessern. Im Verwaltungsrat des Balt. Polytechnikums hat er 1869—90, in den Jahren seines raschen Emporblühens, das Präsidium geführt. An der Arbeit für die Rig. Kirche hat Hollander gleichfalls regen Anteil in verschiedenen Ämtern genommen, 1878—90 als Präses des Stadtkonsistoriums, auch hier als letzter in seinem Amte. Er, der fest in der alten Tradition wurzelte, hat doch Jahre lang mitgearbeitet an den Reformen, die in den 60er Jahren in Riga geplant wurden, aber nicht zustande kamen. Darnach war es ihm beschieden, die Einführung der russischen Städteordnung (1878) zu leiten, und als im Jahre 1889 dem Rate bei der Einführung der Gerichtsreform auch die Justiz entzogen wurde, der letzten Sitzung desselben zu präsidieren[1]). Neben seiner grossen Berufstätigkeit hat Hollander doch immer noch Zeit zu einer ausgedehnten gemeinnützigen Wirksamkeit gefunden. Diese ist ganz besonders der L. P. B. V. zugute gekommen, in der er stets das Prinzip vertrat, dass die Menschen weniger unterstützt, als zur Selbsthilfe erzogen werden müssen. Dieses Prinzip suchte er auch bei seinen Bemühungen um den Handwerkerstand, dem er in erster Linie sein Interesse zuwandte, in Anwendung zu bringen. Wie viel Anregungen von ihm als Glied des engeren Kreises und als Direktor ausgegangen sind, wie er für die Assoziationen verschiedener Art, für die Gründung des Gewerbevereins usw. gewirkt hat, ist bereits geschildert worden. Er selbst hat es einmal ausgesprochen: »In meiner Beteiligung an der Wirksamkeit der L. P. B. V. sowie namentlich auch bei der Begründung des Gewerbevereins schwebte mir als Ideal immer der Grundsatz vor: das volle Menschentum für jedermann«. Nachdem Hollander als wortführender Bürgermeister seinen Abschied genommen hatte, wurde er, der bisher durch sein Amt bereits Ehrenmitglied gewesen war, in Anerkennung seiner Verdienste um die B. V. hierzu ernannt.

[1]) B. Hollander, Riga im 19. Jahrhundert. Riga 1926, S. 90.

Sein Nachfolger wurde Philipp Gerstfeldt (1866 bis 1873 April), geb. 6. April 1835 in Sausk bei Pernau, gest. 5. Dezbr. 1889.[1]) Nach Beendigung seines juristischen Studiums in Dorpat, setzte er dieses noch in Berlin fort, worauf er sich 1859 in Riga als Hofgerichtsadvokat niederliess, doch trat er bald in den Dienst der livl. Gouv.-Regierung, 1861 wurde er Notar des Landgerichts, von 1862—72 war er Sekretär desselben, das nächste Jahrzehnt (1873—83) verlebte er in Deutschland. Nach seiner Rückkehr (1884) wirkte er als Beamter des livl. Hofgerichts und Advokat in Riga bis zu seinem Tode. In die Zeit seines ersten Aufenthalts in Riga fällt seine eifrige Mitarbeit an den Aufgaben der L. P. B. V., in der damals gerade ein besonders lebhaftes Streben zu bemerken war. Es war die Periode der Neugründungen, die viele Beratungen erforderte und die Gerstfeldt, obgleich er wohl an Lebensalter einer der jüngsten war, doch durch sein klares Urteil sehr gefördert hat. Alfred Hillner sagte von ihm[2]): »Gerstfeldt hat stets als Mitstreiter in erster Reihe gestanden, ein Führer der Genossen, allzeit voran, wo es galt zu arbeiten und zu kämpfen für die unseren Lebensbedingungen entsprechende Ausgestaltung unseres Gemeinwesens! Wohin wir blicken mögen — auf die kommunale Tätigkeit in unserer Stadt, auf die Versammlungen und Beratungen unserer Bürgerschaft, auf die zahlreichen Kommissionen, in denen sich die Selbstverwaltung unserer Stadt und die Arbeit an unseren politischen Aufgaben vollzieht, auf das Wirken und Schaffen unserer gemeinnützigen und wohltätigen Vereine — immer und überall treffen wir auf die unermüdliche Arbeit, auf die vielbegehrte und gern gewährte Mitwirkung unseres Freundes! Arbeitstüchtig, klar und kräftig, furchtlos und treu, mit beredtem Worte, festem Sinn und warmem Herzen eintretend für seine Überzeugung, ein gewappneter Mann im öffentlichen Leben, ein treuer Freund, ein guter Kamerad, so hat er unter uns gewirkt und geschafft, so wird sein Andenken fortleben in unseren Herzen!« Mit freigebiger Hand hat Gerstfeldt auch der B.V. beigestanden. Ihm verdankte die Waisenschule eine tatkräftige Hilfe in schwieriger Lage[3]) Auch Gerstfeldt wurde von der B.V. zum Ehrenmitgliede ernannt, als er Riga 1873 verliess.

[1]) Alb. Acad. Dorp. Nr. 6178. Alb. Livon. Nr. 446. Illustr. Beilage d. Rig Rundschau 1902, S. 105.

[2]) Akte im Archiv Nr. 232 und 159.

[3]) N. Busch a. a. O. S. 93.

Gerstfeldts Nachfolger Alfred Hillner (1873—1899) hat sein Amt so lange verwaltet, wie keiner vor ihm. Über seine für die B. V. besonders bedeutungsvolle und wertvolle Persönlichkeit soll erst im nächsten Abschnitt gesprochen werden. Unter den sonstigen Mitarbeitern der B. V. ragte hervor B. M. Otto Müller, geb. 7. Juli 1813, dessen Teilnahme an den Bestrebungen der B. V. schon des hohen Ansehens wegen, das er in Stadt und Land genoss, von grösstem Werte war.[1]) Besondere Ämter hat er in der B. V. nicht bekleidet, da er infolge der grossen auf ihm ruhenden Arbeitslast wohl schon sonst zu viel in Anspruch genommen war. Er hat aber als Mitglied des engeren Kreises und in manchen Kommissionen mitgearbeitet. Von besonderer Bedeutung war es, dass er als Präses des Armendirektoriums die von der B. V. angeregte Begründung des Zwangsarbeitshauses wesentlich fördern konnte. Man hat von Müller gesagt, dass er wie kein anderer »den Namen eines Beraters des baltischen Lebens« verdient habe. Ihm wird eine »vor keiner Schwierigkeit zurückschreckende zähe Energie in der tatsächlichen Ausführung des von ihm nach reiflicher Überlegung als recht und richtig Erkannten und damit zugleich stets ernstlich Gewollten« nachgerühmt. »Müller mit seinem, wo es irgend darauf ankam, kräftigen und grossen Eingreifen war eben an Kopf und Herz, in Wort und Tat ein ganzer Mann.«[2]) Sein Tod im besten Mannesalter (1867) war ein Verlust, der im ganzen Lande tief und schmerzlich empfunden wurde, von dem auch die B. V. schwer betroffen wurde.

Unter den sonstigen Mitgliedern des Rates hat sich auch in dieser Zeit der Bürgermeister Gustav Daniel Hernmarck (s. oben S. 111) an den Arbeiten der B. V. lebhaft beteiligt. Neben ihm wirkte Ratsherr Alexander Faltin,[3]) geb. 12. Dez. 1819, gest. 8. Nov. 1899 in Wiesbaden, ein scharfsinniger Jurist, der Mitbegründer und Redakteur der »Baltischen Monatsschrift«. Er hat sich, abgesehen von seiner Berufsarbeit, grosse Verdienste um die erste Entwickelung des rigaschen Eisenbahnwesens erworben. In der B. V. hat er sich namentlich an

[1]) Alb. frat. Rig Nr. 184, daselbst auch weitere Literaturangaben. Ausserdem: Baltische Monatsschrift 1888 Band 54, S. 382. Illustrierte Beilage der Rigaschen Rundschau 1901, S. 80.

[2]) Baltische Monatsschrift 56 Band 1889, S. 20. B. Hollander, Riga im 19. Jahrhundert, Riga 1926, S. 72.

[3]) Alb. frat. Rig. Nr. 270. Düna-Zeitung 1899 Nr. 246.

der Begründung der gemeinnützigen Baugesellschaft beteiligt und ist in vielen Kommissionen juristischer und praktischer Ratgeber gewesen. Er wird als ein niemals ermüdender Arbeiter, als ein Mann, der mit zäher Energie seine Ziele verfolgte und von hingebender Liebe für die Heimat beseelt war, geschildert.

Ein stiller, aber hervorragender Gelehrter, ein Sammler und Forscher auf dem Gebiete unserer baltischen Geschichte war Dr. August Buchholtz, geb. 15. Febr. 1803, gest. 29. Mai 1875, aber dieser »Mann der Wissenschaft war auch ein Mann des praktischen Lebens. An unseren kommunalen Angelegenheiten, an den Arbeiten zum Besten des Gemeinwohls, an der Förderung gemeinnütziger Bestrebungen hat er stets mit Rat und Tat regen Anteil genommen«. In der B. V. hat er sich in manchen Kommissionen und auf dem Gebiete des Schulwesens betätigt, besonders aber auch den »Rig. Stadtblättern« seine werktätige Unterstützung angedeihen lassen. Die B. V. hat ihn im J. 1870 zu ihrem Ehrenmitgliede ernannt.[1])

Ein Freund und Arbeitsgenosse von Buchholtz war Karl Bornhaupt, geb. 5. Juni 1802, gest. 5. April 1889. Bei Gelegenheit seines 50-jährigen Lehrerjubiläums wurde er im J. 1878 zum Ehrenmitgliede der B. V. ernannt »in dankbarer Anerkennung der Verdienste, die er sich um die geistige Entwickelung unserer Vaterstadt Riga als langjähriger Leiter einer Lehranstalt, als Autorität auf dem Gebiete der Altertumskunde und Geschichte unserer engeren Heimat, als Begründer der 1. Taubstummen-Anstalt in Riga und als Mitglied der B. V. insbesondere dadurch erworben, dass er die erste Gemälde-Ausstellung ins Leben gerufen und durch seine umfassenden Vorarbeiten für den jetzt blühenden Kunstverein den Sinn und das Verständnis für die Kunst geweckt, gefördert und verbreitet hat«.[2])

Die Verdienste des Waisenvaters Eduard Friedrich Komprecht, geb. 20. Nov. 1806, gest. 22 Sept. 1882, um die B. V., insbesondere um die Waisenschule, für die er bis in die

---

[1]) Akte Nr. 232 im Archiv. Alb. frat. Rig. Nr. 7, daselbst auch weitere Literaturangaben. Ausserdem Illustrierte Beilage der Rigaschen Rundschau I, S. 112.

[2]) Akte Nr. 76 im Archiv. N. Busch a. a. O. S. 130. Alb. frat. Rig. Nr. 5, daselbst auch weitere Literaturangaben. Ausserdem Illustrierte Beilage der Rigaschen Rundschau 1902, S. 48.

letzten Tage seines Lebens treu gewirkt hat, sind von N. Busch [1]) bereits gewürdigt worden. Wie er jedes gemeinnützige Werk zu fördern suchte, so hat er auch sein besonderes Interesse dem Verein gegen den Bettel gewidmet. Als er im J. 1873 zum Ehrenmitglied der B. V. ernannt wurde, konnte von ihm wohl gesagt werden, »sein ganzes Leben sei ein ununterbrochener Liebesdienst an den Mitmenschen gewesen«.

Einer der regsten Mitarbeiter der B. V. war in dieser Periode der Gymnasiallehrer Karl Herweg, geb. am 13. Mai 1811, gest. 21. Sept. 1877. Seine Persönlichkeit und seine Leistungen auf dem Gebiete des Schulwesens sind von N. Busch geschildert worden, [2]) sein Name ist aber auch in der obigen Darstellung wiederholt genannt worden. Er war an der Taubstummenanstalt, an der Ulmannschen Schule als Mitglied des Kuratoriums und als Lehrer tätig, er war an der Begründung der Blindenschule stark beteiligt, fand aber seine letzte Lebensaufgabe als Direktor des Waisenpensionats. Dass ein Zwangsarbeitshaus zustande kam, war zum Teil seiner Initiative zu verdanken. In Anerkennung seiner Verdienste wurde Herweg 1866 zum Ehrenmitgliede der B. V. erwählt, und als er 25 Jahre dem Kuratorium der Waisenschule angehört hatte, wurde in dem Pensionat ein »Herwegscher Freiplatz« gestiftet. Direktor A. Krannhals sagte von ihm: »Sein für das reale Leben aufgeschlossener Sinn, seine sittliche Energie trieben und befähigten ihn in hohem Grade dazu, in das Leben einzugreifen, die Durchführung praktischer Gedanken, die Erreichung gemeinnütziger Zwecke sich zur Aufgabe zu stellen und mit Lust und aufopfernder Hingabe an ihrer Realisierung zu arbeiten. Er suchte die Verbindung mit Gleichgesinnten; in der Gemeinschaft mit anderen zu wirken, war ihm Bedürfnis«. Dieses fand Befriedigung in der L. P. B. V. »Sein ganzes Sein und Wesen« — sagt Alfred Hillner — »war die Verkörperung des Wahlspruchs, den die B. V. in ihrem Wappen führt, des Wahlspruchs: Nos aliis — wir für andere!«

Zu den Reichsdeutschen, die in der B. V. wirkten und in Riga ganz heimisch wurden, gehörte auch Dr. phil. Richard

[1]) N. Busch a. a. O,, S. 105 ff. Akte Nr. 76 und 232 im Archiv. Alb. frat. Rig. Nr. 102, Illustrierte Beilage der Rig. Rundschau. 1903, S. 77. Rig. Stadtblätter 1882 Nr. 39.

[2]) N. Busch a. a. O. S. 71 und 96. Akte Nr. 232 und Nr. 178 im Archiv. Rig. Biographien III, S. 218. A. Krannhals, Karl Herweg. Baltische Monatsschrift 1877. Rig. Stadtblätter 1877, S. 341, 348, 363. Illustrierte Beilage der Rigaschen Rundschau 1902, S. 21.

Kersting, geb. 18. Jan. 1821, gest. 7. Dezember 1875, der als Chemiker der Mineralwasseranstalt als 22jähriger Jüngling ins Land kam und bald die Leitung derselben übernahm.[1]) Er war eine bedeutende Persönlichkeit, voller Interesse für Wissenschaft und Kunst. Sein liebenswürdiges Wesen, sein geistvoller Humor, mit dem er seine Reden stets zu würzen verstand, erwarben ihm viele Freunde, während sein Tätigkeitstrieb und sein edler Gemeinsinn ihm ein weites Arbeitsfeld in den Vereinen eröffneten. Der Naturforscherverein, der Dichterverein, der Kunstverein, die L. P. B. V., in der er besonders für die Volksküche sorgte, und vor allem der Gewerbeverein zählten ihn zu ihren verdienstvollsten Mitgliedern. »Als ein Fremdling ist er zu uns gekommen« — konnte von ihm gesagt werden[2]) — »als der unsere ist er geschieden und der unsere bleibt er. Dass es uns gelungen ist, einen so seltenen Mann ganz zu dem unseren zu machen, spricht für die Kraft unseres geistigen Lebens ... Wer kann sie zählen, die Anregungen geistigen Lebens, die von ihm ausgegangen sind? Wer kann ihn bemessen, den Einfluss auf die sittliche Entwickelung aller, die mit ihm in Berührung traten? Wer kann die Zahl derer berechnen, denen er zum Segen geworden?«

Eine höchst eigenartige, geistvolle Persönlichkeit in jener Zeit war auch der Begründer und Redakteur der »Zeitung für Stadt und Land« Gustav Keuchel, geb. 5. August 1832, gest. 6. April 1910, der sich namentlich für die Begründung des Blindenvereins interessierte und dann, trotz der Verschiedenartigkeit der Charaktere in enger Freundschaft mit K. Herweg verbunden, für Eichenheim tätig war. In den Jahren 1875—83 war er Leiter der Erziehungsanstalt des Vereins gegen den Bettel daselbst. Wahrscheinlich weil er hier nicht alle seine Ideale verwirklichen konnte, gab er diese Tätigkeit auf und siedelte nach Berlin über, wo er mehrere Jahre als Schriftsteller lebte, worauf er wieder in die Heimat zurückkehrte. Er hat hier noch als Jugenderzieher in Fellin und Redakteur in Riga gewirkt (1910). Keuchel war eine urwüchsige Kraftnatur, stets bereit für alles Gute einzutreten, für seine Mitmenschen zu wirken. »Dank der packenden Kraft seiner

[1]) Rig. Almanach 1877. Rig. Biographien III, S. 188.

[2]) Ed. Hollander, Gedächtnisrede auf Rich. Kersting im Gewerbeverein. Manuskript im Hollanderschen Familienarchiv.

Persönlichkeit und der namentlich die reiferen Schüler faszinierenden Weise hat Keuchel einen bedeutsamen Einfluss auf die Jugend ausgeübt.«[1])

Als Nachfolger Ulmanns in der Fürsorge für die Töchterschule hat sich O. P. Wilhelm Hillner, geboren 1. Juli 1813, gest. 18. April 1868, betätigt, wie er auch ein warmes Interesse für die sittliche Hebung der Handwerkerjugend bekundete.[2]) Der General-Superintendent Arnold Friedrich Christiani, geboren 14. Dezember 1807, gestorben 2. März 1886, hat 1865 bis 1880 dem engeren Kreise angehört und Jahre lang in hingebender Weise als Präses des Kuratoriums für das Magdalenen-Asyl gewirkt.[3]) Ihm zur Seite stand als Kassaführer Ratsherr Karl Bergengrün, geb. 31. Aug. 1823, gest. 25. Okt. 1898, der von der Gründung des Asyls an (1851) bis zum J. 1895 dieses Amt getreu verwaltet hat. Die B.V. erwählte ihn im J. 1891 zum Dank für diese uneigennützige Tätigkeit zu ihrem Ehrenmitgliede.[4])

Unter den Ärzten hat Dr. Karl Waldhauer, geb. 18. Dezember 1821, gest. 30. April 1899, der sehr populäre Leiter der Reimersschen Augenklinik, an der Begründung der Blindenschule und des Blindenvereins bedeutenden Anteil genommen. »Er war einer der hervorragendsten Augenärzte Russlands, eine kraftvolle, urwüchsige Natur, die unter der rauhen Schale ein treues Herz und ein weiches Gemüt barg.«[5]) Als Mitglied des engeren Kreises (1858—1861) und in zahlreichen Kommissionen hat Dr. med. Guido Girgensohn, geb. 6. Januar 1811, gest. 22. Dezember 1861, die Zwecke der Gesellschaft mit Rat und Tat zu fördern gesucht. Sein im besten Mannesalter erfolgter Tod wurde von allen tief beklagt,[6]) denn er hatte es verstanden, »durch raschen und entschiedenen Aufruf zum Handeln manches Gute aus dem Bereiche der Beratung in die Ausführung hinüberzuleiten«.

---

[1]) Alb. frat. Rig. Nr. 383. Illustrierte Beilage der Rigaschen Rundschau 1902, Nr. 8. E. Seraphim, Aus der Arbeit eines baltischen Journalisten. Riga 1911, S. 3—11.

[2]) Alb. Accad. Dorp. Nr. 2915. Rig. Kirchenblatt 1868 Nr. 34. Illustrierte Beilage der Rigaschen Rundschau 1903 Nr. 12.

[3]) Rigaer Almanach für 1872. Illustrierte Beilage der Rigaschen Rundschau 1904, S. 75. Alb. Liv. Nr. 139.

[4]) Rigasche Ratslinie Nr. 855, Illustrierte Beilage etc. 1903, S. 61.

[5]) J. Brennsohn, Die Ärzte Livlands, Mitau 1905, Illustrierte Beilage etc. 1903, S. 17.

[6]) J. Brennsohn a. a. O. [Chr. Aug. Berkholz], Dr. med. Guido Girgensohn, Riga 1862.

Einer der wenigen Offiziere unter den Mitgliedern der B.V. war der Chef der Militär-Ingenieurverwaltung, Obrist, später Generallieutenant Edgar von Goetschel, der in den sechsziger Jahren eifrigen Anteil an den Arbeiten nahm und namentlich die Leitung des gemeinnützigen Baunternehmens in Händen hatte. Er war damals und auch, als er nach längerer Abwesenheit 1886 wieder nach Riga zurückkehrte, hier eine sehr populäre Persönlichkeit († 8. Mai 1896).

Unter den Handwerkern war namentlich Tischlermeister August Steinbach ein tatkräftiges Mitglied der B.V., indem er besonders die Bestrebungen auf dem Gebiete des Assoziationswesens unterstützte und auch an der Begründung des Gewerbevereins mitarbeitete. Im J. 1883 ist er bei Gelegenheit seines 25-jährigen Jubiläums als Ältermann des Tischleramtes »in dankbarer Anerkennung der erfolgreichen Mitwirkung, welche er während seiner langjährigen Mitgliedschaft den Bestrebungen der B. V. zur Förderung der Wohlfahrt des Gewerbestandes hat angedeihen lassen« zum Ehrenmitglied ernannt worden.[1])

Im Jahr nach dem Jubiläum der B. V., am 24. Aug. 1878, ist der Historiograph derselben Napoleon Asmuss in Riga verstorben.[2]) Er war in Lübeck am 8./20. Septbr. 1805 geboren, aber schon früh nach Dorpat gekommen, wo er die Schule und Universität besuchte. In Riga begründete er 1833 eine eigene Lehranstalt, die er Jahrzehnte lang geleitet hat. Im J. 1856 wurde er auch zum Dispacheur ernannt und zeichnete sich bei der Führung dieses Amtes durch hervorragende Sachkenntnis aus. Innerhalb der B. V. war er zuerst als Lehrer an der Lutherschule tätig, dann hat er von 1852 an bis zu seinem Tode (1878) die »Rig. Stadtblätter« in gewissenhafter und verständnisvoller Weise redigiert. Um die Geschichte der B. V. hat er sich nicht nur durch Ordnungsarbeiten im Archiv, sondern auch durch seine historischen Darstellungen (s. oben S. 166 und 173) verdient gemacht. Als er im J. 1877 die Redaktion der »Rig. Stadtblätter« 25 Jahre geführt hatte, wurde er in dankbarer Anerkennung seiner Verdienste, die er sich hierdurch und durch mannigfache andere wertvolle Arbeiten um die Gesellschaft und um das Gemeinwohl unserer Stadt erworben, zum Ehrenmitgliede ernannt.

[1]) Gest. 5. April 1889.

[2]) Akte Nr. 76 und Nr. 232. Rig. Stadtblätter 1878 Nr. 35 Nekrolog von Alex. Buchholtz.

VI. Die Tätigkeit der Bürgerverbindung in den Jahren 1878—1902.

Das Jubiläum der L. P. B. V. war im Jahre 1877 des Krieges wegen ohne irgend welche Festlichkeiten in aller Stille gefeiert worden, aber auch, abgesehen vom Kriege, herrschte eine ernste Stimmung im Hinblick auf die bevorstehende Änderung der Stadtverfassung. Man ahnte aber damals noch nicht, wie ernst sich die Verhältnisse in Stadt und Land während der nächsten Jahrzehnte gestalten würden, dass sich die Angriffe aus dem Osten gegen unsere gesamte deutsche Kultur, deren Vernichtung erstrebt wurde, richten würden.[1]) Völlige Assimilation der Ostseeprovinzen mit dem Russischen Reiche sollte erreicht, der bisherige Einfluss der Deutschen auf die Letten und Esten gebrochen werden. Wenn auch die Russifizierungsbestrebungen viel früher begonnen haben, so nennen wir doch gewöhnlich die mit dem Jahre 1877 beginnende Periode unserer Landesgeschichte die Zeit der Russifizierung, die sich auf die Schulen, die Verwaltung und die Justiz erstreckte. Sie erreichte in Riga ihren Höhepunkt im Jahre 1889, als der Gouverneur Sinowjew seine brutale Schreckensherrschaft ausübte, als die »Rigasche Zeitung« nach der Flucht ihres Redakteurs Alex. Buchholtz eingehen musste und andere angesehene Bürger ins Innere des Reiches in die Verbannung wandern mussten. Zu ihnen gehörte auch der Sekretär der B. V. Valentin Wittschewsky, der 8 Jahre lang dieses Amt verwaltet hatte. Auch sonst hatte die B. V. natürlich unter den obwaltenden Verhältnissen zu leiden, am schwersten wurden ihre Schulen von den Massregeln der Regierung getroffen. Der Abbau in Bezug auf das Schulwesen ist für die nun folgende Periode der Geschichte unserer B. V. charakteristisch. Sie konnte aber auch von nun an nicht mehr darauf rechnen, von der Regierung irgend eine Förderung ihrer Interessen zu erfahren. Bei ihrer Begründung war ihr das kaiserliche Wohlwollen eröffnet und der kaiserliche Schutz versprochen worden. Vom Generalgouverneur Marquis Paulucci an bis auf den Fürsten Suworow haben die meisten höchsten Regierungsbeamten sich der B. V. gegenüber wohlwollend verhalten und oft ihre Bestrebungen begünstigt.

[1]) B. Hollander, Riga im 19. Jahrhundert. Ein Rückblick. Riga 1926, S. 81 ff.

In Petersburg gab es wohl oft Hindernisse zu überwinden, aber es herrschte doch keine feindliche Stimmung ihr gegenüber. Das wurde jetzt anders: weder in Riga noch in der Residenz konnte die B. V. auf ein gemeinsames Handeln mit den Regierungsautoritäten zum Nutzen der Gesamtbevölkerung der Stadt rechnen. Sehr charakteristisch ist eine Äusserung Baron Budbergs, des Dirigierenden der kaiserlichen Bittschriftenkommission. Als der Direktor der B. V. eine Bittschrift beim Kaiser wegen Überlassung eines Kronsspeichers zu einem billigeren Preise (1901) einreichen wollte, hielt es Baron Budberg nicht für möglich, dieselbe dem Herrscher zu unterbreiten, da die B. V. bei der gegenwärtigen Zeitströmung kaum auf eine Unterstützung irgend einer Art seitens der Regierung hoffen dürfe.[1]) Und die B. V. hielt sich doch prinzipiell fern von aller Politik und arbeitete für alle Nationalitäten. So herrschte wohl oft eine gedrückte Stimmung unter den Mitgliedern, aber man hoffte doch auf eine bessere Zukunft. Das zeigte sich unter anderem darin, dass man die Entwickelung der einzelnen Institute sichern wollte durch den Erwerb von Immobilien. Ein besonderes Interesse wandte man nach der Schliessung der meisten Schulen der Taubstummenanstalt zu, die auch von der Teilnahme des grossen Publikums getragen wurde. Von neuen Unternehmungen sind in dieser Zeit nur wenige ins Leben getreten, aber die bestehenden Institute suchte man fester auszugestalten. Auf vielen Gebieten sozialer Wirksamkeit hatten die während des vorigen Zeitabschnittes von der B. V. begründeten Vereine (wie z. B. der Gewerbeverein) ihr die Arbeit abgenommen, aber an Aufgaben, die zu erledigen waren, hat es nie gefehlt.

Für das Schulwesen der B. V. müssen zu dem Buche von Nik. Busch einige ergänzende Mitteilungen gemacht werden, da »äussere Verhältnisse« — d. h. in normales Deutsch übertragen: »die russische Zensur« — ihn daran hinderten, alles offen zu besprechen. Im J. 1887 wurde der B. V. vom Direktor der Stadtschulen Schweder mitgeteilt, dass alle Schulen, die bisher unter seiner Aufsicht gestanden hatten, jetzt dem Volksschuldirektor Pokrowsky unterstellt seien. Dieser soll, wie berichtet wurde, die Einreichung der Jahresberichte von den Schulen in russischer Sprache verlangt haben. Da die B. V. eine Privatgesellschaft war und kein Gesetz von einer solchen

[1]) Protokoll vom 27. Februar 1901. Band XII. S. 376.

die russische Korrespondenz mit den hiesigen Regierungsinstitutionen verlangte, wurde beschlossen, die Jahresberichte wie bisher in deutscher Sprache durch das Direktorium dem Volksschuldirektor einzureichen, den Schulen aber wurde aufgetragen, in keinem Falle direkt mit diesem zu verhandeln, sondern nur durch das Direktorium zu korrespondieren. Pokrowsky schickte im Januar 1888 die deutschen Berichte zurück »mit der Bitte, dieselben in russischer Sprache vorzustellen gemäss dem Gesetz vom 14. September 1885 über die Geschäftsverhandlungen in russischer Sprache«. Der engere Kreis war der Meinung, dass das angezogene Gesetz auf den vorliegenden Fall völlig unanwendbar sei, und beschloss, zunächst überhaupt keinen Bericht einzusenden. Erst am Ende des Jahres, als wiederum die Zeit der Berichte gekommen war, wurde der Direktor A. Hillner beauftragt, mündlich mit dem Kurator Kapustin zu verhandeln. Er traf bei diesem zufällig auch Pokrowsky an. Beide Herren machten keinen weiteren Versuch, das erwähnte Gesetz noch weiter heranzuziehen; letzterer stellte sich auf den Standpunkt des Kronsbeamten, der die deutschen Berichte übersetzen lassen müsste und nicht eine solche Arbeit für die B. V. leisten wollte. Schliesslich sagte Kapustin nach einer kurzen Besprechung: »Der Volksschuldirektor wird die Liebenswürdigkeit haben, Ihre Berichte in deutscher Sprache entgegenzunehmen«. Doch noch im selben Jahr (1889) wurde den Inspektoren der Schulen mitgeteilt, dass sie — und nicht das Direktorium der Gesellschaft — die Berichte durch Ausfüllung russischer Formulare zu erstatten hätten. Da alle übrigen Privatschulen dieses taten, glaubte auch die B. V. sich dem nicht entziehen zu können, doch sollten alle diese Berichte vom Direktor der B. V. ohne Begleitschreiben dem Volksschulinspektor eingesandt werden. Auf dieses Vorspiel folgten schwerer wiegende Verhandlungen, die mit der Einführung der russischen Unterrichtssprache zusammenhingen. Das Verhalten der B. V. war nicht bei allen Schulen ganz gleich; es muss auf diese Frage noch zurückgekommen werden.

Nachdem die Lutherschule 1876 ganz in die Gewerbeschule aufgegangen war, war doch sofort im J. 1877 in einer Vorstadt für die Handwerkslehrlinge eine neue Lutherschule begründet worden (s. oben S. 118). Als die städtische Schulverwaltung 1882 feststellte, dass hiernach gerade ein ganz

besonders dringendes Bedürfnis vorhanden sei, gliederte die B. V. ihre Lutherschule in das System dieser städtischen Abendschulen ein. Mit ihnen teilte sie das Schicksal der Einführung der russichen Unterrichtssprache und der Aufnötigung eines neuen Lehrplans. Der Hauptnutzen der Schule kam der lettischen Bevölkerung zugut. Im Jahre 1900 waren unter 70 Schülern: 6 Deutsche, 1 Russe, 3 Polen und 60 Letten. Dieser Umstand wird wohl auch die Veranlassung gewesen sein, dass die B. V. die Schule trotz der Russifizierung fortführte, hatte doch die überwiegende Mehrzahl der Schüler ohnehin den Unterricht nicht in der Muttersprache.

Nachdem im J. 1878 Hans Justus Aereboe, ein Bruder des Rauhen Hauses, die Leitung der Waisenschule in Eichenheim, mit der ja ein Pensionat verbunden war, übernommen hatte, trat die Anstalt stark unter den Einfluss Wichernscher Ideen. Das Pensionat wurde unter Zustimmung der B. V. immer mehr zu einer Bewahranstalt für sittlich gefährdete Kinder umgestaltet, wobei das Prinzip der Arbeitsfamilie vertreten wurde. Der körperlichen Arbeit wurde dieselbe Bedeutung zugesprochen wie der geistigen; dabei suchte Aereboe das Gemütsleben der Zöglinge durch Veranstaltung von kleinen Festlichkeiten, Leseabenden etc. zu beeinflussen. Diese ganze segensreiche Arbeit wurde im J. 1889 jäh unterbrochen.

Im September 1889 mussten auf Verfügen des Gouverneurs Sinowjew 3 Lehrer plötzlich entlassen werden. Das Verfahren dieses Satrapen in dem vorliegenden Falle ist so charakteristisch für ihn und für jenes Jahr 1889, dass ich den Bericht des Direktors Hillner hier wörtlich anführe:[1])

»Am 1. September 1889 meldete mir der Vorsteher der Waisenschule und des Waisenpensionats zu Eichenheim, Aereboe, folgendes: Einige Tage vor dem 17. August c. habe er den Pensionär Sch. für ungezogene Redensarten durch zwei Schläge auf den Mund und die Wange bestraft. Am 17. August sei derselbe entlaufen und habe am 18. Aug. gegen Aereboe und den Aufseher Mantz bei der Polizei eine Denunziation angebracht.[2]) Einige Tage nach dem 18. August seien 5 Zöglinge vor die Gensdarmerieverwaltung zitiert und dort

[1]) Akte Nr. 225 im Archiv.

[2]) In einem weiteren Bericht in der Akte 225 ist auch der Inhalt der albernen, lügenhaften Denunziation angegeben.

vernommen. Als Zeuge sei auch der zweite Lehrer Pohpel in die Sache hineingezogen. Zum 1. September sei er, Aereboe, vor die Gensdarmerieverwaltung zur Vernehmung zitiert und eben im Begriff sich dahin zu begeben . . . [Nachdem Hillner am 2. September einem Polizeibeamten verschiedene Auskünfte über die Anstalt in Eichenheim hatte erteilen müssen, wurde er zum 4. September zum Gouverneur zitiert.] Als ich zum Gouverneur kam, empfing er mich mit den Worten: »In Ihrer Anstalt haben grosse Unordnungen stattgefunden«. Ich dankte ihm, dass er mir Gelegenheit geboten, die Sache mit ihm zu besprechen, sagte, dass ich erst vor wenigen Tagen nach der Rückkehr von einem Urlaub zu meiner Betrübnis erfahren, dass infolge der Denunziation eines bestraften und entlaufenen Zöglings eine Untersuchung gegen Aereboe eingeleitet sei, dass ich aber im einzelnen nicht wisse, worum es sich handle, und daher ihn bitten müsse, mir den Sachverhalt mitzuteilen. Die Antwort des Gouverneurs war ganz allgemein gehalten; Einzelheiten wurden nicht angeführt. Soviel entnahm ich, dass der Aufseher Mantz besonders belastet sei. Pohpel wurde nicht besonders erwähnt. Im allgemeinen kam es darauf heraus, dass das Personal der Anstalt unzuverlässig und von schlechter politischer Gesinnung sei. Auch der Umstand, dass Aereboe Ausländer ist, schien ein Grund der Unzufriedenheit. Der Gouverneur erklärte, dass solche unzuverlässige Personen nicht länger in ihren Ämtern verbleiben dürften. Ich antwortete mit der Frage, ob denn schon ein Beschluss vorliege, sie dem Gericht zu übergeben? So weit mir bekannt, sei die Voruntersuchung noch nicht einmal abgeschlossen. Der Gouverneur erwiderte, die Sache werde an das Gericht gelangen, augenblicklich aber fordere die Gensdarmerieverwaltung die Entfernung der Angestellten im Interesse der Untersuchung. Ich bemerkte, dass es sich also doch wohl um eine zeitweilige Suspension bis zur gerichtlichen Entscheidung handle. Der Gouverneur erwiderte, er könne nicht dulden, dass so unzuverlässige Personen in verantwortlicher Stellung in einer Erziehungsanstalt verbleiben, er müsse daher fordern, dass sie sofort definitiv entlasssen werden. Ich bat den Gouverneur zu wiederholten Malen, doch zu erwägen, wohin das führen müsse, wenn ein Kind, das eine Strafe erhalten, hinlaufe und den Lehrer denunziere und sodann infolge der Aussagen von Kindern der Lehrer entfernt werde. Ich betonte, dass der

Aussage einiger Kinder doch das Urteil aller der Männer gegenübergestellt werden sollte, die, wie auch ich, über Aereboe nur das allergünstigste Zeugnis ablegen könnten, wobei ich bemerkte, dass ich über Mantz nichts wisse und von Pohpel nur Gutes gehört hätte. Ich hob hervor, dass die Autorität und Disziplin in den Erziehungsanstalten auf das empfindlichste leiden müssen, wenn die Lehrer und Erzieher infolge von Aussagen von Kindern sofort entlassen würden. Ich wies endlich darauf hin, dass die plötzliche Entlassung der Lehrer der Anstalt die grössten Schwierigkeiten bereiten müsse; den Unterricht für die externen Schüler könne man im Notfall für einige Zeit aussetzen, aber die mehr als 20 Pensionäre, die in der Familie Aereboes leben, könne man nicht im Laufe weniger Tage entlassen und ebenso wenig liesse sich so rasch ein Ersatz für die Hauseltern finden. Alle diese Vorstellungen halfen nichts. Der Gouverneur blieb dabei: Sie müssen die Leute entlassen. Ich erklärte dann schliesslich, dass ich nicht kompetent sei, die Lehrer zu entlassen. Wolle der Gouverneur bei seiner Absicht beharren, so möge er selbst die Absetzung aussprechen und darüber der Bürgerverbindung schriftlich die Mitteilung machen. Das stellte der Gouverneur denn auch in Aussicht, indem er bemerkte, dass er Aereboe vielleicht einen Termin von 3 Tagen zum Verlassen der Anstalt gewähren werde. Aus den Verhandlungen ging hervor, dass dem Gouverneur die Existenz der L. P. B. V., ihre Organisation und ihr Zweck völlig unbekannt waren«. — Noch am selben Tagen erhielt Hillner das in Aussicht gestellte Schreiben des Gouverneurs (4. Sept. 1889 Nr. 7206), in dem die Erfüllung der angekündigten Massregeln und der Ersatz der Entlassenen durch »zuverlässigere« (болѣе благонадежными) Personen verlangt wurde. Der Lehrer Pohpel musste sofort die Anstalt verlassen, der Aufseher Mantz wurde verhaftet, 8 Tage in strengem Arrest gehalten und dann unter Polizeiaufsicht gestellt. Im Febr. 90 wurde er ohne ein gerichtliches Verfahren von neuem verhaftet, wobei ihm die Gefängnisstrafe von 6 Monaten in Einzelhaft angekündigt wurde. Von wem dieses Urteil ergangen war, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Nachdem im engeren Kreise und auf der allg. Versammlung über diese Vorgänge Bericht erstattet worden war, wurde von der letzteren am 15. Sept. 1889 beschlossen, im Hinblick auf die

gemachten Erfahrungen und in Erwägung dessen, dass es unmittelbar nach solchen Ereignissen unmöglich wäre, die in der Schule und Erziehungsanstalt unbedingt erforderliche Disziplin und Autorität fernerhin aufrecht zu erhalten, die Waisenschule, in der der Unterricht zeitweilig eingestellt worden war, definitiv zu schliessen und das Personal baldmöglichst aufzulösen. Hiervon wurde die Schulobrigkeit am 29. Sept. c. in Kenntnis gesetzt. Das war das traurige Ende der Waisenschule, die seit 1836 segensreich gewirkt hatte, in der zuletzt 74 Kinder unterrichtet wurden. Sie waren es, die vielleicht am schwersten von der Willkür des Gouverneurs betroffen wurden, aber auch die B. V. empfand den Verlust der Schule aufs schmerzlichste. »Wir hier im engen Verbande,« sagte Dr. Poelchau, der Präses der Administration, »unter dem Wahrspruche: »nos aliis« vermögen es voll zu würdigen, was unserer Gesellschaft das Aufhören unserer Waisenschule und des Pensionates in Eichenheim bedeutet. Ein zerstörender, reinab vernichtender Schauer ist in eines unserer sorgfältigst gepflegten, mit vieler Mühe und Arbeit hochgezogenen Saatfelder gefahren. Was uns hier getroffen, kann sich jeden Augenblick auf den andern Gebieten unserer gemeinnützigen Tätigkeit wiederholen«. Aereboe durfte Riga nicht verlassen, obgleich er deutscher Reichsangehöriger war. So konnte er auch nicht einem an ihn ergangenen Rufe in eine Tätigkeit zu Berlin Folge leisten. Erst am 26. Dez. c. konnte er mit einem Zwangspasse des Gouverneurs nach Deutschland heimkehren. Eichenheim wurde zum Teil einem Frl. Busse, die ein Pensionat für schwächliche Mädchen leitete, unentgeltlich überlassen, zum Teil dem Kinderasyl des Vereins gegen den Bettel zur Benutzung und Verwaltung übergeben.

In diesem Falle hatte das brutale Vorgehen Sinowjews die Schliessung der Schule notwendig gemacht, zwei weitere Schulen wurden wegen der durch das Gesetz vorgeschriebenen Russifizierung geschlossen. Im Okt. 1889 wurde die Einführung der russischen Unterrichtssprache auch auf die Privatschulen ausgedehnt. In den Schulen I. und II. Kategorie, dazu gehörte die Ulmannsche Töchterschule, sollte der russische Unterricht allmählich, von der untersten Klasse beginnend, eingeführt werden, in den Schulen III. Kategorie, zu denen die städtische Mädchenklasse der Waisenschule gehörte, sollte diese Massregel am 1. Juli 1892 durchgeführt werden, wobei der evangelische Religionsunterricht, sowie der Unterricht

richt in den örtlichen Idiomen und der deutschen Sprache davon unberührt bleiben sollten. Die B. V. musste nun zu dieser Frage der Russifizierung Stellung nehmen. Leider ist der Inhalt der »lebhaften Diskussion über die prinzipielle Seite der Frage« im Protokoll nicht wiedergegeben. Wir können aber wohl annehmen, dass dabei besonders betont worden ist, die B. V. dürfe nicht selbst mitwirken an dem von der Regierung beabsichtigten Werke der Entnationalisierung, sie dürfe sich damit nicht in Gegensatz stellen zu ihrer ganzen Vergangenheit; es handle sich nicht nur um die deutsche Unterrichtssprache, sondern darum, dass an die Stelle der alten deutschen Schule etwas ganz Neues treten solle, wodurch das alte Wesen vernichtet werde; es sei ein falscher Wahn, wenn man von der Erhaltung des deutschen Geistes in der künftigen russischen Schule rede. Diese Auffassung entsprach wenigstens der Meinung der meisten führenden Persönlichkeiten in Riga. Ratsherr J. C. Schwartz und der Direktor der B. V. Stadtrat Alfred Hillner waren auf dem livl. Landtage vom J. 1888 als Vertreter der Stadt Riga aus solchen Gründen für die Schliessung der ritterschaftlichen Landesschulen eingetreten.[1]) Auch heute werden wir dieser durchaus würdigen Stellungnahme unsere Sympathie nicht versagen können. Vielleicht wurde aber hierbei sowie bei dem späteren Beschluss der B. V. das Schicksal der in den bisherigen Schulen erzogenen deutschen Kinder zu wenig berücksichtigt. Diese Frage hat der damalige Direktor der Stadtrealschule H. Hellmann bei allen Beratungen immer als den Kernpunkt bezeichnet, indem er eine klare und nüchterne Erwägung forderte. Daran, dass die Regierung ihren Russifizierungsplan durchführen werde und die Möglichkeit dazu hatte, war nicht zu zweifeln. Was sollte nun aus den Kindern werden, wenn alle bisher deutschen Schulen geschlossen würden und wenn die deutschen Lehrer, wie das vielfach von ihnen erwartet wurde, ihre Ämter niederlegen und ihre Tätigkeit einstellen sollten? Nur wenige Eltern konnten mit ihren Kindern das Land verlassen oder ihre Kinder zur Erziehung nach Deutschland schicken; ebenso waren nur wenige

[1]) Sehr eingehend werden diese Anschauungen vertreten von Dr. Arend Buchholtz in dem Werke »Geschichte der Rigaschen Familie Schwartz. Berlin 1921« in dem Kapitel »Im Kampfe um die deutsche Schule« S. 475 ff. Alex. v. Tobien referiert in seinem Buche »Die Livl. Ritterschaft in ihrem Verhältnis zum Zarismus und russischen Nationalismus. Riga 1925 S. 291« ausführlich über die Landtagsverhandlungen.

in der Lage, ihren Kindern eine vollständige häusliche Erziehung zu gewähren. Die meisten würden voraussichtlich doch gezwungen sein, ihre Kinder in die russischen Schulen zu schicken, in denen sie dann ganz dem Einfluss der aus Russland hergeschickten Lehrer preisgegeben wären. Auf dem Landtage sagte ein Vertreter der Minorität: die Ritterschaft habe die Wahl zwischen deutschgesinnten russischen Schulen (ihren Landesgymnasien) und russischgesinnten russischen Schulen. Innerhalb der B. V. ist diese Frage am eingehendsten von dem Kuratorium der Mädchenklasse der Waisenschule erörtert worden.[1]) Hier handelte es sich bei der sehr beschränkten Zahl der Unterrichtsfächer (Religion, deutsche Sprache, Kalligraphie, russische Sprache, Rechnen, Geographie, Handarbeit, Singen) und weil es im Unterricht in der Religion, der deutschen und russischen Sprache beim alten bleiben konnte, im wesentlichen um die Russifizierung der 4 Rechenstunden. Die Geographiestunden wollte man ganz aufgeben und in den übrigen Nebenfächern hoffte man auf kleine Zugeständnisse der Regierung, übrigens konnte hierbei die russische Sprache leicht umgangen werden. Das Kuratorium war daher zuerst gegen die Schliessung. »Es hat dabei,« wie es in einem Schreiben heisst, »die Erwägung nicht unberücksichtigt lassen dürfen, dass die 109 Mädchen, die gegenwärtig die Schule besuchen, den allerärmsten Bevölkerungsschichten unserer Stadt angehören, denen es oft schwer, ja gar unmöglich ist, selbst das hier verlangte äusserst geringfügige Schulgeld von 2—3 Rbl. jährlich aufzubringen. Eine Schliessung der Schule würde diese Kinder geradezu auf die Strasse setzen, — an einen Ersatz durch andere Schulen mit höherem Schulgelde wäre für die allerwenigsten zu denken. Die Eltern, die es irgend ermöglichen können, würden ihre Kinder in die öffentlichen Elementarschulen geben, hätten aber jedenfalls nicht die Mittel, den blos fakultativen deutschen Unterricht daselbst zu bestreiten, so dass die Kinder nicht einmal das Lesen und Schreiben in ihrer Muttersprache erlernen würden, worunter wiederum die Erteilung des Religionsunterrichts empfindlich leiden müsste.« Das Kuratorium war der Meinung, dass die 4 Religionsstunden und 6 deutschen Stunden einen so überwiegenden Einfluss ausüben würden, dass eine Gefahr der Entnationalisierung nicht vorliegen würde.

[1]) Akte Nr. 226 im Archiv.

Es wies schliesslich darauf hin, dass die Mädchenwaisenschule eine der wenigen noch übrigen Stätten sei, wo die Kinder der ärmsten Bevölkerung noch die Möglichkeit hätten, soweit in ihrer Muttersprache unterwiesen zu werden.

Der engere Kreis machte das Kuratorium darauf aufmerksam, dass irgend welche obrigkeitlichen Zugeständnisse wohl gesetzlich ausgeschlossen seien, worauf dasselbe den Beschluss fasste: »In Erwägung, dass es unter den obwaltenden Verhältnissen im Interesse der B. V. opportun erscheint, die von den letzteren unterhaltenen Schulen aufzugeben, glaubt das Kuratorium eine Fortführung der Mädchenwaisenschule nicht empfehlen zu sollen«.

Das Kuratorium der Ulmannschen Töchterschule war von vornherein für Schliessung der Schule,[1]) weil die nötigen Lehrkräfte nicht zu finden oder zu teuer sein würden, weil die Schülerinnen dem russischen Unterrichte nicht würden folgen können und »im Hinblick auf die Traditionen unserer B. V., denen Zufolge alle ihre Stiftungen auf dem Gebiete der Jugenderziehung der Pflege und Entwickelung deutsch-evangelischen Wesens haben dienen sollen«. Am 13. April 1890 bestimmte die allgemeine Versammlung, die im J. 1848 eröffnete Ulmannsche Töchterschule klassenweise aufsteigend zu schliessen. Am 22. Mai 1892 wurden die letzten Schülerinnen feierlich entlassen. Am 30. Mai 1892 wurde die im J. 1839 begründete »städtische Nebenklasse der Waisenschule« gleichfalls geschlossen.

So blieb neben der Lutherschule nur noch die Taubstummenanstalt der B. V. erhalten.[2]) Mit um so grösserer Liebe wurde für diese gesorgt; ihr wandte sich auch die besondere Sympathie des Publikums zu. Als der Volkschulinspektor im J. 1892 neben andern Fragen sich auch darnach erkundigte, welche Rolle die russische, deutsche oder andere lokale Sprachen beim Unterrichte im Lesen und Schreiben spielen, wurde ihm einfach geantwortet, dass der Unterricht nur in deutscher Sprache erteilt werde. Der Vorsteher der Schule Inselberg hatte sein Gutachten dahin abgegeben, dass in der Taubstummenschule nur eine Sprache gelehrt werden könne, daher könne nur die Sprache Berücksichtigung finden, in der gesetzlich der Religionsunterricht erteilt werde.[3]) Von einem

[1]) Akte Nr. 115 im Archiv.
[2]) N. Busch a. a. O. S. 153 ff.
[3]) Akte Nr. 231 im Archiv.

schweren Verlust wurde die Taubstummenschule durch den Tod des Leiters J. B. Stünzi am 12. Juni 1879 betroffen (s. oben S. 118). Sein Wirken hatte auch über Riga hinaus Bedeutung gewonnen. »Der Name Stünzi wird,« so wurde damals gesagt, »in der Entwicklungsgeschichte des Taubstummenunterrichts unserer Stadt und unserer Provinz eine bleibende Stelle einnehmen.« Unter seinem Nachfolger Etter hörte die Vorortstellung Rigas auf und das Verhältnis zu den andern Anstalten im Lande wurde gelöst. Im J. 1888 übernahm Ed. Inselberg die Leitung der Schule, der noch heute segensreich an ihr wirkt. Schwer hatte die Taubstummenanstalt unter dem Mangel von guten Schulräumen zu leiden. Als sie im Februar 1890 ihr 50-jähriges Jubiläum feiern konnte, wurde mehrfach der Wunsch nach einem eigenen Heim ausgesprochen. Bereits im J. 1881 hatte N. Dobbert, der 20 Jahre lang Mitglied des Kuratoriums gewesen war, in aller Stille ein kleines Kapital von 537 Rbl. als Grundlage eines Baufonds gesammelt. Dieser war durch grössere und kleinere Vermächtnisse im J. 1894 auf 14500 Rbl. angewachsen. Da erhielt die B. V. die Mitteilung, dass der in Rom lebende Älteste der Schwarzenhäupter Alexander Schweinfurth, der selbst von einem schweren Gehörleiden heimgesucht war, ein Kapital von 20.000 Rbl. für den Baufonds gestiftet habe. Nun zögerte man nicht mehr: es wurde unter günstigen Bedingungen an der Marienstrasse Nr. 40 ein Bauplatz erworben, im J. 1898 begannen die Bauarbeiten, und am 30. August 1899 konnte die schöne Einweihungsfeier vollzogen werden. Allerdings hatte die B. V., um die Baukosten, die 71.125 Rbl. betrugen, zu decken, eine Anleihe von 30.000 Rbl. aufnehmen müssen. Einen schönen Schmuck erhielt das neue Haus durch eine wertvolle Gemäldesammlung, die gleichfalls Schweinfurth der Anstalt überwiesen hatte.

So hatte die L. P. B. V. ihre Arbeit auf dem Gebiete der Jugendfürsorge wohl eingeschränkt, aber keineswegs ganz aufgegeben. Sie hat auch in dieser Zeit mehrfache Bitten um Subventionen erfüllen und damit sehr dankenswerte Hilfe gewähren können. Fast während dieser ganzen Periode wurden »die heilpädagogische Anstalt der Frau Th. Platz« (s. oben S. 120) und das Pensionat für kränkliche Kinder des Frl. Pfeiffer von der B.V. unterstützt. Mehrere Jahre hindurch erhielten auch die Mädchengewerbeschule des Jungfrauenvereins und das Fischersche

Institut Hilfszahlungen, wobei namentlich die Ausbildung von Bonnen berücksichtigt wurde. Eine Hilfe konnte die B. V. auch gewähren, als im J. 1888 in Riga die Bedeutung der Handfertigkeitskurse für Knaben erkannt wurde und der Elementarlehrer J. Meyer zur Ausbildung für diesen Unterricht nach Leipzig geschickt werden sollte. Sein Unterricht ist auch der Taubstummenschule zugute gekommen[1]). Abgesehen von den Schulen unterstützte die B. V. auch die Bestrebungen des evangelischen Jünglingsvereins und half bei der Herausgabe der »Baltischen Jugendschrift«. Ihr war es aber auch vergönnt, wieder eine eigene neue Schöpfung der Kinderwelt darbieten zu können.

Am 22. März 1894 erhielt die B. V. die Nachricht, dass der Älteste gr. Gilde Johann Eduard Schmidt ein Kapital von 50000 Rbl. zur Errichtung einer Anstalt vorzugsweise zum Wohl armer verwaister Kinder testamentarisch vermacht habe; die B. V. sollte bei der Verwendung des Kapitals um Rat gefragt werden und die Verwaltung der Stiftung übernehmen. Nach eingehenden Beratungen wurde am 16. September 1894 beschlossen, aus der Stiftung eine »Eduard Schmidtsche Kinderbewahranstalt der L. P. B. V.« zu begründen. In diesen Kinderhort sollten Kinder bis zum 8. Lebensjahr während des Tages zur Beaufsichtigung und Verpflegung aufgenommen werden. Nur mit grosser Mühe gelang es, in der Gegend von Thorensberg, wohin die Anstalt kommen sollte, an der Kleinen Altonaer Str. Nr. 10 ein einigermassen befriedigendes Lokal zu finden. Am 20. August 1896 konnte endlich die feierliche Eröffnung stattfinden. Wie sehr der Hort hier einem Bedürfnisse entgegenkam, wurde dadurch erwiesen, dass es nicht möglich war, alle angemeldeten Kinder aufzunehmen[2]). Im ersten Jahr waren 33 Kinder im Hort, davon 30 Letten, im Jahre 1902 wurden 40 Kinder verpflegt, davon 32 Letten.

Noch ein weiteres Vermächtnis sollte der Jugend zugut kommen. Im Jahre 1888 wurde der B.V. ein grösseres Kapital aus dem Nachlass des Kaufmanns Joh. Wilhelm Grimm übergeben, über dessen Verwendung nähere Bestimmungen mit der B. V. vereinbart wurden. Die Stiftung sollte den Namen Joh. Wilhelm Grimms Schenkung führen. Aus den jährlichen

[1]) Vergl. auch N. Busch a. a. O. S. 159.
[2]) Vergl. den Jahresbericht für das J. 1896.

Zinsen sollte die L. P. B. V. Schulgelder im Betrage von mindestens 2000 Rbl. jährlich für Knaben christlicher Religion bezahlen. Über den Rest der Kapitalzinsen sollte die B. V. freie Verfügung haben. Bei der Bewilligung der Schulgelder sollten solche Knaben, die der ev.-luth. Konfession angehörten und Schulen mit deutscher Unterrichtssprache besuchten, ein unbedingtes Vorzugsrecht haben. Das Kapital der Stiftung betrug im Jahre 1893: 65748 Rbl. und war im Jahre 1902 auf 74800 Rbl. angewachsen. Es konnten ungefähr 3000 Rbl. jährlich für die Bezahlung von Schulgeldern verausgabt werden. Diese Stiftung hat ausserordentlich segensreich gewirkt, da sie vielen Eltern geholfen hat, ihren Kindern einen deutschen Unterricht zu schaffen.

Zu bedauern ist es, dass die B. V. sich bei einer Verhandlung über Ferienkolonien für schwächliche Schulkinder, die in Anlass eines in der »Rigaschen Zeitung« 1882 Nr. 86 veröffentlichten Artikels von Dr. Bochmann stattfand, ablehnend verhielt. Abgesehen vom Mangel an Geldmitteln für diesen Zweck, wurden auch prinzipielle Bedenken geäussert. Man zweifelte an der Durchführbarkeit des Unternehmens bei uns im Lande und sogar im Hinblick auf die Trennung der Kinder von den Eltern an dem Nutzen. Wohl wurde eine Kommission um ein Gutachten gebeten, aber die Angelegenheit ist nicht weiter zur Verhandlung gekommen.

Auf dem Gebiete der allgemeinen sozialen Fürsorge sind in diesem Zeitabschnitte hauptsächlich die bereits bestehenden Unternehmungen weiter fortgeführt und ausgebaut worden; auch sind, wo es erforderlich war, Subventionen bewilligt worden, doch sind auch einige Neuschöpfungen zu verzeichnen. Durch die Begründung des Vereins gegen den Bettel, des Gewerbevereins und anderer Vereine war freilich das Arbeitsfeld der B. V. nach dieser Richtung eingeschränkt worden. Mit beiden genannten Vereinen stand die B. V. in nahen Beziehungen; mit dem ersteren schon durch den gemeinsamen Besitz von Eichenheim und dadurch, dass der Verein gegen den Bettel die Verwaltung und Nutzniessung des Grundstückes nach Schliessung des Waisenpensionats übernommen hatte. Ein neues Unternehmen war die Begründung eines Nachtasyls für Obdachlose. Im März 1880 berichtete der Direktor A. Hillner, dass in der Presse wiederholt auf die Notwendigkeit eines derartigen Instituts hingewiesen worden sei. Er bean-

tragte, dass die B. V. dieser Frage näher treten solle. Sie setzte eine Kommission, bestehend aus den Herren Dr. E. Brutzer, Ratsherr E. Burchard und Rechtsanwalt O. v. Radecki, ein. In diese Kommission trat auch Konsulent H. Kuchczynski, der von nun an viele Jahre hindurch für das Nachtasyl gearbeitet und es unterstützt hat. Die Kommission ging von vornherein mit grossem Eifer an die Arbeit, indem sie Material für die Vorarbeiten sammelte. Ein Mitglied besuchte auch in Berlin die dortigen Asyle, zwei andere liessen sich durch die hiesigen billigen Nachtquartiere führen, über deren Elend sie einen anschaulichen Bericht erstatteten. Im Oktober 1880 konnte die Kommission bereits mit festen Vorschlägen vor die allgemeine Versammlung treten. Nach diesen sollte die B. V. das Nachtasyl begründen und durch ein Kuratorium verwalten lassen. Die Mittel dazu sollten dadurch herbeigeschafft werden, dass recht zahlreiche Personen (Subskribenten) zu einer jährlichen Beisteuer von 3 Rbl. aufgefordert werden sollten. Von den Besuchern des Asyls sollte auch eine Zahlung von 5 Kop. erhoben werden, wofür ihnen aber auch Grütze oder Suppe, Brot und Tee geliefert werden würde. Die das Asyl Benutzenden sollten sich des Schutzes einer vollständigen Anonymität erfreuen; auch die Polizei sollte das Institut nicht durch unnütze Einmischung oder Haussuchungen stören. Wer das Asyl mehr als 5 mal in einem Monat besucht hatte, sollte bei der Aufnahme hinter anderen zurückgestellt werden. Nachdem diese Grundsätze von der allgemeinen Versammlung anerkannt worden waren, wurde auch gleich zur Ausführung des Plans geschritten. Da eifrig Propaganda getrieben und auch durch einen Vortrag im Gewerbeverein das Interesse dafür geweckt wurde, nahmen die Subskriptionen einen guten Fortgang. Es waren bis zum Februar 1881 etwa 400 Subskribenten gewonnen. Nachdem mit vieler Mühe auch ein geeignetes Lokal an der Alexanderstrasse Nr. 82 gefunden war, konnte am 20. August das Nachtasyl eröffnet werden. Dass es einem Bedürfnis entgegenkam, bewies die rege Frequenz. Es wurde in den ersten 3 Monaten von 3801 Personen besucht. Die höchste jährliche Besucherzahl ist während dieser Periode im J. 1880 mit 19320 Personen erreicht worden. Während der ersten 10 Jahre des Bestehens der Anstalt betrug die Zahl der Besucher 158966. In dieser ganzen langen Zeit und noch darüber hinaus haben der Hausvater Grube und seine Gattin in treuer Weise täglich die

Asylanten empfangen und für sie gesorgt. Im Jahre 1902 ist ein starker Rückgang in der Zahl der Besucher festzustellen; diese sank von 16,305 (1901) auf 8650. Das hing damit zusammen, dass das Eintrittsgeld von 5 auf 10 Kop. erhöht wurde und dass die Polizei, die sich sonst durchaus verständnisvoll zu dem Unternehmen gestellt hatte, wohl infolge des übergrossen Eifers einiger niederer Chargen, häufige Revisionen vor der Tür des Asyls veranstaltete. Dadurch wurden viele abgeschreckt. Das Kuratorium suchte durch ihre ausführlichen Berichte und durch die Aufforderung, das Asyl zu besuchen, immer wieder Interesse für dasselbe zu erregen. Gegen Ende dieser Periode wurden die ersten Schritte zum Erwerbe eines eigenen Hauses getan: im Jahre 1899 wurde ein Grundstück am Dünaufer hinter den Ambaren erworben.

Auf Antrag des Ratsherrn Eugen Burchard hat sich die B. V. im Jahre 1880, wie schon früher wiederholt, mit der Frage der Holzbeschaffung für die ärmeren Bevölkerungsklassen beschäftigt. Die Verhandlungen hatten dieses Mal ein gutes Ergebnis. Nachdem die Vorberatungen in einer Kommission stattgefunden hatten, wurde am 28. März 1880 von der allg. Versammlung beschlossen, einen Holzhof zu begründen, auf dem das Brennholz in kleinen Quantitäten zum Selbstkostenpreis an Arme verkauft werden sollte, und wo auch Wohltätigkeitsvereine für die von ihnen unterstützten Armen Holz kaufen könnten. Unentgeltliche Hergabe von Holz war dabei nicht in Aussicht genommen, hat später aber doch (z. B. im Jahre 1891) stattgefunden. Der Holzhof kam einem dringenden Bedürfnis entgegen. Im Jahre 1882 wurden 300 Faden verkauft, im Jahre 1899: 1224 Faden. Besondere Nachfrage war gerade nach der kleinsten Quantität: $^1/_{40}$ Faden, die zu 10 Kop. verkauft wurde. Hatten doch diese Armen häufig ihr Holz bisher stückweise beim Krämer für einen verhältnismässig hohen Preis kaufen müssen. Im Jahre 1882 wurden $6113/_{40}$ Faden, im J. 1899: $8994/_{40}$ Faden abgesetzt. Nachdem der 1. Holzhof in der Moskauer Vorstadt einen wachsenden Zuspruch gehabt hatte, wurde im Jahre 1891 ein zweiter in Sassenhof eröffnet, bei dem jedoch eine geringere Nachfrage vorhanden war. Da hier auch sonst grössere Schwierigkeiten entstanden, wurde dieser letztere im Jahre 1899 wieder geschlossen.

Auch die Frage der Heizung mit Torf ist in diesen Jahren wieder zur Verhandlung gekommen. Auf Anregung des

Direktors Hillner hielt Prof. George Thoms in der allgemeinen Versammlung am 27. März 1881 einen eingehenden Vortrag über die Bedeutung des Torfes als Brennmaterial.[1]) Er kam zu dem Ergebnis, dass derselbe sich erst einer allgemeinen Verbreitung und Anwendung erfreuen werde, wenn durch industrielle Unternehmungen ein grosser Konsum dieses Brennstoffes sichergestellt worden und dass nur Maschinentorf die Konkurrenz mit Holz und Steinkohle bestehen könne. Veranlassung zur Protektion der Torfheizung sei genügend vorhanden im Interesse des Waldschutzes, der einheimischen Industrie und der ärmeren Schichten der Bevölkerung. Die Stadtverwaltung könnte bei ihren bedeutenden Torfmooren mit verhältnismässig geringem Anlagekapital Erhebliches leisten, doch müssten die Torflager eingehend untersucht werden. Oberförster Fritsche trat gleichfalls hierfür ein und berichtete, dass im Rigaschen Patrimonialgebiete mindestens 2 Quadrat-Meilen Torfboden vorhanden seien. Es wurde zur weiteren Behandlung dieser Frage eine Kommission eingesetzt, doch scheint sie keinen Bericht über ihre Tätigkeit eingereicht zu haben.

Das Magdalenenasyl, das im Jahre 1876 sein 25-jähriges Jubiläum hatte feiern können, ist während dieser ganzen Zeit fortgeführt worden und hat damit wohl seine Lebensfähigkeit, an der wiederholt gezweifelt wurde, erwiesen. Freilich sind bei dieser Art der Arbeit häufige Enttäuschungen unvermeidlich und die an einer solchen Anstalt Mitwirkenden würden sicher oft mutlos die Hände sinken lassen, wenn nicht auch immer wieder einzelne schöne Erfolge zu verzeichnen wären. In einem Jahresberichte (1890), wird von einem solchen erzählt, und dann heisst es weiter: »Dürfen wir solche Erfahrungen nicht als einen immer neuen Antrieb ansehen, der Mahnung zu folgen: Stärke, was sterben will? Können sie uns nicht mit mancher vergeblichen Arbeit und manchem Misserfolg versöhnen? Wohl können und sollen sie es, und gerne sprechen wir es aus, dass Teilnahme und Verständnis für unsere Arbeit zunehmen«. Wenn 1876 berichtet werden konnte, dass im Laufe der ersten 25 Jahre ca. 60% der Zöglinge als gebessert hatten entlassen werden können, so war das ein ganz schöner Erfolg. Das Asyl hat meist ungefähr 20 Zöglinge beherbergt. Diese wurden mit verschiedenen Arbeiten beschäftigt und erhielten

[1]) Vergl. das ausführliche Referat im Prot. v. 27. März 1881, IX, S. 188.

auch in mehreren Fächern Unterricht. Im Jahre 1881 wurde beschlossen, das an der Säulenstrasse Nr. 40 belegene Haus zu verkaufen und in Sassenhof ein Grundstück zu erwerben, um auf demselben ein für die Zwecke der Anstalt mehr geeignetes Haus selbst zu bauen. Der Plan ist sehr bald verwirklicht worden. In der Nähe der Eisenbahnstation Sassenhof an der kl. Lagerstrasse Nr. 140 oder Margaretenstr. Nr. 1 wurde ein Grundplatz von 1222 Quadrat-Faden angekauft, und am Ende des Jahres 1882 konnte berichtet werden: »Ein stattlicher Neubau mit freundlicher Einrichtung, in einer friedlich stillen Gegend am Waldessaum belegen, ist nunmehr das Heim der Unglücklichen, denen das Asyl seine rettenden Räume öffnet, auf dass sie durch Gebet und Arbeit ihrem früheren Elend entrissen und einem ehrsamen Berufe zugeführt werden mögen!« Der Neubau hatte 16483 Rbl. gekostet. Diese Summe war in folgender Weise aufgebracht worden:

Zahlung des Damenhilfsvereins	3000 Rbl.
Darlehn aus der Hauptkasse der B. V.	4000 „
Nettoprovenue aus dem Verkauf des alten Hauses .	5000 „
Anleihe beim Rigaschen Hypothekenverein . . .	4483 „
	16483 Rbl.

Die Damen des Hilfsvereins haben auch in diesem Zeitabschnitte nicht nur in finanzieller Beziehung die Verwaltung des Asyls wesentlich erleichtert, sondern auch durch ihre Besuche und durch freundliche Anteilnahme an dem Schicksal der Asylantinnen die Aufgaben des Magdalenenasyls gefördert. Seit dem Jahre 1881 erhielt dieses vom medizinisch-polizeilichen Komitee eine Subvention im Betrage von 400 Rbl., die aber im Jahre 1898 gekündigt wurde. Auf eine Anfrage, ob auch griechisch-orthodoxe Mädchen beherbergt würden, war geantwortet worden, dass das Asyl bisher von solchen nicht aufgesucht worden wäre, dass dieses aber allerdings einen evangelischen Charakter trage. Daraufhin erfolgte die Einstellung der Zahlung.

Viele treue Arbeit ist in dem Asyl geleistet worden von den Angestellten und vom Kuratorium. Besonders hervorgehoben aber muss es werden, dass Ratsherr Karl Bergengrün von 1851—1895 in oft schwerer Zeit die Finanzen des Asyls verwaltet hat.

Im vorigen Kapitel konnte davon berichtet werden, dass die B. V., dank den Stiftungen der Familie Sprost, manches zur

Förderung des Dienstbotenstandes getan und damit eine wichtige soziale Aufgabe erfüllt hatte. In den folgenden Jahren sind diese Arbeiten fortgesetzt worden. Namentlich hat sich der damalige Notar Robert Baum eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Nachdem er im Jahre 1875 in der »Baltischen Monatsschrift« (N. F. Bd. VI) den »Entwurf einer Gesinde-Ordnung für die Ostseeprovinzen Russlands« veröffentlicht hatte, hielt er im Jahre 1880 einen Vortrag,[1]) in dem er kurz berichtete, was in Riga bisher auf diesem Gebiete geschehen war, dann aber betonte, dass eine wesentliche Verbesserung der Dienstboten-Verhältnisse nur herbeigeführt werden könne, wenn diese Frage in ihrem vollen Umfange von ihrer rechtlichen und ihrer wirtschaftlich-sittlichen Seite in Angriff genommen werde. Baum verlangte den Erlass einer Gesindeordnung, deren Aufgabe es wäre, die Erfüllung des Gesindevertrages zu sichern, unnötigem Streite vorzubeugen und, falls ein solcher doch entstanden, eine möglichst schnelle Schlichtung desselben herbeizuführen. Nach der wirtschaftlich-sittlichen Seite sollte nach Baums Ansicht dem Dienstbotenstande durch einen Verein zur Hebung desselben geholfen werden. Als Zweck eines solchen Vereins wurde festgestellt: durch planmässige Fürsorge für das geistige und leibliche Wohl der Dienstboten ihre Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit zu fördern und sie durch ihr eigenes Interesse zu längerem Verbleiben auf einer Dienststelle zu veranlassen, um dieselben auf diese Weise zu treuen Hausgenossen ihrer Herrschaft zu machen. In welcher Weise dieser Verein seinen Zweck erfüllen könnte, hat Baum in einem zweiten Vortrage noch näher dargelegt.

Die B. V. setzte eine Kommission, bestehend aus den Herren Konsulent Konrad Bornhaupt, Julius Burchard, Redakteur Fr. Pilzer, Ratsherr Alex. Faltin, W. Mündel, R. Baum und Th. Berent, zur Beratung der Dienstbotenfrage ein. Die Kommission legte den von Ratsherr Faltin ausgearbeiteten Entwurf einer Gesindeordnung im Februar 1881 der allgemeinen Versammlung vor, die ihn nach kleinen Abänderungen in 2. Lesung im November 1882 billigte.[2]) Im März 1883 wurde er

[1]) R. Baum, Über die Dienstbotenfrage. Vortrag. Riga 1880. Derselbe, Die Begründung eines Vereins zur Hebung des Dienstbotenstandes in Riga. Riga 1883. Vergl. auch oben S. 77 ff.

[2]) Entwurf einer Gesinde- oder Dienstboten-Ordnung für die Stadt Riga. Riga 1881. Akte Nr. 139 und 254 im Archiv.

der Gouvernementsregierung zur Bestätigung resp. zur weiteren Wahrnehmung des Erforderlichen vorgestellt. Diese konnte laut Schreiben vom 21. Januar 1884 diesem Wunsche nicht nachkommen, da der betr. Entwurf ihrer Meinung nach eine Abänderung und Ergänzung des Provinzialrechts projektiere, was nur auf legislativem Wege erfolgen könne. So waren die langjährigen Bemühungen um die Erlangung einer Gesindeordnung und eines Gesindeamtes wiederum ergebnislos verlaufen. Zu gleicher Zeit wirkte Baum für die von ihm vorgeschlagene Begründung eines Vereins zur Hebung des Dienstbotenstandes. Im Mai 1883 fand eine von ca. 60 Hausfrauen besuchte Versammlung statt, auf der einstimmig ein solcher Verein für wünschenswert erkannt wurde. Auch der vorgelegte Statutenentwurf fand die allgemeine Billigung. Die Verhandlungen zogen sich aber noch sehr in die Länge, so dass die B. V. erst im Oktober 1884 den Beschluss fassen konnte, den Verein zu begründen und die Statuten der Obrigkeit zur Bestätigung vorzustellen. Die Aufgaben, die sich der Verein stellte, waren recht weitgehend. Es sollte nicht nur ein persönlich gutes Verhältnis zwischen der Herrschaft und den Dienstboten angebahnt werden, sondern den letzteren sollte auch durch Krankenfürsorge, durch Mägdeherbergen, durch eine Bibliothek, eine Bildungsschule etc. geholfen werden. Im Oktober 1885 erhielt die B. V. die Mitteilung, dass der Minister des Inneren die Statuten in der vorliegenden Form nicht bestätigt habe, sondern eine nochmalige Prüfung derselben wünsche. Er fand, dass die dem Verein zu Grunde liegende Idee an und für sich volle Berücksichtigung verdiene, dass aber die ihm gestellten Aufgaben zu umfangreich seien, wobei nict klar gestellt worden, wie die Mittel zu ihrer Verwirklichung beschafft werden sollen. Zum Vorteil der Sache riet er, die Ziele nicht zu weit zu stecken. Mit diesem Bescheid des Ministers enden auch die Bestrebungen. Es scheint, dass Baum, der ein Jahrzehnt hindurch die treibende Kraft gewesen war, nun in seinem Eifer erlahmte. Er hat in der B. V. keine neuen Anträge mehr gestellt.

Neben diesen Verhandlungen war aber in dieser ganzen Zeit auch an der Verwaltung der Sprostschen Dienstbotenstiftungen (s. oben S. 138) weiter gearbeitet worden.[1]) Zu diesen gehörte vor allem das 1869 eröffnete Dienstboten-

[1]) Siehe Akte Nr. 31 im Archiv.

asyl, das mit einem Erkundigungsbureau verbunden war. Das Asyl wurde zu Beginn dieser Periode im Jahre 1878 von 197 Dienstmädchen aufgesucht. Später sank die Zahl im Jahre 1886 auf 101 Personen, obgleich im Jahre 1885 ein Kreis von Damen sich bemühte, am Sonntagnachmittage arbeitsfreie Dienstmädchen im Asyl zu versammeln und ihnen Unterhaltungen verschiedener Art zu bieten, auch eine kleine Bibliothek für sie zu begründen. Das Erkundigungsbureau war formell als Zweigbureau dem Dienstmannsinstitut »Express« angegliedert. Da dieses aber sein Bureaugeschäft 1883 aufgab, musste die B.V. für ihr Bureau eine eigene Konzession erwirken, die auch gegen eine Kautionszahlung von 3000 Rbl. gewährt wurde. Es gelang jedoch leider nicht, eine Befreiung von den recht beträchtlichen Handelsabgaben (275 Rbl.) zu erreichen. Auch im Bureau zeigte die Zahl der vermittelten Stellen eine sinkende Tendenz: im Jahre 1878 erhielten 642 Dienstmädchen Stellen, im Jahre 1886 nur 502. Es wurde dieses der zunehmenden Konkurrenz durch andere Vermittlungsbureaus und durch private unkonzessionierte sogen. »Schafferinnen« zugeschrieben. So kam es, dass die Ausgaben die Einnahmen überstiegen, und dass das Stiftungskapital sich von 11.340 Rbl. (1883) bis zu 10.250 Rbl. (1886) verminderte. Alle diese Umstände und einige trübe Erfahrungen veranlassten das Kuratorium, die Schliessung des Asyls und des Erkundigungsbureaus zu beantragen. Es wurde darauf hingewiesen, dass besonders die jüngeren Dienstmädchen durch das ihnen hoch erscheinende Kostgeld von 30 Kop. täglich und durch die strenge Hausordnung zurückgeschreckt würden; um den Preis eines ungebundenen Lebens begnügten sie sich lieber mit irgend einem Unterschlupf. Die älteren das Asyl benutzenden Mägde wären oft sehr anspruchsvoll und wenig dankbar. Das Bureau könnte seine Aufgabe wirklich gut nur erfüllen, wenn noch eine Gehilfin der Oberin angestellt werden würde, was wieder mit einer grösseren Ausgabe verbunden wäre. Ohne einen beträchtlichen Zuschuss könnten Asyl und Bureau nicht fortgeführt werden. Obgleich in der allg. Versammlung am 24. April 1887 das lebhafte Bedauern darüber ausgesprochen wurde, dass das Asyl sich trotz des vorhandenen Kapitals wegen mangelnder Teilnahme oder aus andern Gründen nicht als lebensfähig erwiesen habe, während in grösseren deutschen Städten Mägdeherbergen als notwendig betrachtet würden, wurde doch

die Schliessung der beiden Institute zum Herbste des Jahres in Aussicht genommen. Dabei wurde freilich die Administration gebeten, darüber zu beraten, ob und unter welchen Bedingungen eine Wiedereröffnung der Mägdeherberge, wenn auch im bescheidensten Umfange, doch möglich wäre. Es ist hierzu nicht mehr gekommen, obgleich sich die Administration noch im Jahre 1913 mit diesem Plan beschäftigt hat.

Von der Familie Sprost waren ferner im Jahre 1872 für die Begründung einer Altersversorgungsanstalt für Dienstboten 20000 Rbl. mit der Bestimmung dargebracht worden, dass diese Anstalt erst ins Leben treten solle, wenn das Kapital sich verdoppelt hätte. Man dachte an den Erwerb eines eigenen Hauses für ein solches Heim. Im Jahre 1885 war das Kapital auf 40000 Rbl. angewachsen, aber es erschien doch zu klein, um das Unternehmen zu verwirklichen. Nach Rücksprache mit den Stifterinnen, Frl. Emma und Auguste Sprost, wurde beschlossen, das Kapital noch weiter anwachsen zu lassen, aber die Renten von zunächst 10000 Rbl. zur Unterstützung erwerbsunfähiger, weiblicher Dienstboten zu benutzen, die über 50 Jahr alt sind und die letzten 10 Jahre ununterbrochen in Riga gedient haben. Diese interimistische Alterspension der W. Th. Sprostschen Dienstbotenstiftung ist im Jahre 1886 zum 1. Mal an 12 Personen à 36 Rbl. ausgezahlt worden. Die Zahl der Pensionäre ist im Jahre 1894 verdoppelt und im Jahre 1899 um weitere 12 vermehrt worden, so dass damals 36 Personen unterstützt wurden.

Die Dienstbotenunterstützungskasse war nach dem Prinzip der Assoziation begründet (s. oben S. 139). Im Jahre 1878 erhielten 12 Personen 1. und 2. Kategorie 460 Rbl. an Unterstützungen und 18 Personen leisteten ihre Zahlungen in der 3. Kategorie. Die Unterstützung betrug 36—40 Rbl. Im Jahre 1902 wurden 620 Rbl. an Unterstützungen ausgezahlt.

Das W. Th. Sprostsche gemeinnützige Bauunternehmen hatte im Jahre 1875 den ersten Abschnitt seiner Geschichte mit dem Verkauf der 1868 erbauten Häuser beendet. Die Administration schlug damals vor, das Kapital von 16055 Rbl. auf 20000 Rbl. anwachsen zu lassen und dann zu einem Neubau zu schreiten. Im Jahre 1882 war das Kapital 22557 Rbl. gross geworden, daher ersuchte der engere Kreis die Administration um ein Gutachten über die Fortführung des Unternehmens. Die Verhandlungen führten im Okt. 1884

zum Ankauf eines 1000 Quadrat-Faden grossen Grundplatzes am alten Lagerplatz an der Kurischen Str. Nr. 7 und 9. In den Vorberatungen für den Bau, an denen auch rigasche Grossindustrielle teilnahmen, wurde ein Eigentumserwerb seitens der Mieter in Aussicht genommen und daher der Bau von Einzelhäusern befürwortet [1]). Grosse Schwierigkeiten bereitete die Frage des Mietpreises, da der nach dem Kostenanschlag festgestellte von den Industriellen als zu hoch bezeichnet wurde und das Unternehmen doch ohne Zuschuss arbeiten sollte. Als Mieter dachte man sich Fabrikarbeiter, kleine Handwerker, Handwerksgesellen u. dergl. Schliesslich kam man überein, versuchsweise mit möglichst geringem Kostenaufwande 2 Einzelhäuser aus Stein zu erbauen und jedem Häuschen eine Grundfläche von 200 Quadrat-Faden zuzumessen. Für den Bau wurde ein Kredit von 2850 Rbl. bewilligt. Im Juni 1885 wurde mit dem Bau begonnen, im November war er vollendet. Jedes Häuschen bestand aus 2 Geschossen zu je 2 Kammern, deren vordere einen Kochofen enthielt. Auf der Grenze beider Grundstücke befand sich eine Scheune zu gemeinsamer Benutzung. Die Baukosten der Häuser selbst betrugen 2787 Rbl., aber dazu kamen Nebenausgaben für die Scheune, den Brunnen etc. im Betrage von 941 Rbl., der Erstehungspreis für den Grundplatz u. dergl. mehr, so dass die Gesamtkosten für beide Häuser doch 4200 Rbl. betrugen. Nach einer genauen Berechnung ergab sich ein Mietpreis von 150 Rbl., der als zu hoch bezeichnet wurde. Die Administration war daher der Meinung, dass der Versuch ergeben habe: der Bau von Einzelhäusern sei, so sehr er aus anderen Gründen zu empfehlen wäre, in finanzieller Beziehung unvorteilhaft. Die Administration wurde deshalb von der B. V. ersucht, Baupläne und Kostenanschläge für Arbeiterhäuser mit mehreren Wohnungen auszuarbeiten. Sie kam diesem Wunsche nach, aber da die Vermietung der beiden Häuser sehr wenig erfreulichen Fortgang nahm, hatte die B. V. nicht den Mut, neue Bauten zu unternehmen. Es wurde vorgeschlagen, nach dem Beispiel anderer Städte kleine zweckentsprechende Häuser anzukaufen, sie in Stand zu setzen und zu vermieten, wobei die B. V. als Hauseigentümerin ein Aufsichtsrecht hätte und die Mieter in verschie-

[1]) Akte Nr. 13 im Archiv. Protokoll v. 10. Febr. 1884, IX, S. 368 ff. u. v. 22. Febr. 1885, X, S. 7 ff. Jahresbericht für d. J. 1885.

dener Hinsicht beeinflussen könnte. Diesem Vorschlag gemäss wurde im J. 1887 ein an der Revaler Str. 41 (später wird es Nr. 51 bezeichnet) belegenes Immobil für 9300 Rbl. angekauft, doch beanspruchten die vorzunehmenden Remonten in den nächsten Jahren grössere Unkosten. Die Administration bemühte sich, die Wohnungen möglichst freundlich auszugestalten und den Mietern auch ein kleines Gärtchen zu schaffen. »Der wohltätige moralische Einfluss sauberer Wohnungen,« heisst es in einem Berichte, »zeigt sich auch überraschend in dem Streben der Bewohner, auch in ihren häuslichen Einrichtungen und Aufrechterhaltung der Sauberkeit und Ordnung unter einander zu wetteifern.« So erwies sich der Erwerb dieses Immobils als durchaus vorteilhaft. Das ermutigte die B. V. zu einer Erweiterung des Unternehmens. Es wurde im Jahre 1897 zum Bau eines neuen Arbeiterwohnhauses auf demselben Grundplatze geschritten. Das Gebäude wurde in zwei Stockwerken aus Holz erbaut, hatte aber gemauerte und auf eisernen Trägern gewölbte Keller. Jedes Stockwerk enthielt 2 grössere und 4 kleinere Wohnungen, im ganzen also 12 Wohnungen. Der Bau war Ende Oktober vollendet und am 1. November waren bereits sämtliche Wohnungen vermietet und bezogen. Der Bau hatte 8297 Rbl. gekostet. Während sich die Häuser an der Revaler Str., sowohl die angekauften als der Neubau, als durchaus zweckentsprechend erwiesen, hatte die B. V. an den beiden an der Kurischen Strasse belegenen Häusern wenig Freude. Sie mussten weit unter dem Werte vermietet werden oder standen auch ganz leer. Im Jahre 1894 wurden sie mit Verlust für den Preis von 2000 Rbl. verkauft. Damit wurde die B. V., wie es im Berichte heisst, »nunmehr von diesem Schmerzenskinde befreit«. Das Unternehmen hatte sich als ein »verfehltes« erwiesen. Die Wohnungen hatten keinen Anklang gefunden.

Die Administration des gemeinnützigen Bauunternehmens bestand in dieser ganzen Zeit aus 3 Delegierten der L. P. B. V. und 3 Delegierten des Technischen Vereins. Grosse Verdienste hatte sich das langjährige Mitglied der Administration J. v. Orenius erworben, der fast seit Beginn des Unternehmens als Administrator der Immobilien funktioniert und eine wohlorganisierte Ordnung in der Verwaltung begründet hatte. Im J. 1891 hatte die B. V. seinen Tod zu beklagen.

Eine besonders rege Tätigkeit hat die L. P. B. V. im Interesse der Volksküchen in dieser Periode entwickelt. Sie hat

sich auch durch teilweise Misserfolge erfreulicher Weise nicht abschrecken lassen, auf diesem Gebiete weiter zu arbeiten und mehrfache neue Versuche anzustellen. Im J. 1877 war die zweite Volksküche in Hagensberg wegen mangelnden Zuspruchs geschlossen worden. In den nächsten Jahren bereitete auch die erste städtische Volksküche mancherlei Sorgen. Abgesehen davon, dass sie ihren Zweck nicht recht zu erfüllen schien, da die Arbeiter, für die sie hauptsächlich bestimmt war, sie wenig benutzten und mehr Personen aus den gebildeten Ständen ihr Essen aus der Küche holen liessen, begann auch die Frequenz überhaupt in diesen Jahren zu sinken. Das Tagesmittel der verabfolgten Portionen betrug im J. 1878: 216 und sank im J. 1887, in dem sie ihren tiefsten Stand erreichte, auf 140. Dann freilich hob sie sich wieder mit kleinen Schwankungen ganz konstant, um im J. 1900 ihren Höhepunkt während dieser Periode mit 1187 Portionen zu erreichen. Ein zeitweiliger Rückgang im J. 1894—96 erklärte sich dadurch, dass damals Herr N. v. Cramer ganz billige Speisehäuser für die allerärmste Bevölkerung, die auch von der B. V. subventioniert wurden, einrichtete. Im J. 1901 war ein Rückgang durch eine notwendig gewordene Erhöhung der Preise hervorgerufen. Trotz des geringeren Konsums waren die Ausgaben der Volksküche infolge der stets wachsenden Teuerung der Lebensmittel während jener ersten Jahre doch beständig gestiegen. Die Küche war daher damals nicht imstande, sich selbst zu erhalten, und musste die B. V. um die Deckung eines allmählich entstandenen Defizits von 862 Rbl. (im J. 1881) sowie um eine zeitweilige jährliche Subvention von 150—200 Rbl. bitten. Ausserdem aber erboten sich die Ehrendamen, an deren Spitze Frl. Olga Sellmer stand, für die Deckung eines voraussichtlich noch grösseren Defizits zu sorgen. Dank dieser Opferwilligkeit konnte die Volksküche über diese schweren Jahre hinübergeleitet werden, und vom J. 1888 an begann der erfreuliche Aufstieg. Von grosser Bedeutung ist für ein solches Institut natürlich die Lokalfrage. Da die Lage eine den Bedürfnissen entsprechende sein muss, ist die Auswahl eine nur beschränkte. Die erste Volksküche hat ihr Lokal mehrmals gewechselt. Es war meist so, dass das neue Lokal zuerst der Verbesserung wegen freudig begrüsst wurde, dass aber sehr bald sich wieder Klagen wegen allerlei Unzuträglichkeiten erhoben. Im J. 1884 wurde die Volksküche aus der Schwimmstrasse in das Haus

des Architekten Hanke an dem Kreuzungspunkt von 5 Strassen, der Marstall-, Sünder-, Johanniskirchen-, Scharren- und Weberstrasse verlegt. Das Jahr 1891 wurde im Rechenschaftsberichte als ein in der Geschichte der Volksküche hochbedeutsames bezeichnet, weil die Frage nach der Beschaffung eines besseren, geräumigeren Lokals endlich für absehbare Zeit eine vorläufig zufriedenstellende Lösung gefunden hatte. Die Volksküche war in das Haus des Gewerbevereins, wo im Souterrain die Räume ihren Zwecken gemäss umgebaut waren, eingezogen. Doch schon 1895, als die Volksküche ihr 25-jähriges Jubiläum feierte, wurde wieder darüber geklagt, dass die Räume nicht mehr genügten, ja auch sanitätswidrig seien. Es wurde vorausgesehen, dass es überhaupt schwer fallen würde, ein Mietlokal in guter Lage zu finden, das in jeder Beziehung zweckentsprechend wäre. Deshalb wurde immer mehr der Plan erwogen, ein eigenes Immobil zu erwerben oder einen Neubau zu errichten. Mit grossem Eifer suchte die Administration der Volksküche einen Baufonds zu begründen und zu vergrössern. Sie erhielt auch, besonders bei ihrer Jubiläumsfeier, mancherlei Zuwendungen und im J. 1900 eine reiche Gabe aus dem Nachlass des Ältermanns der Schwarzen Häupter Percy v. Jacobs im Betrage von 10.000 Rbl., so dass der Fonds im J. 1901 auf 23.819 Rbl. angewachsen war. Vom J. 1898 an wurden die Baupläne immer eifriger besprochen. Zunächst wandte sich die B. V. an die Stadtverwaltung mit der Bitte, ihr ein der Stadt gehöriges, geeignetes Immobil, das eventuell von der B. V. ausgebaut werden könnte, zu vermieten. Sie erhielt aber einen abschlägigen Bescheid, da der Stadt zur Zeit kein solches Immobil zur Verfügung stände. Dann wandte die Administration der Volksküche ihre Aufmerksamkeit auf den an der Weber-, gr. Königs- und Riesingstrasse belegenen, im Eigentum der Militärverwaltung stehenden, sogen. Prinzessspeicher,[1]) dessen Grundplatz 177 Quadrat-Faden gross war. Nach Abbruch des Speichers sollte ein Neubau errichtet werden. Zum Verkauf des Speichers war die kaiserliche Genehmigung erforderlich, deshalb wurde von der B. V. ein Gesuch auf den Allerhöchsten Namen, ihr den Prinzesspeicher für einen mässigen Kaufpreis zu überlassen, eingereicht. Trotz mehrfacher Verhandlungen, trotz Befürwortung durch den Gouverneur und obgleich die B. V. den anfänglichen Kauf-

[1]) Jetzt steht dort das Haus der Armee-Kooperative.

preis entprechend den Forderungen der Militärverwaltung von 30,000 Rbl. auf 55,000 Rbl. zu erhöhen bereit war, lehnte, wie bereits erwähnt (s. oben S. 187), der Dirigierende der Bittschriftenkommission, Baron Budberg, es ab, das Gesuch dem Kaiser vorzulegen. »Bei der gegenwärtigen Zeitströmung« könnte die L. P. B. V. auf keinerlei Unterstützung durch die Regierung hoffen. Nun wurde auch vorübergehend der Plan, die in Speicher umgewandelte ehemalige St. Georgskirche im Konvent zum Heiligen Geist für die Volksküche auszubauen, in Erwägung gezogen. Es gelang aber glücklicherweise geeignetere Immobilien zu erwerben. Im J. 1901 kaufte die B. V. 2 Häuser an der gr. Schmiede- und Riesingstrasse. Das Neesesche (mit $87^1/_2$ Quadrat-Faden) und das Schrödersche ($52^1/_2$ Quadrat-Faden) für 30,000 resp. 26,000 Rbl. Nach Niederlegung der alten Baulichkeiten sollte hier ein Neubau mit Räumen für die Volksküche und Mietwohnungen errichtet werden. In neuen weiten Räumen hoffte man auch noch mehr leisten zu können, daher ging man mit frischem Wagemut an die Ausführung, damit auch die Kraft der Damen, die die Küche leiteten, nicht erlahme. »Wir anerkennen,« so heisst es im Jahresbericht für 1901, »die aufopfernde und selbstlose Arbeit der Damen, die die Volksküche zu dem gemacht haben, was sie heute ist, wir freuen uns, dass die Damen eine Erweiterung ihrer Tätigkeit planen durch Errichtung eines Abendspeisetisches und durch Einrichtung von besonderen Speisesälen für die Besucher aus den gebildeten Kreisen. So ist die Anstalt eine grosse Wohltat für die minder bemittelten Einwohner unserer Stadt geworden und hat sich zu einem »bürgerlichen Speisehaus« umgewandelt. Das urspüngliche Stammpublikum der Volksküche ist ein ganz anderes geworden.«

Nachdem das Programm für den Neubau festgestellt worden war, wurden drei Architekten zur Ausarbeitung von Plänen und Kostenanschlägen aufgefordert. Zwei der Herren lieferten bereits zum 1. August 1901 ihre Pläne ein, die eingehend kritisiert wurden.[1]) Zuletzt entschied man sich für den des Architekten W. Bockslaff. Der Kostenanschlag für den Bau belief sich auf 102,000 Rbl., doch wurde diese Summe bei einem Konkurrenzausschreiben von dem Bauunternehmer Maurermeister Chr. Kergalw auf 86.295 Rbl. herabgemindert. Nachdem am 5. Februar 1902 nach eingehenden Debatten der

[1]) Prot. v. 25. Sept. 1901, XII, S. 403, Jahresbericht f. 1901, S. 1.

Neubau definitiv beschlossen worden war, wurde gleich mit den Arbeiten begonnen, und bereits am 25. Januar 1903 konnte die schlichte Einweihungsfeier des neuen Hauses begangen werden. Noch am selben Tage verabreichten die Damen zum ersten Mal die auf eigenen Herden bereiteten Speisen. »Welch ein Unterschied« — so heisst es im Jahresbericht — »früher Kellergeschoss, jetzt grosser Saal im ersten Stock! Das Ganze hoch, luftig, gut ventiliert . . . Nun erst der Küchenraum! Mit allen notwendigen Erfordernissen mustergiltig ausgerüstet, prächtig gross, hell, vorzüglich ventiliert. Endlich in jeder Beziehung gute Wirtschaftsbequemlichkeiten und geräumige Kellerräume . . . Mit diesem Bau hat sich die L. P. B. V. einen monumentalen Denkstein gesetzt; er zeugt von der Kraft wiederum, die der Verbindung innewohnt.« Die Baukosten waren niedriger, als sie angesetzt waren, und betrugen 85,990 Rbl.

Die Gesamtbausumme mit Einschluss des Grundstückerwerbs und anderer Unkosten betrug 152.000 Rbl., nach Abzug des vorhanden gewesenen Baufonds und verschiedener Schenkungen betrug sie für die B. V.: 113.536 Rbl. Im neuen Heim konnte die erste Volksküche sich weiter gedeihlich entwickeln.[1])

Fast während dieser ganzen Zeit (von 1879—1900) stand an der Spitze der Administration der Volksküche Not. publ. J. C. Schwartz, der auch schon vorher mehrere Jahre (seit 1876) zum Vorstande gehört hatte. Er und seine Gemahlin, Frau Marie Schwartz geb. Büngner, die auch zum Vorstande gehörte, haben mit grosser Umsicht und Energie die Angelegenheiten der Küche geleitet. An seine Stelle trat, als er ausschied, Dr. med. Fr. Hach, der gleichfalls lange Jahre bis in den Weltkrieg hinein das Amt verwaltet hat.

Die erfreulichen Erfolge, die die B. V. mit der ersten Volksküche zu verzeichnen hatte, gaben ihr den Mut, auf die Vorschläge, trotz des ersten Misserfolges wiederum jenseits der Düna eine zweite Volksküche zu begründen, einzugehen. Der Pastor an der Martinskirche, Joh. Kählbrandt, hatte in Verbindung mit mehreren Fabrikbesitzern die Initiative hierzu ergriffen. Nach reiflicher Erörterung der Angelegenheit mit sachverständigen und in der B. V. massgebenden Persönlichkeiten wurde im Febr. 1893 der Antrag gestellt, die

[1]) Siehe das Bild des Neubaus im Jahresbericht f. 1904.

zweite Volksküche in Sassenhof-Ilgezeem ins Leben zu rufen. Trotz der Warnungen einzelner Herren, die auf die in Hagensberg gemachten Erfahrungen hinwiesen, wurde der von mehreren Fabrikherren lebhaft unterstützte Antrag angenommen. Namentlich traten die Herren Rahlenbeck, Mantel, Boormann und Höflinger warm für das Unternehmen ein und unterstützten es durch ihre Mitarbeit und mit materiellen Mitteln. Nach einigen Schwierigkeiten gelang es, an der Dünamündischen Strasse Nr. 31 ein geeignetes Lokal zu finden, und am 1. Okt. 1893 konnte die Volksküche, in der wiederum die Damen eine rege Tätigkeit entfalteten, eröffnet werden. Auch hier wurde den Arbeitern eine gute, reichliche und billige Kost geliefert. Der Zuspruch war anfangs ein recht bedeutender; im ersten Jahr 1893 wurden durchschnittlich täglich 335 Portionen verteilt. Durch den Hagensberger »Suppenverein« wurde der Segen der Volksküche auch zahlreichen Armen zugänglich gemacht. Doch sehr bald trat ein Rückgang in der Frequenz der Volksküche ein, ohne dass die Ursache ganz klar zu erkennen war. Die Arbeiter selbst meinten, dass sie gewohnt seien, ihr Essen auf Kredit zu erhalten, und wünschten »Marken-Vorschuss auf Löhnung«. Auch wirkte die in allen Fabriken gleichzeitig um 12 Uhr beginnende Mittagsstunde ungünstig auf den Besuch der Volksküche ein. Das dadurch verursachte Gedränge war dem älteren Arbeiter unbequem und liess ihn ruhigere Lokale aufsuchen, in denen er sich nicht sein Mittagsessen erst erobern musste. Die Administration glaubte aber die Hauptsache darin sehen zu müssen, dass die Arbeiter noch nicht den Wert einer solchen Volksküche richtig erkannt hätten. Durch das Entgegenkommen der Fabrikherren gelang es, jene beiden von den Arbeitern erwähnten Übelstände zum Teil wenigstens zu beseitigen, aber der erwartete Erfolg blieb doch aus, wenigstens trat nur eine zeitweilige Steigerung der Frequenz ein. Eine im J. 1899 infolge der Teuerung notwendig gewordene ganz geringe Preiserhöhung von durchschnittlich 1 Kop. pro Portion gab vielleicht den Ausschlag zum völligen Niedergang der Küche. Da die Tageseinnahmen im J. 1902 auf 13 Rbl. 98 Kop. gesunken waren und die B. V. einen Zuschuss von 750 Rbl. leisten musste, wurde beschlossen, die zweite Volksküche eingehen zu lassen. Am 10. August 1902, erfolgte die Schliessung. So war auch dieser zweite Versuch, jenseits der Düna,

eine Volksküche einzurichten, nach kaum einem Jahrzehnt missglückt. Das Inventar der zweiten Volksküche wurde der ersten übergeben.

Fast gleichzeitig mit der Volksküche in Sassenhof wurde die Eröffnung einer 3. Volksküche in Aussicht genommen. Im Dezember 1893 machte der Direktor der Baltischen Waggonfabrik, Herr H. Dernen, den Vorschlag, eine solche Küche zu begründen. Die Fabrik, die auf einen Besuch der Küche durch ihre 300 Arbeiter hoffte, wollte zur Einrichtung einmalig 1500 Rbl. bewilligen, alle dazu erforderlichen Arbeiten zum Selbstkostenpreis liefern und zur Deckung eines etwaigen Defizits bis 400 Rbl. jährlich zahlen. Nach eingehender Beratung ging die B. V. am 29. März 1894 auf den Vorschlag ein, bewilligte auch von ihrer Seite 1500 Rbl. zur Einrichtung und stellte ausserdem zum Betriebe der Küche ein zinsfreies Darlehn von 500 Rbl. zur Verfügung. Nachdem auch hier wiederum ein Kreis von Damen, namentlich Frauen der Fabrikherren, sich für die Verwaltung der Volksküche gebildet hatte und ein geeignetes Lokal an der Säulenstrasse 119 gefunden war, konnte diese 3. Volksküche am 6. Oktober 1894 eröffnet werden. Leider musste sehr bald eine Abnahme des anfangs erfreulichen Besuches beobachtet werden, die zum Teil den zu kleinen Speiseräumen zugeschrieben wurde, wodurch die Arbeiter genötigt wurden, schichtweise zu speisen. Andererseits lag die Ursache aber wohl auch in den »kleinen Speisewirtschaften, die in der Nähe eingerichtet worden waren und dem Geschmack der Arbeiter, was Speisen und Umgang betrifft, mehr konvenierten«. Im Jahre 1898 wurde der nicht ganz einwandfreie Versuch gemacht, durch Verabfolgen von Bier in halben Flaschen die Frequenz zu heben, doch ohne grossen Erfolg. Nachdem die umliegenden Fabriken wiederholt in die Bresche gesprungen waren und zur Deckung des Defizits Geschenke dargebracht hatten, wurde von der Administration, die das vorhandene Kapital nicht ganz aufbrauchen wollte, im Jahre 1901 die Schliessung der 3. Volksküche beantragt. Diese erfolgte am 28. März 1901. Das vorhandene Inventar wurde der 1. Volksküche übergeben, ihrem Baufonds kam auch das noch vorhandene Barkapital von 2617 Rbl. zugut. In dieser ganzen Zeit hatte der Fabrikdirektor H. Dernen an der Spitze der Administration gestanden. Leider waren alle seine Bemühungen um das Unternehmen vergeblich gewesen.

Abgesehen von den geschilderten Unternehmungen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, hat die L. P. B. V. sich während dieser ganzen Periode auch an der Verwaltung des Zwangsarbeitshauses durch Absendung von Delegierten in die Administration beteiligt[1]) und hat durch Erteilung von Unterstützungen so manches wohltätige Unternehmen und mehrere Schulen zu fördern gesucht. So erhielten die Diakonissenanstalt, der Jünglingsverein, die Kinderbewahranstalt des Vereins gegen den Bettel, die Gewerbeschule des Jungfrauenvereins, das Fischersche Institut u. a. regelmässige oder zeitweilige Subventionen. Auch hat die B. V. sich stets an allgemeinen Kollekten z. B. für Kirchenbauten in Riga durch Beiträge beteiligt. Der öffentlichen Wohlfahrt kam die Fürsorge der B. V. für die Wege zu den Kirchhöfen auch in diesem Zeitraume zugut, wenn sie auch seit 1860 auf die Instandhaltung der Alleen beschränkt war. Im Jahre 1878 wurde beschlossen, den an der Ecke der Friedens- und Hospitalstrasse belegenen Platz, der bereits im J. 1838 ihr überlassen war, für 500 Rbl. anzukaufen (s. oben S. 158). Auch wurden neue Anpflanzungen von der Friedensstrasse zum russischen Kirchhofe gemacht und kleinere Besserungen vorgenommen. Ganz besondere Verdienste erwarb sich Kunstgärtner H. Goegginger durch seine treue Mitarbeit während 35 Jahre (1865—1900).

Neben allen diesen Arbeiten hat es auch an mancherlei neuen Anregungen nicht gefehlt, die zum Teil ohne weitere Folgen blieben, zum Teil ausserhalb der B. V. doch zu Resultaten führten. Im Jahre 1878 brachte Dr. V. Holst in einem Vortrage die schlimmen Verhältnisse, die in Riga in Bezug auf das Ammenwesen herrschten, zur Sprache,[2]) indem er die Notwendigkeit hervorhob, sowohl Garantien für die Gesundheit der Ammen zu schaffen, als auch für die Ammenkinder zu sorgen. Der sehr eindringlich gehaltene Vortrag hatte die Folge, dass eine aus Mitgliedern der B. V. und der Gesellschaft praktischer Ärzte zusammengesetzte Kommission mit der Begutachtung des von Dr. Holst ausgearbeiteten Projekts

[1]) Vergl. über das Zwangsarbeitshaus A. Tobien, Das Armenwesen der Stadt Riga. Riga 1895, S. 139 und N. Carlberg, Der Stadt Riga Verwaltung und Haushalt 1878—1900. Riga 1901, S. 229.

[2]) V. Holst, Über die Begründung eines Ammen-Instituts in Riga. Riga 1878. Separatabdruck aus d. Rig. Stadtbl.

betraut wurde. Die Kommission kam zum Resultat, dass ein solches Ammeninstitut einen Zuschuss von ca. 10000 Rbl. jährlich bedürfen würde. Da die B.V. nicht über solche Mittel verfügte, musste sie sich damit begnügen, das Interesse der Stadtverwaltung hierauf hinzulenken. Diese hat denn auch das bei der Stadt seit 1828 bereits bestehende, aber den Anforderungen der Zeit nicht mehr genügende Ammenbureau 1879 geschlossen und im J. 1881 ein neues eröffnet, das der Inspektion des Dr. Holst unterstellt wurde. Dieses hat leider auch nur bis 1884 bestanden[1]).

Nachdem zu Ende des Jahres 1896 und zu Beginn 1897 in mehreren Artikeln der »Rig. Rundschau« und des »Rig. Kirchenblattes« von den Herren Th. Berent, N. Carlberg und Aug. Eckhardt die Notwendigkeit betont worden war, Heimstätten für alleinstehende Personen weiblichen Geschlechts, für wandernde Handwerker u. a. zu schaffen, brachte der Direktor A. Hillner diese Angelegenheit auch in der B. V. zur Sprache, indem er hervorhob, dass die gebotenen Anregungen so sehr den Aufgaben der B. V. entsprächen, dass diese nicht daran vorübergehen könne.[2]) Schon vor Jahren hatte sie sich ja auch für Gesellenherbergen interessiert (s. oben S. 152). Pastor Aug. Eckhardt hielt darauf einen sehr warmen Vortrag, in dem er zum Kampfe gegen die Heimatlosigkeit aufforderte[3]). Er hat dann weiter genauere Angaben über eine zu begründende Herberge zur Heimat gemacht und Kostenanschläge ausgearbeitet. Die durch 2 Jahre geführten Verhandlungen führten leider nicht zu der wirklichen Begründung der Herberge, sondern nur zu folgender Resolution[4]): »Die L. P. B. V. ist überzeugt, dass die Begründung einer Herberge zur Heimat durchaus wünschenswert ist. Sie bedauert, dass sie mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der von ihr bereits unterhaltenen Anstalten die zur Begründung und Unterhaltung einer Herberge zur Heimat erforderliche Summe nicht aus ihren Mitteln bewilligen kann und dass die Veranstaltung einer Kollekte für diesen Zweck zur Zeit nicht ratsam erscheint. Sie erklärt sich aber bereit, die Begründung einer Herberge zur Heimat

[1]) N. Carlberg a. a. O. S. 138 ff.

[2]) Prot. v. 11. Febr. 1897, XII, S. 132.

[3]) Aug. Eckhardt, Über die Notwendigkeit der Begründung einer Herberge zur Heimat. Rig. Stadtbl. 1898, Nr. 43.

[4]) Prot. vom 18. April 1900. XII, S. 342.

in Angriff zu nehmen, wenn ihr die Mittel dazu von anderer Seite dargebracht werden.« Die B. V. selbst spendete 500 Rbl. für diesen Zweck.

Eine von Direktor A. Hillner veranlasste Verhandlung über die Verpflegung armer Wöchnerinnen führte im J. 1887 zu dem Ergebnis, dass diese Frage einer Versammlung von Frauen vorgelegt werden sollte, während zwei andere Anträge über die Anlage von Kratoffelfeldern in den Sandbergen durch arme Familien und über die Begründung von sogen. Pfennigsparkassen zur Hebung des Sparsinns in der Bevölkerung nicht über das Stadium der Kommissionsberatungen hinausgelangt sind. Nachdem in den 70-er Jahren die vergeblichen Verhandlungen über die Begründung einer Volksbibliothek (s. oben S. 164) damit geendet hatten, dass das Projekt einstweilen ruhen sollte, wurde im J. 1886 von Sekretär Otto Müller von neuem ein darauf hinzielender Antrag gestellt, wobei er auf die grosse Bedeutung der Volksbibliotheken in Deutschland, besonders in Leipzig, hinwies. Die B. V. erkannte die Notwendigkeit einer solchen für Riga durchaus an und beauftragte eine Kommission, bestehend aus B. M. Ed. Hollander, O.-P. Joh. Lütkens, Buchhändler Alex. Stieda, Pastor M. Werbatus und O. Müller, mit den notwendigen Vorarbeiten, bei denen auch die Bedürfnisse der Jugend berücksichtigt werden sollten. Die Kommission machte sich auch an die Arbeit, aber nachdem im J. 1887 das Gesetz über die Russifizierung der Schulen erlassen war, beantragte sie selbst die Einstellung der Arbeit. Sie hatte die Volksbibliothek in enge Verbindung mit den städtischen Elementarschulen bringen wollen, wünschte aber nicht eine solche mit den russifizierten. Sie hatte ferner für die Volksbibliothek die Anschaffung von deutschen und lettischen Büchern beasichtigt, aber wollte nicht durch russische Bücher, deren Bevorzugung bei der notwendigen Konzession durch die Regierung wahrscheinlich verlangt werden würde, der Russifizierung weiteren Vorschub leisten. Die B. V. erkannte die Gründe der Kommission als stichhaltig an und liess den Plan wiederum fallen[1]). Abgesehen von den angeführten Gründen war dieses wohl auch deshalb notwendig, weil eine Volksbibliothek in jenen Jahren so wenig freie Auswahl bei der Anschaffung von Büchern gehabt hätte, dass ihre Tätigkeit wenig erspriesslich gewesen wäre. Erst als die Revolution vom

[1]) Akte Nr. 134 im Archiv.

J. 1905 grössere Bewegungsfreiheit herbeigeschafft hatte, konnte der Plan wieder aufgenommen werden. Die Initiative ergriff dieses Mal die Gesellschaft »Euphonie«, die damals eifrig für die Erhaltung des Deutschtums wirkte und namentlich das sogen. freie Fortbildungswesen durch Vorträge, Büchervertrieb und Bibliotheken zu entwickeln versuchte. Auf einer Versammlung, an der auch Vertreter der L. P. B. V. teilnahmen und auf der die Mitwirkung derselben erbeten wurde, legte Stadtbibliothekar Nik. Busch näher dar, in welcher Art eine solche deutsche Bibliothek ausgestaltet werden könnte. Die Vertreter verschiedener deutscher Vereine erklärten sich zur Mitarbeit an der Ausführung des Planes bereit. Es machte sich ja damals, wie N. Busch näher ausführte, »das Aufklärungs-, das Bildungsbedürfnis mit einer Intensität geltend wie nie zuvor in unserem Lande«. Sehr bald darauf wurde die Arbeit der »Euphonie« zum grossen Teil vom »Deutschen Verein in Livland« übernommen. Dieser hat in kurzer Zeit eine stattliche Bibliothek seinen zahlreichen Mitgliedern zugänglich machen können. Nach seiner Auflösung ist sie in den Besitz des »Deutschen Frauenbundes« übergegangen. Durch die Begründung der städtischen Volksbibliotheken und Leseanstalten sowie durch die Bibliothek des Frauenbundes ist der Gedanke der B. V. doch zur Ausführung gelangt.

Angeregt durch ein vom Ingenieur August Tischbein ausgearbeitetes Projekt, brachte Notar Robert Baum die Begründung einer Dampfwaschanstalt in Riga in Vorschlag. In einem am 26. Jan. 1879 gehaltenen Vortrage[1]) wies er auf die vielen Übelstände hin, die mit der in Riga üblichen Methode, die Hauswäsche irgend welchen Frauen zur Reinigung in ihre Häuser mitzugeben, verbunden sind. Er schilderte die Wohnungsverhältnisse dieser Wäscherinnen, wie sie oft zu beobachten sind, und hob die Gefahr der Verbreitung von Krankheiten durch die Wäsche hervor. Dann schilderte er die Einrichtung und Zweckmässigkeit der Dampfwaschanstalten. Die B. V. erkannte an, dass die Förderung eines derartigen Unternehmens durchaus ihren gemeinnützigen Zwecken entspräche, erwählte eine Kommission, bestehend aus Notar R. Baum, Dr. phil. A. Bertels und Dr. med. E. Bochmann, und bat auch den Technischen Verein um Abdelegierung von 2 Mitgliedern in die Kommission. Diese sollte ein zur Ver-

[1]) Rig. Stadtblätter 1877, S. 52 ff.

öffentlichung geeignetes Gutachten über die Zweckmässigkeit und Rentabilität einer solchen Waschanstalt in Riga abgeben. Die Kommission hat noch im selben Jahr ihre Arbeit vollendet, worauf die B. V. beschloss, das Gutachten zum Zweck der Propaganda für das Unternehmen drucken zu lassen und in 1000 Exemplaren zu verbreiten.[1]) Der Wunsch der B. V., hierdurch zur Verwirklichung des Projekts beizutragen, ging in Erfüllung. Das allgemeine Interesse wurde auf diesen Gegenstand hingelenkt, und im J. 1881 begründete Dr. phil. Alexander Bertels eine Dampfwaschanstalt als Privatunternehmen, das bald darauf in den Besitz des Herrn Ramseyer überging. Auf seine Aufforderung besichtigte im Jahr 1883 eine Kommission der B. V. die Anstalt und veröffentlichte darauf ein ausführliches, sehr anerkennendes Gutachten.[2])

Im J. 1895 hatte Pastor Ludwig Katterfeld in Mitau[3]) einen Instruktionskursus für Innere Mission, der von Pastor Schäfer aus Altona geleitet wurde und an dem sich etwa 50 Personen beteiligten, veranstaltet. Auf Katterfelds Veranlassung unternahmen die Teilnehmer auch eine Exkursion nach Riga, um hier die Veranstaltungen auf diesem Gebiete kennen zu lernen. Da sie auch den Wunsch hatten, über die Tätigkeit der L. P. B. V unterrichtet zu werden, lud diese die Herren und einige andere Gäste zu einem Frühstücke ein, auf dem der Direktor A. Hillner ihnen einen Vortrag über die Wirksamkeit der B. V. in Vergangenheit und Gegenwart hielt. Er gab eine so vortreffliche Übersicht über die Leistungen der Gesellschaft und die von ihr ausgegangenen Anregungen, dass die B. V. ihm einen besonderen Dank aussprach, für seine ausgezeichnete und würdige Vertretung der B. V., die insbesondere in seiner meisterhaften Rede an die Versammlung zum Ausdruck gekommen sei.[4]) In der Tat konnten die Zuhörer einen Eindruck davon gewinnen, in wie hervorragendem Masse die B. V. im Mittelpunkte aller gemeinnützigen Bestrebungen in Riga während des 19. Jahrhunderts gestanden hatte.

---

[1]) Gutachten über das Projekt einer Dampf-Waschanstalt zu Riga Riga 1879.

[2]) Rig. Stadtblätter 1883 Nr. 19.

[3]) Vergl. über ihn das Ev. Kirchenblatt für die deutschen Gemeinden Lettlands 1927 Nr. 41.

[4]) Das Manuskript des Vertrags ist enthalten in der Akte Nr. 232 im Archiv: »Ansprachen«.

In dem vorigen Kapitel konnte geschildert werden, mit welcher Freude die Einräumung des Museumslokals im Hause der Steuerverwaltung begrüsst worden war. Es wurde aber auch schon erwähnt, dass das Projekt der Errichtung eines besonderen städtischen Museumsgebäudes zur Verhandlung kam, da die Steuerverwaltung die den 4 Gesellschaften überlassenen Zimmer für ihre eigenen Bedürfnisse beanspruchte (1875). Dieses Projekt gewann eine neue Gestalt, als die Restaurierungsarbeiten am Dom begannen und (1884) die Abteilung für den Dombau an der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde begründet wurde. In jenen Jahren haben namentlich Architekt Dr. W. Neumann und Redakteur Alex. Buchholtz auf die Möglichkeit, die Räume des alten Domklosters für ein Museum auszugestalten, hingewiesen. Im Jahre 1886 erhielt die B. V. von der Dombau-Abteilung ein Schreiben, in dem »auf den Raummangel und die nach jeder Richtung hin zweckwidrige Beschaffenheit der im Hause der Steuerverwaltung befindlichen Lokalitäten« hingewiesen wurde. Da die Errichtung eines Neubaues voraussichtlich noch lange Zeit auf sich warten lassen werde, habe sich die Administration der Domkirche bereit erklärt, die an und über dem Kreuzgange des Domes zur Palaisstrasse belegenen Räumlichkeiten zur Herstellung eines »provisorischen« Museums herzugeben. Damit wurden die Verhandlungen über das zu errichtende Dommuseum eröffnet, die zu einem guten Ergebnis führten. Die B. V. stimmte den vom Architekten Neuburger ausgearbeiteten Plänen zu, beanspruchte für sich ausser dem Recht der Mitbenutzung des allgemeinen Versammlungssaales ein Zimmer von 20—25 Fuss Länge und 20 Fuss Breite zur Aufstellung der Archivschränke; sie bewilligte ferner (1888) 1000 Rbl. als Beitrag für die Baukosten. Für die Anschaffung von Möbeln für das Spezialzimmer wurden 460 Rbl. bestimmt. Im Frühjahr 1890 konnte der fertiggestellte Bau bezogen werden. Die 4 sogen. Museumsgesellschaften (die Gesellschaft praktischer Ärzte, der Naturforscherverein, die Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde und die L. P. B. V.) bestimmten die aus den Beiträgen für die Verwaltungskosten des alten Museums erzielten Ersparnisse von ca. 1000 Rbl. zur Einrichtung des Saales und beschlossen, dass die ca. 2200 Rbl. jährlich betragenden Heizungs- und Verwaltungskosten zu gleichen Teilen von den 4 Gesellschaften und der Stadt, die das Stadtarchiv und das

Münzkabinet im Museum unterbringen werde, zu tragen seien. Die Mietzahlungen sollte die Stadt nach Vereinbarung mit der Kirchenadministration übernehmen. Am 30. November 1890 fand die erste allgemeine Versammlung im neuen Dommuseum statt. Der Direktor Hillner sprach der Administration der Domkirche und der Stadtverwaltung den Dank der B. V. aus und gab der Freude Ausdruck, dass »in einer Zeit, welche Zeuge des Untergangs so vieler Schöpfungen unserer Vergangenheit sei, nun ein Neubau entstanden sei, der auf althistorischem Boden, auf dem Grunde unserer ehrwürdigen Domkirche, auf den alten Fundamenten unserer Domschule, unserer Stadtbuchdruckerei und unseres Stadtkonsistoriums erbaut, dazu berufen sei, der Fortarbeit an unseren alten Aufgaben zu dienen.«

Erst nachdem das neue Lokal im Dommuseum bezogen war, wo die neuen Archivschränke Aufstellung fanden, konnte das wertvolle Archiv der B. V. in wirklich sachgemässer Weise geordnet werden. Die früheren Arbeiten von Schilling und Asmuss hatten doch nicht zu einem vollständig genügenden Resultate führen können. Es war dabei noch ein zweiter Missstand vorhanden. Die Beamten der B. V., die für das Archiv zu sorgen hatten, waren oft so sehr durch ihre Berufsarbeiten in Anspruch genommen, dass sie nur wenig für die Ordnung und die fortlaufende Ergänzung des Archivs tun konnten. Da war es ein für das Archiv günstiger Umstand, dass Alfred Hillner sein Amt als Stadtrat niederlegte und nun Zeit gewann, sich dieser Arbeit im neuen Lokal zu widmen. Im Laufe eines Jahres hat er mit ungeheurem Fleisse die mühsame Arbeit zu Ende geführt und einen ausführlichen Bericht, der zu einer ganzen Geschichte des Archivs ausgestaltet ist, abgestattet. Jeder, der das Archiv benutzen will, wird immer wieder zu diesem Berichte greifen müssen.[1]) Freilich hatte er manche vorgefundene Lücke in den Archivalien nicht ergänzen können, aber das jetzt wohlgeordnete Archiv enthält reiches Material, in dem man sich mit Hilfe des Registers meist gut zurechtfinden kann. Hillner hatte sich hierdurch neben seinen anderen Verdiensten ein neues grosses erworben. Im Jahre 1892 wurde eine neue Archivordnung erlassen. Erst im Jahre 1900 hat Hillner die Archivverwaltung niedergelegt.

[1]) Akte Nr. 6 im Archiv.

Im Verhältnis zu den Schwestergesellschaften in der Heimat und zu den gemeinnützigen Gesellschaften des Auslandes ist in diesem Zeitraume keine wesentliche Veränderung eingetreten. Mit den Museumsgesellschaften gab es bei der gemeinschaftlichen Benutzung und Verwaltung des Dommuseums natürlich die meisten Berührungspunkte. Der Gewerbeverein hat immer wieder in freundlicher Weise seines Ursprungs aus dem Schosse der B. V. gedacht, was namentlich bei seinem 25-jährigen Jubiläum zum Ausdruck kam. Auch gab es manche gemeinsame Arbeit, besonders auf dem Gebiete des Schulwesens, und im J. 1880 bat der Gewerbeverein um die Abdelegierung eines Mitgliedes der B. V. in seine Gewerbekommission, die die Aufgabe hatte, Massregeln zur Hebung und Förderung des Gewerbes in Vorschlag zu bringen. Die L. P. B. V. hatte während dieser Zeit die Freude, nicht nur dem Gewerbeverein, sondern auch mehreren anderen Vereinen und Instituten, die auf ihre Initiative entstanden waren, ihre Glückwünsche bei deren Jubiläen zu überbringen. Es war das doch ein Beweis, dass ihre Schöpfungen sich als lebenskräftig erwiesen hatten. Auch anderen Gesellschaften des In- und Auslandes wurden bei solchen Gelegenheiten Festgrüsse übersandt, so namentlich der Lübecker gemeinnützigen Gesellschaft zu ihrem 100-jährigen Jubiläum.

Im Verhältnis zu den Regierungsorganen haben die früheren nahen Beziehungen, wie sie besonders zu Suworows und Oettingens Zeiten bestanden hatten, fast ganz aufgehört. Hillner musste bei seinen Verhandlungen mit dem Gouverneur Sinowjew feststellen, dass dieser von der Existenz und Bedeutung der L. P. B. V. eigentlich nichts wusste. Wie das ganze Land, so hat auch die B. V. manche trübe Erfahrungen machen müssen. Nur wenig wurde sie im J. 1883 von der Revision des Senators Manasëin berührt. Am 24. Februar 1883 erhielt allerdings der Direktor ein Schreiben der Polizei, in dem er aufgefordert wurde, bis zum nächsten Tage verschiedene in einem beiliegenden Formulare enthaltene Fragen betreffend den Zweck, die Mittel, die Mitglieder etc. zu beantworten. Das geschah denn auch. Schlimmer verlief das Jahr 1889 für die B. V. Über die Vorgänge in Eichenheim und die durch Sinowjew verfügte Entlassung der Lehrer sowie über die Verbannung des Sekretärs der B.V. ist bereits berichtet worden (s. oben S. 186 u. 189). Von den Russifizierungsmassregeln blieb die B. V. natürlich,

auch abgesehen von den Schulen, nicht verschont. Im Juni 1889 wurde die B. V. von der Polizei aufgefordert, in kürzester Frist ihre Statuten und Rechenschaftsberichte pro 1887 in 2 Exemplaren vorzustellen, letztere auch für die späteren Jahre gleich nach ihrer Zusammenstellung. Die Berichte wurden in deutscher Sprache angefertigt und mit beglaubigten russischen Übersetzungen dem Gouverneur durch die Polizei zugestellt. Der Gouverneur erblickte hierin jedoch »eine Abweichung von den bestehenden Vorschriften über den Gebrauch der russischen Sprache, in welcher Sprache die Korrespondenz mit den staatlichen Institutionen seitens aller derjenigen Privatgesellschaften geführt werden müsse, deren Statuten vom Ministerium des Innern bestätigt sind«. Der Gouverneur sandte die eingelieferten Jahresberichte zurück und verlangte ihre Einreichung »in vorschriftsmässiger Form«. Zugleich musste der Direktor ein Reversal unterschreiben, in dem er bestätigte, dass ihm diese Verfügung des Gouverneurs eröffnet sei, und sich verpflichtete, »solche Anordnungen genau zu erfüllen bei Androhung der Verantwortlichkeit nach dem Gesetz«.[1]) Nach stattgehabter Beratung mit dem engeren Kreise hat Hillner, gewiss schweren Herzens, dieses Reversal unterzeichnet.

Die Beziehungen der B. V. zur Rigaschen Stadtverwaltung nach Aufhebung des Rigaschen Rates waren immer die allerbesten und gestalteten sich vielleicht noch besonders nahe, weil der Direktor A. Hillner bis zum J. 1890 auch zugleich Stadtrat war. Als die Feier des 700-jährigen Jubiläums der Stadt herannahte, wurde in der Presse der Gedanke angeregt, die B. V. solle eine grosse Sammlung veranstalten, um der Stadt ein Geschenk von der ganzen Einwohnerschaft darzubringen. Es tauchten aber mancherlei Bedenken gegen diesen Plan auf, vor allem konnte man sich nicht auf einen Zweck vereinigen, der wirklich allen Kreisen der örtlichen Bevölkerung zu dienen geeignet wäre und für den auch alle ihre Spenden darzubringen gewillt gewesen wären. So ist denn die B. V. bei der Jubelfeier in keiner besonderen Weise hervorgetreten.

Das innere Leben in der B. V. hat sich in diesen Jahren in derselben Weise abgespielt, wie in den letzten Jahren der vorigen Periode. Die Hauptarbeit wurde vom Direktorium,

[1]) Protokoll v. 24. Okt. 1889 X, S. 242.

dem engeren Kreise und den Kuratorien der einzelnen Anstalten geleistet. Es fanden meist 5—6 allgemeine Versammlungen im Jahre statt, in manchen Jahren auch nur vier. Besucht wurden sie durchschnittlich von etwa 18—22 Personen, die wohl meist auch sonst an den Arbeiten teilnahmen. Ein besonderes Gepräge erhielt das innere Leben der Gesellschaft dadurch, dass fast während der ganzen Zeit derselbe Mann an der Spitze stand: von 1873—1899 hat Alfred Hillner in treuester, ja man kann wohl sagen in glänzender Weise die B.V. geleitet. Es ist in ihrer Geschichte der einzige Fall, dass ein Direktor das 25-jährige Jubiläum in seinem Amte feiern konnte.[1]) Hillner hat die Geschäfte der B. V. nicht nur von oben her geleitet, sondern stand immer mitten im Getriebe und hatte reichlichen Anteil an allen Sorgen und Mühen der einzelnen Kuratorien. Sehr bezeichnend ist es, dass er im Jahre 1895 um die Entlastung von mehreren Arbeiten bat, »die er bisher geleistet, die aber nicht zu den Verpflichtungen des Direktors gehören«. Es waren das: die Verwaltung des Archivs, die Ausarbeitung des Budgets, die Redaktion der Jahresberichte für den Druck, die Ausarbeitung des dem Gouverneur einzureichenden Jahresberichts. Das waren in der Tat Arbeiten, die nicht zu den Obliegenheiten eines Präsidenten gehörten. Es war unter diesen Umständen natürlich, dass seine Mitarbeiter und Freunde das Bedürfnis fühlten, ihrer Dankbarkeit und Verehrung auch einen Ausdruck zu verleihen. Im Jahre 1896, als Hillner 30 Jahre Mitglied der B. V. gewesen war, wurde am 12. Dezember ein Ölbild von ihm der Gesellschaft überreicht, ihm selbst aber ein silbernes Schreibzeug als Andenken dargebracht. Zwei Jahre später wurde ihm am 26. April, am Tage seines 25-jährigen Direktorenjubiläums, das Diplom eines Ehrenmitgliedes überreicht in Anerkennung »der hervorragenden Verdienste, die er sich in diesem langen Zeitraume durch sein stets warmes Interesse für die B. V. und ihre Anstalten, durch seine umsichtige Leitung ihrer inneren Angelegenheiten und ihre würdige Vertretung nach aussen um die B. V. erworben hatte«. Ähnlich wie Hillner haben in dieser Zeit auch mehrere andere Mitglieder viele Jahre hindurch der B. V. treue Dienste geleistet. Hillners Nachfolger im Amte wurde der bisherige Sekretär Otto v. Irmer (1899—1903).

[1]) Rigasche Stadtblätter 1898, Nr. 17.

Die Zahl der ordentlichen Mitglieder war in den einzelnen Jahren oft recht schwankend, im allgemeinen aber war eine ansteigende Tendenz zu beobachten. Im Jahre 1878 zählte die B. V. 442 Mitglieder, im Jahre 1883: 505, im Jahre 1891 nur 421. Es waren damals nach der Einführung der russischen Sprache in den Schulen und in der Stadtverwaltung nicht wenige Mitglieder aus der Heimat ausgewandert. Vom Jahre 1892 an wird die Zahl wieder grösser, um in den Jahren 1901 und 1902 mit einem starken Sprung auf 621 und 675 anzuwachsen, natürlich infolge des herannahenden 100-jährigen Jubiläums der B. V. Gewählte Ehrenmitglieder gab es im J. 1878: 9. Ergänzt wurde ihre Zahl durch Männer, die in der B. V. sich durch rege Mitarbeit ausgezeichnet hatten, nur beim Jubiläum wurde bei der Wahl mehr die äussere Stellung in der Stadt berücksichtigt: es wurden Vertreter der Stadt, der Gilden und der Kirche gewählt. Im Jahre 1902 hatte die B. V. 14 Ehrenmitglieder. Die Kategorie der korrespondierenden Mitglieder ist während dieser Jahre allmählich ganz eingegangen. Durch die jedem Jahresberichte beigefügten Mitgliederverzeichnisse und die Angaben über die Zusammensetzung der Kuratorien unserer einzelnen Anstalten wird die Personalgeschichte Rigas nicht unwesentlich bereichert.

Die Verwaltung der Finanzen der L. P. B. V. gestaltete sich besonders auch infolge der Stiftungen, die teils den einzelnen Anstalten, teils der B. V. selbst, teils aber auch ganz besonderen Zwecken zugutkamen, immer komplizierter. Im Jahre 1888 wurde von den Schulkuratorien eine Vereinfachung beantragt. Bisher wurde die Rechnungs- und Kassaführung der Kuratorien nahezu vollständig selbständig geordnet und geleitet, wodurch dem Direktorium der klare Einblick in die Finanzlage der einzelnen Anstalten erschwert wurde und bei der Kapitalisierung der einzelnen Darbringungen sich eine Zersplitterung der Geldmittel der B. V. bemerkbar machte. Die Kuratorien der Schulen beantragten daher, ihre Kapitalien mit der Hauptkasse zu vereinigen und den Schulverwaltungen auf Grund eines Voranschlages die Mittel zum Unterhalt der Schulen zu gewähren.[1]) Dieser Antrag wurde mit einigen näheren Bestimmungen angenommen. Damit gewannen die Kassenberichte der B. V. natürlich ein wesentlich anderes Aussehen, denn die Kapitalien der Schulen betrugen

[1]) Protokoll vom 25. November 1888, X, Seite 188.

damals 90.107 Rbl. Für die Aufbewahrung und Verwaltung der Kapitalien wurde im Jahre 1891 eine ausführliche Kassaordnung ausgearbeitet. Da die im Laufe der Zeit in den Besitz der B. V. gelangten privaten Obligationen von den Revidenten als nicht absolut sichere Kapitalanlage beanstandet wurden, wurde beschlossen, sie allmählich durch andere Wertpapiere zu ersetzen, über deren Anschaffung das Direktorium bestimmen sollte. Im Jahre 1878, dem ersten Jahre dieses Zeitabschnittes, betrugen die Einnahmen in der Hauptkasse: 7427 R., die Ausgaben: 7310 Rbl., so dass sich ein kleiner Überschuss von 117 Rbl. ergab. Das Kapital der Gesellschaft betrug: 13.972 Rbl., die von ihr verwalteten Zweckkapitalien waren auf 41.370 Rbl. angewachsen. Die Schulen besassen 89.940 Rbl. an Kapitalien, das Kuratorium der Kirchhofswege 4249 Rbl. und die Dienstbotenstiftungen 65.759 Rbl. Im Laufe der 25 Jahre bis zum Jahre 1902 hatten sich die Finanzverhältnisse stark verändert. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen im J. 1902: 26.807 Rbl., die Ausgaben: 26.697. Der Überschuss war also ungefähr ebenso gross wie im Jahre 1878. Das Kapital der B. V. war auf 154.273 Rbl. angewachsen, die Zweckkapitalien auf 250.684 Rbl. Ausserdem verwalteten das Kuratorium zur Erhaltung der Kirchhofswege 6272 Rbl. und das der Dienstbotenstiftungen 106.387 Rbl.[1]) Das Gesamtvermögen der B. V. betrug demnach 517.616 Rbl. Ausserdem besass sie 4 Immobilien: Eichenheim, das Magdalenenasyl, den Grundplatz für das Nachtasyl und die Taubstummenanstalt, die unter den Aktiva des Bilanz-Konto mit je 1 Rbl. eingestellt waren. Dank der schönen Sitte, die sich immer mehr eingebürgert hatte, dass die wohlhabenden deutschen Bürger Rigas bei festlichen Gelegenheiten der B. V. mit einer Spende gedachten oder in ihren letzten Bestimmungen ihr ein Vermächtnis zuwandten, flossen ihr, wie schon erwähnt, alljährlich beträchtliche Summen zu. Es ist nicht möglich auch nur die bedeutenderen Stiftungen hier anzuführen; manche sind schon in der geschichtlichen Darstellung gelegentlich erwähnt, andere werden in den Jahresberichten, besonders in den Kassaberichten, angeführt. Die B. V. konnte mit Hilfe dieser Kapitalien ihre Tätigkeit ausdehnen und auf eine feste Grundlage basieren.

[1]) Eine Übersicht über die Finanzlage der B. V. in den Jahren 1889 bis 1892 gibt Alex. Tobien, Die literärisch-praktische Bürgerverbindung. Riga 1895, Sep. Abdruck aus »Das Armenwesen der Stadt Riga«.

Als die Zeit des 100-jährigen Jubiläums der L. P. B. V. näher heranrückte, begann diese die Vorbereitungen für das Fest zu treffen. Vor allem wollte man den Mitgliedern eine ausführliche Geschichte der B. V. darbieten und damit auch der Aussenwelt Bericht über ihre Tätigkeit und ihre Entwickelung erstatten. Es wurde ein genaues Programm für die Abfassung des Werkes zusammengestellt und im Jahre 1900 cand. hist. Nicolaus Busch mit der Abfassung betraut. Er sollte die äussere Geschichte der Gesellschaft, die Geschichte ihrer Finanzen, ihrer einzelnen Anstalten, der aus ihr hervorgegangenen Institutionen etc. auf ca. 20 Bogen schildern. Busch hat seine Arbeit mit einer Durchsicht und einer Ordnung des allgemeinen Materials begonnen und sich dann speziell den Schulen zugewandt. Mit grosser Sachkenntnis hat er bis zum Jubiläum eine Geschichte der Schulen der L. P. B. V. fertig gestellt, die ca. 13 Bogen umfasste und für die Geschichte des gesamten Schulwesens der Stadt einen bleibenden grossen Wert besitzt. Eine weitere Vorbereitung auf das Fest bestand darin, dass im J. 1900 aus den Überschüssen der Hauptkasse im Betrage von 1994 Rbl. ein Jubiläumsfonds gebildet wurde. Im Herbst 1902 wurde ein Festkomitée, bestehend aus dem Direktor Otto v. Irmer, Kassaführer Eugen Burchard, Ältesten Th. Busch, Waisenbuchhalter Heinrich Frobeen, Rechtsanwalt Alex. Hoff und dem Sekretär Arend Berkholz, gewählt, das ein ausführliches Festprogramm ausarbeiten sollte. Die übliche Jahresversammlung mit den Berichten und Wahlen sollte bereits am 10. Dezember stattfinden und der 12. Dezember ganz der Festfeier gewidmet sein. Während die bisherigen Jubiläen ganz intern begangen worden waren, wollte man dieses Mal mehr an die Öffentlichkeit treten. Es ergingen Einladungen zur Teilnahme am Feste an die Repräsentanten der Staatsregierung, der Stadt, der Ritterschaft, der Geistlichkeit, der Vereine und an bestimmte einzelne Personen, auch wurden alle Mitglieder zur Teilnahme aufgefordert. Zum Aktus wurden auch die in der B. V. wirkenden Damen eingeladen.

Es war eine stattliche, zahlreiche Versammlung, die am 12. Dezember 1902 um ein Uhr den oberen Saal der grossen Gilde bis auf den letzten Platz füllte.[1]) Zu beiden Seiten des Podiums waren, von Blattpflanzen umgeben, die Büsten der

[1]) Die hundertjährige Jubelfeier der L. P. B. V. zu Riga am 12. Dez. 1902. Riga 1903. Separat-Abdruck aus den Rigaschen Stadtblättern. 64. S. S.

beiden Kaiser Alexanders I. und Nikolais II. aufgestellt, während in einer Nische des Saales die Büste des Generalsuperintendenten K. G. Sonntag einen Platz gefunden hatte. Nach einer vom Stadtpropst Th. Gaehtgens gehaltenen Festandacht brachte der Direktor Otto v. Irmer das Hoch auf den Kaiser aus und begrüsste die erschienenen Gäste, worauf in langer Reihenfolge die 31 Deputationen entweder Adressen verlasen oder mündlich ihre Glückwünsche aussprachen. Die Vertreter der Stadt Riga, der beiden Gilden, der Kaufmannschaft und der Kompagnie der Schwarzen Häupter überreichten zugleich viele Geldgeschenke zur Förderung der gemeinnützigen Zwecke der B. V. Auch der Rigaer Lettische Verein und zwei andere lettische Gesellschaften hatten durch ihre Deputierten Glückwünsche übersandt. An den Empfang der Deputationen, denen der Direktor den Dank der B. V. aussprach, schloss sich noch eine Verlesung der eingegangenen Glückwunschschreiben und Telegramme[1]) sowie die Proklamation der neuernannten 8 Ehrenmitglieder. Es waren dieses: das Stadthaupt von Riga George Armitstead, das ehemalige Stadthaupt Ludwig Kerkovius, der General-Superintendent von Livland Gustav Oehrn, der Stadtpropst Theophil Gaehtgens, der Oberpastor Emil Kählbrandt, der Ältermann der Grossen Gilde Hermann Stieda, der Ältermann der St. Johannisgilde Friedrich Brunstermann, der Älteste der Gr. Gilde Nikolai Kymmel sen.

In allen Reden und Adressen[2]) wurden der B. V. viele Worte der Anerkennung und des Dankes ausgesprochen. »Aber nicht das,« so heisst es in dem Berichte über das Fest, »was sie geschaffen, wurde an der B. V. am höchsten gepriesen, sondern der Geist, aus dem heraus sie geboren ist, in dem sie gewirkt hat und in dem sie zu wirken gelehrt hat, — der Geist des Gemeinsinnes, der getreu dem Wahlspruch der B. V.: Nos aliis! an dem Wohl der Allgemeinheit freiwillig und freudig und unermüdlich mitarbeitet, ohne einen anderen Lohn dafür zu erhalten und zu beanspruchen, als das

[1]) In dem Schreiben des hochbejahrten Ehrenmitgliedes J. Fromm heisst es: »Als der Unterzeichnete dieses im Winter 1833, also vor 69 Jahren, in einem kleinen Raume des Schlosses bei mattem Kerzenlicht einer kleinen Versammlung der L. P. B. V. als Gast beiwohnte, ahnte wohl niemand, wie Grosses diese Verbindung durch Gottes Gnade im Laufe der Jahre schaffen würde. Die heutige Säcularfeier wird davon zeugen.«

[2]) Die zum Teil künstlerisch ausgestatteten Adressen sind im Archiv der B. V. Vergl. auch die Akten Nr. 275 und 276.

Bewusstsein erfüllter Bürgerpflicht. Dieser Gedanke, in dem der erste der Redner, das Stadthaupt George Armitstead, seine von edlem Schwung und Begeisterung getragene Ansprache gipfeln liess, zog sich als roter Faden durch alle die vielen Reden und Adressen, zugleich aber der Wunsch, dass die B. V. auch in alle Zukunft ein Hort des selbstlosen Gemeinsinnes bleibe, der, wie das Stadthaupt ausführte, der Kern und die Lebenskraft der Stadt sei und sie in allen Wandlungen von der kleinen Hansastadt zum Mittelpunkte der Provinz und nunmehr zu einem der grössten Orte eines mächtigen Weltreiches ausgezeichnet hat. Wie die hohen Türme der Stadt als Zeichen dieses idealen Bürgersinnes dastehen, so würden sie fallen, wenn er nicht mehr in ihren Mauern herrsche!« Es wurde der B. V. nachgerühmt, »dass sie, wenn es galt, zur Förderung der Wohlfahrt oder des geistigen Lebens Aufgaben zu erfüllen, für deren Durchführung es anderweitig an Kräften gebrach, oder berufene Faktoren nicht vorhanden waren, stets entweder den Anfang gemacht oder helfend und fördernd eingetreten sei«. »Höher aber als alle Verdienste im Einzelnen,« heisst es in der Adresse der Livl. Ritterschaft, »ist es der B. V. anzurechnen, dass sie in einem jahrhundertelangen Kampfe mit zahllosen Widerwärtigkeiten nie müde geworden ist, dem kategorischen Imperativ der Pflichterfüllung zu folgen. Möge das hieraus resultierende erhebende Bewusstsein, dass, wie im Leben eines jeden Einzelnen, so in der Geschichte der Kommunen und Genossenschaften Mühe und Arbeit die höchste Ehre und den schönsten Lohn gewähren, der L. P. B. V. auch fernerhin ein Leitstern sein und bleiben.« Auch von anderer Seite wurde betont, dass nur in der steten Arbeit das Leben jedes Vereins beruhe: wer leben wolle, müsse streben und arbeiten, und an Arbeit werde es der L. P. B. V. niemals fehlen.

Als Gastgeschenk erhielten alle Teilnehmer am Festaktus das soeben erschienene Werk von N. Busch, Geschichte der Literärisch-praktischen Bürgerverbindung in Riga. 1802—1902. Spezieller Teil: Die Anstalten der Bürgerverbindung I. Die Schulen 1902. 204 S. S.

Am Abend versammelten sich die Gäste und die Mitglieder — etwa 300 Herren — zu einem Festmahl in der gr. Gilde. »Der Verlauf desselben war ein durchaus harmonischer. Einmütigkeit im Streben und Herzlichkeit in dem gegenseitigen Verhältnis aller Teilnehmer zu einander atmeten alle Reden;

manches ernste und erhebende Wort, mancher heisse, dem Wohle der Vaterstadt und der teuren Heimat geweihte Wunsch haben einen breiten Boden in dem Gemüt der vielen Festgäste gefunden.« Sicher hat zu dem Gelingen der Festfeier viel beigetragen, dass im Jahr vorher das 700-jährige Jubiläum der Stadt Riga das Interesse für die Vergangenheit der Vaterstadt geweckt und den Lokalpatriotismus in der Bürgerschaft belebt hatte.

In schöner und würdiger Weise war der Gedenktag der B. V. verlaufen. Die Veranstalter der Feier waren dafür von ganzem Herzen dankbar, aber sie waren sich auch dessen bewusst, dass ihnen aus den erwiesenen Freundlichkeiten neue grosse Verpflichtungen für die Zukunft erwachsen waren: Sie erkannten es als ihre Pflicht, »die aus den Händen der Väter übernommene Erbschaft treu zu bewahren für ein kommendes Geschlecht«.

Anhang:

Biographische Notizen und Hinweise.

Mit der Geschichte der L. P. B. V. ist der Name Alfred Hillners aufs engste verbunden. Im Jahr 1866 wurde er ihr Mitglied und bis an sein Lebensende hat er mit der ihm eigenen Treue für sie gewirkt und an ihr festgehalten.[1]) Alfred Hillner ist am 4. Mai 1839 zu Angermünde in Kurland als Sohn des Pastors Wilhelm Hillner geboren. Dieser wurde 1849 als Prediger nach Riga berufen und hat sich auch an den Arbeiten der B. V. lebhaft beteiligt. Nachdem Alfred Hillner das von Direktor Krannhals geleitete Gouv.-Gymnasium absolviert hatte, studierte er in Dorpat 1858—61 zuerst Philologie, dann Theologie. Schon im Studentenleben hat er als Glied der Korporation »Fraternitas Rigensis« anregend und fördernd im brüderlichen Zusammenleben gewirkt, hat in gewissenhaftester Weise die ihm anvertrauten Ämter verwaltet und vortrefflich nach aussen repräsentiert. Es waren diese Jahre vielleicht in mancher Beziehung eine Vorschule für seine spätere Wirk-

[1]) Album fratrum Rigensium. Riga 1910 Nr. 479. Rig. Stadtblätter 1898 Nr. 17. Bernhard Hollander, Alfred Hillner. Rig. Almanach f. 1903. Alfred Hillner zum Gedächtnis. Reden und Nachrufe zur Feier seiner Einsargung und Bestattung. Riga 1917.

samkeit. Mit dem höchsten Ehrenzeichen der Korporation, der blau-rot-weissen Schärpe, geschmückt, verliess Hillner als cand. theol. die Universität. Er trat aber kein kirchliches Amt an, sondern widmete sich der sozialen Arbeit, in die er von B.-M. Otto Müller, dem Präses des Armendirektoriums, eingeführt wurde. Als dieser im Jahre 1867 starb, beklagte Hillner in ihm nicht nur »den ausserordentlichen Mann und edlen Menschen«, sondern auch »seinen väterlichen Freund und treuen Berater«. Bis zum Jahre 1878 hat Hillner als Hilfsarbeiter und dann als Sekretär am Armendirektorium gearbeitet. Zu gleicher Zeit war er von 1872—76 Schulrat für das Rigasche Patrimonialgebiet. Als die neue Stadtverfassung in Riga eingeführt worden war, wurde Hillner 1878 zum Stadtverordneten und Stadtrat erwählt. Als solcher hat er die Sanitätskommission geleitet, war Assessor der Polizeiverwaltung und von 1886 an Präses des Armenamtes. Als die Stadtverwaltung die russische Geschäftssprache annehmen musste, legte er im J. 1890 sein Amt nieder. Ein Jahr darauf übernahm er die Geschäftsführung für die von Schröderschen Legate, die er bis an sein Lebensende verwaltet hat. Neben seiner eigentlichen Berufstätigkeit hat er noch in so manchen Ehrenämtern gearbeitet, am meisten von 1868—1899 in der L. P. B. V., deren soziale Wirksamkeit mit seiner eigenen Berufsarbeit Hand in Hand ging, wie das z. B. in seinem bedeutungsvollen, in der B. V. gehaltenen Vortrage »über die Zentralisation der Armenpflege Rigas« (1866) zum Ausdruck kam. Jegliche Arbeit, die Hillner leistete, wurde getragen von dem Geiste strengster Pflichterfüllung und war durchdrungen von warmer Liebe zu den Mitmenschen und zur Heimat. Er war stolz auf die Vergangenheit seiner Vaterstadt, er trug aber auch ihr Leid, wie sein eigenes Leid. Die Kriegsereignisse lasteten schwer auf seinen letzten Lebensjahren; den 3. Sept. 1917 zu erleben, war ihm nicht vergönnt, aber — Gott sei Dank — es sind ihm auch die Schreckensmonate des Jahres 1919 erspart geblieben. Am 1. Mai 1917 ist er gestorben. In einer Rede an seinem Grabe wurde darauf hingewiesen, dass er, der Theologe, ganz in den Verwaltungsdienst getreten sei. »Aber all der Staub der Akten und Archive,« so sagte der Redner weiter, »hat die Schwingen seines Geistes nicht belastet, an ihnen nicht gehaftet, die Adern des Gemütslebens haben sich ihm nicht verhärtet. Es ist bei ihm auch nie die Spur dessen verblasst, dass

er von der Theologie gekommen; den Segen des geistlichen Studiums hat er sich nie verschüttet. Vielmehr ist zu sagen: Gerade das Beieinander von Gottesgelehrtheit und Rechtsübung hat seiner Haltung und seiner Stellung das eigenartige Gepräge verliehen, ihm etwas wirksam und heilsam Abweichendes gegeben. Für einen Theologen legte er ungewöhnliches Gewicht auf äussere Ordnung und festes Recht, für einen Juristen zeigte seine Sprache mehr als üblich ethisch warme Töne... Ihm war es von der Vorsehung wie in seinen Beruf geschrieben, der Vertrauensmann, der Mittelsmann zu sein zwischen der Welt des Rechts und dem Reich des Glaubens.« »Versuche ich,« sagte ein anderer Redner, »Hillners Persönlichkeit in 2 Worte zusammenzufassen, so darf ich wohl sagen; er war nach höchstem menschlichen Masstabe in jeder Beziehung ein edler und reiner Mensch.« So lebt er noch heute in dem Gedächtnis seiner jüngeren Zeitgenossen fort.

Hillners Nachfolger im Amte des Direktors war Dr. Otto v. Irmer (1899—1903)[1]), der vorher schon 10 Jahre lang in gewissenhaftester Weise das Sekretariat verwaltet hatte. Irmer ist am 28. Okt. 1859 in Riga als Sohn des Medizinalinspektors Dr. med. Theodor v. Irmer geboren. Er studierte in Dorpat, wo er auch der Korporation »Fraternitas Rigensis« angehörte, Nationalökonomie (1880—84) und trat, nachdem er kurze Zeit in Pleskau Beamter gewesen war, in den Dienst der Riga-Dünaburger, dann der Riga-Oreler Eisenbahn (1886—96). Von 1896—1899 war er Geschäftsführer der Sassenhofer Baumwollen-Spinnerei und -Weberei und zuletzt Geschäftsführer der gegenseitigen Unfallversicherungs-Gesellschaft der Fabrikanten. Er starb am 11. Jan. 1907. Mit einem unermüdlichen Fleiss verband er »eine erstaunliche Arbeitskraft und eine an Peinlichkeit grenzende Gewissenhaftigkeit.« Dadurch eignete er sich auf jedem seiner verschiedenen Arbeitsfelder eine grosse Sachkenntnis und Sicherheit an. Seine liebenswürdigen Umgangsformen, sein Verständnis für guten Humor gestalteten den Verkehr mit ihm zu einem stets angenehmen. Man hat ihn wohl als einen »musterhaften Repräsentanten alt-rigaschen, sich im Dienste des Gemeinwesens verzehrenden Literatentums« bezeichnet.

Ein treuer Freund und Mitarbeiter Hillners war Konrad Bornhaupt, der Jahre lang das Amt des stellvertretenden

[1]) Alb. frat. Rig. Nr. 831. Rig. Tageblatt 1907 Nr. 8.

Direktors bekleidete (1876—1913)[1]). Er ist am 11. Sept. 1841 in Riga als Sohn des Kaufmanns Eduard Bornhaupt geboren. Er studierte in Dorpat, wo er zur »Fraternitas Rigensis« gehörte, und in Heidelberg Jurisprudenz und liess sich dann in Riga als Rats- und Hofgerichtsadvokat (1866—89) nieder. Nach der Einführung der russischen Gerichtsverfassung wurde er Präsident des Stadt-Waisengerichts. Seit 1893 war er auch Präsident des Rigaschen Hypothekenvereins. Bornhaupt entwickelte eine ausserordentlich rege kommunale Tätigkeit, so war er Jahre lang Inspektor der Petrikirche, aber auch im Turnverein und in geselligen Vereinen war er ein beliebtes, oft leitendes Mitglied, alle Menschen durch seine schlichte Geradheit, durch seine selbstverständliche Pflichterfüllung und seinen fröhlichen Mut für sich gewinnend. Die B. V. erwählte ihn 1899 zu ihrem Ehrenmitgliede in dankbarer Anerkennung seiner Verdienste, die er sich dadurch erworben, dass er 31 Jahre lang Administrator der W. Th. Sprostschen Dienstbotenstiftung, 25 Jahre lang Mitglied des engeren Kreises und 23 Jahre lang stellvertretender Direktor gewesen war. Er starb in Riga am 28. Februar 1914.

Diesen leitenden Persönlichkeiten hat gerade in dieser Zeit eine ganze Anzahl anderer Männer zur Seite gestanden, die in treuer Ausdauer im engeren Kreise oder in den Kuratorien der einzelnen Anstalten oft viele Jahre hindurch den gemeinnützigen Zwecken der B. V. dienten. Es waren das Männer, die auch durch ihre amtliche Tätigkeit allgemeines Ansehen genossen. Nur einige von ihnen kann ich hier, wenigstens dem Namen nach, anführen. Oberlehrer Moritz Gottfriedt (geb. 9. November 1817, gest. 17. August 1889)[2]) hat namentlich der Töchterschule der B.V. treu gedient und dafür Dank geerntet. Der Direktor der Stadtrealschule Ferdinand Berg (geb. 22. April 1825, gest. 11. Februar 1887)[3]) hat seine reichen pädagogischen Erfahrungen der Taubstummenanstalt und der Waisenschule besonders nutzbar gemacht. Der Inspektor der Stadtrealschule Dr. med. Gustav Poelchau (geb. 11. Oktober 1829, gest. 7. (19.) Februar 1897 in Werni-

[1]) Album frat. Rig. Nr. 515. Akte Nr. 232 Ansprachen.

[2]) Alb. acad. Dorp. Nr. 3876.

[3]) Album Livonorum Nr.717. Gustav Poelchau, Am Sarge Ferdinand Bergs. Balt. Monatsschr. Bd. 34, Heft 6 und Programm der Stadtrealschule zu Riga. Riga 1887.

gerode)[1]) hatte in schwerer Zeit die Interessen der Waisenschule zu vertreten. Oberpastor Dr. theol. Johannes Lütkens (geb. 14. November 1829, gest. 28. Oktober 1894)[2]) hat 17 Jahre lang an den Arbeiten des engeren Kreises, »lebhaften und entscheidenden Anteil« genommen. »Immer hat er anregend, fördernd, klärend unter uns gewirkt, in Zeiten schwerer Sorge und ernster Entschlüsse die Sorge beschwichtigend, den Mut stärkend, stets mit scharfem Blick und mutig festem Willen das rechte Ziel und den rechten Weg zum Ziele weisend.« Oberpastor Johannes v. Holst (geb. 24. Januar 1828, gest. 26. Juli 1898)[3]) wurde im J. 1894 in Anerkennung der »treuen liebevollen Arbeit« als Präses des Kuratoriums des Magdalenenasyls zum Ehrenmitgliede ernannt. Dr. med. Valentin v. Holst (geb. 14. März 1839, gest. 24. Juni 1904)[4]) wurde, nachdem er 25 Jahre im engeren Kreise die Bestrebungen der B. V. gefördert hatte, zum Ehrenmitgliede ernannt. Redakteur Valentin Wittschewsky (geb. 19. November 1854 in Riga)[5]) war 1881—89 Sekretär der B. V. und siedelte, nachdem er aus der Verbannung nach Russland heimgekehrt war (s. oben S. 186), nach Deutschland über. Dr. phil. Anton Buchholtz (geb. 16. Juli 1848, gest. 3. Oktober 1901)[6]) hat fast 25 Jahre dem Direktorium der B. V. angehört. »Bei unzähligen Beratungen ist sein klarer Verstand, sein tatkräftiges Eingreifen, seine vortreffliche Kenntnis der örtlichen Verhältnisse, Bedürfnisse und Bedingungen häufig von entscheidendem Einfluss auf die glückliche Beurteilung und die richtige Lösung der vorliegenden Fragen gewesen.« Der Älteste Gr. Gilde Theodor Loeber (gest. 22. Juli 1901) hat sich namentlich von 1877—1901 um die Lutherschule bemüht und dem Finanzwesen der B. V. sein Interesse zugewandt.

In bestem Einvernehmen und enger Gemeinschaft mit einander haben diese und so manche andere Männer es möglich gemacht, dass die L. P. B. V. ihren 100jährigen Gedenktag in Ehren feiern und getrost in die Zukunft schauen konnte.

[1]) Album frat. Rig. Nr. 348.

[2]) Album frat. Rig. Nr. 347, daselbst auch weitere Literaturangaben. Ausserdem Nekrolog von Th. Gaethgens in den Mitteil. u. Nachr. f. d. ev. Kirche in Russland, 53. Bd. 1897. Akte 232 im Archiv.

[3]) Album Livonorum Nr. 357.

[4]) Album Livonorum Nr. 484.

[5]) Album frat. Rig. Nr. 753.

[6]) Album frat. Rig. Nr. 621, daselbst auch weitere Literaturangaben.

VII. Die Tätigkeit der Bürgerverbindung in den Jahren 1902—1927.

Um die Wende des Jahrhunderts und in den beiden ersten Jahrzehnten bis zum Weltkriege erfreute sich Riga eines mächtigen wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Stadt hatte mehr als eine halbe Million Einwohner. Riga wurde Weltstadt. Durch die grossen Eisenbahnlinien zur Wolga: Riga-Orel-Zaryzin und Riga-Rybinsk sowie durch die Sibirische Bahn wurde ein riesiges Hinterland dem Hafen erschlossen, und es war Aussicht vorhanden, dass durch den projektierten Düna-Dnjepr-Kanal auch der Süden gewonnen werden würde. Mit dem aufblühenden Handel ging die Entwickelung der Grossindustrie Hand in Hand. Die Rigasche Stadtverwaltung, an deren Spitze das grosszügige Stadthaupt George Armitstead stand, vermochte es, den grossen an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden, so dass die Stadt als eine der am besten verwalteten Städte des Reiches galt. Es war natürlich, dass ein starkes Zuströmen landfremder Menschen aus dem Inneren Russlands, aus Litauen etc., besonders von Arbeitern, stattfand; es bildete sich ein landfremdes Proletariat. Die Folgen zeigten sich sehr bald: Arbeiterunruhen, Streiks und im Jahr 1905-06 auch hier revolutionäre Unruhen. Die Revolution brachte aber auch dem Lande und der Stadt manche langersehnte Freiheiten in der Presse, im Vereinsleben, in der Schule und in der Kirche. Die Deutschen Vereine konnten deutsche Privatschulen eröffnen und einen engen nationalen Zusammenschluss der Deutschen anbahnen. Fast ein Jahrzehnt lang dauerte dieses rege Leben und Streben, in dem es auch nicht ohne manchen Kampf abging, dann brach mit dem Weltkrieg das ganze Gebäude zusammen. Als sich die Deutschen in Kurland festsetzten, wurden aus Riga die Behörden, die Schulen, die Denkmäler, die in den Banken deponierten Kapitalien, die Maschinen der Fabriken und manches andere nach Russland, vielfach auf Nimmerwiedersehen, evakuiert. Es wurde tot in Riga, und die Bevölkerung ging um mehr als die Hälfte zurück. Die Deutschen durften sich nicht mehr öffentlich in ihrer Muttersprache unterhalten und waren mancherlei Verfolgungen ausgesetzt. Nicht wenige, darunter das Stadthaupt W. v. Bulmerincq mussten die Reise nach Sibirien

antreten. Am 3. September 1917 wurden die deutschen Eroberer als Befreier von der gesamten Bevölkerung begrüsst. Ihre militärische Verwaltung, unter der Riga wieder in Beziehung zur Aussenwelt trat und manches Zerstörte, wie besonders die Schulen, wiederhergestellt wurde, dauerte nur kurze Zeit. Sie räumten das Feld den vordringenden Bolschewisten, die ihre Schreckensherrschaft vom Januar bis zum Mai 1919 ausübten. Erst nach dem 22. Mai, dem Ruhmestage unserer Landeswehr, konnte der bereits am 18. November 1918 proklamierte junge lettländische Staat in Riga das Fundament zu seinem weiteren Aufbau legen. Zugleich begann auch der Wiederaufbau auf allen andern Gebieten unter vollständig veränderten neuen Verhältnissen. Auch die Deutschen, deren Zahl in Riga stark zurückgegangen war und die meist in schweren wirtschaftlichen Verhältnissen lebten, schlossen sich zu gemeinsamer kultureller Arbeit zusammen, um das Erbe der Väter auch in die neue Zeit hinüberzuretten und den Nachkommen zu erhalten. Es begann eine oft harte Arbeit, der aber der Erfolg nicht versagt blieb. Es gelang den Deutschen, sich auch unter neuen schweren Umständen eine geachtete Stellung zu erringen.

An allen diesen Wandlungen hat auch die L. P. B. V. teilgenommen. Das Schicksal der Vaterstadt ist auch ihr Schicksal gewesen. Sie hat sich in den ersten Jahren dieses Zeitabschnittes weiter ausgedehnt, neue Unternehmungen begonnen und weitgehende Pläne gehegt. Sie hat dann Jahre lang unter den grössten Schwierigkeiten sich mühsam über dem Wasser gehalten, um nach dem Kriege ihre Tätigkeit den neuen Verhältnissen anzupassen und in ganz anderer Weise als bisher fortzusetzen. Es gab eine Zeit, in der die leitenden Persönlichkeiten viele ernste Beratungen darüber hatten, welche Bahnen für die weitere Entwickelung eingeschlagen werden sollten, bis sie volle Klarheit darüber gewannen und die B. V. in der Weise ausgestalteten, wie sie heute dasteht. Es sollen zunächst die Jahre bis zum Weltkriege, die ein weiteres Aufblühen der einzelnen Anstalten der B. V. und mehrere Neugründungen aufweisen, geschildert werden, um dann die Umwälzungen in der Nachkriegszeit darzustellen.

Von den Schulen der L. P. B. V. bestanden im Jahre 1902 noch die Lutherschule und die Taubstummenanstalt. — Die Lutherschule wurde seit dem Jahre 1882 von dem Lehrer

Friedrich Dohne geleitet. Der Unterricht fand in einer städtischen Elementarschule (Kurmanowstrasse 2) statt und wurde stark besucht. Im Jahre 1903 zählte die Schule 70 Schüler, aber es hatten gegen 100 angemeldete Schüler, weil kein Raum vorhanden war, zurückgewiesen werden müssen. Deshalb beantragte das Kuratorium im April 1903 eine Erweiterung der Schule durch eine Klasse. Auch sollte bei dieser Gelegenheit eine Erhöhung der Stundenzahl um 1 Geographie-, 2 Geometrie- und 1 deutsche Stunde durchgeführt werden. Die Verhandlungen mit der Obrigkeit, die nach dem Berichte des Direktors Frobeen mit den grössten Unzuträglichkeiten verknüpft waren, da gar kein Entgegenkommen vonseiten der Schulobrigkeit stattfand, zogen sich sehr in die Länge. Die eine deutsche Mehrstunde musste vom Programm gestrichen werden, und erst im Januar 1905 konnte nach erlangter Bestätigung die neue Klasse eröffnet werden. Die Lutherschule war unterdessen (1904) in das Haus der vereinigten städtischen Elementarschulen an der Kosakenstrasse verlegt worden, wo reichlich Raum vorhanden war. Doch bereits am Ende des Jahres 1905 musste der Unterricht, weil die Schüler fortblieben und in 2 »Petitionen« unerfüllbare Forderungen vorgebracht hatten, unterbrochen werden. Die Jugend war auch hier von der revolutionären Bewegung erfasst worden, wenn auch ihre Forderungen im ganzen gemässigte waren: unentgeltlicher Unterricht, freie Lieferung von Schulutensilien (event. durch die Stadt), Erweiterung des Schulprogramms, Einstellung des Religionsunterrichts, Teilnahme der Schülerdelegierten an den Lehrerkonferenzen etc., aber sie enthielten keine persönlichen Angriffe gegen die Lehrer oder dergl.[1]) Die B.V. hielt es unter den obwaltenden Umständen für richtig, die Schule am 1. Dezember 1905 bis auf weiteres zu schliessen. Als im Jahre 1906 die Möglichkeit gegeben war, in den Privatschulen die deutsche Unterrichtssprache einzuführen, stellte das Kuratorium den Antrag, die Lutherschule als deutsche Schule wieder zu eröffnen. Der engere Kreis stimmte im Prinzip dem Antrag zu, doch nahm er vorläufig aus praktischen, wohl finanziellen Gründen von der Ausführung desselben Abstand. Erst im Juni 1908 wurde auf Antrag des Direktors Frobeen nach eingehenden Besprechungen beschlossen, die Lutherschule wiederum

[1]) Akte Nr. 263 im Archiv.

zu eröffnen und zwar als deutsche Abendschule mit 2 Klassen für ca. 60 Lehrlinge. Sie sollte die Elementarklassen der Gewerbeschule, die am Ende dieses Schuljahres ihren Abschluss fanden, übernehmen. Am 19. September fand die Eröffnung in dem bequemer gelegenen Hause der städtischen Elementarschulen am Todleben-Boulevard Nr. 8 statt. Ein neues Programm der Schule wurde dem Kurator eingereicht, doch erfolgte lange Zeit keine Antwort, ohne dass der deutsche Unterricht dadurch gestört worden wäre. Erst im Novbr. 1911 richtete der Volksschulinspektor an das Direktorium eine Anfrage wegen der Unterrichtssprache und verlangte erneute Einreichung eines Statuts und Programms. Diese erfolgte im Januar 1912, doch zogen sich die Verhandlungen noch bis in die Zeit des Weltkrieges hinein. Nach dem neuen Statut durften nur Schüler, deren Muttersprache die deutsche war, aufgenommen werden. Infolge dieser Umgestaltung wurde die Zusammensetzung der Lutherschüler nach ihrer Nationalität eine vollständig andere. Im Jahre 1903 waren unter 70 Schülern 43 Letten und 20 Deutsche, im J. 1910 waren unter 71 Schülern 44 Deutsche, 14 Letten, 8 Russen, 4 Polen, 1 Däne, ja im J. 1913 gab es 71 deutsche und nur 3 lettische Schüler. Es war natürlich höchst erfreulich, dass die Schule jetzt gerade dem deutschen Handwerk zum Nutzen gereichte, während sich die deutschen Lehrlinge von der russifizierten Schule fern gehalten hatten. Da sich die Lutherschule in bester Weise entwickelte, beantragte der Leiter Fr. Dohne im J. 1909 eine Erweiterung. Er selbst legte damals sein Amt nieder, aber sein Nachfolger der Lehrer Ed. Weinert setzte seine Bestrebungen fort, so dass im September 1910 wieder eine 3. Klasse eröffnet werden konnte. Das Programm schloss sich eng an das der Gewerbeschule an, denn die Schule verfolgte jetzt einen doppelten Zweck: sie wollte ihren Schülern die fürs Leben notwendige Elementarbildung geben und sie gleichzeitig für die Spezialkurse der Rigaschen Gewerbeschule vorbereiten. Die Lutherschule hat auch nach Beginn des Krieges ihre Arbeit zunächst fortgesetzt. Obgleich bei der schwierigen pekuniären Lage der B. V. eine Schliessung wohl in Erwägung gezogen wurde, fasste der engere Kreis doch im April 1915 den Beschluss, »die Lutherschule nach Möglichkeit, soweit die Mittel der B.V. und sonstige Umstände es gestatten, weiterzuführen«. Man wollte dem Bedürfnis der deutschen Schüler entgegenkommen

und meinte, »dass es leicht sei, eine Schule zu schliessen, aber schwer, sie wieder zu eröffnen«. Im August 1915 musste die Lutherschule wegen Abwesenheit fast aller Lehrer und der geringen Schülerzahl doch, 2 Jahre vor ihrem 100jährigen Jubiläum, geschlossen werden. Sie ist nicht wieder eröffnet worden.

In der Taubstummenanstalt ist während dieser Zeit bis zum Weltkriege eine stetige ruhige Entwickelung unter Leitung des seit 1888 an ihr tätigen, bewährten Vorstehers Ed. Inselberg zu beobachten[1]). Die Zahl der Schüler und Schülerinnen betrug im Jahre 1903: 58 und erreichte im Jahre 1912 ihren höchsten Stand mit 80 Zöglingen. Die Einnahmen und Ausgaben balanzierten im Jahre 1903 mit 11437 Rbl., im J. 1913 mit 15384 Rbl. Zur Bestreitung der Unkosten gewährte die Stadt Riga im J. 1903 eine Subvention von 2000 Rbl., die seit 1910 in dankenswerter Weise auf 3500 Rbl. erhöht wurde. Auch die Livl. Ritterschaft unterstützte die Anstalt seit dem J. 1908 mit 500 Rbl. Der Zuschuss der B. V. betrug durchschnittlich etwa 4500 Rbl. Herr Ed. Inselberg hat wiederholt die Kongresse der Taubstummenlehrer in Deutschland besucht, um sich mit den dort auf seinem Arbeitsgebiete erzielten Fortschritten bekannt zu machen. Er hat dann meist mit den Reiseberichten auch Vorschläge zu Verbesserungen in seiner Schule verbunden. Einer seiner Berichte wurde im J. 1904 unter der Überschrift »Wünsche eines Taubstummenlehrers« in den »Rig. Stadtblättern« (Nr.11) veröffentlicht. Er verlangte vor allem für das vorschulpflichtige Alter der taubstummen Kinder die Einrichtung eines Kindergartens. Dann hob er hervor, dass die Taubstummenanstalt in der kurzbemessenen Schulzeit nicht ihre Ziele vollständig erreichen könne; sie müsse ihren Zöglingen auch nach ihrer Entlassung noch zur Seite stehen und zwar durch Förderung ihrer gewerblichen Fortbildung, durch Rat und Tat in allen Lebenslagen und durch Teilnahme der Anstalt an der Seelsorge der entlassenen Taubstummen. In der Rigaschen Taubstummenanstalt wurden alle 14 Tage Erbauungsstunden von einem Prediger veranstaltet, auch fanden allmonatlich an einem Sonntage gesellige Abende für die früheren Zöglinge statt. Inselberg hielt aber für besonders notwendig die Begründung eines Heims für

[1]) E. Inselberg, Zur Geschichte der Taubstummen-Anstalt in dem Jahresberichte für das Jahr 1908. Riga. 1909, S. 93.

weibliche, im Erwerbsleben stehende Taubstumme, das ihnen mit seiner geregelten Tagesordnung, seiner strengen Aufsicht und liebevollen Pflege die beste moralische Stütze bieten würde. Auch wünschte er Fortbildungskurse für taubstumme Jünglinge. Die B. V. hat die Bestrebungen Inselbergs nach Möglichkeit zu fördern gesucht. Im J. 1905 wurde ein Kindergarten mit 14 Kindern eröffnet. Um Raum für das gewünschte Heim zu erlangen, wurde am Hause in der Marienstrasse der Ausbau eines Mansardenstockes vollzogen, wodurch 10 neue Zimmer gewonnen wurden. Der schon im J. 1905 beschlossene Bau verzögerte sich infolge der Streiks und Unruhen bis zum J. 1907. Die neuen Räume sollten vorzugsweise weiblichen Taubstummen gegen eine billige Mietzahlung vergeben werden. Etwa übrig bleibende Zimmer sollten zur Erweiterung eines inzwischen begründeten Gouvernantenheims der B. V. verwandt werden. Leider zeigten die Taubstummen selbst wenig Verständnis für das ihnen dargebotene Heim, wahrscheinlich weil sie ihre Unabhängigkeit nicht preisgeben wollten. Da sich zuerst nur 2 für das Heim gemeldet hatten, wurden die übrigen Zimmer gleich anderweitig vergeben. Für die Arbeit in der Anstalt war es gewiss sehr wertvoll, dass die meisten Lehrkräfte viele Jahre hindurch an derselben wirkten. So konnten in den Jahren 1910—13 drei 25jährige Jubiläen gefeiert werden: von Frl. Wilhelmine Rascha, Frl. Elfriede Renner und vom Leiter Ed. Inselberg. Ausserdem waren noch der Lehrer Christoph Peltz seit dem J. 1891, Frau Wilhelmine Inselberg seit 1889 und Frl. Herta Kupffer von 1892—1912 an der Anstalt tätig. Wohl hat die B. V. sich redlich bemüht, die schwere, entsagungsvolle Arbeit auch entsprechend zu vergüten, aber glänzend war die materielle Lage der Lehrenden wohl kaum. Um so erfreulicher war es, dass es im Jahre 1911 gelang, ihren Eintritt in die staatliche Pensionskasse zu erwirken.

Mit mancherlei Opfern und vieler Mühe gelang es, die Schule auch während des Krieges fortzuführen. Im J. 1916 wurde sie von 44 Schülern besucht, darunter waren 15 Deutsche, 13 Letten, 8 Juden und 6 Polen. Auch hier wurde »die jeglichen pädagogischen Grundsätzen widersprechende Anordnung« getroffen, dass der Unterricht in russischer Sprache stattfinden müsse. Während der Okkupationszeit bewilligte der Stadthauptmann von Riga eine Jahressubvention von 10.000 Mark

und 40 Faden Brennholz zum Selbstkostenpreis der Stadt. Ein zweites Gesuch vom 14. Dez. 1918 ist nicht mehr beantwortet worden. Man hegte aber auch schon beim Einreichen desselben wenig Hoffnung auf Erfolg. Trotzdem waren alle Mitglieder des engeren Kreises »darin einig, dass eine Schliessung der Anstalt nur im alleräussersten Notfall in Betracht käme und nachdem alles versucht sei, das Fortbestehen derselben zu ermöglichen.«[1]) In der Zeit der Bolschewisten ist auch an dieser Schule alles umgestaltet worden. Sie wurde, wie manche andere Institute »nationalisiert«, aber da Herr Inselberg und seine Kollegen auf dem Posten blieben, konnte der Unterricht auch in dieser Zeit fortgeführt werden. Ebenso gelang es, das Inventar der Anstalt intakt zu erhalten. Seitdem ist sie aber in der Verwaltung der Stadt geblieben, die das der B. V. gehörige Haus für die Schule gepachtet hat.[2]) Es wurde von der Stadt neben der bisherigen deutschen auch eine lettische Abteilung eingeführt, die jetzt bei weitem mehr Schüler (47) zählt, als die erstere (19), obgleich zu dieser auch jüdische Kinder gehören. Ein Internat für taubstumme Zöglinge ist von der Schule ganz abgetrennt. Der Kindergarten ist leider eingegangen; im Heim wohnen noch ein paar Damen.

Bereits seit dem J. 1880 subventionierte die B. V. die von Frl. Karoline Pfeiffer im J. 1878 begründete »Pfeiffersche Anstalt für kränkliche und mit Körpergebrechen behaftete Mädchen«, die unter dem Medizinaldepartement des Ministeriums des Inneren stand. Zweck der Schule war, Kindern, die bei normalen geistigen Fähigkeiten doch wegen ihrer Schwächlichkeit oder körperlichen Gebrechlichkeit in andern Schulen entweder nicht die nötige Berücksichtigung finden oder überhaupt nicht aufgenommen werden, eine Erziehung zuteil werden zu lassen, die ihre körperliche und geistige Entwickelung gleichmässig im Auge hat. Die Schülerinnen standen unter beständiger ärztlicher Kontrolle und, wo nötig, Behandlung des Anstaltsarztes. Die »Pfeiffersche Erziehungsanstalt« zerfiel in 3 Abteilungen: in einen Kindergarten, der damals von 18 Kindern besucht wurde, in eine 3-klassige Schule, in der 34 Mädchen ihre Erziehung erhielten, und in einen pädagogischen Kursus zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen, an dem 6 Mädchen teilnahmen. An der in einem

[1]) Protokoll vom 25. Nov. 1918, XIV, S. 251.

[2]) Die Lehrkräfte gehören jetzt zur städtischen Pensionskasse.

Mietlokal an der Alexanderstr. Nr. 82 untergebrachten Schule unterrichteten 9 Damen. Da Aussicht vorhanden war, dass die von der Livl. Ritterschaft und der Stadt Riga bisher gezahlten Subventionen im Betrage von 600 Rbl. resp. 500 Rbl. auch der B. V. weiter gezahlt werden würden, wurde der von Direktor Frobeen befürwortete Antrag am 3. Mai 1905 angenommen. Nach der Übernahme durch die B. V. behielt Frl. Pfeiffer die Leitung, ihr wurde auch die Fortführung des pädagogischen Kursus, der von der Administration als nicht zum Betriebe gehörig angesehen wurde, als privates Unternehmen überlassen. Als Ziel des Unterrichts in den Schulklassen wurde im allgemeinen die Vorbereitung für das Hauslehrerinnenexamen festgestellt. Eine gewisse Enttäuschung bereitete ein Schreiben der Ritterschaft vom 8. Dez. 1906, in dem die Mitteilung gemacht wurde, dass sie sich wegen des Notstandes im Lande völlig ausserstande sehe, die bisherige Subvention von 600 Rbl. weiter zu bewilligen. Der Zuschuss der B. V. betrug daher im J. 1907, in dem die gesamten Einnahmen 3450 Rbl. ausmachten, 1600 Rbl. und wurde späterhin noch grösser. Im J. 1911 balanzierten die Einnahmen und Ausgaben mit 5813 Rbl., wobei der Zuschuss der B. V. 3350 Rbl. betrug. Die Schule entwickelte sich in erfreulicher Weise und erreichte ihre höchste Schülerzahl im J. 1910/11 mit 85 Schülerinnen. Als im J. 1906 die Möglichkeit gegeben war, in Privatschulen die deutsche Unterrichtssprache einzuführen, wurde diese Frage natürlich auch im Kuratorium der Pfeifferschen Schule erörtert. Freilich wurde hier, wie es in einem Berichte heisst, nur offiziell die russische Sprache beim Unterrichte angewandt, tatsächlich wurde deutsch gesprochen, aber gerade bei diesen kränklichen Kindern musste die Muttersprache die allein vorherrschende sein. Es wurde deshalb im J. 1907 ein neues Statut zur Bestätigung eingereicht, in dem die deutsche Unterrichtssprache angegeben war. Das Statut wurde auch bestätigt, aber mit der im Gesetz vorgeschriebenen Klausel, dass die Schule keine Subvention von einer Stadt oder Kommune erhalten dürfe. Infolge dessen wurde dieses Statut erst im J. 1910 unter Verzicht auf die städtische Subvention wirklich eingeführt.[1]) Am 20. März 1911 verschied die verdienstvolle Leiterin der Anstalt, Frl. Karoline Pfeiffer, »deren ganzes Leben in nie versagender Liebe, Treue und Auf-

[1]) Jahresbericht für 1907 S. 45, 1909 S. 47, 1910 S. 45.

opferung dem Dienste der Anstalt gewidmet war«. Ihre Nachfolgerin wurde Frl. Irma Trey. Sie war ein früherer Zögling der Anstalt, war dann als Lehrerin an ihr tätig gewesen und war im Jahre 1908 von der Bürger-Verbindung zur weiteren speziellen Ausbildung nach Deutschland geschickt worden, um Frl. Pfeiffer bei der orthopädischen und sonstigen Einzelbehandlung kranker Kinder besser helfen zu können. — Als die Schülerzahl grösser wurde, machte sich im Schullokal ein Mangel an Raum in sehr fühlbarer Weise geltend. Besonders schmerzlich wurde im Hinblick auf die kränklichen Kinder der Mangel eines geeigneten Rekreationsraumes, eines Turnsaales und eines Gartens empfunden. Immer grösser wurde das Verlangen nach einem eigenen Heim, in dem auch ein Internat eröffnet werden könnte. Dieser Wunsch schien der Erfüllung nahe zu sein, als sich die B. V. mit grossen Bauplänen trug, über die noch später berichtet werden wird. Doch allen diesen Plänen und der ganzen schönen Entwickelung der Schule machte der Krieg ein Ende. Im August 1915 wurde beschlossen, die Schule »wegen des vorauszusehenden geringen Besuches und der mit dem Betriebe verbundenen grossen Unkosten nicht zu eröffnen«. Das war das Ende dieser wertvollen Anstalt, die durchaus einem dringenden Bedürfnis entsprochen hatte. Ihr Inventar wurde im Jahre 1923 der Thorensberger deutschen Grundschule übergeben.

Eine wesentliche Hilfe wurde der Schuljugend und auch manchen Studierenden durch die Stipendienstiftungen der L. P. B. V. zuteil. Das Kapital der Johann Wilhelm Grimm Schenkung, das 74.800 Rbl. betrug, erhielt im Jahre 1906 einen ansehnlichen Zuwachs von 7500 Rbl. durch ein Legat des verstorbenen Karl Eduard Grimm. Es konnten für etwa 65 Schüler 2800—3200 Rbl. an Schulgeldern bezahlt werden. Dem gleichen Zwecke diente die im Jahre 1911 von einem Sohn Rigas, dem Kaufmann Oskar Ede in Moskau, durch eine Schenkung von 6000 Rbl. begründete Oskar Ede-Schulstipendienstiftung, die im Jahre 1912 rigaschen Schülern 475 Rbl. an Stipendien zahlen konnte. — Den Dorpater Studenten und den Polytechnikern in Riga kam das von der im Jahre 1908 verstorbenen Frau Franziska Grünfeld geb. Panneberg gestiftete Johann und Franziska Grünfeld-Stipendienlegat zugut. Das Kapital betrug 77.362 Rbl.; aus den Zinsen wurden 17—18 Studierenden Stipendien von je 200 Rbl. gezahlt.

Für das vorschulpflichtige Alter hatte die B. V. zu Beginn dieses Zeitabschnittes nur die »Ältester Johann Eduard Schmidtsche Kinderbewahranstalt« in Thorensberg zur Verfügung. Sie wurde meist von 40 Kindern besucht; vom Jahre 1910 an begann die Zahl stark anzusteigen und erreichte im Jahre 1912 ihre grösste Höhe mit 80 Kindern. Es waren meist lettische Kinder, die in diesen Hort gebracht wurden; namentlich in den ersten Jahren meldeten sich wenige Deutsche. Erst später stieg deren Zahl auf 25—26. Infolgedessen scheint sich anfangs die lettische Sprache beim Unterrichte stark eingebürgert zu haben, wodurch für die deutschen Kinder die Gefahr der Lettisierung entstand. Dagegen wurden von mehreren Seiten Proteste erhoben und Umänderungen in der Leitung der Anstalt verlangt. Da die Klagen allmählich verstummten, ist diesen Wünschen wohl Rechnung getragen worden. Wenig zufriedenstellend war das Lokal des Hortes. Dieser war im J. 1906 in die Windstrasse Nr. 20 verlegt worden, doch erwiesen sich hier die Räume als »denkbar ungünstig« so dass der Wunsch nach einem eigenen Heim sich immer mehr regte. Bereits im Jahre 1908 wurden die Pläne für den Bau, der auf einem bereits früher an der Olivenstrasse Nr. 9 erworbenen Spielplatz errichtet werden sollte, ausgearbeitet. Ein Jahr später wurde der Bau unter der Leitung des Architekten Felsko begonnen, und am 5. Oktober 1910 konnte die feierliche Einweihung des stattlichen zweistöckigen Steinhauses vollzogen werden.[1]) »Im neuen Hause« — so heisst es im Jahresberichte — »ist auch in den Betrieb ein neuer Geist eingekehrt, indem von der Schwester des hiesigen Diakonissenhauses Sophie Schröder und deren Gehilfin Frl. Hella von Vegesack die körperliche und geistige Fürsorge der Kinder nach Grundsätzen geübt wird, wie solche für derartige Anstalten in Deutschland vorbildlich sind.« Der Bau hatte 17.900 Rbl. gekostet, deshalb suchte man die Einnahmen etwas zu steigern und erhöhte den Tagesbeitrag der Kinder von 3 auf 5 Kop., ohne dass die Zahl der Anmeldungen gesunken wäre. Mehrere Ehrendamen aus der Thorensberger deutschen Gesellschaft haben den Leiterinnen stets hilfreich zur Seite gestanden. Der Weltkrieg hat auch diesem Unternehmen ein Ende bereitet. Im Protokoll des engeren Kreises vom 3. August 1915 heisst es kurz: »Beschlossen, die Absicht der Administration der

[1]) Vergl. Jahresbericht f. 1910, S. 42.

Schmidtschen Kinderbewahranstalt, dieselbe wegen mangelnden Besuches und ungenügender Mittel zeitweilig zu schliessen, zu billigen«. Diese zeitweilige Massregel ist bisher zu einer endgiltigen geworden.

Eine Schwesteranstalt war im J. 1906 in der Kinderbewahranstalt zu Eichenheim begründet worden. Sie verdankte ihre Entstehung der hochherzigen Schenkung eines angesehenen rigaschen Kaufmanns, der 112.500 D. Reichsmark[1]) für den Unterhalt eines solchen Hortes in der Petersburger Vorstadt für 60 Kinder dargebracht hatte. Ergänzt wurde diese Stiftung dadurch, dass Architekt August Reinberg sein hölzernes Haus an der Schulenstrasse Nr. 3, an dessen Stelle er einen stattlichen Steinbau errichten wollte, der B. V. zum Abbruch und Wiederaufbau als Geschenk anbot. Da die Sachverständigen das Haus als durchaus geeignet für den beabsichtigten Zweck erklärten, wurde das Anerbieten dankbar angenommen und die Übertragung nach Eichenheim, wo die Kinder im alten Park auch schöne Spielplätze erhielten, beschlossen. Infolge der Unruhen jener Zeit verzögerte sich die Arbeit etwas, aber am 12. November 1906 konnte die feierliche Einweihung der neuen Anstalt stattfinden.[2]) Zu Leiterinnen derselben wurden dazu ausgebildete Schwestern der Diakonissenanstalt erwählt, die auch hier von Ehrendamen unterstützt wurden. Die Befürchtung, dass die Gegend von Eichenheim für die Anlage des Hortes nicht geeignet wäre, erwies sich als unbegründet. Schon im ersten Jahre (1907) wurden täglich 60 Kinder hingebracht, im nächsten Jahr stieg die Zahl auf 70, im Jahre 1912 auf 80 Kinder. Auch hier war die Mehrzahl lettischer Nationalität, im Jahre 1913 gab es 50 lettische und 30 deutsche Kinder. Die Eltern mussten für jedes Kind 5 Kop. täglich zahlen, dafür erhielt dieses Frühstück, Mittag und Abendbrot. Auch die entlassenen Zöglinge bewiesen häufig ihre Anhänglichkeit an die Anstalt und besuchten sie an schulfreien Tagen. Im J. 1913 wurde für sie eine Strickschule eingerichtet. Da der Bau des Hauses und die innere Einrichtung, die 11.670 Rbl. gekostet hatten, vom Stiftungskapital bestritten worden waren, musste die B. V. in den ersten Jahren

[1]) Das Kapital wurde in 4% Jütländischen Pfandbriefen angelegt, die während des Krieges nach Russland evakuiert wurden und später langwierige Prozessverhandlungen in Kopenhagen veranlassten.

[2]) Vergl. die Bilder von Eichenheim im Jahresbericht f. 1907.

einen kleinen Zuschuss zum Unterhalt gewähren. Später erhielt sich die Anstalt selbständig von den Zinsen des Kapitals, das beim Ausbruch des Krieges 85.000 dän. Kronen gross war. Die jährlichen Ausgaben betrugen meist ca. 3000 Rbl. Zur Administration gehörten während dieser ganzen Zeit die Herren Max Ruhtenberg, O.-P. Karl Keller und Dr. med. Percy v. Lieven. Am 3. Aug. 1915 wurde von der B. V. beschlossen, die Anstalt weiter fortzuführen, »so lange der Eingang der Zinsen des Stiftungskapitals es gestatten würde«. Dieser Zeitpunkt ist bald eingetreten, denn noch im J. 1915 ist auch der Hort in Eichenheim geschlossen worden.

Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge haben während dieses Zeitraumes der Deutsche Verein in Livland und der Deutsche Frauenbund die Arbeit der L. P. B. V. in bei weitem grösseren Umfang aufgenommen und bis zum Kriege fortgesetzt, wobei sie sich allerdings auf die deutsche Jugend beschränkten. Manche Anregung, die von der B. V. ausgegangen war, ist von diesen Vereinen in die Tat umgesetzt worden. So ist es z. B. mit der Begründung einer Schülerwerkstätte gegangen. Schon früher hatte sich die B.V. für die Förderung des Handfertigkeitsunterrichts interessiert (s. oben S. 197), aber es waren doch nur Anfänge zu verzeichnen. In Dorpat war man schon weiter gediehen. Deshalb wurde Oberlehrer Leo Goertz, der dort auch auf diesem Gebiete wirkte, im J. 1904 gebeten, in der B. V. einen Vortrag über Schülerwerkstätten zu halten.[1]) Er kam der Aufforderung bereitwillig nach, worauf eine Kommission zur Begutachtung dieser Frage eingesetzt wurde. Die unruhigen Zeitverhältnisse liessen es aber nicht zu einer eingehenden Beratung kommen. Die Kommission war der Meinung, dass die Begründung einer solchen Werkstätte eine Subvention durch die Stadt, das Börsenkomitée etc. erfordere, dass aber eine solche zur Zeit aussichtslos sei. Von anderer Seite wurde jedoch die Sache wesentlich gefördert. Der Lehrer J. Meyer konnte in Leipzig einen Meisterkursus durchmachen, um seinerseits Lehrer für die Schülerwerkstätten auszubilden. Dann wurde vom Deutschen Verein eine solche ins Leben gerufen und arbeitete vortrefflich.

[1]) L. Goertz, Braucht Riga eine Schülerwerkstatt? Rig. Stadtbl. 1906, Nr. 41—43. Derselbe, Über Schülerwerkstätten und ihre Bedeutung für die Erziehung der Jugend. Riga 1901, Sep.-Abdr. aus der Balt. Mon.

Es war natürlich, dass bei der Fürsorge für die Jugend auch derer gedacht werden musste, die ihr Leben der Erziehung der Jugend gewidmet hatten. Namentlich musste den vielen alten Gouvernanten und Lehrerinnen, die oft viele Jahre lang in fremden Häusern gelebt hatten, ohne sich Ersparnisse für ihr Alter ansammeln zu können, irgendwie geholfen werden. Den Wünschen, die die B. V. in dieser Beziehung hegte, kam ein ihr zugefallenes Vermächtnis entgegen. Im April 1903 erhielt die B. V. die Nachricht, dass der Kollegien-Sekretär Karl Konrad Behrends ihr ein Kapital von ca. 15.000 Rbl. zu einer »Stiftung der Gebrüder Karl und Gottfried Behrends« vermacht habe; er habe dabei den Wunsch geäussert, dass die Zinsen des Kapitals »vornehmlich armen Hauslehrerinnen und Gouvernanten zugut kommen sollen, die ganz oder teilweise arbeitsunfähig geworden, mit Bevorzugung von Personen luth. Konfession und deutscher Herkunft«. Die zur Beratung dieser Angelegenheit eingesetzte Kommission stellte den Antrag, ein Gouvernanten- und Lehrerinnenheim zu begründen. Freilich konnte mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nur ein bescheidener Anfang gemacht werden, der als Provisorium angesehen werden sollte, aber man hoffte, ein entwickelungsfähiges Unternehmen zu schaffen. Sehr gelegen kam ein Anerbieten des Architekten August Reinberg, der sein kleines Haus an der Turmstrasse Nr. 15 für den Preis von 600 Rbl. zu diesem Zweck der B. V. vermieten wollte. Bald waren alle Verhandlungen erledigt, und am 2. September 1904 konnte das Heim eröffnet werden. Es wurden 7 Stiftsgenossinnen aufgenommen, für die 1 Wohnung von einem Zimmer mit Küche und 3 Wohnungen von je 2 Zimmern nebst Küche vorhanden waren. Jede Dame erhielt eine jährliche Unterstützung von 30 Rbl. und für jede Wohnung wurden 20 Rbl. für Holz gezahlt. Eine Erweiterung des Heims fand statt, als im Jahre 1907 das Haus der Taubstummenanstalt ausgebaut worden war. Es konnten dort 4 weitere Gouvernanten unter denselben Bedingungen untergebracht werden. Die Mehrkosten konnten durch die Zinsen zweier weiterer Legate, die für solche Zwecke gestiftet waren, gedeckt werden: des Legats der Frau Professor Emilie v. Timm, geb. Pfab (1906) und des Elementarlehrers Friedrich Haacke (1903). Die Gesamtkosten beliefen sich auf ca. 1350—1400 Rbl. jährlich. Das Heim ist bis zum Jahre 1919 fortgeführt worden, dann musste es geschlossen werden.

Als im Jahre 1907 Frl. Emma Sprost, die im Verein mit ihren Geschwistern der B. V. bereits grosse Kapitalien zu gemeinnützigen Zwecken gestiftet hatte, ihr ein Kapital von ca. 44.000 Rbl. vermacht hatte, gab das dem Sekretär Arend v. Berkholz die Veranlassung, einen ausführlich dargelegten Antrag an die B.V. zu stellen, das Gouvernantenheim zu einem allgemeinen Frauenheim[1]) umzugestalten, für das ein eigenes Haus gebaut werden sollte. Dieser Antrag ist erst im Jahre 1910 näher beraten worden und führte zum Ankauf eines 715 Quadrat-Faden grossen Grundstückes zwischen der Nikolai- und Karolinenstrasse für 48.000 Rbl. Es sollte hier ein grosses Gebäude für das Frauenheim, die Pfeiffersche Schule, die dringend eines neuen Lokals bedurfte (s. oben S. 243), und für Mietwohnungen errichtet werden. Später wurde noch ein angrenzendes Grundstück von 282 Quadrat-Faden für 19.000 Rbl. dazu gekauft. Die Verhandlungen über dieses grosse Unternehmen zogen sich begreiflicher Weise etwas in die Länge, denn es mussten hierbei Schwierigkeiten sowohl technischer wie finanzieller Art überwunden werden[2]). »In technischer Beziehung galt es das Problem zu lösen, wie ein Dreifaches, unter sich völlig Verschiedenartiges: das Frauenheim, die Pfeiffersche Anstalt und Mietwohnungen, die, um überhaupt eine Finanzierung des Baues zu ermöglichen, von vornherein notwendig erschienen, unter ein und demselben Dach zu vereinigen seien. In finanzieller Beziehung mussten Mittel und Wege gefunden werden, den Bau in einer Weise anzuordnen, dass die Verzinsung des aufzuwendenden Kapitals (ca. 550.000 Rbl.) die Mittel der B.V. nicht übersteige.« Das Resultat der eingehenden Beratungen war, dass im Mai 1914 die Ausführung des beschlossenen Baues, zu dem Architekt H. Pirang die Pläne ausgearbeitet hatte, dem Bauunternehmer Steinert übertragen wurde. Nach dem Plan sollte ein dreiteiliges Gebäude errichtet werden: 1) ein 4-stöckiger Bau an der Karolinenstrasse für Mietwohnungen und Läden, 2) ein ebensolcher Bau an der Nikolaistrasse für die Pfeiffersche Schule und für Mietwohnungen, 3) ein beide Bauten verbindender Flügel an der Nordost-Seite für das Frauenheim. Es wurde nun sofort mit der Arbeit begonnen, so dass im Sommer das Fundament gelegt war und die Mauern bereits über den

[1]) Jahresbericht für 1908, S. 7, 1909, S. 6.
[2]) Jahresbericht für 1913, S. 4.

Boden hinausragten, da entstand die Frage, ob der Bau trotz des unterdessen ausgebrochenen Krieges fortgeführt oder sistiert werden solle. Am 13. September 1914 wurde beschlossen, »wegen der allgemeinen Unsicherheit des Geldmarktes und insbesondere im Hinblick auf die Ungewissheit, ob es hernach im entscheidenden Moment gelingen würde, die zur hypothekarischen Belastung des Hauses erforderlichen Pfandbriefe annehmbar zu verkaufen, den Bau in Anbetracht des Krieges bis auf weiteres einzustellen«. Damit war ein gross angelegter Plan »bis auf weiteres« zu Grabe getragen, und auch die damit im Zusammenhange stehenden Vorschläge zur Begründung eines Ledigenheims für Männer und eines Altersheims für gebildete Männer, für das eine besondere Stiftung in Aussicht gestellt worden war, verliefen im Sande.[1])

Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge war vielleicht die schwierigste Arbeit im Magdalenenasyl zu leisten, schwierig, weil die Erfolge oft nur gering zu sein schienen[2]) und weil es oft an geschulten Arbeitskräften fehlte. Immer grössere Schwierigkeiten entstanden im Laufe dieser Jahre auch dadurch, dass die Räumlichkeiten des Hauses an der Margaretenstrasse keineswegs auch nur bescheidenen Ansprüchen genügten und dass die Lage des Hauses wegen der mittlerweile eingetretenen städtischen Besiedelung der Gegend die Leitung des Asyls erschwerte. Trotzdem erwarb sich dasselbe doch immer mehr Anerkennung, die sich auch darin äusserte, dass es der Mittelpunkt ähnlicher Bestrebungen in anderen Städten der Heimat wurde. Die Zahl der Asylantinnen schwankte in dieser Zeit zwischen 17 und 29. Es war für sie ein normaler Aufenthalt von 2 Jahren vorgesehen, aber meist konnten jährlich nur etwa 6—7, oft auch weniger, nach dieser Zeit als gebessert entlassen werden. Viele verliessen freiwillig früher die Anstalt oder mussten ausgeschlossen werden; es kamen auch fast alljährlich heimliche Entweichungen vor, obgleich niemand zum Bleiben gezwungen wurde. Die Kosten des Unterhalts betrugen etwa 6250 Rbl. bis über 7000 Rbl.; die B. V. musste meist einen Zuschuss von über 2000 Rbl. leisten. Seit 1911 wurde dieser etwas geringer, da die Stadt eine Subvention von 1000 Rbl. gewährte. Im Jahre 1910 wurde Frau

[1]) Jahresbericht für 1907, Seite 8 und 1909, S. 7.

[2]) Im Jahresbericht für 1903 Seite 25 ist die schwere Arbeit ein wenig geschildert worden.

Anna Prozell, die 15 Jahre lang »in hingebender treuer Pflichterfüllung« die Anstalt geleitet hatte, eine kleine Pension bewilligt. Im Jahre 1911 stellte Pastor August Eckhardt die Frage zur Diskussion, ob die Magdalenensache nicht besser gefördert werden könnte, wenn das Asyl an andere Institute angegliedert werden würde, die ähnliche Zwecke und Ziele verfolgten; dabei kämen das Diakonissenhaus und die Stadtdiakonie in Betracht. Mit beiden wurden eingehende Verhandlungen geführt, ohne dass eine Vereinbarung zustande kam.[1]) Ein Ergebnis derselben war aber, dass für die Durchführung einer allgemein dringend geforderten Reorganisation die Verlegung des Asyls etwa in die stillere Gegend von Pupe als notwendig erkannt wurde. Dort sollten ein Haupt- und ein Nebengebäude errichtet werden, damit die Asylantinnen in von einander getrennten Gruppen untergebracht werden könnten. Es schien die beste Aussicht für die Realisierung dieser Pläne vorhanden zu sein, als der Krieg ausbrach. Die B. V. konnte nun nicht mehr die Subventionen im bisherigen Umfang zahlen, aber fasste am 3. August 1915 den Beschluss, das Asyl nach Kräften zu unterstützen, um seine Fortarbeit zu ermöglichen. Das Kuratorium, an dessen Spitze seit 1897 Pastor Th. Taube stand, hat denn auch den Mut gehabt, die Anstalt durch alle Kriegsgefahren hindurchzuleiten. Im Februar 1917 konnte die B. V. dem Asyl noch einen Zuschuss von 2000 Rbl. bewilligen, aber im April desselben Jahres sah sich das Kuratorium doch gezwungen, die Anstalt zu schliessen, da dieselbe durch eindringende Soldaten bedroht wurde. Zur Zeit der Bolschewisten wurde, wie es in einem Protokoll vom Jahre 1920 heisst, »das Haus in einen Zustand gebracht, dass es weder bewohnt, noch überhaupt genutzt werden kann«.[2])

Das Nachtasyl für Obdachlose hat sich stets eines besonderen Interesses im Publikum zu erfreuen gehabt. Das Kuratorium begnügte sich auch nicht mit den regelmässigen Jahresberichten, sondern veröffentlichte dazwischen immer wieder in der Tagespresse einige statistische Mitteilungen. In den allerletzten Jahren der vorigen Periode (s. oben S. 198) war der Besuch ein wenig gesunken, er erreichte seinen Tief-

[1]) Ein Referat über diese Verhandlungen ist im Jahresbericht für 1913, Seite 2, Vergleiche auch Akte Nr. 71 im Archiv.

[2]) Ein Bericht über die letzte Zeit des Asyls, der mir in Aussicht gestellt war, ist mir leider nicht zugegangen.

stand im Jahre 1903 mit 8075 Besuchern. Dann stieg die Zahl derselben ziemlich konstant und erreichte ihre grösste Höhe im bisherigen Lokal (Marienstrasse Nr. 49) während des Jahres 1912 mit 16.808 Besuchern. Im Neubau stieg die Zahl im Jahre 1915 auf 27.135 Besucher. In den ersten 25 Jahren seines Bestehens (1881—1906) hat das Asyl 386.589 Personen beherbergt[1]). Die Zahlung der Männer betrug 10 Kop., der Frauen 5 Kop., erst im Jahre 1916 wurde sie der Teuerung wegen auf 15 resp. 10 Kop. erhöht. Die Ausgaben stiegen allmählich von 3457 im Jahre 1903 auf 4552 Rbl. im Jahre 1912, um während des Krieges natürlich erheblich zuzunehmen. Trotzdem konnte das Kuratorium während mehrerer Jahre auf einen Zuschuss von der B. V. verzichten; in den letzten Jahren vor dem Kriege betrug dieser 1000 Rbl. Von Anfang an hatte das Kuratorium sich bemüht, »Gönner« mit regelmässigen kleinen Jahresbeiträgen von 3—5 Rbl. zu gewinnen. Ihre Zahl sank allerdings allmählich von 245 (1903) auf 114 (1916), aber dafür erhielt das Nachtasyl recht viele, zum Teil ansehnliche Schenkungen und Vermächtnisse. Dadurch wurde es ermöglicht, das Baukapital allmählich auf 18.232 Rbl. im Jahre 1911 anwachsen zu lassen. Ein eigenes Haus erwies sich aber auch als ein immer dringenderes Bedürfnis, denn das alte Lokal entsprach durchaus nicht allen sanitären Ansprüchen und wurde ausserdem auch vom Besitzer gekündigt. Die Möglichkeit zum Neubau wurde dadurch gegeben, dass der Präses des Kuratoriums H. Kuchczynsky, der seit der Begründung des Nachtasyls dasselbe in munifizenter Weise gefördert hatte, sich im Jahre 1911 erbot, 30.000 Rbl. als zinsfreies unterminiertes Darlehn für den Bau herzugeben, nur mit der Bedingung, dass dem Kuratorium freie Hand beim Bau gelassen würde. Nachdem die Vorbesprechungen stattgefunden und Architekt G. Croon die Pläne ausgearbeitet hatte, wurde am 30. März 1912 von der B. V. die Genehmigung zum Beginn des Baues auf dem dem Nachtasyl gehörigen Grundplatz an der Uferstrasse Nr. 3 erteilt. Leider traten einige Verzögerungen ein, so dass der vom Architekten Leopold Riemer geleitete und vom Ältesten Alex. Steinert ausgeführte Bau erst Ende 1913 fertig wurde. Am 29. Sept. 1913 fand die Einweihungsfeier des Hauses statt,

---

[1]) Einige Nachrichten über das Nachtasyl bringen die Rigaschen Stadtblätter 1906, Nr. 28/29: Ein Gedenktag,

am 1. Nov. wurde es den Besuchern geöffnet.[1]) Die Baukosten nebst Einrichtung und Ergänzung des Inventars beliefen sich auf ca. 82.000 Rbl. Im neuen Hause fand das Asyl einen bedeutend stärkeren Zuspruch als bisher und wurde auch während der Kriegszeit fortgeführt. Die zunehmende Teuerung und die Unmöglichkeit, freiwillige Darbringungen zu erhalten, zwangen aber schliesslich doch das Kuratorium, das Nachtasyl am 1. Nov. 1917 zu schliessen. Um das Haus in gute Hände kommen zu lassen, wurde es dem Wohlfahrtsamte der Stadt angeboten. Dieses ging darauf ein, um daselbst ein Asyl einzurichten.[2]) Während dieser ganzen Zeit ist Konsulent H. Kuchzcynsky für dasselbe unermüdlich tätig gewesen; während der ersten 30 Jahre stand ihm Rechtsanwalt Alex. Hoff († 1911) als Schriftführer zur Seite. Die tägliche Fürsorge für das Asyl lag seit dem J. 1895 in den Händen des bewährten Hausvaters Johann Behtsch.

Das Kuratorium der W. Th. Sprostschen Dienstbotenstiftungen hat in dieser Zeit, soweit es sich erkennen lässt, zwei Ziele verfolgt, möglichst vielen Dienstboten Hilfe zu gewähren, aber auch zugleich das Kapital anwachsen zu lassen, um die vom Stifter angegebenen Endzwecke (s. oben S. 138) allmählich erfüllen zu können. Die Wiedereröffnung des 1887 geschlossenen Dienstbotenasyls ist wohl immer wieder erörtert worden, aber wurde stets hinausgeschoben. Erst als das Haus des Nachtasyls fertig gestellt worden war, wurde dort ein schönes, geräumiges Zimmer, in dem 6 Betten untergebracht werden konnten, gemietet und eingerichtet. Die Frau des Hausvaters übernahm die Aufsicht und Verpflegung. Mit diesem bescheidenen Anfang sollte wieder ein Versuch gemacht werden, das Unternehmen zu neuem Leben zu erwecken. Im Mai 1914 wurde das Asyl eröffnet, fand aber erst im Herbst etwas mehr Zuspruch. Auch während der Kriegsjahre wurde es fortgeführt bis zum Beginn des Jahres 1918, solange das Nachtasyl noch von der B. V. unterhalten wurde und etwas darüber hinaus. Obgleich hier in den unruhigen, teuren Jahren ein allerdings nur vorübergehender, höchstens ein Monat dauernder, billiger Zufluchtsort dargeboten wurde, obgleich man sich bemühte, die Adresse bekannt zu

[1]) Bilder des Hauses im Jahresbericht f. 1913 Vergl. Rig. Tageblatt 1913 Nr. 226—27 mit näheren Angaben über das Asyl.

[2]) Akte Nr. 138 Nachtasyl und Nr. 330 Jahresberichte 1914—17.

machen, fanden sich doch nur wenige Dienstboten ein: 1916 wurde es von 10, 1917 von 7 benutzt.

Die Hilfsleistungen aus der Unterstützungskasse und der Interimistischen Alterspension für Dienstboten sind in allen diesen Jahren regelmässig gezahlt worden, wobei die Zahl der Unterstützten und die Höhe der Zahlung allmählich etwas gesteigert wurden. Das Kapital der gesamten Stiftung betrug im J. 1903: 130.359 Rbl. und war im J. 1917 auf 191.193 angewachsen. Leider war es aber auch im J. 1915 nach Russland evakuiert worden, so dass vorübergehend Schwierigkeiten in der Geldbeschaffung entstanden. Im Kuratorium dieser Stiftung haben meist dieselben Personen viele Jahre lang gewirkt, so Pastor R. Zinck (1868—1906), Konsulent Konrad Bornhaupt (1868—1914), Julius Burchard (1868—1909), Wilhelm Häcker (1892—1914), H. Kuchczynsky (von 1880 an).

Das W. Th. Sprostsche gemeinnützige Bauunternehmen konnte zu Beginn dieses Zeitraumes auf dem Grundstücke an der Revaler Str. Nr. 51 etwa 30 billige Arbeiterwohnungen vermieten, die auch fast immer besetzt waren. Da aber mehrere kleine Nebengebäude baufällig wurden und viele Remonten erforderten, ihr Neubau aus Stein — der Steinbaurayon hatte sich hierher ausgedehnt — sich aber nicht lohnte, wurde mehrfach der Verkauf des ganzen Immobils in Anregung gebracht. Es sollte dann eventuell in einer anderen Gegend ein Holzbau ausgeführt werden. Andererseits schlug die Administration im J. 1910 vor, an der Revaler Strasse ein grosses Familienhaus mit 64 Wohnungen zu erbauen. Gedacht war dabei an Familien mit Kindern, für die durch einen Kinderhort gesorgt werden sollte. Mit dem Hause sollten ferner verschiedene gemeinnützige Unternehmungen verbunden werden.[1]) Die Baukosten wurden auf ca. 125.000 Rbl. berechnet. Die B. V., die sich damals mit dem grossen Bauplan für das Frauenheim beschäftigte, konnte nicht die grosse Summe zur Verfügung stellen, daher fiel der Plan ins Wasser. Ein weiteres Feld der Tätigkeit eröffnete sich der Administration als im J. 1905 Verhandlungen mit der Verwaltung von Schwartzenhof wegen Ankaufs eines Grundstückes an der Ernestinenstrasse begannen, die im J. 1907, nachdem die unruhigen Zeiten vorüber waren, zum Abschluss kamen. Es wurde ein Grundstück von 800 Quadrat-Faden zum Preise von je 3 Rbl. bei Zahlung eines Grundzinses von 5 Kop.

[1]) Jahresbericht f. 1910, S. 29 und 1912, S. 37.

pro Quadrat-Faden angekauft, zu dem im J. 1910 noch weitere 1111 Quadrat-Faden hinzuerworben wurden. Die Administration befürwortete in erster Reihe den Neubau eines Hauses von 16 Wohnungen, während der engere Kreis für das Ausschreiben einer Konkurrenz war, um neue Entwürfe für Abeiterhäuser von 2—4 Wohnungen zu erhalten. Es wurden 82 Baupläne dabei vorgestellt; bei der Preisverteilung ergab es sich, dass nur reichsdeutsche Architekten Preise erhielten. Ihre Entwürfe wurden von Prof. O. Hoffmann den hiesigen Verhältnissen angepasst und zur Ausführung gebracht. Es wurden 1 Vierfamilienhaus und 1 Zweifamilienhaus in Stein erbaut und im J. 1910 fertiggestellt. Die Baukosten betrugen 24.203 Rbl. Die Administration scheint mit diesem Bau nicht ganz einverstanden gewesen zu sein. Sie wies darauf hin, dass die Wohnungen für gewöhnliche Arbeiter zu teuer, für Meister aber zu einfach seien. Sie wurden aber von kleinen deutschen Beamten, namentlich nachdem sie noch etwas erweitert worden waren, gern genommen.[1]) So war der Zweck der Stiftung hier durchaus erfüllt. Das Kapital der Stiftung, das im J. 1907 auf 37.618 Rbl. angewachsen war, betrug im J. 1913: 10.791 Rbl. Während des Krieges konnte sich die Arbeit natürlich nur auf die Verwaltung der Immobilien beschränken, die mit grossen Schwierigkeiten verbunden war. Die Mietzahlungen gingen schlecht ein, manche Wohnungen standen leer und einige Mieter waren unter Zurücklassung ihrer Möbel fortgezogen. Auch in dieser Administration haben einige Herren viele Jahre hindurch mitgearbeitet. So gehörten ihr Ingenieur W. Weir von 1867—1907, lange Jahre als Präses, an, Staatsrat J. v. Hagen von 1886—1909, auch v. 1903—1909 als Präses. Nach ihm übernahm Ing.-Technolog Richard Starck das Präsidium.

Eine sehr erfolgreiche Tätigkeit entwickelte der Verwaltungsrat der ersten städtischen Volksküche in dem neuen Hause an der Riesingstrasse (s. oben S. 212) unter lebhafter Mitwirkung der Damen, die einen Küchenvorstand bildeten, Delegierte in den Verwaltungsrat sandten und als Ehrendamen funktionierten. Der Versuch, neben den Mittagsspeisen auch einen Abendtisch einzurichten, missglückte allerdings, dagegen fand die Einrichtung eines sogen. »Bürgersaals«

[1]) Vergl. d. Jahresberichte v. 1910 S. 29, 1911 S. 31. Hier auch Bilder der Häuser.

lebhaften Anklang. Man konnte hier in einem hübschen, sauberen Lokal ein Mittagsmahl von 2 Speisen und Kaffee für 25 Kop. erhalten, doch wurden auch einzelne Portionen (Suppe à 8 Kop., Braten à 15 Kop.) verabfolgt. Im J. 1910 wurden für die Schüler, die nicht rechtzeitig nach Hause kommen konnten, Mittage zu 2½—3 Rbl. für 26 Wochentage eingerichtet. Der Konsum ist in dieser ganzen Zeit mit nur kleinen Schwankungen stetig gestiegen und erreichte im J. 1913 sein Maximum. Hierzu ein paar Zahlen: im J. 1904 wurden in der allgemeinen Volksküche ausgereicht 377.089 Portionen, täglich durchschnittlich 1030 Portionen, im Bürgersaal 72.144 Portionen und 49.942 Mittage; im J. 1913 wurden verabfolgt in der Volksküche 613.900 Portionen, täglich durchschnittlich 1700 Port., im Bürgersaal 238.929 Port. und 151.227 Mittage. Bei diesem Betriebe wurde schon nach wenigen Jahren über Raummangel geklagt, so dass Erweiterungen des Lokals vorgenommen werden mussten. Dabei wurde namentlich dafür gesorgt, dass auch die Wirtschaftsräume gut ausgestattet wurden, wie denn der Verwaltungsrat es sich auch angelegen sein liess, die Elektrizität beim Küchenbetrieb möglichst viel auszunutzen, um damit Arbeitskräfte zu ersparen. Eine unliebsame Unterbrechung erlitt die regelmässige Arbeit nur dadurch, dass im J. 1905 die Revolution sich auch in der Volksküche bemerkbar machte. Am 20. Okt. drangen Männer und Frauen in das Lokal ein und verlangten die Schliessung desselben. Nur mit Mühe gelang es der dejourierenden Vorstandsdame, die Eindringlinge zu beschwichtigen und sie darauf hinzuweisen, dass die Küche nur für das Allgemeinwohl, besonders aber für die Arbeiter wirke. In den nächsten Tagen wurde das ganze Dienstpersonal genötigt, zu Meetings auf den Griesenberg zu gehen. Infolgedessen wurde die Küche bis zum Ende des Jahres geschlossen. Obgleich die Küchenleitung eine Steigerung der Preise trotz zunehmender Teuerung vermied und obgleich sie der B. V. eine recht hohe Miete (anfangs 5400, später 6400 Rbl.) zahlte, vermochte sie doch in den meisten Jahren Ersparnisse zu machen und — was sich als sehr dankenswert erwies — für Notfälle ein kleines Reservekapital anzusammeln. Im J. 1904 betrugen die Einnahmen 52.557 Rbl., im J. 1913: 113.630 Rbl.; der Überschuss war 3543 Rbl. gross. Einen warmen Dank hat sich der Verwaltungsrat dadurch erworben, dass er seine Tätigkeit in aufopfernder

Weise auch in der Kriegszeit fortsetzte, wobei er auch die Versorgung mehrerer Lazarette mit Speisen übernahm. In dem Rechenschaftsbericht, den Dr. Fr. Hach für das Jahr 1917 erstattete, heisst es:[1]) »Durchhalten ist die allgemeine Losung! Durchhalten! Eine Parole, die wohl nicht in letzter Stelle für eine Volksküche gilt. Und unsere Volksküche hat durchgehalten, ist es ihr auch nicht selten in den letzten 3 Jahren recht sauer und schwer geworden. Für das Durchhalten — können gebührt in erster Linie den Damen des Küchenvorstandes wohlverdienter Dank, hatten sie sich doch, früh die Lage erkennend, reichlichst mit Proviant versorgt und, so lange es möglich war, immer auf die Neige gehende Produkte rechtzeitig ergänzt. Als letztere wegen allzu hoher Preislage für eine Volksküche nicht mehr zu erschwingen waren, half uns in hervorragender Weise die russische Militär-Intendantur in Riga, für welche splendide Hilfe ihr nicht genug gedankt werden kann. Ebenso dürfen wir den Dank an die Stadtverwaltung nicht unterlassen, denn, nachdem es der Stadt möglich wurde, sich reichlich mit Produkten zu versorgen, wurde auch uns in ebenso splendider Weise Hilfe durch Lieferung von Produkten und Holz zuteil das ganze Jahr hindurch, bis im November 1917 ein allgemeiner Nahrungsmangel eintrat und die Zuwendung leider spärlicher werden musste. Von der Zeit an sind wir auf Unterstützung des deutschen Verpflegungsamtes angewiesen, das uns nach Möglichkeit schwere Sorge abnimmt. Dafür wissen wir ihm Dank... Sorgten wir uns in den Jahren 1915 und 1916 wegen der Verminderung der Frequenz, so wurde uns im laufenden Jahr die Inanspruchnahme der Küche zur Last. Die Säle sind überfüllt von Speisenden und auf Platz Wartenden, so dass wir nicht selten den Zugang zeitweilig sperren mussten, um Raum für die Bedienung zu schaffen. Verabfolgten wir doch zeitweilig in der Volksküche und im Bürgersaal täglich 5300—5600 Portionen, durchschnittlich täglich 2195 Portionen und 200 Mittage im Bürgersaal.« — Die zuversichtliche Hoffnung, dass die Volksküche durchhalten werde, ist bis zur Bolschewistenzeit in Erfüllung gegangen, dann wurde auch ihr ein Ende bereitet. Die Bolschewisten verhinderten die Weiterarbeit und beschlagnahmten die Volksküche.

An der Spitze der Verwaltung stand von 1890 an bis zuletzt Dr. med. Fr. Hach, der seit 1900 vom Architekten

[1]) Akte Nr. 330 im Archiv »Rechenschaftsberichte«.

W. Bockslaff unterstützt wurde. Auch von den Damen des Küchenvorstandes haben manche viele Jahre hindurch eine grossartige Arbeit geleistet, so Frau W. v. Czudnochowski (1888—1914), Frau Marie Schwartz (von 1888 an), Frl. Klara Schwartz (von 1891 an), Frau Olga Kehrhahn, die im Kriege als Reichsdeutsche die Stadt verlassen musste, Frl. Selma Stephany u. andere. Sie haben die Volksküche zu einem „Musterinstitut", wie sie genannt worden ist, ausgestaltet.

Eine weniger erfreuliche Entwickelung nahm der Holzhof, der nach dem Jahre 1903 immer weniger in Anspruch genommen wurde, obgleich hier ganz kleine Lieferungen von $^1/_{40}$ Faden für ca. 15 Kop. stattfanden. Ein Grund für diesen Rückgang wurde nicht angeführt. Da im Jahre 1907 sich ein Verlust von 382 Rbl. im Betriebe herausstellte, beantragte das Kuratorium, den Holzhof entweder in grossem Masstabe weiter fortzuführen oder ganz zu schliessen. Die B. V. entschied sich für das letztere, so dass mit dem Jahre 1908 der Holzhof geschlossen wurde.

In betreff der Pflege der Kirchhofswege nebst den angrenzenden Alleen gab das Ausscheiden des Stadtgartendirektors Kuphaldt aus seinem städtischen Wirkungskreise die Veranlassung, diese Tätigkeit im Jahre 1915 ganz einzustellen, nachdem 1860 bereits die Sorge für die Fahrwege aufgegeben worden war. Im Hinblick darauf, dass die Alleen und Gartenanlagen längst den Charakter öffentlicher, städtischer Anlagen angenommen hatten, wurde das Stadtamt ersucht, deren Instandhaltung fortab selbst zu übernehmen.

Einen Zuwachs erhielten die Anstalten der L.P.B.V. durch den Anschluss der Schwesternschaft »Albertina«. Im Jahre 1906 reichte Frau Marie Schwartz geb. Büngner ein Gesuch um Aufnahme dieser von Dr. med. Alex. Keilmann begründeten Schwesternschaft unter die Anstalten der B. V. ein. Nach eingehender Beratung und nachdem Dr. Keilmann einen Vortrag über den Zweck des Verbandes gehalten hatte, erfolgte der Anschluss noch im selben Jahr. Die Albertina wollte Frauen und junge Mädchen aus gebildeten Ständen zu Krankenpflegerinnen ausbilden und diese geschulten Arbeitskräfte in den Dienst der Krankenanstalten und der Privatpflege stellen. Durch ihre Organisation wollten die Schwestern gemeinsame Arbeit leisten, damit jede Schwester an den ihren Fähigkeiten entsprechenden Platz gestellt würde. Es sollten

den Schwestern aber auch ein genügendes Auskommen, angemessene Arbeitsbedingungen, gesellschaftliche Stellung gesichert werden; sie sollten für Krankheitsfälle und für ihr Alter versorgt werden[1]). Zur Schwesternschaft gehörten bei der Begründung 12 Schwestern, ihre Zahl stieg später und betrug im Jahre 1913: 26. Die meisten von ihnen arbeiteten am städtischen Krankenhause, einige wurden aber in andere Anstalten: an das Landesgymnasium in Birkenruh, nach Finn, Mitau, Dorpat, ja sogar nach Petersburg gesandt. In Riga gab es manche Schwierigkeiten äusserer und innerer Art zu überwinden. Ein von Dr. Keilmann erstrebter fester Vertrag mit der Krankenhausverwaltung oder der Stadt kam nicht zustande. Dem Kuratorium gelang es in dieser Zeit, ein kleines Kapital zusammenzubringen, das im Jahre 1913: 15.850 Rbl. gross war. Die Albertina wurde auch während des Krieges fortgeführt. Dr. Keilmann verliess erst im Januar 1919 Riga und starb am 19. Dezember 1919 in Deutschland. Er hatte sich mit dieser seiner Schöpfung ein grosses Verdienst erworben. Leider hat die Albertina, nachdem ihr Führer ihr genommen war, auch bald ihre Wirksamkeit eingestellt, ohne dass wohl eine förmliche Auflösung stattgefunden hat.

Neben diesem jüngsten Institut der B. V. ist auch ihr ältestes Unternehmen in disser Periode zu Grabe getragen worden: die im Jahre 1810 begründeten »Rigaschen Stadtblätter«. Im Jahre 1908, 2 Jahre vor ihrem 100 jährigen Jubiläum, fanden sie ein etwas unrühmliches Ende[2]). Auf Sonntags Antrag sind sie ins Leben gerufen worden. Er wollte durch sie die von der Gesellschaft beabsichtigte literärische Einwirkung auf die Mitbürger ausüben, und hat Jahre lang die Redaktion selbst geleitet. Er hat aber auch die Mängel der kleinen Zeitschrift, die ihr eigentlich während ihrer ganzen Existenz anhafteten, klar erkannt. In einem Memorial vom Jahre 1816 sagt Sonntag:[3]) »Gleich von ihrer Entstehung an wollten und sollten die Stadtblätter belehren, aber bald fand sich niemand, der lehren wollte, bald wieder niemand, der lernen mochte«. Er schildert

[1]) Prot. v. 2. November 1906 XIII, S. 396.

[2]) Der Verfasser dieses Buches beabsichtigte, an dieser Stelle eine kurze Geschichte der Stadtblätter einzuschalten, aber der noch zur Verfügung stehende Raum hat das nicht gestattet.

[3]) Akte Nr. 105 im Archiv.

dann weiter halb humoristisch, wie die Lehraufsätze wenig Interesse fänden und daher wenig gelesen würden. Als Pflicht der B. V. stellt Sonntag hin, sich ihr Lesepublikum selbst zu erziehen. »Es muss lernen, ohne es zu wissen, es muss sich bessern selbst wider Willen, und es mag sich dann dabei so gut oder schlecht unterhalten fühlen, als es will.« »Immer bleibe uns« — fährt er fort — »unsere Stadt als solche, als ein Ganzes, als dieses Ganze, als der nächste Zweck unseres Stadtblattes wie unserer Gesellschaft vor Augen. Was also dem Publikum frommen würde oder dringend noth thut an Einrichtungen, was den Sinn desselben fürs Bessere wecken und bilden, was seiner Apathie und Lethargie gegen Verachtungs- und Bejammernswürdiges aufstacheln, was den so allgemeinen und gemeinen Dünkel, als stände Riga schon, besonders im Punkte der Wohlthätigkeit, auf einer ausgezeichneten moralischen Höhe, factisch zur Selbsterkenntnis bringen kann — das alles werde, sowie es bekannt wird, gesammelt aus allen Zeitschriften und anderweitigen Blättern des gesamten In- und Auslandes und werde wöchentlich dem Publicum zum Besten gegeben — ohne alles weitere Geschreibe, Gelobe. Das Factum genüge allein, und immer nur das Factum. Es mag — und es wird schon — sich selbst anwenden.« Wenn die Stadtblätter jener Zeit später als das »personifizierte Stadtgewissen« bezeichnet worden sind, so ist das wohl dem zuzuschreiben, dass Sonntag diese Richtlinien auch einzuhalten suchte. Er wollte aber noch etwas anderes mit den Stadtblättern erreichen: sie sollten den historischen Sinn beleben und eine Sammelstelle sein für die Geschichte Rigas. — Was Sonntag schon als Mangel empfand, ist während aller weiteren Jahre bestehen geblieben: es fehlte oft an Mitarbeitern und an Lesepublikum. Der Umfang des Blattes war zu gering, um grössere Aufsätze zu bringen, dabei sollte das Interesse sehr verschiedenartiger Leser berücksichtigt werden. Die Folge war, dass niemand recht befriedigt war. »So manche unter unsern Geschäftsmännern sind,« wie Sonntag sagte, »viel zu tiefgelehrt, unter unsern Damen zu hochgebildet, um die Stadtblätter auch nur eines Blickes zu würdigen.« Während ihrer fast hundertjährigen Existenz sind immer wieder Versuche gemacht worden, sie zu reorganisieren. Sie sollten nicht nur Organ der L. P. B. V. sein, sondern sich auch in den Dienst der Kaufmannschaft stellen, sie sollten dem Handel dienen; dann wollte man

sie in Verbindung mit dem Technischen Verein und dem Gewerbeverein bringen; später sollten sie wieder ein Organ der neuen Stadtverwaltung werden usw. Alles das und das redliche Bemühen ihrer Redakteure haben es doch nicht vermocht, den Stadtblättern ein grösseres Lesepublikum zu schaffen. Sie wurden in manchen Jahren künstlich aufrecht erhalten, indem man den Mitgliedern der B. V. eine Art Zwangsabonnement auferlegte. Und doch muss der B. V. dafür Dank gezollt werden, dass sie dieses Werk so lange fortgeführt hat, denn, was die Zeitgenossen nicht zu würdigen verstanden, ist für die Nachkommen wertvoll geworden. In den vielen Bänden der Stadtblätter ist eine Fülle von Material angesammelt, so dass Georg Berkholz sie als »eine Fundgrube für unsere Stadtgeschichte« bezeichnen konnte, und Hillner sagte einmal (1878), niemand vermöge die Geschichte Rigas in den letzten 25 Jahren kennen zu lernen, ohne das Material zu benutzen, das in den Stadtblättern mit grosser Genauigkeit zusammengetragen ist.

Unter den Redakteuren haben am längsten Pastor Wendt (1832—48) und N. Asmuss (1852—78) gewirkt, die letzten noch in Betracht kommenden Redakteure waren Alex. Buchholtz (1878—81), Arend Buchholtz (1881—89) und Artur Poelchau (1889—1906). Als im Jahre 1906 von der B. V. beschlossen wurde, die Stadtblätter eingehen zu lassen, machte die »Düna-Zeitung« den Vorschlag, sie als ihr Beiblatt weiter fortzuführen. Es kam zu einem Vertrage, aber nachdem 5 Nummern unter der Redaktion Th. Berents erschienen waren, gab die Zeitung das Unternehmen einseitig wieder auf, da sich zu wenige Abonnenten eingefunden hatten. Da trat Julius Dahlfeld, der Chef der Firma August Lyra, mit einem sehr günstigen Anerbieten hervor, durch das die Weiterexistenz der Stadtblätter gesichert erschien. Es wurden noch 32 Nummern im J. 1907 herausgegeben, die mancherlei Interessantes brachten, dann aber versagte die Arbeitslust des Redakteurs W. Sawitzky, da er keine Mitarbeiter fand. »Sollen die Rigaschen Stadtblätter,« sagt er in der letzten Nummer, »als das fortleben, als was sie gedacht sind, dann mögen die Interessenten ihre Beiträge nicht mit einer solchen Konsequenz zurückhalten, wie sie das bislang geübt haben.« Mit diesem Stosseufzer des Redakteurs endet die Geschichte dieser Zeitschrift.[1])

[1]) E. L. Seezen hat ein »Generalregister zu den ersten 61 Jahrgängen der Stadtblätter« (1810—1870) angefertigt, das von L. Walter bis 1880 fortgeführt ist. Beide Register sind in der Stadtbibliothek. Vergleiche auch L. J. v. Napiersky und A. Poelchau, Verzeichnis der in den »Rigaschen Stadtblättern« vom Jahre 1810—1894 enthaltenen historischen Aufsätze und Notizen etc. Riga 1895 und Fortsetzung des Buches von A. Poelchau bis 1902. Riga 1902.

Bis zum Jahre 1906 sind die »Rigaschen Stadtblätter« in der Buchdruckerei von W. F. Häcker gedruckt worden. Der Begründer der Firma war mit K. G. Sonntag zusammen nach Riga gekommen und hatte in nahen Beziehungen zu ihm gestanden. Als die Buchdruckerei im Jahre 1904 ihr 100-jähriges Jubiläum feiern konnte, wurden ihr von der L. P. B. V. zur Erinnerung an die 100 Jahre andauernde Zusammenarbeit eine künstlerisch ausgestattete Ehrentafel überreicht.

Die öffentlichen Vorträge sind in dieser Zeit fast ganz eingestellt worden, nur in Anlass des vor 100 Jahren erfolgten Todes Imanuel Kants fand eine Gedächtnisfeier statt, bei der Dr. phil. G. Bocké den Vortrag hielt. Das Gedächtnis eines anderen grossen Deutschen wurde durch eine Stiftung geehrt. Im Jahre 1914 wurde der B. V. das Kapital eines im Jahre 1872 begründeten Beethoven-Fonds im Betrage von 5200 Rbl. zur freien Disposition übergeben mit dem Wunsche, dass die Zinsen zu Stipendien an Musikstudierende oder zur Unterstützung armer Musiklehrer und -lehrerinnen verwandt werden sollten.

Sehr ablehnend verhielt sich die B. V. während dieser Zeit bis zum Kriege, gegenüber den Gesuchen um Subventionen, die recht oft an sie gelangten. Sie stellte sich auf den Standpunkt, dass sie vor allem ihre eigenen Anstalten fördern müsse und ihre Kräfte nicht zersplittern dürfe. Es kam hinzu, dass ihre Mittel wohl anwuchsen, aber dass ihre Kapitalien ihr zu ganz bestimmten Zwecken dargebracht waren und auch für ihre Bauten damals stark in Anspruch genommen waren. Immerhin wurden einige Ausnahmen in besonderen Fällen gemacht, so wurde z. B. die als Volkszeitung begründete »Baltische Post« (1908) unterstützt, es wurden im Jahre 1918 den Ferienkolonien für Kinder 2000 Mark bewilligt u. dgl. m.

Die Zahl der Mitglieder, die im Jahre des Jubiläums stark in die Höhe gegangen war (657), ist in den folgenden Jahren, wie das zu erwarten war, wieder allmählich gesunken. Sie betrug im letzten Jahr vor dem Kriege (1913) 527. Ausserdem hatte die B. V. in diesem Jahr 8 Ehrenmitglieder, von denen zur Zeit nur noch eines am Leben ist: Ältester Theodor Busch. Im Jahre 1921 wurden Mathias Doss, der in schwerer Zeit das Amt des Direktors verwaltet hatte, und Johannes Gottfriedt, der in denselben Jahren Kassenvorsteher gewesen war, zu Ehrenmitgliedern ernannt. Da letzterer auch inzwischen ver-

schieden ist, so besitzt augenblicklich die B. V. nur 2 Ehrenmitglieder.

Der sich stetig erweiternde Umkreis des Tätigkeitsgebietes der B. V. hatte den engeren Kreis in dieser Zeit wiederholt vor die Frage gestellt, ob es nicht geboten erscheine, einen besoldeten Geschäftsführer anzustellen und dadurch die ehrenamtlich wirkenden Glieder der B. V. zu entlasten. Zu weiteren Verhandlungen kam es, als im Jahre 1910 Ing. R. Starck einen dahin zielenden direkten Antrag stellte, der 1912 von Pastor O. Schabert wiederholt wurde. Letzterer wies darauf hin, dass bei der bisherigen Verwaltungsart es nur auf das Erhalten des Alten herauskomme; bahnbrechende Arbeit ohne Berufsarbeiter könne nicht getan werden; die B. V. nehme nicht mehr die beherrschende Position ein, wie ehedem, da das Interesse abflaue; es müsse die neue Arbeitsmethode auch hier zur Anwendung kommen. Nach eingehenden Beratungen[1]), an denen auch die Präsides der einzelnen Kuratorien teilnahmen, wurde der Antrag abgelehnt namentlich, weil die Anstellung eines derartigen Generalsekretärs sich nicht mit der bisherigen Organisation der B. V., welche ganz auf kollegiale Verwaltung der Anstalten angelegt sei, vertrüge. Wohl aber wurde beschlossen, ein ständiges, zu bestimmten Stunden des Tages zugängliches Bureau mit einem besoldeten Beamten zu eröffnen.

Für die Verwaltung der Finanzen wurden im J. 1906 nach längeren Beratungen sehr genaue Regeln ausgearbeitet, die in den Jahresberichten als »Instruktion für die Verwaltung des Vermögens der L. P. B. V. und ihrer Stiftungen« alljährlich abgedruckt wurden. Über den Vermögensstand der B. V. im J. 1903 und im J. 1913 geben die folgenden Zahlen eine Übersicht:

	1903	1913
Eigenes Kapital	124.658 Rbl.	51.755 Rbl.
Kapital zur Verfügung der B. V. .	32.514 „	39.700 „
Zweckkapitalien	267.509 „	665.663 „
Kapital der Kirchhofswege . . .	7.232 „	7.400 „
„ „ Dienstbotenstiftungen.	130.360 „	174.465 „
„ „ Volksküche	3.000 „	5.430 „
	565.273 Rbl.	944.413 Rbl.

[1]) Akte Nr. 319 im Archiv.

Ausserdem besass die Kinderbewahranstalt zu Eichenheim ein Stiftungskapital, das im J. 1913: 84.000 dänische Kronen gross war. Der Jahresbericht für das J. 1913 gibt (S. 16) eine Übersicht über den Grundbesitz der B. V. mit der genauen Angabe der Grösse und des Versicherungswertes der Gebäude. Die B. V. besass damals: Eichenheim, das Nachtasyl, die Schmidtsche Kinderbewahranstalt, die Immobilien des Sprostschen gemeinnützigen Bauunternehmens an der Revalerstrasse und an der Ernestinenstrasse, das Magdalenenasyl, die Taubstummenanstalt, die Volksküche, das Grundstück des Frauenheims an der Karolinenstrasse. Von diesen waren Eichenheim, das Nachtasyl, die Schmidtsche Stiftung und das Bauunternehmen unter den Aktiva des Bilanzkontos mit je 1 Rbl. eingestellt.

Das grosse Anwachsen der Zweckkapitalien weist darauf hin, dass auch in diesem Zeitraum grosse Kapitalien durch Schenkungen und Vermächtnisse der B. V. zugeflossen waren, die alle gemeinnützigen Zwecken zugutgekommen sind. Eine regelmässige, recht sichere Einnahme hatte die B. V. durch die Ablösung der Neujahrsvisiten. Sie betrug im J. 1903: 2592 Rbl., im J. 1913: 2930 Rbl. und kam in diesem letzten Jahr der Einnahme durch die Mitgliedsbeiträge fast gleich. Während der Kriegsjahre musste die B. V. hierauf natürlich verzichten.

Überblicken wir noch einmal, welche Veränderungen in den Anstalten der B. V. bis zur Zeit der Neuorganisierung, die mit dem J. 1920 beginnt, vor sich gegangen waren. Es waren unabhängig vom Kriege eingegangen die »Rig. Stadtblätter« (1907) und der Holzhof (1908). Infolge des Krieges und der Bolschewistenzeit waren geschlossen worden: die Kinderbewahranstalten in Eichenheim und Thorensberg (1915), die Lutherschule (1915), die Pfeiffersche Schule (1915), die Taubstummenschule (1919), die aber von der Stadt weiter fortgeführt wurde, das Magdalenenasyl (1919), das Nachtasyl (1917), das Asyl für Dienstboten (1917/18), das Gouvernantenheim (1919), die Volksküche (1919), die Pflege der Kirchhofswege (1915) und die »Albertina«. Es blieben also nur noch die Legate und Stipendienstiftungen, deren Kapitalien aber stark entwertet und zusammengeschmolzen waren.

Mit vieler Mühe war es dem Direktor Mathias Doss und dem Kassadirektor Joh. Gottfriedt gelungen, auch in der schweren Kriegszeit allen Anforderungen, die trotz des Ein-

gehens der meisten Anstalten doch noch immer an die B. V. gestellt wurden, gerecht zu werden. Es war das nur möglich, weil zunächst noch die Zinsen der Kapitalien aus Russland einliefen und weil bei den Banken Anleihen gemacht werden konnten. Nachdem die Bolschewisten glücklich vertrieben waren und das Riga bedrohende Bermondt-Abenteuer vorüber war, konnte mit dem Jahr 1920 die Arbeit wieder aufgenommen werden. Hierbei musste die B. V. sich natürlich der neuen, inzwischen entstandenen Sachlage anpassen. Die ganz veränderten Verhältnisse erforderten eine neue Grundlage für den Wiederaufbau. Es mussten neue Satzungen ausgearbeitet werden. Vergleicht man die Statuten vom Jahre 1920 mit den früheren, aus dem Jahre 1862 stammenden, so findet man einige wesentliche Unterschiede. Die Beteiligung der Mitglieder an der Arbeit trat noch mehr als früher zurück. Bisher war Vorschrift, dass die allgemeinen Versammlungen ausser im Sommer einmal monatlich stattfinden sollten, jetzt brauchten sie nur mindestens einmal im Jahr einberufen zu werden. Die Arbeit und Fürsorge für die Gesellschaft lag also noch mehr als früher in den Händen des Direktoriums und des engeren Kreises. Entsprechend der Stellung, die sich die Frau seit 1862 im kommunalen Leben errungen, sollten auch Frauen zu Mitgliedern aufgenommen werden. Erweitert wurde auch das territoriale Tätigkeitsgebiet der B. V., das bisher auf Riga beschränkt war. Jetzt durfte es über ganz Lettland ausgedehnt werden, und an allen Orten des Landes konnten Abteilungen der Bürgerverbindung begründet werden. In einer andern Beziehung fand eine Einschränkung statt. Als Zweck der B. V. war 1862 kurz angegeben: »die Wohlfahrt der Bürger Rigas zu fördern«; im neuen Statut heisst es: »die geistige und materielle Wohlfahrt der Bürger Lettlands deutscher Nationalität« zu fördern. Eine Motivierung ist für diese Einschränkung in dem Protokoll nicht angegeben. Sie geschah aber nicht aus nationaler Engherzigkeit, sondern trug auch den veränderten Verhältnissen Rechnung. Mehr als ein Jahrhundert hindurch hatte die B. V. eine reich gesegnete, internationale Tätigkeit entfaltet, sie hatte den Versuch, sie in einen nationalen Verein umzugestalten, zurückgewiesen. So lange die deutschen Bürger Rigas einflussreich und wirtschaftlich stark dastanden, konnten sie in ihrer sozialen Arbeit mit ihren Mitteln auch über den Kreis ihres Volkstums hinausgehen; sie

hielten es für ihre moralische Pflicht zu helfen, wo überhaupt Not vorhanden war. Jetzt konnten die, für welche bisher gesorgt worden war, diese Aufgabe selbst übernehmen. Die Deutschen, deren Zahl in Riga stark zurückgegangen war, befanden sich vielfach in schwerer wirtschaftlicher Lage und mussten daher ganz besonders gestützt werden. Man sah in ihnen nur eine »Minorität«, und sie erhielten von dem Staat und der Kommune nicht dieselbe Förderung wie das Staatsvolk. Daher mussten sie alle Kräfte anspannen und konzentrieren, um im Kampfe ums Dasein zu bestehen. Diese Überlegungen haben zu jener Änderung der Statuten geführt.

Mit der Vorlage der neuen Satzungen beendete M. Doss seine Tätigkeit als Leiter der B. V., blieb aber als stellvertretender Direktor im Direktorium. Er und der Kassadirektor Joh. Gottfried, der 10 Jahre lang in schwerster Zeit seines Amtes gewaltet hatte, wurden, wie schon erwähnt, in dankbarer Anerkennung ihrer Verdienste um die B. V. im J. 1921 zu Ehrenmitgliedern ernannt. Zum Nachfolger von Doss wurde Dr. jur. Karl Schilling (1920 bis 1923) erwählt. Dieser spendete auf der Jahresversammlung von 1921 einen besonderen Dank auch Karl Keller, der mit grosser Energie beim Wiederaufbau tätig gewesen sei und besonders dahin gewirkt habe, die zerstreuten Mitglieder wieder zur gemeinsamen Arbeit zu sammeln. Keller war, nachem er Chef des deutschen Bildungswesens geworden war, aus dem engeren Kreise, dem er 1906—1920 angehört hatte, ausgeschieden, aber war gebeten worden, an den Sitzungen teilzunehmen, welcher Aufforderung er auch oft Folge geleistet hat.

Nachdem die rechtliche Stellung der L. P. B.V. gesichert war, bestand die 2. Aufgabe darin, die alten Mitglieder wieder um die Fahne der B. V. zu sammeln und neue zu werben. Es wurde eine Werbekommission erwählt, aber da entstand gleich das Verlangen nach einem neuen Programm für die Arbeit, das für die neu anzuwerbenden Mitglieder etwas Anlockendes haben musste. Es sollte eine neue Parole ausgegeben werden. Damals fehlte es dem Deutschtum in Riga, nachdem der Deutsche Verein in Livland im Jahre 1914 von der Regierung aufgelöst worden war, an einer alle Deutschen umfassenden Organisation. Es wurde wohl manches Neue geschaffen, aber man wusste noch nicht, wie sich alles entwickeln werde. Manche Augen richteten sich auf die B.V., die auf eine ehrenvolle Vergangenheit zurückblicken konnte und sich jetzt neu

konsolidierte. Man legte es ihr nahe, an die Spitze des gesamten Deutschtums zu treten. Die B. V. hat diese Führerschaft nicht angenommen, da von mancher Seite befürchtet wurde, sie werde dadurch mit in das politische Getriebe hineingezogen werden, während sie sich doch von jeher grundsätzlich von aller Politik fern gehalten hatte. Andere, wie namentlich K. Keller, wollten sie wenigstens zu einem deutschen Kulturzentrum, zum Sammelpunkt deutscher Kulturarbeit ausgestalten, wobei sie auch die deutsche soziale Fürsorge bei sich konzentrieren sollte. Auch dazu ist es nicht gekommen, vielleicht weil sie zu zaghaft war, um die damit verbundene Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen. So ist ihr beim Wiederaufbau des deutschen Lebens in Riga keine führende Stellung zugefallen, aber sie hat in enger Verbindung mit den anderen deutschen Institutionen gestanden und hat deren Bestrebungen zu fördern gesucht. Um das tun zu können, hat sie sich bemüht, ihren alten Besitz zu erhalten und zu vermehren. Jetzt erwies es sich als ungemein wertvoll, dass die B. V. sich vor dem Kriege einen bedeutenden Immobilienbesitz erworben hatte, denn seine Erträge bildeten von nun an die Haupteinnahmen, die zu kulturellen und sozialen Zwecken verwandt werden konnten. Bei den Subventionen, die sie erteilte, suchte die B. V. möglichst den Bestimmungen, die die Stifter der Kapitalien getroffen hatten, gerecht zu werden.

Da die bisherigen Kinderbewahranstalten der B. V. eingegangen waren, wurden jetzt die Kinderhorte des Deutschen Frauenbundes unterstützt. Das deutsche Schulwesen suchte die B. V. in enger Verbindung mit dem deutschen Elternverbande zu fördern. Namentlich konnte es diesem dadurch nützen, dass es ihm das Haus der ehemaligen Schmidtschen Kinderbewahranstalt an der Olivenstrasse für eine deutsche Grundschule überliess. Es wurden aber auch Abend- und Fortbildungskurse und ähnliche Unternehmungen unterstützt, und dem ausserordentlich wertvollen Handwerkerlehrlingsheim wurde bei seinem Wiederaufleben geholfen. Ein grosser Dienst wurde den Schulen dadurch geleistet, dass es der B. V. gelang, das Spohrsche Schulmuseum für die deutschen Schulen zu gewinnen. Dieses war von der Familie Spohr im Jahre 1910 begründet und dem Deutschen Verein dargebracht worden. Mit grosser Freigebigkeit war es

alljährlich durch reiche Darbringungen erweitert worden und sollte nach dem Willen der Stifter noch weiter ausgestaltet werden. Leider war es in der Kriegs- und Nachkriegszeit stark beraubt worden, aber besass noch immer sehr wertvolle Gegenstände. Nach der Auflösung des Deutschen Vereins war es in den Besitz der Familie Spohr zurückgelangt, die es jetzt infolge ihrer ganz veränderten Verhältnisse nicht mehr als Geschenk, sondern zum Ankauf anbot. Nach längeren Verhandlungen kam ein Kaufvertrag zustande, und die B. V. übergab das Museum gegen einen geringen Mietbetrag dem Elternverbande zur Nutzung durch die Schulen.

An die Fürsorge für die Grund- und Mittelschulen schloss sich jetzt aber auch die Notwendigkeit, die unterdessen immer mehr zur Entwickelung gekommene Hochschule, unser Herderinstitut, nach Möglichkeit zu stützen und überhaupt der deutschen studierenden Jugend zu helfen. Es geschieht dieses durch direkte dem Herderinstitut gewährte Subventionen, durch Erteilung von Stipendien an Studierende und durch die der akademischen Wirtschaftshilfe zuteilgewordene Förderung.

Mit Recht hat die L. P. B. V. in den letzten Jahren, wie ja auch schon in den früheren Perioden ihrer Geschichte, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel in erster Linie der Jugendfürsorge zugutkommen lassen, aber sie hat auch anderen kulturellen Zwecken zu dienen gesucht. Namentlich hat die Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde, die in ihren wissenschaftlichen Bestrebungen immer wieder durch Mangel an Mitteln behindert ist, von der B. V. Unterstützungen erhalten. Es werden ferner mit solchen bedacht die Lesehalle, mit der auch eine wertvolle Bibliothek verbunden ist, das deutsche Theater, die Baltische Monatsschrift, die Gustav-Adolf-Kasse und gelegentlich auch andere Unternehmungen, die der Hilfe zeitweilig bedürfen. Im J. 1921 bat eine Vereinigung für praktische Lebensphilosophie um Aufnahme unter die Institutionen der B. V., die ihr gern gewährt wurde.

Als im J. 1920 die L. P. B. V. ihre Arbeit wieder aufnahm, gedachte sie natürlich auch der sozialen Aufgaben und Pflichten, die ihr oblagen. Da machte Pastor O. Schabert, der schon vor dem Kriege für eine einheitliche Organisation der deutschen Armenpflege gewirkt hatte (s. oben S. 137), der B. V. die Mitteilung, dass mehrere Vereine eine deutsche Fürsorgezentrale zu begründen beabsichtigten, und

beantragte, dieselbe als besondere Sektion der B.V. anzugliedern. Ihre Aufgabe sollte bestehen: 1) in der Herstellung und Führung eines Verzeichnisses aller deutschen Vereine in Riga, 2) in der Herstellung und Führung einer Kartothek aller Unterstützten und einer ebensolchen aller deutschen Einwohner Rigas, 3) in der gegenseitigen Abgrenzung der Arbeitsgebiete behufs gedeihlichen Zusammenwirkens, und 4) in der Regelung der Beziehungen zwischen den privaten Fürsorgevereinen und der Minoritätenabteilung des städtischen Wohlfahrtsamtes. Die B. V. ging bereitwillig auf den von Schabert vorgetragenen Wunsch ein und hat namentlich für die Herstellung der Kartothek der Deutschen, die sich bei den späteren grossen Kollekten als ausserordentlich wertvoll erwies, nicht unbedeutende Mittel gespendet. Doch schon im nächsten Jahr (1921) erwies es sich aus verschiedenen Gründen als praktischer, einen Anschluss der Fürsorgezentrale an den Ausschuss der deutsch-baltischen Parteien herbeizuführen. Als sie aus der B. V. ausschied, sagte sie in ihrem Dankschreiben, dass sie ihre bisherigen Erfolge »nur der Unterstützung durch die B.V.« zu verdanken habe. Die Verbindung mit der Fürsorgezentrale ist auch in späteren Verhandlungen aufrecht erhalten worden. Ebenso hat die B. V. Fühlung mit dem deutsch-evangelischen Notstandskomitée gehabt, das auch (1920) einen Teil des Hauses der Volksküche an der Riesingstrasse gemietet hatte, um dort eine sogenannte Notstandsküche einzurichten. Ein anderer Teil des Hauses wurde zum gleichen Zwecke von der deutschen demokratischen Partei im selben Jahre gemietet. So erfüllt das Haus doch die Aufgabe, für die es bei der Erbauung bestimmt war. Ein gleiches Schicksal hat das Haus des Nachtasyls gehabt. Hier hat die Stadtverwaltung die von der B. V. notgedrungen aufgegebene Arbeit aufgenommen, sie hat das Haus gepachtet und wiederum ein Nachtasyl eingerichtet.[1]) — Im J. 1920 wurde der B. V. ein Kapital von 50.000 Rbl. übergeben als Stiftung zur Fürsorge für Deutsch-baltische Krieger. Zur Verwaltung und Verwendung des Vermögens wurde eine besondere Kommission eingesetzt. Diese Fürsorgekommission löste sich im J. 1924 wieder von der B. V. und schloss sich dem Verein ehemaliger Krieger des XIII. Tukumer Infanterie-Regiments an. Wenn die B. V.

[1]) Dass es dem Hause der Taubstummenanstalt ähnlich ergangen ist, ist bereits oben S. 241 berichtet worden.

schon vor dem Kriege lebhaft die Verpflichtung gefühlt hat, nach Kräften für die notleidenden, nicht mehr erwerbsfähigen Alten zu sorgen, so hat sie auch jetzt diese Aufgabe zu erfüllen sich bemüht. Da sie kein eigenes Altersheim zu gründen vermochte, hat sie namentlich das Bergengrünsche Siechenhaus regelmässig unterstützt, aber sie hat auch den Deutschen im Mathäistift, dem Reichsdeutschen Stift u. a. gelegentlich Hilfe gewährt. An die Begründung eines Frauenheims hatte die B. V. in erster Linie gedacht, als sie den grossen Bau zwischen der Karolinen- und Nikolaistrasse begonnen hatte. Der Plan war gescheitert, aber immer wieder wurde die Möglichkeit erörtert, den Bau doch fortzusetzen, bis er erst in diesem Jahr (1927) wohl definitiv aufgegeben worden ist. Dafür sind jedoch jetzt andere Pläne ausgearbeitet worden. Auf dem der B. V. gehörigen Grundstück an der Kapsel- und Ernestinenstrasse sollen mehrere Kleinbauten errichtet werden, um bei der herrschenden Wohnungsnot dem kleinen deutschen Mittelstande Wohnungen zu schaffen. Die Ausführung des Planes hat noch nicht begonnen.

Von den vorkriegszeitlichen Anstalten der B. V. haben die Sprostschen Dienstbotenstiftungen ihre Tätigkeit in sehr beschränktem Masse weiter fortsetzen können.

In betreff des Lokals musste die B. V. ihre Zustimmung zu einer nicht vorteilhaften Veränderung erteilen. Ihr bisheriges Zimmer im Dommuseum, das unten gleich beim Eingange belegen war, wurde für den Kastellan beansprucht, da dessen Wohnung für Gemeindezwecke nötig war. Die B. V. erhielt ein neues Lokal im Kirchenhause an der Neustrasse Nr. 22. Hier musste sie 3000 Rbl. Miete zahlen, konnte aber die Zimmer auch zur Benutzung am Tage dem Krankenhaus- und Theaterverein weiter vermieten. Wohl wurde damals der Vorschlag gemacht, das Dommuseum zu verlassen und in das Haus an der Riesingstrasse überzusiedeln, aber es wurde davon Abstand genommen, da man die Verbindung mit den anderen alten Museumsgesellschaften nicht aufgeben wollte.

Die Zahl der Mitglieder ist begreiflicher Weise stark zurückgegangen. Im Jahre 1927 hat die B. V. 262 Mitglieder (527 im J. 1913). Der Mitgliedsbeitrag wurde im J. 1920 auf 10 Rbl. lettl. festgesetzt, allerdings mit dem Hinzufügen, dass ausserdem freiwillige Beiträge erwünscht wären. Im J. 1923 wurde er auf 25 Rbl. lettl., 1922 auf 100 Rbl. lettl. erhöht.

In der Leitung des Vereins trat im Jahre 1923 eine Veränderung ein. Nachdem Dr. jur. Karl Schilling das Direktorat niedergelegt hatte, wurde der Chef des deutschen Bildungswesens D. Karl Keller, der noch jetzt das Amt verwaltet, zu seinem Nachfolger erwählt. Stellvertretender Direktor wurde im Jahre 1921 an Stelle v. Mathias Doss Rechtsanwalt Erich Pabst. Das Amt des Sekretärs liegt bereits seit dem Jahre 1920 in Händen des Rechtsanwalts Georg v. Bulmerincq.

Die mühevolle Verwaltung der Finanzen hatte von 1921—1924 der Kaufmann August Mentzendorff übernommen, als dessen Nachfolger von 1924 an Dr. Paul Böhm funktioniert. Im Vermögensstande der B. V. ist natürlich infolge der Umwertung der russischen Zarenrubel in lettl. Rubel und infolge des endgiltigen Verlustes der russischen Wertpapiere eine grosse Veränderung eingetreten. Ein paar Zahlen mögen das verdeutlichen.

	1921	1922 nach der Umwertung	1926
Eigenes Vermögen der B.V.:	120.578,94 Zar. Rbl.	121.708,78 lett. Rbl.	42.490,62 Ls
Zweckkapitalien	699.088,84 „ „	433.745,84 „ „	15.026,96 Ls
	819.667,78 „ „	555.454,62 „ „	57.517,58 Ls

(1 Lat = 50 Rbl. lett.)

Das Budget des Jahres 1927 balanzierte mit 20.700 Lat im Aktiv und Passiv. Diese ganze grosse Summe ist fast ausschliesslich für die oben dargelegten gemeinnützigen Zwecke verwandt worden. Bei den Einnahmen kommt ausser den Erträgen aus den Immobilien, von denen das an der Revalerstrasse belegene im Jahre 1921 für 100.000 Rbl. verkauft wurde, den Zinsen und den Mitgliedsbeiträgen eigentlich nur noch die Ablösung der Neujahrsvisiten in Betracht. Sie ergab im Januar 1927: 2861 Lat. Sehr langwierige Verhandlungen hatte die B. V. wegen des der Kinderbewahranstalt in Eichenheim gehörigen Vermögens zu führen. Es bestand in 4% Jütländischen Pfandbriefen im Werte von 85.000 Dänischen Kronen. Diese Wertpapiere hatten im J. 1915 nach Nishni-Nowgorod evakuiert werden müssen. Dort hatte die Sowjetregierung sie an sich genommen und weiter verkauft. Vom J. 1920 an begannen die sehr komplizierten Verhandlungen mit Rechtsanwälten in Riga und Kopenhagen und mit verschiedenen hiesigen und dänischen Behörden. Da der Originaldepositalschein der Räteregierung vorhanden war und die Pfandbriefe als geraubt betrachtet werden konnten, hatte ein wider die Danske Landmannsbank

in Kopenhagen angestrengter Prozess gute Aussichten auf Erfolg. Er wurde aber im J. 1924 durch einen Vergleich beendet. Die B. V. erhielt nach Abzug der Kosten 4% Obligationen des Jütländischen Kreditvereins im Nominalbetrage von 50.000 dän. Kronen und 3836 dän. Kronen in barem Gelde. So war doch ein grosser Teil des Vermögens, das man schon für verloren gehalten hatte, gerettet worden. An Geschenken hat die B.V. seit dem Kriege natürlich nur wenig erhalten, aber wohl sind ihr auch noch in den letzten Jahren einige ansehnliche Vermächtnisse zugefallen. So starb im Jahre 1918 Frau Amalie Parfenowa verwitwete Falk geborene Blossfeldt, die ihr Vermögen von 60.000 Rbl. der B. V. vermacht hatte. Aus den Zinsen sollten zunächst einige Leibrenten gezahlt werden, dann sollten sie für ein Frauenheim verwandt werden. Im Jahre 1920 fiel der B.V. laut Testament der Frl. Auguste und Marie Schwartz ein Immobil an der Goldingerstrasse Nr. 13/15 zu, und im Jahre 1924 erhielt sie aus dem Nachlass der Frau Luise Freiberg geborenen Beckmann 10.000 Rbl., um aus den Zinsen ein Freibett für deutsche Kranke zu schaffen.

Wie sich die Zukunft der L. P. B. V. gestalten wird, lässt sich wohl kaum voraussehen. Dass sie die ihr zur Verfügung stehenden Geldmittel immer nur zur Unterstützung anderer, von ihr unabhängiger Unternehmungen verwenden wird, ist wohl kaum anzunehmen. An die von ihr jetzt gehegten Pläne für Neubauten werden sich gewiss auch noch andere schliessen. Sie hat jedenfalls die Möglichkeit, ihre Tätigkeit nach der in der Vorkriegszeit ausgeübten Art umzugestalten. Zur Zeit hat sie von den Gemeinschaften, denen sie hilfreich beisteht, vielen Dank geerntet und hofft, dass auch jetzt auf ihrer Arbeit reicher Segen ruhen wird. Es ist ihr nicht um ihren eigenen Ruhm zu tun, sondern nur darum, zur Wohlfahrt der Vaterstadt und der Mitbürger möglichst viel beizutragen, getreu ihrem Wahlspruche:

Nos aliis!

Anhang:

Biographische Notizen und Hinweise.

Von den Männern, die während dieser letzten Periode in der L. P. B.V. gewirkt haben, sind die meisten noch am Leben. An dieser Stelle sei aber in Dankbarkeit derer gedacht, die bereits aus dem Leben geschieden sind, und von denen wenigstens einige, die an der Leitung der Gesellschaft teilgenommen haben, hervorgehoben werden sollen.

Der Nachfolger Irmers im Amte des Direktors war Heinrich Frobeen (geb. 10. (22.) Februar 1859, gest. 9. Januar 1925 in Graz).[1]) Er war ein Sohn des rigaschen Kaufmanns Ed. Frobeen und hat nach Absolvierung des Stadtgymnasiums am Rigaschen Polytechnikum Handelswissenschaften und Nationalökonomie studiert. Schon als Student zeigte er einen ausgesprochenen Gemeinsinn als Glied der Studentenverbindung »Rubonia« und durch seine Teilnahme an den Arbeiten des Burschenstaates. Dieses Verlangen, für das Gemeinwohl zu wirken, hat er auch in seinem ganzen späteren Leben offenbart. Neben seiner Berufsarbeit als Buchhalter am Waisengericht und von 1909 an als Direktor der I. Rigaschen Gesellschaft gegenseitigen Kredits hat er stets kommunale Arbeit geleistet und hat sich dabei immer, oft unter sehr schweren Verhältnissen, Anerkennung erworben. Als Stadtverordneter hat er nicht nur an den allgemeinen Versammlungen teilgenommen, sondern in verschiedenen Kommissionen und Ämtern wirklich mitgearbeitet. Von den Vereinen haben namentlich der Rigasche Gewerbeverein und die L. P. B. V. ihn stark in Anspruch genommen, ja er hat eine Zeit lang (1908—10) in beiden grossen Vereinen zugleich das Präsidium inne gehabt. Im Gewerbeverein hat er sich ein besonderes Verdienst um die Sanierung der Finanzverhältnisse erworben, auch in der B. V. gab es gerade während seines Direktorats nach dieser Richtung hin ernste Schwierigkeiten zu überwinden. Als während des Krieges die Tätigkeit der hiesigen Banken lahmgelegt war, siedelte Frobeen nach Graz über, wo er bald als Direktor eines Bankinstituts eine neue Berufsarbeit fand. Am 9. Januar 1925 ist er dort verschieden.

[1]) Album Acad. des Rig. Polyt. Nr. 1419. Rig. Rundschau 1925, Nr. 9.

Eine langjährige Tätigkeit hat Robert Baum (geb. 10. Sept. 1845, gest. 24. Novbr. 1925)[1]) in der B. V. entfaltet, deren Sekretär er von 1872—78 war, für die er aber bis zuletzt ein warmes Interesse bewahrt hat. Baum war als Sohn eines Gutsbesitzers in Kurland schon in seiner Knabenzeit nach Riga gekommen, um hier das Gymnasium zu besuchen, und war seitdem ein treuer Sohn Rigas geworden. In Dorpat widmete er sich (1865—69) dem Studium der Jurisprudenz und gewann in der »Fraternitas Rigensis« viele treue Freunde, mit denen er in späteren Jahren gemeinschaftlich für die Vaterstadt gearbeitet hat. Nach Beendigung des Studiums wurde er 1870 Notar des Landvogteigerichts und 1881 Gehilfe des Obersekretärs des Rates, dann aber 1886 Ratsherr. Als der Rat 1889 auch als Justizbehörde aufgehoben wurde, liess sich Baum als Rechtsanwalt nieder. Seit 1886 war er zugleich Direktor des Rig. Hypothekenvereins und lange Jahre auch Stadtverordneter. In der L. P. B. V. hat Baum sich besonders für die Hebung des Dienstbotenstandes interessiert, aber auch andere Anregungen gegeben (z. B. für eine Dampfwaschanstalt). Während seines Sekretariats verfasste er zur Zeit des Jubiläums (1877) eine »Kurze Chronik«, die sehr dankenswert war. Im Jahre 1903 wurde er in Anerkennung der »fortgesetzten erfolgreichen Beteiligung an mannigfachen Arbeiten der B. V.« zum Ehrenmitgliede ernannt. Dankbar muss auch der reichen geistigen Anregungen gedacht werden, die von seinem Hause ausgegangen sind und die der deutschen Gesellschaft Rigas zugutgekommen sind. In hohem Alter ist er als letzter der in Riga lebenden Ratsherrn am 24. Nov. 1925 verschieden.

Ein Menschenfreund im edelsten Sinne des Wortes war Konsulent Heinrich Kuchczynski (geb. 18. Juni 1853, gest. 4. Dezember 1925)[2]), der sein ganzes Leben dem Wohle der Mitbürger in seiner Vaterstadt geweiht und dabei stets gerade der Ärmsten gedacht hat, indem er für den Verein gegen den Bettel wirkte und innerhalb der B. V. dem Nachtasyl für Obdachslose, der Dienstbotenstiftung etc. sein Interesse zuwandte. Er hat nicht nur durch die materielle Hilfe, die er infolge der reichen Mittel, die ihm lange Jahre zu Gebote

[1]) Alb. frat. Rig. Nr. 590. Rig. Rundschau 1925, Nr. 267. Neues Rig. Tageblatt 1925, Nr. 192.

[2]) Alb. frat. Rig. Nr. 712. Rig. Rundschau 1925, Nr. 274 u. 275.

standen, gewähren konnte, sich reichen Dank erworben, sondern auch durch die umsichtige und liebevolle Art, wie er half. Im Jahre 1906 wurde Kuchczynski bei Gelegenheit des 25-jährigen Jubiläums des Nachtasyls zum Ehrenmitgliede der B.V. erwählt.– Ebenso wie Kuchczynski, so hat auch Stadtrat Friedrich Fossard (geb. 3. Juli 1848, gest. 3. Oktober 1915)[1]) sowohl im Verein gegen den Bettel als auch in der B. V. segensreich gearbeitet, die Menschen durch sein freundliches, liebenswürdiges Wesen wie durch seine stete Hilfsbereitschaft für sich gewinnend. Als er 25 Jahre dem engeren Kreise angehört hatte, wurde er zum Ehrenmitgliede ernannt. Dieselbe Ehrung wurde im Jahre 1921, wie bereits erwähnt (s. oben S. 261), dem Geschäftsführer der Lettländischen Arbeiter-Unfallversicherungsgenossenschaft Johannes Gottfriedt (geb. 11. Mai 1864, gest. 13. September 1927)[2]) zuteil. Er hat nicht nur als Kassadirektor, sondern auch sonst viele Jahre hindurch der B. V. mit Rat und Tat geholfen. — Von den vielen, in den einzelnen Kuratorien arbeitenden Männern sind manche schon früher erwähnt, sie alle zu nennen, verbietet der Raum. Wenn man die Jahresberichte durchsieht, so ist man immer wieder erstaunt, wie gross die stille, verborgene Arbeit war, die hier von vielen treuen Bürgern Rigas im Laufe der Jahre geleistet worden ist. Ehre dem Andenken aller derer, die in 125 Jahren der B. V. und damit der Vaterstadt gedient haben.

---

[1]) Alb. frat. Rig. Nr. 636.

[2]) Alb. frat. Rig. Nr. 906. Rig. Rundschau 1927, Nr. 206 u. 208.

Verzeichnis der Ehrenmitglieder[1]).

Dr. phil. Joh. Chr. Brotze . . 1810
Prof. Dr. med. David H. Grindel 1812
Dr. med. Otto v. Huhn . . . 1812
Prof. Dr. Friedrich Parrot in Dorpat 1812
O.-P. Dr. Liborius v. Bergmann 1817
Staatsrat G. Fr. v. Fölkersahm 1818
Subrektor Albrecht Germann . 1818
Domherr Dr. Fr. Joh. Lorenz Meyer in Hamburg 1818
Professor Fischer in Moskau . 1822
Pastor K. Fr. Watson in Kurland 1822
Dr. Erdmann G. v. Broecker in Dorpat 1823
Ältermann Georg K. Wiggert . 1824
Landrat Karl Otto v. Transehe . 1825
Landrat Otto Magnus v. Richter 1825
Metropolit St. Siestrzencewicz von Bohrasz 1825
Rat Benjamin Gottl. Praetorius 1827
Generalmajor v. Rokassowsky 1832
B.-M. Karl Chr. Gotth. Meintzen 1834
Superint. Dr. J. Aug. Leberecht Albanus 1837
Gen.-Maj. v. Freymann in Kiew 1837
Dr. Overbeck in Lübeck . . . 1839
Paul H. Fuss in Petersburg . . 1841
Hofrat August Rudolf Köhler in Petersburg 1841
Kunstgärtner Joh. H. Zigra. . 1844
Senator Dr. Hach in Lübeck . 1852
Konsistorialrat Jakob Georg Fr. Beise 1852
Dr. med. B. Fr. Baerens . . . 1852
Ratsherr Heinrich Karl Johann v. Boetticher 1852
Christian Heinrich v. Stahl . . 1852
Mechaniker J. H. Steuwer . . 1852
Superint. Dr. Peter A. Poelchau 1853
O.-P. Martin Daniel Taube . . 1856
Bischof Dr. K. Chr. Ulmann . 1856
Lehrer Johann Fromm . . . 1858
Archivar Peter Daniel Reyher 1862
Gymnasiallehrer Karl Herweg 1866
Kanzleidirektor G. v. Schilinzky 1868
Buchhalter Jakob Lickberg . 1868
Advokat Wilhelm Petersen . 1870
Dr. phil. August Buchholtz . . 1870
Apotheker E. L. Seezen . . . 1872
Landgerichtssekretär Philipp Gerstfeldt 1873
Waisenvater Ed. Fr. Komprecht 1873
Redakteur Napoleon Asmuss . 1877
Dr. phil. Karl Fr. Bornhaupt . 1878
Nikolai v. Dobbert 1883
Tischlermeister Aug. Steinbach 1883
Dim. wortf. B.-M. Ed. Hollander 1890
Stadtrat Karl Bergengrün . . 1891
O.-P. Johann v. Holst 1894
Kunstgärtner H. Gögginger. . 1895
Dr. med. Valentin v. Holst . . 1895
Dim. Stadtrat Alfred Hillner . 1898
Konsulent Konrad Bornhaupt . 1899
Stadthaupt George Armitstead 1902
Dim. Stadthaupt L. Kerkovius. 1902
Gen.-Sup. Gustav Oehrn . . . 1902
O.-P. Theophil Gaehtgens . . 1902
O.-P. Emil Kählbrandt . . . 1902
Ältermann d. gr. Gilde H. Stieda 1902
Ältermann der Johannisgilde Fr. Brunstermann 1902
Ältester N. W. Kymmel sen. . 1902
Rechtsanwalt Robert Baum . 1903
Ältester Theodor Busch . . . 1906
Stadtrat Fr. Fossard 1906
Konsulent H. Kuchczynski . . 1906
Mathias Doss 1921
Johannes Gottfriedt 1921

[1]) Von Amts wegen waren Ehrenmitglieder der B. V. der Generalgouverneur, der Gouverneur, der wortführende Bürgermeister und der Polizeimeister. Hier sind nur die gewählten Ehrenmitglieder genannt.

Die Mitglieder des Direktoriums 1802—1927.

1. Direktoren:

O.-P. Dr. L. v. Bergmann 1802-04, 1806-08
Joh. Georg A. v. Brückner . 1804-06
Gen.-sup. Dr. Karl Gottlob Sonntag. 1808-10, 1813-15
Pastor Paul Tiedemann. . . 1810-12
Dr. Joh. Aug. Leb. Albanus . 1812-13
Oberlehrer W. C. Fr. Keussler. 1815-16
O.-P. Karl Ludwig Grave . . 1816-19
B.-M. Joh. Joachim Rolssen . 1819-21
O.-P. Mathias Thiel . 1821-25, 1827-28
Dr. med. W. J. E. v. Zoeckell. 1825-27
Oberdirektionsrat Gustav v. Rennenkampff 1828-31
Pastor Peter David Wendt . 1831-41
O.-P. Mart. D. Taube . 1841-43, 1851-56
O.-P. Chr. Aug. Berkholz . . 1843-44
O.-P. Hermann Trey. . . . 1844-46
Dr. Karl Chr. Ulmann . . . 1846-51
Rat Ludwig Walter 1856-64
Ratsherr Eduard Hollander . 1864-66
Sekretär Philipp Gerstfeldt . 1866-73
Stadtrat Alfred Hillner . . . 1873-99
Otto v. Irmer. 1899-1903
Heinrich Frobeen. 1903-10
Mathias Doss 1911-20
Dr. jur. Karl v. Schilling . . 1920-23
Chef des deutschen Bildungswesens D. Karl Keller . . 1923-

2. Stellvertreter des Direktors:

Konsulent K. Bornhaupt . 1878-1913
D. Karl Keller 1913-20
Mathias Doss. 1920-21
Rechtsanwalt Erich Pabst. . 1921-

3. Sekretäre:

Pastor Mathias Thiel. . . . 1803-13
Pastor Paul Tiedemann. . . 1813-15
Sekr. Erdmann G. v. Broecker. 1815-19
Pastor D. G. v. Bergmann. . 1819-25
Pastor Jakob Georg Fr. Beise. 1825-27
Harald v. Brackel. 1828-30
Sekretär Chr. H. v. Stahl . . 1830-35
Pastor Martin Daniel Taube . 1835-38
Apotheker Ernst L. Seezen . 1838-41
Sekretär Arend Berkholz. . 1841-44
Konsulent Robert Büngner . 1844-45
Notar Heinrich Jul. Böthführ. 1845-46
Advokat Wilh. Ph. Petersen . 1845-51
Notar August v. Bulmerincq 1851-53
Sekretär Alex. Blumenbach 1853-56
Notar. publ. Karl Julius Stamm 1856-57
Kameralhofsbeamt. Fr. Ziegler 1857-58
Cand. Alexander Broecker . 1858-61
Notar Philipp Gerstfeldt . . 1861-65
Advokat Karl Hedenstroem . 1865-68
Cand. theol. Alfred Hillner . 1868-72
Sekretär Robert Baum , . . 1872-78
Notar Otto A. Müller . . . 1878-81
Redakteur Val. Wittschewsky 1881-89
Cand. oec. pol. Otto v. Irmer 1889-99
Sekretär Arend v. Berkholz 1900-12
Mag. theol. Emil Sokolowsky 1912-20
Burchard v. Schrenck . 1920-August
Rechtsanw. G. v. Bulmerincq 1920 August —

4. Kassadirektoren:

Ältester Immanuel Fr. Groot 1803-05
Ratsherr Joh. M. v. Knieriem 1806-13
Oberlehrer Wilhelm Chr. Fr. Keussler 1813-15
Apotheker Benjamin Gottlieb Praetorius 1815-23
Ältester d. Schwarz. Häupter G. Witte 1823-28
Kaufm. Andr. Christ. Lembke 1828-32
Ältester Karl Hahr 1832
Konsul Nikolaus Fr. Fenger . 1832-34
Kaufmann J. G. Jancke . . 1834-38
Steuerbeamter F. Merkel . . 1838-42
Kaufmann G. D. Hernmarck 1842-48
Kaufmann W. Stolterfoht . . 1848-52
Kaufm. Theodor Hartmann . 1852-56
Ältester Konst. Kuchczynski 1856-58
Kaufmann Eduard Martenson 1858-60
Kaufmann Karl Bergengrün . 1860-64
Hofrat Alexander Galmeister 1864-70
Ältester Eugen Burchard . 1870-1906
Mathias Doss 1906-11
Johannes Gottfriedt. . . . 1911-21
Kaufm. August Mentzendorff 1921-24
Dr. Paul Böhm . . . . . 1924—

5. Bibliothekare und Archivare:

Literat R. Schilling 1844-64
Not. publ. K. Stamm 1865-67
Cand. theol. Alfred Hillner . 1868
Buchhändler J. Bacmeister . 1869-70
Buchhändler H. Brutzer . . 1871-76
Sekretär Anton Buchholtz . 1877-1901
Konsulent K. Bornhaupt als stellv. Direktor 1901-13
Rechtsanwalt M. Intelmann . 1922—

Die Mitglieder des engeren Kreises 1802—1927.

Joh. Heinrich Dyrsen 1803-04
P. Baron Campenhausen . . 1803-07
D. H. Grindel 1803-04
Joh. Karl Wichmann 1803-06
Karl Benjamin Sommer . . . 1804-06
Schreiber 1806
Paul Tiedemann 1806-13
Edler Joachim v. Ramm . . 1806-08
Fr. Karl Heinrich Hesse . . . 1806-12
Benjamin Gottlieb Praetorius 1804-06, 1807-27
Wilh. Chr. Fr. Keussler . . . 1808-23
Karl Ludwig Grave 1810-13, 15-19, 23-28, 30-32
Joh. Melchior v. Knieriem . . 1813-15
E. A. J.v. Truhart 1813-15
Dr. Erdmann G. v. Broecker . 1813-15
Joh. Heinrich Klockow . . . 1813-15
Karl v. Wilpert 1815-16
Friedrich Timm 1815-17
Joh. Ludwig Voigt 1815-24
Joh. Heinrich Niemann . . . 1815-23
Gustav Friedrich Schlichting 1815-19
Mathias Tiel 1816-28, 32-33
Martin David Bambam . . . 1817-28
J. G. Friedrich Beise . 1819-25. 30-32
Christ.GeorgErtzdorff-Kupffer 1821-27
Wilhelm v. Zoeckell 1823-25
O. v. Freymann 1825-32
David Wendt 1827-44, 46-47
Gustav v. Rennenkampff . . 1827-28
J. M. Hausmann 1827-29
D. G. Bergmann 1828-32
Baron K. W. v. Budberg . . 1828-29
August Barclay de Tolly . 1828-30, 32
J. H. Linde 1828-30
Joh. Daniel Gottfriedt 1828-31
Ludwig Dyrsen 1828-30
Joh. Ed. de Witte 1829-33
Nikolaus Friedrich Fenger . 1829-32
Philipp Gotthard Friedrichs . 1830-31
Karl Hahr 1831-32
Joh. Hermann Zigra 1832-40
Joh.Peter Gottfr. Ulmann 1832-35, 41-47
Ernst Ludolf Seezen . . . 1832-38, 49
Benjamin August Gimmerthal 1832-34
Gotthard Samuel Schidun . . 1832-37
Martin Daniel Taube . 1833-35, 38-56
F. Merkel 1833-38, 42-48
Julius v. Ertzdorff-Kupffer . . 1834-35
Peter August Poelchau . . . 1835-44
Hermann Trey 1835-42
Nikolai Neese 1835-44
Kaufmann Hasselkus 1837-39
Gustav Deeters 1838-42
Gotthard Kreusch 1839-41
Bernhard Kleberg 1839-41, 42-43, 44-48
Ernst Merkel 1839-63
Karl Gustav Westberg . . . 1840-41
Aeltester Brauser 1840-43
Karl Heinr. Wilh. Frederking 1841-42
Johann Andreas Lemcke . . 1841-43
E. Nikolai 1842-45. 46-51
Joh. Daniel v. Braunschweig 1843-44
Robert Büngner 1843-46
Leonhard Schlau 1844-45
Christian Aug. Berkholz . . 1844-45
Arend Berkholz 1844-46, 47-50
Christian Reinh.Wilh. Strauss 1845-46
Karl Christian Ulmann . . . 1845-56
Ferdinand Müller 1846-48
Karl Ed. Lösewitz 1846-52
Friedrich Wilh. Brenck . . . 1847-50
Gust. Daniel Hernmarck 1848,49, 50-51
Theodor Hellmann 1848-50
Friedr. Karl Heinrich Schaar 1848-54
Karl Nöltingk 1850-52
Ferdinand Tiling . . . 1850-55, 62-64
Christian Heinrich v. Stahl . 1850-52
Wilhelm Philipp Petersen . . 1851-70

Eduard Hollander . . . 1851-53, 55-68
Wilhelm Stolterfoht 1852-58
Ernst v. Truhart 1852-54
Ludwig Walter 1852-56
Friedrich Buhse 1853-55
Karl Herweg 1854-77
Jahn 1854-57
Otto Müller 1855-61
Karl Andreas v. Kroeger . . 1856-57
Wilhelm Hillner 1856-68
Alexander Faltin 1857-64
Alexander Blumenbach . . . 1857-58
Guido Girgensohn 1858-61
August Steinbach 1858-66
August Deubner 1861-64
Nikolai Dobbert 1862-80
Karl Waldhauer 1863-67
Ludwig Walter 1864-77
Karl Bergengrün . . . 1864-65, 66-68
Edg. v. Götschel 1864-74
August Berkholz 1864-65
Arnold Fr. Christiani . . . 1865-80
Philipp Gerstfeldt 1865-66
Heinrich Goegginger . . . 1867-90
Jakob Gareise 1868-94
Karl Hedenstroem 1868-69
Gustav Keuchel 1868-78
Robert Wilm 1869-74
Valentin v. Holst 1870-1904
Ernst Brutzer 1874-85
Konrad Bornhaupt 1874-1913
Ferdinand Berg 1877-87
Johannes Lütkens 1877-94
Robert Baum 1878-1906
Theodor Busch 1880-1906
Friedrich Fossard 1880-1909
Gustav Poelchau 1885-91
Eduard Hollander jun. . . 1887-89
Oskar Mertens 1889-93
Konstantin Hausmann . . 1890-1906
Th. Loeber 1891-96
C. J. Bergmann 1893-1902
Pastor R. Zinck 1894-1906
Woldemar Lange 1896-1901
Robert Büngner jun. . . . 1896-1906
Heinrich Frobeen 1901-1903
Alexander Redlich 1901-1907
Chr. Steinert 1902-1909
Otto v. Irmer 1903-1907
Reinh. v. Sengbusch . . . 1904-10
Karl Keller 1906-20
A. Hirsch 1906-1909
August Eckhardt 1906-19
Karl Löser 1906-20
Emil Sokolowsky 1907-
Max Ruhtenberg 1907-
C. Jauch 1909-18
Heinrich v. Hedenstroem . 1909-20
Hermann Meyer 1909-11
Robert Brunnert 1911-20
Arthur Frey 1911-20
Arend v. Berkholz 1912-19
Joh. Heinrich Beyermann . 1918-20
Ältester W. Reimers . . . 1920-
Oswald Erdmann 1920-22
Friedrich v. Samson . . . 1920-21
Alexander Burchard . . . 1920-23
Oskar Poelchau . . . . . 1920.
O. Stender 1920-23, 26-
August v. Hedenstroem . . 1920-
Margarete Mündel 1920-22
Oskar Masing 1920-21
Wilhelm Deubner 1920-
H. Gaabe 1920-26
Arved Torp 1920-
Christ. Böhm 1920-21
Erich Pabst 1920-21
Franz Bruttan 1920-25
Alexander Musso 1921-
Mathias Doss 1921-
Joh. Gottfriedt 1921-27
Hans Werner 1921-23
Theodor Boettcher 1922-26
Chr. Steinert 1922-
Max Intelmann 1922-
Dr. jur. Karl v. Schilling . 1923-
Hermann Poelchau 1923-
Edgar Friesendorff 1925-
Albert Germann 1926-

Personenregister[1]).

Aereboe, Hans Justus 117, 189—192
Albanus, Joh. August Leberecht 6, 9, 13, 22-24, 47, 64
Albanus, Agnes Karoline 23
Armitstead, James 124
Armitstead, George 228—229, 235
Arndt, Joh. Gottfriedt 6
Asmuss, Napoleon 166, 173, 185, 221, 260
Baerens, Bernhard Friedrich 72, 76, 94, 103, 112, 133, 166
Baerens, John 157, 159
Bagration, Fürst 122, 161
Balitzki, J. 41
Bambam, Martin David 58
Baum, Robert 77, 173, 203—204, 218, 273
Bause, Joh. Friedrich 11
Beggerow, Peter Benjamin 7
Behrends, Karl Konrad 247
Behtsch, Johann 252
Beise, Friedrich 57, 61, 78, 103
Bekleschew 13, 21
Benckendorff, Graf 75
Berent, Joh. Th. 84
—, Theodor 203, 216, 260
Berg, Ferdinand 233
Bergengrün, Karl Jakob 78
—, Karl 132, 147, 184, 202
—, Alexander 149
Bergmann v., Liborius 4, 5, 6, 8—15, 37, 50, 107
Bergmann v., Pauline 12
—, Balthasar 10
—, Anna Elisabeth 10
—, Daniel Gustav 49,50, 57, 62, 64, 65
Berkholz, Christian August 9, 17, 38, 92, 94, 102, 106, 110, 136, 157, 162—63
Berkholz, Arend 80, 111, 143—44
—, Georg 260
—, Arend jun. 227, 248
Bertels, A. 218—19
Bochmann v., Eugen 198, 218
Bocké, Gustav 261
Bockslaff, Wilhelm 211. 257
Böhm, Paul 270
Böthführ, Heinrich Julius 71, 111, 136, 174
Boetticher v., Heinrich Karl Joh. 103
Boormann, 213
Bornhaupt, Karl 89, 181
—, Konrad 203, 232, 253
Bosse, Ernst 48, 89
Brackel v., Harald 75, 76, 101, 111
Braunschweig, Joh. Daniel 91
Brauser, Johann 140
—, Emma 124, 140—41
Breitkopf, Familie 11
Brenck, Fr. Wilhelm 71, 113
Broecker v., Erdmann Gustav 37, 40, 44, 47, 48, 55, 62, 78, 98, 103, 177
Brotze, Joh. Chr. 10, 11, 26, 33, 49
Brückner v., Joh. Georg Andreas 56
Brunstermann, Friedrich 228
Brutzer, Ernst 136, 199
Buchholtz, August 20, 76, 181
—, Alexander 186, 220, 260
—, Anton 234
—, Arend 260
Budberg, Woldemar Baron 12
—, Baron 187, 211
Büngner, Robert 71, 96, 111
Büttner, Georg Heinrich 89
Bulmerincq v., August 61, 71, 103, 113, 133, 143, 151, 161, 165, 174
Bulmerincq v., Wilhelm 235
—, Georg 270
Bunge v., Friedrich Georg 20
Burchard, Eugen 147, 149, 199, 200, 227
—, Julius 203, 253
Busch, Nikolaus 2, 59, 61, 62, 96, 116, 182, 187, 218, 227
—, Theodor 227, 261
Busse v., N. 192
Campenhausen v., Pierce 6, 8, 25, 32, 49
Cancrin, Graf 85
Carlberg, Nicolai 216
Christiani, Arnold Friedr. 119, 132, 184

[1]) Die Mitglieder des engeren Kreises sind nicht berücksichtigt worden.

Collins, Georg 4, 8, 9, 16, 28, 47
Craffstroem 94
Cramer v., N. 209
Croon, G. 251
Cruse, Viktor Eduard 123
Cube v., J. 133
Czudnochowski v., Wilhelmine 257
Dännemark, Alexander 80
Dahlfeld, Julius 260
Dankwart, Johann 17
Deeters, M. G. 75
Dernen, H. 214.
Dobbert, Nikolai 196
Döbner, Chr. August 84
Dohne, Friedrich 237—38
Dorndorff v., Bogdan 91
Doss, Mathias 261, 263, 265, 270
Dyrsen, Joh. Heinrich 6, 8
—, Ludwig 112.
Ebel, Joachim 73
Eckers, Gustav 163
Eckhardt, August 216, 250
Ede, Oskar 243
Ertzdorff-Kupffer v., Chr. Georg 36, 58
—, Julius 52
Etter, Theophil 196
Faltin, Alexander 144, 151, 161, 180, 203
Feldmann, 121
Felsko, Karl 244
Fenger, Nik. F. 49, 63, 65, 113.
Fittschen, Martin 93, 112, 142, 151—52
Freiberg, Luise 271
Freymann v. 84
Fritsche, H. 68, 142, 201
Frobeen, J. G. 50, 68
—, Heinrich 227, 237, 242, 272
Fromm, Joh. Heinrich 62, 112
Frühauf, Julius 120, 162
Gaehtgens, Theodor 228
Galmeister 128
Gerstfeldt, Philipp 120, 127, 129, 149, 171—72, 174, 179
Gimmerthal, Benjamin August 62
Girgensohn, Guido 162, 184
Glasenapp, C. F. 93
Goegginger, Heinrich 140, 215
Goertz, Leo 246
Goetschel, Karl August 58
—, Edgar 145—46, 185
Golowin, Gen.-Gouv. 59, 177
Gottfriedt, Moritz 119, 233
—, Johannes 261, 263, 265, 274
Grass, Theodor 68
—, Adolf 149
Grave, Karl Ludwig 40, 57, 177
Grimm, Andreas Christoph 80
—, Joh. Wilhelm 197
—, Karl Eduard 247
Grindel, David Hieronymus 7, 8, 26, 27, 51
Groot, Imanuel Friedrich 7, 8, 28
Gross, Robert 159
Grünfeld, Franziska 243
Grube, A. G. 199
Haacke, Friedrich 247
Haberland, Christoph 7.
Hach, Senator in Lübeck 101, 103
—, Friedrich 212, 256
Häcker, Wilhelm 253, 261
Hafferberg, Ed. 67
Haffner, Eduard 126
Hagedorn, 147
Hagen v., Julius 159, 254
Hahn, Baron 82
Hartmann, Frl. 120
Hellmann, Heinrich 193
Henning, 152
Herder, Joh. Gottfried 10, 16
Hernmarck, Daniel Gustav 80, 89, 111, 115, 144, 155, 180
Herweg, Karl 112, 117, 119, 121—22, 128—29, 158, 182—83
Heyl, Wilhelm Ewald 80
Hilbig, Gustav 145
Hiller, C. 89
Hillner, Wilhelm 119, 137. 152, 184, 230
—, Alfred 124, 126, 133—35, 137, 140, 144—45, 160—62, 165—66, 172—73, 179—80, 182, 188—91, 193, 198, 201, 216—17, 219, 221—24, 230, 260
Höflinger 213
Hoff, Alexander 227, 252
Hoffmann, Otto 254
Hollander, Joh. Samuel 10
—, August 159
—, Eduard 118, 120, 127—28, 132—33, 137, 143—44, 148, 151—55, 157, 161—63, 166, 170, 172, 176—78, 217

Hollander, Eduard jun. 124
Holst v., Johannes 234
—, Valentin 215—16, 234
Homo, Eugen 123
Huhn v., Otto 7, 27
—, Frau 66
Jacobi, Karl August 48, 64
Jacobs v., Percy 210
Iken, D. A. 163
Inselberg, Eduard 195—96, 239, 241
—, Wilhelmine 240
Irmer v., Otto 224, 227—28, 232
Jung-Stilling v., Elise 125
—, Friedrich 137, 155—56, 161
Kählbrandt, Johannes 212
—, Emil 228
Kapustin, Michael 188
Kasing, Georg Rudolf 89
Katterfeld, Ludwig 219
Kehrhahn, Olga 257
Keilmann, Alexander 257—58
Keller, Karl 246, 265—66, 270
Kergalw, Chr. 211
Kerkovius, Th. 149
—, Ludwig 228
Kersting, Richard 93, 120, 141—42, 163, 182
Keuchel, Gustav 121—22, 126, 183
Keussler, Wilh. Christ. Fr. 35, 51, 56, 62
Kieseritzky, Wilhelm 155
Kleberg, B. 71, 98
Klockow, Joh. Heinrich 58
Koch, J. C. 144
Komprecht, Eduard Friedrich 118, 127, 181
Koslow, Alexander 136
Krannhals, Alexander 120, 124, 182
Kreusch 70
Kuchczynski, Heinr. 199, 251—53, 273
Kügelgen, C. u. G. 89
Kuphaldt, Georg 257
Kupffer, Herta 240
Kymmel, Nikolai 159, 228
Latrobe, 89
Lickberg, Jakob L. 62, 112, 174
Lieven v., Percy 246
Linde, Joh. Hermann 81
Lischewitz v., Georg 89
Loeber, Theodor 234
Lösewitz, G. 131
Lütkens, Johannes 217, 234
Mantel, R. H. 213
Mantz 189—91
Maydell v., L. 89
Meinhardt, Chr. Fr. 151
Mentzendorff, August 270
Merkel, Garlieb 20
—, F. 64, 74, 75, 80, 113
—, Ernst 68, 71, 80, 102, 112, 128, 166
Meyer, Johann 197, 246
—, Domherrin Hamburg 53
Miaskowsky, August 169
Michelson, Michael Alex. 89
Miln, Ernst 96, 97
Möller, A., 92, 96
Molien, Gustav 174
Morus, Domherr in Leipzig 16
Müller, Andreas Christoph 7
—, Ferdinand 62, 67
—, Otto 115, 136, 142, 155, 168, 180, 231
—, Otto jun. 217
Mündel, Joh. Wilhelm 203
Napiersky, Karl Eduard 24, 94, 163, 166, 177
Nauck, Ernst 127, 157
Neese, Nikolai 63, 71, 85, 113
Neuendahl v., Rud. Joh. Heinr. 6
Neumann, Wilhelm 220
Neuburger, C. 220
Niemann, Joh. Heinrich 35, 39
Nikolai, E. 76, 80
Oehrn, Gustav 137, 228
Oeser, Adam Friedrich 11
Oettingen v., August 138, 222
Orenius v., J. 208
Overbeck, C. G. 101
Pabst, Erich 270
Pahlen, Baron Karl Magnus v. d. 90, 126
Parfenowa, Amalie 271
Paul, Katharina 63
Paulucci, Philipp Marquis 20, 36, 40, 44, 53, 58, 99, 186
Peltz, Christoph 240
Petersen, Wilhelm Philipp 73, 111, 159
Pezold, Leopold 124
Pfab, Ehlert Nik. 71
Pfeiffer, Karoline 241—43
Pilzer, Friedrich 203

Pirang, Heinz 248
Platz, Friedrich 118, 121
—, Katharine 121
Plitt. J. Konrad 75
Poelchau, Peter August 63, 112, 166
—, Oskar 118, 124
—, Gustav 192, 233
—, Arthur 260
Pohpel 190—91
Pokrowsky, P. 187—88
Poorten, Woldemar 89
Praetorius, Benjamin Gottlieb 7, 26, 51
Prozell, Anna 250
Pychlau, Reinhold 136, 174
Radecki v.. Ottokar 199
Rahlenbeck, Hermann 213
Ramm, Joachim Edler v. 7, 35
Ramseyer, A. 219
Rascha, Wilhelmine 240
Rechenberg v. 83
Recke, Wilhelm Baron v. d. 140
Redelien v., Frau 125
Reinberg, August 245, 247
Rennenkamff v., Gustav 37, 47, 66, 69 78, 88, 95, 102—03
—, Frau 66
—, Koll.-Ass. 70
Renner, Elfriede 240
Riemer, Leopold 251
Rikmann, Theodor H. 89
Rink, 48
Robiani, 159
Roepenack v., Nicolai 91, 161
Rolssen, Joh. Joachim 47, 57, 79
Rosenberg, Gustav Wilh. 89
Rosenmüller, Sup. in Leipzig 15
Rücker, Daniel Heinrich 129
Ruhtenberg, Max 246
Saburow, A. 122
Salzmann 147
Sandt, 7
Sawitzky, W. 260
Schaar, Friedr. Karl Heinrich 68, 71, 127—128
Schabert, Oskar 4, 137, 262, 267—268
Schäfer, Pastor 219
Schidun, Gotthard Samuel 58
Schilling, R. Th. 71, 96, 161, 165, 221
—, Karl 265, 270
Schirren, Karl 163, 270
Schlichting, Ernst H. 89
Schmidt, Joh. Eduard 197
Schoenfliess, Martin 124
—, Frau 124
Schröder, Sophie 244
Schuderoff, Ernst August 7
Schulz, Theodor Gottfried 7
Schulze-Delitzsch, Hermann 148, 151, 162—163
Schuwalow, Peter Graf 154, 162
Schwanenberg v., 122
Schwartz, J. G. 7
—, Joh. Chr. Dr. med. 123—24
—, Joh. Chr. Ratsherr 193
—, Joh. Chr. Not. publ. 212
—, Marie 257
—, Klara 257
—, Auguste und Marie 271
Schwedberg, Peter 8
Schweder, Gotthard 124, 187
Schweinfurth, Alexander 196
Seezen, Ernst Ludolf 93, 113
Sellmer, Olga 209
Senff, Karl Ed. 89
Sengbusch, A. G. 127
Senss, Daniel Heinrich 64
Sinowjew, Michael 186, 189—192, 222
Sivers v., Jegor 169
Sommer, Karl Benjamin 7, 27
Sonntag, Karl Gottlob 4, 6, 9, 14, 15—22, 24, 32, 33, 37, 39, 50, 54—56, 58, 62, 81, 94, 164, 228, 258—259, 261
Sonntag, Gertrud Hedwig 16
Spohr, Friedrich Wilh. 48, 89
—, Familie 266—267
Sprost, Wilhelm Theodor 138, 145, 167, 202
Sprost, Auguste 139
—, Emma 139, 248
Stahl v., Christian 40. 47, 67, 70, 78, 98, 103, 112
Stahl v., Frl. 125
Starck Adolf 144
—, Richard 254, 262
Stegemann, Magnus Fr. 89
Steinbach, August 149, 151—152, 185
Steinert, Alex. 248, 251
Stelling, Jens Diederich 7

Stephany, Selma 257
Steuwer, J. H. 71, 84—87, 103, 113
Stieda, Alexander 217
—, Hermann 228
Stock, Joh. Mich. 11
Stoffregen, Konrad 7
Stolterfoht, W. 98
Strahsen, Friedrich Christian 36, 58
Strauss, Heinrich 8
Stresow, Johann Georg 73
Stünzi, J. B. 118, 196
Suworow, Alex. Fürst 59, 63, 75, 76. 94, 102—103, 114, 116—17, 142, 186, 222
Taube, Martin Daniel 63, 71, 75—77, 88—90, 97, 101—102, 105, 130, 152, 161, 172, 176
Taube, Wilh. Jakob 152, 154
—, Theodor 250
Thiel, Mathias 7, 8, 25, 26, 39, 40, 52, 54, 62, 63, 67
Thoms, George 201
Tiedemann, Paul 7, 25
Tillner, 82
Timm, Wilhelm 89
—, Emilie 247
Tischbein, August 218
Trey, Joh. Hermann 13, 64 102. 107
—, Irma 243
Trousson, J. B. 46
Ulmann, Joh. Peter Gottfried 36, 44, 75, 113
Ulmann, Karl Christian 64, 75, 76, 102, 108—10, 115, 119, 130—31, 151, 161—63
Uwarow, Graf 59, 93, 100
Vajen, Ferdinand 167
Vegesack v., Hella 244
Voigt, Ludwig 58
Waldhauer, Karl 121—23, 184
Walentinowitsch, Ida 121
Walter, Ferdinand 115
—, Ludwig 120, 128, 138, 155, 159, 166, 172, 176
Wasem, D. 68
Weinert, Ed. 238
Weir, W. 254
Wendt, Peter David 43, 61, 63, 65, 66, 70, 72, 73, 83, 86, 88, 92—95. 102, 104, 260
Werbatus, Magnus 124, 132, 217
Westberg, C. G. 89
Weyrich, Th. 127
Wichmann, Joh. Karl 7, 8, 58
Wilpert v., Karl 36
Witowtow, Kammerherr 5
Witte, Gust. Dietrich 40. 78
Wittenheim v. 70
Wittram, Friedrich 92
Wittschewsky, Valentin 69, 186, 234
Zawadowsky, Graf 7, 8, 99
Ziegler, Fr. 153
Zigra, Joh. Herm. 7, 28, 44, 51, 86, 102
Zinck, Rudolf 253
Zoeckell v., Wilh. 35, 40, 46, 47, 57, 78, 79

Sachregister.

Albertina, Schwesternschaft 257, 263
Alexandershöhe 28, 66
Ammenwesen 215
Apotheke jenseits der Düna 47
Arbeiterwohnungen s. Baugesellsch.
Arbeitshaus s. Zwangsarbeitshaus.
Arbeitsschule, -stube 65
Archiv 95, 165, 221
Armendirektorium 5, 8, 15, 26, 37, 47, 69, 70, 72, 79, 82, 126, 129, 134—37, 144—45, 180, 231
Armenkolonien 67, 102
Armenpflege 5, 37, 66, 126, 133
— Zentralisierung der — 72, 133, 267
Armentaxe, -steuer 72
Assoziationen 148, 151—52
Ausstellungen s. Gewerbe-, Kunst-
Badeanstalten 46, 84
Baugesellschaft, gemeinnütziges Bauunternehmen, 142—46, 155, 181, 185, 206, 253, 263, 269
Beethoven-Fonds 261
Beheizung der Stadtkirchen 157
Behrends-Stiftung 247
Bestätigung der B. V. 8, 77, 99, 117, 167, s. Statuten
Bibliothek der B. V. 49, 60, 93, 94, 97, 104, 164
Blindenfürsorge s. Schulen, Vereine
Börsenkomitée 126, 155—56
Briefkasten in Riga 157
Brückengeländer der Flossbrücke 45
Brunnen 44, 84, 157, 159
Diakonie, Stadt- 250
Diakonissenanstalt 215, 250
Dienstbotenfürsorge, -stiftungen etc. 34, 41, 47, 77—81, 137—39, 167, 202—6, 226, 252—53, 263, 269
Dommuseum 220, 222, 269
Druckwerke der B. V. 31, 32, 84, 91, 131 134, 162, 166, 170, 173 s. Stadtblätter
Dünaregulierung 34, 46
Eichenheim, Ankauf v. — 117
Elternverband, Deutscher 266—67
Ferienkolonien 198, 261
Feuerlöschwesen 44, 85, 157, 164
Finanzverhältnisse 52, 97, 166, 225, 262, 270
Findelhaus 119—20
Fortbildungsunterricht, weibl. 124—25
Frauenbund, Deutscher — 218, 246, 266
Frauenverein in Riga 48, 66
Frauenheim 248, 263, 269
Freimaurerlogen 3, 11, 14
Fürsorgezentrale, Deutsche — 267
Geschichte der B. V. 103, 166, 173, 227
Geschäftsführer, besoldeter 262
Gesellschaften:
— patriotische — in Hamburg 2, 5, 6, 53
— gemeinnützige — in Lübeck 3, 40, 43, 53, 100, 155, 169, 222
— gemeinnützige — in Basel 169
— Euphonie 4, 26, 218
— lettisch-literarische — 51, 96
— für Geschichte u. Altertumskunde 51, 60, 96, 164—65, 220, 267
— pharmazeutische — 26, 47, 51, 60
— praktischer Ärzte 51, 60, 165, 220 s. Vereine
Gesindeamt, -ordnung 47, 78, 203—4
Gesundheitspflege 46, 84
Gewerbe, -stand 65, 92, 116, 150, 152
Gewerbeausstellung 87
Gewerbeschule s. Schulen
Gewerbeverein s. Vereine

Gilden:
Johannisgilde 52, 82, 118—19, 137, 150, 156, 174, 228
Mariengilde 78, 79, 86, 119, 137, 156, 174, 228
Grimm-Schenkung 197, 243
Gouvernantenheim 247, 263
Handfertigkeitskurse 197, 246
Herberge zur Heimat 216
Herbergswesen 152

Herderinstitut 267
Holz, Versorgung mit —, Holzhof 81, 142, 200, 257, 263
Industriemagazin 66
Jubiläen der B. V. 102, 172, 227—30
Jugendschrift, Baltische 197

Kinderbewahranstalten:
Schmidtsche — in Thorensberg 197, 244, 263, 266
— in Eichenheim 245, 263, 270
— des Deutschen Frauenbundes 266
Kindergarten, Fröbelscher 120
Kinderhospital 123
Kirchhöfe, Weg zu den — 37, 97, 158, 167, 215, 226, 257, 263
Krieger, Fürsorge f. deutsch-balt. 268
Kunstausstellung 48, 88, 90, 161, 181 s. Schulen, Vereine
Leichenhäuser 47, 85
Lesehalle 267
Lokal der B. V. 53, 96, 165, 169, 220, 269
Lombard, Leihhaus 73
Magdalenenasyl 131—133, 184, 201, 249, 263
Mässigkeitsvereine 83
Matthäistift 269
Mitglieder, Wahl der ersten — 6
Zahl der — 30, 34, 53, 102, 167, 171, 225, 261, 269
Beiträge der — 52, 97, 98, 116, 167, 269
Modelle, Sammlung von — 43, 53, 88, 97, 165
Museumslokal 165, 169, 220
Museum, Germanisches — in Nürnberg 164, 169
Nachtasyl für Obdachslose 198, 250, 263, 268
Neujahrsvisiten, Ablösung der — 47, 63, 98, 263, 270
Notstandskomitée, deutsch-evgl. 268
Partei, deutsch-demokratische 268
Parteien, Ausschuss d. deutsch-balt. 268
Pleskodahl, Anstalt 64
Polytechnikum, Rig. 126, 164
Rat, Rigascher 5, 35, 38, 41, 42, 49, 55, 67—69, 73, 74, 76, 78—82, 86, 100, 114, 118—19, 122, 127—29, 137—39, 147, 152, 156, 158—59, 166, 174, 178
Rentenversorgungsanstalt 74
Rettungsanstalt für Verungl. 34—36, 84
Rettungswesen bei Feuerschäden 44
Sandberge, Kultivierung der — 46, 130, 217
Schülerwerkstätte 246

Schulen:
Arbeitsschule 65
Bau- und Reisschule 65
Blindenschule 121—22, 184
Elementarschule in Katlekaln 126
Gewerbeschule 65, 118, 188, 238
Kunstschule 48
Lutherschule 34, 52, 57, 61, 97, 100, 104, 118, 167, 174, 185, 188, 236, 263
Mädchengewerbeschule 125, 196, 215
Nähschule 125
Pfeiffersche Schule 196, 241, 248, 263
Platzsche heilpädagogische Anstalt 121, 196
Schwimmschule 65
Steuermannsschule 65
Taubstummenschule 64, 97, 109, 118, 164, 167, 182, 187, 195, 197, 239, 263
Töchterfreischule (Ulmannsche —) 65, 109, 118, 167, 182, 192, 195
Waisenschule 62, 97, 116, 117, 167, 172, 174, 181—82, 189—92, 195
Schulmuseum, Spohrsches — 266
Siechenhaus, Bergengrünsches — 269
Siegel der B. V. 8
Sitzungen, öffentliche 33, 34
Sonntagsruhe 158
Sparanstalt, Liedkesche — 75—77, 168
Sparkasse 39—43, 61, 77, 78, 101—2, 217
Stadtbibliothek 26, 50, 164
Stadtblätter, Rigasche 19, 20, 27, 32, 33, 50, 55, 62, 67, 72, 83, 84, 86, 92—94, 98, 105, 133, 151, 162, 170, 181, 185, 258, 263
Stadtpost 85
Statistik, Statistisches Komitée 92, 134, 155
Statuten 6, 7, 29, 33, 99, 117, 167—68, 264
Stiftungstag, Feier d. — 31, s. Jubiläen
Strassenbereinigung, -beleucht. etc. 34, 45, 85, 87

Sträflinge, Fürsorge für entlassene — 69, 130
Suppenküche 70—72, 97, 167, s. Volksküche
Torfgewinnung, -heizung 82, 142, 200
Trinkwasserbeschaffung 34, 45, siehe Brunnen

Vereine:
Deutscher Verein in Livland 218, 246, 266—267
Gewerbeverein 118, 154, 163—65, 183, 185, 187, 199, 222
Jünglingsverein, ev. 197, 215
Jungfrauenverein 125, 140
Konsumverein 148
Krankenhausverein 269
Kreditverein, gegenseitiger — 149
Kunstverein 88, 90, 159, 181, 183
Mässigkeitsverein 83
Naturforscherverein 60, 165, 183, 220
Sängerkreis 153—54
Technischer Verein 145, 157, 208, 218
Theaterverein 269
Tierschutzverein 159
Verein gegen den Bettel 117, 120, 127, 158, 182—83, 192, 198, 215
Verein zur Ausbildung v. Blinden 122—23, 183—84
Verein zur Hebung des Dienstbotenstandes 138, 203—4
Vorschussverein 149, 152
Zentralverein für städtische Armenpflege 133—37
Zentralverein für d. Wohl der Arbeiter in Berlin 169,
s. Gesellschaften:
Vereinigung für praktische Lebensphilosophie 267
Volksbibliothek 164, 217
Volksküche 140—42, 183, 208—14, 254—57, 263, 268 s. Suppenküche
Vorträge 34, 93, 116, 161, 170, 172, 261
Wahlspruch der B. V. 8
Waisenhaus 63, 102, 116—17, 168, 172 s. Waisenschule
Waschanstalt, Dampf — 218
Witwen- und Waisenversorgungsanstalt, Rig. 147
Wöchnerinnen, Pflege der — 217
Zwangsarbeitshaus 66, 127, 180, 182, 215

